

Roland Benedikter

Die Erneuerung der politischen Mitte

Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, das Format
Volkspartei und die Zukunft der Demokratie



Nomos

Roland Benedikter

Die Erneuerung der politischen Mitte

Das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, das Format
Volkspartei und die Zukunft der Demokratie

Mit einem Vorwort von Werner J. Patzelt
und einem Nachwort von Ursula Münch



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2022

© Roland Benedikter

Publiziert von
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden
www.nomos.de

Gesamtherstellung:
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0029-6

ISBN (ePDF): 978-3-7489-3608-4

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748936084>



Onlineversion
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung
– Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Zusammenfassung

Demokratische Gesellschaft droht auseinanderzubrechen. Polarisierung offener Gemeinwesen nimmt zu. Das haben zuletzt die Covid-19-Krise und die Folgen von Russlands Ukraine-Krieg gezeigt – zuvor aber auch bereits Migrations-, Finanz-, Währungs-, Schulden- und europäische Einheitskrisen. In den USA ist innere Spaltung an eine gefährliche Grenze gelangt. In Europa ist sie im Gefolge systemischer Schockwellen noch im Wachsen. Die Unzufriedenheit mit der Parteien-Demokratie hat zum Abstieg der großen Zentrumsparteien geführt. Dieser Abstieg hat neben äußeren Ursachen auch mit der Veränderung von Demokratieverständnissen zu tun: von (Selbst-)Verständnissen des politischen Spektrums und – vor allem – des politischen Zentrums.

Die politische Mitte war nach dem zweiten Weltkrieg in einem kompromissorientierten und zusammenwachsenden Europa über Jahrzehnte Grundlage des öffentlichen Selbstverständnisses und verbindendes Zentrum der demokratischen Prozesse. Sie ist heute instabil geworden – wenn sie überhaupt noch im traditionellen Begriffssinn besteht. Dazu haben neue Technologien und veränderte Kommunikationsformen, wachsende Ungleichheit und globale Systemerschütterungen beigetragen. Nicht nur einzelne Volksparteien, sondern das Format Volkspartei an sich steht unter Druck. Sein Bedeutungsverlust betrifft alle Mitte-Parteien.

Das zeigt: Die Erneuerung der politischen Mitte wird heute zur gesellschaftlichen Herausforderung, soll dem Aufstieg von Populismen und den Tendenzen zur Spaltung von Gesellschaft, zur Aufweichung von Solidarität und zur Fragmentierung sozialer Kohärenz entgegengewirkt werden. Dazu müssen gesellschaftliche Veränderungen im Spannungsfeld zwischen lokalen und globalen Faktoren besser reflektiert, aber auch Begriff und Inhalt politischer Mitte und ihres traditionell tragenden Formats „Volkspartei“ zeitgemäßer gefasst und inhaltlich und strukturell erneuert werden.

Die vorliegende Analyse konzentriert sich auf Zustand und Perspektiven der politischen Mitte im deutschsprachigen Raum. Sie stellt sich in den Grundlinien dabei – zeitbedingt – auch einer gesamteuropäischen Herausforderung. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie kann sich angesichts gesellschaftlicher, sozialer und psychologischer Umbrüche im Umfeld technologischer Neuerungen, sozio-ökonomischer Verschiebungen und aufeinanderfolgender Bündelkrisen samt Aufstieg von Populismen das

Format Volkspartei als traditioneller Inbegriff politischer Mitte in offenen Gesellschaften erneuern, um das „natürliche“ Zentrum von Demokratie als Ort und Maßstab von Mäßigung, dialogischer Gemeinschaftsbildung, Vermittlung, Ausgleich und Vernunft zu wahren? Und welche Rolle kann die Neubewertung von Globalisierungstendenzen – einschliesslich der immer wichtigeren Aspekte von „Glokalisierung“ und „Re-Globalisierung“ – dabei spielen?

Der Text beschreibt erstens Transformationen in den Zeitbedingungen und Krisen in den Umfeldern demokratiepolitischer Entwicklungen. Zweitens skizziert er damit zusammenhängende Abstiegs-Phänomenologien der bisherigen Repräsentantin integrativer Mitte: des Formats Volkspartei. Darauf aufbauend schildert er drittens Versäumnisse, die sich auf Format und Praxis politischer Mitte ausgewirkt haben, aber auch daraus hervorgehende Chancen. Schließlich entwirft er viertens einige mögliche Reform- und Aufbau-Perspektiven für die kommenden Jahre.

Inhaltsverzeichnis

Die brüchig gewordene Mitte: Vom Elend unserer Volksparteien	11
Einleitung	21
1. Vorabklärung zum Begriff „Politische Mitte“: Mythos oder Realität?	30
2. Wahlen und der Abstieg des Formats Volkspartei: Gründe einer historischen Symptomatologie	35
3. Zwei vielsagende Jugendtrends	43
4. Ursachenbündel und Konstellationen	52
5. Erneuerung: Eine langanhaltende, kontroverse und vielschichtige Diskussion	55
6. Mechanismen der Entstehung von Konkurrenzstrukturen zur Mitte: Globalisierungsbedingte Veränderungen in sozialer Marktwirtschaft und liberalem Kapitalismus	61
7. Verkehrte „Glokalisierung“: Unterschätzung des Einflusses geopolitischer Faktoren – und zugleich unbewusste Übertragung innerer partei- auf außenpolitische Mechanismen	65
8. Reaktionen in der Zukunftsdebatte	71
9. „Engagierte Globalisierungserneuerung“ als Medikament gegen das „Ende der Volkspartei“?	75
10. Die „Kann-nicht-mehr-Krise“-Parteien – und andere Herausforderungen	79

11. Eine kurze Zwischenbilanz. Das Format „Volkspartei“ im Wandel: Zwischen aufeinanderfolgenden Systemkrisen, nicht ausreichend bewältigten Globalisierungswirkungen und gesellschaftlicher Re-Politisierung	85
12. Zwischen Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit: Die Krise der Idee gemäßigter Parteipolitik	89
13. Noch einmal: Volksparteien und Globalisierung. Eine Grundsatzdiskussion ohne Grundkonsens	92
14. Die Globalisierungs-Chance: Die Neuverbindung von Kosmopolitismus mit Kommunitarismus	97
15. Neuer Kommunitarismus und Gender-Thematik	103
16. Die Herausforderung der ökonomischen Globalisierungswahrnehmung	106
17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird	110
18. Der beispiellose Aufstieg des Sicherheitsthemas	114
19. Zusammenfassung: Fünf Gründe für die Krise des Formats „Volkspartei“	118
20. Neustart, oder: Alles von vorne. Es war einmal die Idee der Volkspartei: Als Garantin der Mitte und als Spiegel und Versuchslabor von Demokratie im Kleinen	122
21. Die Umwertung eines historischen Erfolgsmodells durch Technologie: Die – im Prinzip humanistisch gemeinte – Integrationskultur moderner Volkspartei gegen die – im Prinzip anti-humanistisch wirksame – Blasenkultur hyper-individualistischer post-moderner sozialer Medien	125
22. Humanismus versus neuer technologischer Pragmatismus	129
23. Gegenargumente gegen die angebliche Krise der politischen Mitte: Nur eine historische Phase der Kompression?	131

24. Die innere Natur von Volkspartei: Produktiver Konflikt, der mit sich selbst leben will	133
25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei	135
26. Die heutige Übergangsphase und ihre Perspektive: Bisherige Selbstverständnisse verschwinden – und neue kommen auf	148
27. Schädiger des Formats Volkspartei: Drei Anti-Mitte-Kräfte	150
28. Kompetenz-Defizite: Narrativ-, Kultur- und Technologiekompetenz-Schwächen als Ursachenkomplexe für die Instabilität der politischen Mitte	152
29. Ansatzpunkte für Erneuerung 1: Kontrollverlust-Psychologien verstehen	157
30. Ansatzpunkte für Erneuerung 2: Im Gegenzug „Vermittungs“- , Stabilitäts-, Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse der Wähler neu bewerten	165
31. Wege zur Rettung des politischen Zentrums: Das „Neue Nordische Modell“. Weg von übertriebener Neutralität, No-Speech-Rhetorik, politischer Korrektheit und überzogener „Toleranz“, die eigentlich Indifferenz ist	171
32. Eine Seitenlösung: Abkehr von der Berufspolitik? Die Debatte „Jeder Politiker sollte einen Beruf haben“	177
33. Schlussfolgerung: Perspektiven	180
34. Der unverzichtbare Unterbau der Erneuerung: Zukunftsbildung und Antizipation als Katalysatoren der Jugend-Integration	184
35. Eine Methode zur Entwicklung partizipativer Zukunftskompetenz auf breitestmöglicher Basis: UNESCO Futures Literacy	187
36. Die Aufgabe: Resilienz, Nachhaltigkeit und Zukunftsbildung integrieren, um einen neuen Mitte-Diskurs hervorzubringen	191

37. Die Herausforderung der Stunde: Das politische Zentrum der Demokratien gegen Polarisierung und Populismus behaupten. Der Weg: Hin zu Mitte-Positionen im Dienst von Aufklärung, Transparenz, Praxisnähe und Modernisierung	193
38. Ausblick	197
Nachwort	201
English Summary	205
Der Autor	209

Die brüchig gewordene Mitte: Vom Elend unserer Volksparteien

Vorwort von Werner J. Patzelt

Die politische Mitte ist in ihrem bisherigen Verständnis brüchig geworden. Heute beklagen wir die Erosion von Volksparteien sowie Viel-Fraktionen-Parlamente, welche die Regierungsbildung und das Regieren schwierig machen. Gestern beklagte man, dass in Deutschland neue Parteien keine Chance hätten, ins Parlament zu gelangen und politischen Einfluss auszuüben. Und vorgestern beklagten viele Deutsche, dass sie nur zwischen zwei Parteien (CDU und SPD) wählen und allenfalls die FDP als „Zünglein an der Waage“ nutzen könnten. Stets galt als falsch, was es auf der politischen Bühne gerade gab.

Wie also hätten wir es gerne? Sind neue Parteien etwas Gutes, das neue Möglichkeiten eröffnet? Oder sollten einmal etablierte Parteien groß bleiben bzw. wieder so groß werden, wie sie das einmal waren? Leidet unser Land heute an einer politischen Spaltung, die es zu überwinden gilt, oder haben sich „Systemparteien“ bis zur Ununterscheidbarkeit einander angeglichen – weshalb man ihr Machtmonopol durch das Wahlkreuz bei der Konkurrenz aufbrechen müsste? Und verläuft die Hauptkampflinie wirklich zwischen den „politisch Guten“ und den „politisch Bösen“, zwischen „Anständigen“ und „Populisten“, von denen die einen mit Respekt, die anderen mit Verachtung zu behandeln sind?

Über das alles wird heftig gestritten, in Talkshows und an Stammtischen, im Internet und zu Hause.¹ Da ist es hilfreich, wenn – wie im vorliegenden Buch – Schlüsselbeobachtungen vorgeführt werden und in klare Argumente münden. Über die kann natürlich – und soll laut dem Autor sogar – auch gestritten werden. Gleiches gilt für die folgenden Hinweise auf jene größeren Zusammenhänge, die das Anliegen von Roland Benediktters Essay zu einem wirklich wichtigen machen.

1 Zur Position des Verfassers siehe Patzelt, Werner J.: Grundlagen der Bürgergesellschaft: Gegen welche Trends muss man sie sichern? In: Mazal, Wolfgang und Rausch, Bettina (Hrsg.): Bürgergesellschaft heute. Grundlagen und politische Potentiale, edition noir, Wien 2021, S. 69–89.

„Volksparteien“ reichen in möglichst weite Kreise einer Bevölkerung möglichst tief hinein. Und sie versuchen, sehr unterschiedliche Weltsichten oder Interessen in den eigenen Reihen auszugleichen sowie miteinander zu verbinden.² Solche Parteien sind alles andere als selbstverständlich. Schon ihr Anliegen ist, zumindest auf den ersten Blick, nicht recht nachvollziehbar. Sollte eine Partei denn nicht für klare Positionen stehen, also eine scharfe Kante zu jenen ziehen, die – nach mehrheitlicher Parteimeinung – Falsches wollen, doch so dreist sind, ihrer Partei dennoch anzugehören? Wäre es denn nicht richtiger, solche Parteimitglieder rasch auszuschließen, die – wie früher Thilo Sarrazin bei der SPD oder zuletzt Hans-Georg Maaßen bei der CDU – von der Mehrheitsmeinung ihrer Partei abweichen? Müsste man nicht gerade in der eigenen Partei klar Freund und Feind voneinander scheiden?

Das alles kann man so sehen und wird auch von vielen so gesehen. Doch dann stellt sich die Frage, wie denn im Parlament, in das die Parteien meist streben, die Integration eines politisch diversen Staatsvolks gelingen soll, wenn man schon Meinungsunterschiede mit politisch halbwegs nahestehenden Parteimitgliedern nicht mehr aushält. Schließlich sind demokratische Parlamente nicht nur Stätten zur Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen, sondern auch Bühnen des öffentlich ausgetragenen politischen Streits. Also müssen wir unbedingt die Voraussetzungen parlamentarischen Funktionierens sichern und zu diesem Zweck unser gerade auf pluralistische *Konflikte* gegründetes Gemeinwesen zusammenhalten.³ Das geschieht durch eigenen Respekt vor Regeln, durch Toleranz gegenüber regelbefolgenden Andersdenkenden, sowie auf der Grundlage von Vertrauen in die Integrationskraft von fair ausgetragem politischem Streit.

Tatsächlich überlastet es die Willensbildungs- und Entscheidungsmaschinerie eines Parlaments, wenn erst dort auf jenen Zusammenhalt von Vertretern konkurrierender Weltsichten und Interessen ausgegangen werden soll, um den man sich in den staatstragenden Parteien selbst gar nicht mehr kümmern mag. Umgekehrt funktioniert Parlamentarismus dann be-

2 Siehe dazu auch Patzelt, Werner J.: Parteien und Bürger – erreichen die Parteien noch die Bürger? In: Morlok, Martin, Poguntke, Thomas und Sokolov, Ewgenij (Hrsg.): Parteienstaat – Parteiendemokratie, Nomos Verlag, Baden-Baden 2018, S. 25–37.

3 Im Einzelnen dazu: Patzelt, Werner J.: Das Parlament als Kommunikationsraum. Funktionslogik und analytische Kategorien. In: Schulz, Andreas und Wirsching, Andreas, (Hrsg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Droste Verlag, Düsseldorf 2012, S. 45–73.

sonders gut, wenn vielerlei politischer Streit bereits innerhalb weniger Parteien und Fraktionen in Kompromisse geronnen ist. Dann nämlich kann man sich beim parlamentarischen Streit zwischen den Fraktionen aufs Grundsätzliche und Unvereinbare beschränken, über das am Ende eben mehrheitlich entschieden werden muss. Also tut einem Parlamentarismus, der redlich auf Integration durch faire Konfliktaustragung setzt, so etwas wie ein Gefüge von Volksparteien wirklich gut.

Jedenfalls hatte Bundesdeutschland sehr lange Zeit sehr viel Glück mit dem inneren Integrationswillen seiner großen Parteien sowie mit deren in weite Teile der Gesellschaft ausgreifenden Anziehungskraft. Solchem Gelingen verdankte unser Parlamentarismus auch jenes große Einbindungspotential, dank welchem – beispielsweise – die einst ausdrücklich als Anti-Parteien-Partei gestarteten Grünen, ihrerseits lange Zeit nur auf außerparlamentarische Opposition aus, eben doch zu einer normalen Regierungspartei wurden. Vermutlich trug zu solcher Integrationskraft nicht wenig bei, dass in der deutschen Westrepublik, entstanden aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs, dem Weimarer Parteienspektrum seine giftigen Ränder gleichsam abgeschnitten waren: der Nazismus aufgrund der Nazi-Verbrechen, der Kommunismus wegen seiner abschreckenden Praxis in der entstehenden DDR. Zugleich stiftete der wirtschaftliche Erfolg des neuen Weststaates mehr und mehr Vertrauen in die ihn prägenden Parteien. Die trafen deshalb – anders als zu Weimarer Zeiten – auf wenig Widerstand beim verbenden Vordringen in die Reihen derer, die am Wert der neuen Ordnung zunächst und weiterhin zweifelten.

Seit dem Versterben der bundesdeutschen Aufbaugeneration ist das alles aber von einer plausiblen Lebenswirklichkeit zum Buchwissen geworden, das vielfach als für die Gegenwart belanglos gilt. Weil freilich neue Zeiten immer wieder neue Herausforderungen stellen, die alte Parteien oft nicht wahrhaben wollen, entstehen immer wieder Protestparteien. Aufgrund medialer Sympathievorsprünge sind in Deutschland solche neuen Parteien, die sich links geben, stets erfolgreicher als solche, die rechts stehen oder erfolgreich als rechts etikettiert werden. Hinzu kamen mit der Wiedervereinigung nicht nur Millionen von Wählerinnen und Wählern, denen bundesdeutsche Selbstverständlichkeiten unvertraut oder nicht geheuer waren, weshalb sie im westdeutschen Parteiensystem nie richtig heimisch wurden. Außerdem brachten die neuen Bundesländer ihrerseits wählerstarke Parteien hervor, die den „Weststaat“ samt seinen Hegemonialparteien ohnehin nicht schätzten. Unter ihnen wandelte sich zwar die PDS als „Linke“ weitgehend zu einer Systempartei oder verlor an Unterstützung. Doch die AfD profitiert bis heute davon, dass die einstigen

Volksparteien nicht nur eigene Wähler widerstandslos zu ihr abwandern ließen, sondern diese durch verbalradikal gezogene Trennstriche im rechts-populistischen Abseits dann geradezu einsperrten.⁴ Aus einstigen „catch all parties“, wie man Volksparteien auf Englisch besser bezeichnet als auf Deutsch, wurden jedenfalls Abgrenzungs- und Ausgrenzungsparteien. Die haben sich, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung, inzwischen allerdings entlang der sogenannten „Sozialistenspirale“ ziemlich weit ins Dünne gebohrt: Je reiner die Lehre, desto kleiner der Kreis ihrer Anhänger!

Freilich zeigten schon die Jahre hochmodischer „Politikverdrossenheit“ nach der Wiedervereinigung, dass große Teile der Bevölkerung angefangen hatten, der Politik einstigen Respekt und den Parteien früheres Vertrauen zu entziehen. Angesichts entsprechender Umfragebefunde beruhigten sich damals viele damit, dass eine auf mehr soziale Gerechtigkeit ausgehende Politik die Verdrossenen aus ihren Trotzecken locken würde – und zwar dauerhaft zugunsten linker Parteien, falls nur die Wahlen endlich eine passende Gestaltungsmehrheit schüfen. Andere beruhigten sich damit, die Politikverdrossenheit werde dann vergehen, wenn ostdeutsche Transformationswunden alsbald vernarbt wären – und sich Bundesdeutschlands Erfolgsgeschichte in blühenden Landschaften ostwärts der Elbe fortsetze. Und heute beruhigen sich viele damit, es wären einfach nur Wende- oder Modernisierungsverlierer sowie dumme Islam- und Ausländerhasser, die jenes weltoffene, also rein verfassungspatriotische Wir-Gefühl erstickten, in dem Deutschlands Parteien sich andernfalls suhlen könnten wie einst die Union im Wirtschaftswunderland. Also brauche es nur einen weiterhin entschiedenen, mit immer mehr Geld und Aktivisten geführten Kampf gegen rechts, um Deutschland politische Pathologien gezielt zum Verschwinden zu bringen. Freilich solle man stets auch deren Symptome unterdrücken, nämlich zum Zweck politischer Hygiene, und zwar durch mit sozialen Sanktionen bewehrte Gebote und Verbote politischer Korrektheit, durch De-Platforming und Cancel Culture, sowie durch abschreckende Ausgrenzungen derer, die Kontaktschuld auf sich geladen hätten, indem

4 Dazu auf der Grundlage umfangreicher Umfragedaten: Patzelt, Werner J.: Mängel in der Responsivität oder Störungen in der Kommunikation? Deutschlands Repräsentationslücke und die AfD. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, 2018, S. 885–895.

sie sich auf Schmuddelkinder außerhalb der Komfortzone unseres Justemilieu einließen.⁵

An alledem ist manches dran. Doch verkannt wird entlang solcher Denkweisen das Grundproblem. Es besteht darin, dass gar nicht wenige in Deutschland den Eindruck haben, dieses Gemeinwesen werde von seinen Politikern auf ungute Wege geführt. Ihnen entlang könne es bald schon sehr viel von dem eingebüßt haben, was nach Krieg und Wiedervereinigung errungen worden sei. Etwa würden leichtfertig die Grundlagen unseres Wohlstands gefährdet; und jetzt schon wäre jene einst selbstverständliche Diversität politischer Positionen dahin, von denen man viele noch vor wenigen Jahren ohne zwischenmenschliche Folgeschäden nicht nur privat, sondern auch öffentlich habe vertreten können. Vor allem die von den meisten deutschen Parteien gemeinsam vertretene Politik bei Herausforderungen in der Eurozone, bei der Energieversorgung und angesichts von Migration sowie unzulänglicher Integration von Zuwanderern, führt bei nicht wenigen der schon länger im Land Lebenden zum Eindruck, es gehe mit dem bergab, was sie an Deutschland geschätzt hätten. Also werde zwar noch nicht die eigene Zukunft, sehr wohl aber die ihrer Kinder und Enkel deutlich schlechter sein als das Leben zu jenen Zeiten, als die Leistungskraft von Deutschlands Wirtschaft, Infrastruktur, Verwaltung und Bildungsinstitutionen noch wie unanfechtbar wirkte.

Natürlich kann man auch über solche Lagebeurteilungen streiten. Doch beim ernsthaft geführten Streit darüber wirkt eben doch immer wieder der Gedanke plausibel, dass viele Erfolgsrezepte aus Deutschlands und Europas letzten Jahrzehnten in ihren politischen Grenznutzenbereich geraten sind. Das heißt: Sie erbringen inzwischen kaum mehr an Ertrag, als sie an Aufwand verlangen oder an Begleitschäden erzeugen.⁶ Schon hat sich, glücklicherweise, die Einsicht verbreitet, dass die neoliberale Globalisierung neben wertvollen Fortschritten bei der Verringerung von Hunger und Armut eben auch Zerstörungsschneisen durch regionale Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen gezogen hat. Doch immer noch Widerstände von Gefühl und Verstand löst der Gedanke aus, gerade *wegen* der so großen Erfolgsgeschichte des europäischen Einigungswerks werde „noch

5 Zum größeren Zusammenhang: Patzelt, Werner J.: Kann man es mit politischer Korrektheit auch übertreiben? In: ders.: *Deutsche und ihr demokratisches Land. Herausforderungen und Antworten*, Ergon Verlag, Baden-Baden 2018, S. 302–311.

6 Hierzu kontextualisierend: Patzelt, Werner J.: *Das Zeitverständnis heute. Herausforderungen unserer Epoche*. In: *Theodor-Litt-Jahrbuch 2012/8*, Universitätsverlag Leipzig, S. 41–51.

mehr Europa“ fortan die Entscheidungsspielräume der EU-Staaten auch dort einengen, wo sie gemäß dem Subsidiaritätsprinzip selbst für ihr Schicksal sorgen könnten. Diese Formel überdeckt sogar schönend noch größere Einbußen, die hier drohen. Das sind solche an mitgliedsstaatlicher Demokratie und an der Legitimität von europäischen Institutionen, die inzwischen oft eher als übergriffig denn als hilfreich bei der Sicherung eines gemeinsamen Raums von Sicherheit und Wohlstand empfunden werden.

Obendrein merken jene, die nicht in den Wohngebieten der akademisch gebildeten Mittelschichten leben, dass „mehr Liberalität“ durchaus zur Verwahrlosung im Bildungs- und Arbeitssystem sowie zur Entstehung einer Unterschicht führen kann, die von staatlichen Transfereinkommen lebt und keine sonderlichen Zukunftsperspektiven besitzt. Damit aber kommen weder solche Leute selbst noch die von ihnen genutzten öffentlichen Räume gut zurecht. Wer dann nicht frei ist, dank Sprachkenntnissen, Beruf und Wohlstand sein Lebensglück anderswo als in Deutschland zu suchen, der fühlt sich von der etablierten Politik und den sie gestaltenden Parteien alsbald in die Enge getrieben oder um eigentlich mögliche Lebensqualität betrogen. Und wenn Politiker entsprechende Bürgersorgen dann nicht einmal mehr anhören wollen, sondern als „rein populistisch“ zurückweisen, dann kündigen nicht nur von solchen Erfahrungen Betroffene unserem politischen System innerlich, sondern auch gar nicht wenige Beobachter dieses oft üblen Spiels. Anschließend regt sich vielfacher Protest, mit dem sich nicht wenige gegen die Politikerschaft und ihr Tun auflehnen. Das alles erleben wir seit etlichen Jahren.

Wirkliche Volksparteien sähen es in dieser Lage als ihre Pflicht an, auf besorgte Bürger zu hören, am Gehörten das sachlich Begründete vom fälschlich Befürchteten zu unterscheiden, reale Probleme durch Korrekturen der sie verursachenden Politik zu lösen – und reine Einbildungen durch hartnäckiges öffentliches Argumentieren als solche sichtbar und dann womöglich auch verzichtbar zu machen. Einst verdankten die – damals zu Recht so genannten – Volksparteien ihre Stärke genau solcher Bereitschaft und Praxis. Seit aber deren Anführerinnen und Anführer es an derlei Wollen oder Tun fehlen lassen, seit sie sich eher als gesinnungsethische Morallehrer aufspielen, statt als demütige Verwalter von verantwortungsethisch auszuübender Macht aufzutreten, schwächeln die Volksparteien und überlassen einst von ihnen angezogene Wähler populistischen Parteien. Getragen vom Glauben, allenfalls entschlossener müsse man entlang der längst eingeschlagenen Richtung weiterreiten, nicht aber diese selbst hinterfragen, setzt außerdem das Parteiestablishment in

unseren mediendemokratischen Zeiten seine Hoffnungen allzu gern auf die zeitweilige Attraktivität politischer Anführer sowie auf deren – als journalistisch machbar erwiesene – Popularität. Dabei gerät man leicht in die Grenzmark hin zur Demagogie oder medialen Manipulation. In ihr ertappt wie ein ehemaliger österreichischer Bundeskanzler, den viele deutsche Wahlkämpfer einst zum Vorbild nahmen, lässt sich nichts mehr von jenem Schaden wiedergutmachen, den man auf solche Weise einer parlamentarischen Demokratie angetan hat.

Tiefster Grund solchen Versagens einstiger Volksparteien scheint zu sein, wie sie die Rekrutierung und die Karrieren ihres Führungspersonals ausgestalten.⁷ Inhaltliche Substanz gilt heute weniger als Medienwirksamkeit; und die technische Beherrschung politischer Mittel zählt mehr als Sachverstand beim Begreifen jener Probleme, die es mit den Mitteln der Politik zu lösen gilt. Wie soll das auch anders sein, wenn man inzwischen entweder als „Berufspolitiker seit jungen Jahren“ ins Parlament gelangt – oder eben nie! Also muss man sich entsprechend früh innerparteilich engagieren und somit ins Abhängigkeitssystem parteiinterner Rücksichtnahmen begeben, statt sich erst einmal die Grundlagen für ein Leben auch ohne Politik schaffen zu können. Auf so organisierten Karrierewegen bezieht man dann seine Positionen am klügsten gemäß dem jeweils aktuellen Tausch- und Gebrauchswert von politischen Inhalten – nicht aber danach, was man beispielsweise von Energie- oder Verteidigungspolitik wirklich verstanden hat. Solche Verhaltensmuster machen zuerst die Parteipolitik selbstbezüglich, alsbald auch die Parlamentspolitik; und korrigierender Kontakt mit der dann doch nicht nach eigener Laune zurechtdeutbaren Wirklichkeit etwa von Außen- oder Wirtschaftspolitik ereignet sich allzu oft erst dann, wenn es Regierungsämter zu verwalten gilt. Doch die wären eigentlich zu wichtig, um als Ausbildungsstätte zu dienen. Derlei Politikerpathologien spürt ein Großteil der Bevölkerung sehr wohl, entfremdet sich deshalb Politikern und ihren Parteien, wird – je nach Naturell – zornig oder sarkastisch, schwankt zwischen politischer Apathie und sprunghafter Aggressivität.

7 Diese Probleme sind längst bekannt, werden aber bis heute nicht angegangen. Siehe dazu Patzelt, Werner J.: Parlamentarische Rekrutierung und Sozialisation. Normative Erwägungen, empirische Befunde und praktische Empfehlungen. In: Zeitschrift für Politik 46/3, 1999, S. 243–28, sowie ders.: Vorwahlen für alle Kandidaturen um Parlamentsmandate. In: ders.: Deutsche und ihr demokratisches Land. Herausforderungen und Antworten, Ergon Verlag, Baden-Baden 2018, S. 535–553.

Man mag sich damit trösten, dass es gerade so seit vielen Jahrzehnten nicht nur in Frankreich oder Italien ist. Auch an den USA ist zu erkennen, in wie üble Lagen es führt, wenn Parteien nicht mehr in den eigenen Reihen bevölkerungsnahe politische Diversität zulassen, sondern an die Stelle von parteipolitisch überlappendem Pluralismus Selbstgefälligkeit und Gegnerverachtung setzen. Wie schön wäre es, wenn unter solchen Umständen Deutschland seine Erfahrungen mit Volksparteien neu schätzen wollte und diese Art von Parteien wiederzubeleben versuchte! Es mag schon sein, dass ein solcher Neubeginn derzeit nicht geht. Doch auch Deutschlands Wiedervereinigung schien lange Zeit ganz unmöglich zu sein – und war es dann trotzdem nicht. Also zieht man am besten die Lehre, dass am Sinnvollen festzuhalten sich langfristig durchaus rentieren kann, falls – wider alles Erwarten – hinderliche Umstände sich eben doch noch verändern und das Richtige genau dann möglich wird, wenn man sich darauf gerichtetes Wissen und Wollen bewahrt hat. Dazu motiviert Roland Benedikters Essay mit seinen klaren Aussagen darüber, was Parteien im Dienst des gesellschaftlichen und politischen Zusammenhalts tun sollten.

Doch ins Werk setzen lassen sich die dortigen Einsichten nur von solchen Leuten, die in politischen Parteien auch wirklich tätig sind. Zunächst einmal zu hilfreichen und auch belastbaren Einsichten zu gelangen, ist gewiss die Aufgabe von Politikwissenschaftlern. Doch allein als Beobachter und Analytiker oder als Politiklehrer tut man durchaus noch nicht alles, was sich von einem wissenschaftlichen Fachmann für unsere freiheitliche Demokratie leisten ließe. Wem diese am Herzen liegt, sollte sich deshalb vom allzu billigen Glaubenssatz verabschieden, ein „wirklicher Politikwissenschaftler“ müsse sich von der Mitgliedschaft in einer Partei fernhalten. Viel sachgerechter wäre die Forderung, von Parteirücksichten freie politikwissenschaftliche Kompetenz solle zur *Ressource* persönlichen parteipolitischen Engagements gemacht werden.⁸ Täten das mehr Politikwissenschaftler als derzeit, und griffen Volksparteien sowie solche, die das werden wollen, auf diese noch weithin brachliegenden Ressourcen neugieriger und williger als bislang zu, dann wäre Deutschlands einst

8 Siehe dazu auch Patzelt, Werner J.: Wertfreie Wissenschaft? Motive, Adressaten und Regeln einer praxisnützlichen Politikwissenschaft. In: Korte, Karl-Rudolf und Florack, Martin, (Hrsg.): Handbuch Regierungsforschung, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2021, S. 1–10; sowie ders.: Politikberatung und ihre Legitimität. In: Kopka, Artur, Piontek, Dorota und Minkenberg, Michael (Hrsg.): Politikberatung und Lobbyismus im parlamentarischen Entscheidungsprozess, Springer, Wiesbaden 2019, S. 25–43.

großen Parteien viel geholfen – und unserer von Parteien zu tragenden Demokratie erst recht.

Prof. em. Dr. Werner Patzelt

1991–2019 Lehrstuhl für Politische Systeme und Systemvergleich, TU Dresden

Autor von *Einführung in die Politikwissenschaft. Grundriss des Faches und studiumbegleitende Orientierung*, Passau 1992, 7. Auflage 2013

Mitglied der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien

Mitglied bzw. Co-Chair (seit 2007) des IPSA-Research Committee of Legislative Specialists (RCLS)

Kuratoriumsmitglied der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Mitglied des Sächsischen Kultursenats

Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Deutschen Instituts für sachunmittelbare Demokratie (DISUD)

Ehemaliges Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung

Einleitung

Die politische Mitte war nach dem zweiten Weltkrieg in einem kompromissorientierten und zusammenwachsenden Europa über Jahrzehnte Grundlage des politischen Selbstverständnisses und Zentrum der demokratischen politischen Prozesse. Um sie drehten sich Flügelparteien wie um einen Gravitationsprozess, der sie stets ins Auge des Maelstroems zurückholte. Heute ist die Mitte in Krise – wenn sie überhaupt noch im historisch über Jahrzehnte grundgelegten Sinne besteht. Der Niedergang des politischen Mitte-Begriffs und seiner öffentlichen und institutionellen Praktiken, und damit der ehemals großen Volksparteien, genauer: des Formats Volkspartei an sich, erfolgte spätestens seit Anfang der 2000er Jahre auch als Folge komplexer Globalisierungsentwicklungen. Er wurde durch eigene Fehler der gemässigten Mitte-Fraktionen europäischer Politik bedient und beschleunigt.

Die Folge: Volksparteien schrumpfen in allen Demokratien des ehemaligen West- und Mitteleuropas seit Jahren. Im deutschen Sprachraum stehen sie mittlerweile größenmässig Seite an Seite mit Spezialisierungs- und Themenparteien. In Zentral-Osteuropa dagegen wurden sie von „state-capturing“-Interessen vereinnahmt. Dort dienen sie seit einigen Jahren hauptsächlich der Zementierung von Herrschaft. Im Süden Europas wiederum, etwa in Italien, zerbrachen die Volksparteien bereits Mitte der 1990er Jahre über Finanzierungs- und Korruptions-Skandalen sowie zunehmender Wähler-Spezialisierung. Das hatte eine Re-Ideologisierung und zum Teil auch Radikalisierung der politischen Landschaft und Kultur zur Folge. Im Norden Europas dagegen erfolgte die Umwandlung von „Volksparteien“ zu „Koalitionsparteien a priori“ im Rahmen verflachender „Koalitionsdemokratien“. Das brachte einen Niedergang der politischen Konkurrenzkultur und der Repräsentationsfähigkeit der großen Volksparteien gegenüber einem zusehends individualisierteren und flexibleren Wählerspektrum mit sich – obwohl es auch Gegentrends gab, so zum Beispiel die Parlamentswahlen in Schweden vom September 2022, wo die beiden traditionellen Lager wieder leicht zugewinnen konnten.

Für den in Europa und auch im deutschsprachigen Bereich feststellbaren größeren Trend zum Bedeutungsverlust von Mitte und Volkspartei aber gab es in längerfristiger Blickrichtung viele Gründe. Einer, vielleicht der grundlegendste von ihnen, war psychologisch. Das alte, falsche Argu-

ment in den glücklichen Zeiten der universalen Demokratisierungseuphorie der 1990er Jahre lautete: Wenn alles funktioniert in – und mit – der Mitte der Demokratie, dann wird es langweilig. Die Parteien mässigen sich; sie werden zu Volksparteien. Sie beseitigen Ideologien und Extreme; und sie integrieren die Ränder und ziehen sie an sich. Sie gehen in diesem Prozess auch selbst (sowohl von links wie von rechts) immer weiter in die Mitte – und werden sich dadurch immer ähnlicher. Das Resultat? Es herrschen Verhältnisse einer geradezu unerträglichen Friedlichkeit und geregelten Interaktion im Zentrum. Es besteht eine fast selbstverständliche Ausgleichs-, Kompromiss- und Konsenskultur in der öffentlichen Atmosphäre, die, so scheint es, zu fehlender „echter“ Dialektik führt. Fazit? Politische Mitte führt zu Frieden und also Langeweile – wir aber wollen „action“!

Das waren zunächst Empfindungen und später Argumente einer verwöhnten und für die realen geopolitischen und sozialen Verhältnisse blind gewordenen europäischen Generation, die Demokratie, Sozialpartnerschaft und Frieden als Selbstverständlichkeit erlebte, weil sie es nicht anders kannte. Diese Empfindungen und Argumente erwiesen sich jedoch nur allzu schnell als Luxusprobleme der Parteiendemokratie in einem – im Rückblick sehr kurzen – Zeitraum von nur zweieinhalb Jahrzehnten (ungefähr 1990–2015). Sie wurden in diesem Zeitraum von den Politik- und Sozialwissenschaften und den öffentlichen Intellektuellen im Rückblick letztlich in wenig verantwortlicher Weise diskutiert – so, als sei funktionierende Demokratie geradezu ein universaler Assimilationsprozess in eine immer unförmigere und unfassbarere Mitte, die dringend der Kanten und der Aufmischung bedürfe. Die Zukunft der inzwischen „post-postmodernen“⁹ Parteiendemokratie war sich spätestens Anfang der 2010er Jahre in dieser nicht zufälligen Aneinanderreihung zu vieler Präfixe überkomplex und unklar geworden. Man diskutierte sie geradezu so, als sei eine friedlich funktionierende Gesellschaft etwas Langweiliges und Bewegungsbedürftiges. Man müsse sie, so der Tenor, wenn nötig auch um den Preis eines zum Selbstwert stilisierten Dissenses „neu beleben“. Die Unverhältnismässigkeit der damaligen „die Mitteparteien werden sich immer ähnlicher“-Debatte zeugt nicht nur von systemischer Unreflektiertheit, sondern

9 Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Postmoderne, o. D., <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/18054/postmoderne/>; sowie Nealon, Jeffrey T.: Post-Postmodernism. Or, the Cultural Logic of Just-in-Time Capitalism, Stanford University Press 2012. Hinweis: Wo nicht anders angegeben, sind alle Internetadressen/URLs in diesem Buch zuletzt am 05.11.2022 abgerufen worden.

auch von Selbstüberschätzung – von einem narzisstischen Größenwahn in Politik und Sozialwissenschaften, der Mitte der 1990er Jahre begann. In den rasch aufeinanderfolgenden multiplen Systemkrisen seit Mitte der 2010er Jahre bekam er seinen Spiegel vorgehalten. Die Geringschätzung von Wert und Wirkung politischer Mitte führte in eine lange Reihe von falschen Prognosen, kaum erwarteten Wenden und fehlender Vorbereitung auf historische Entwicklungen – eine Reihe von unterkomplexen Bewertungen, die bis heute anhält.

Wenn die Systemkrisen seit Mitte der 2010er Jahre eines gezeigt haben, ist es: die Mitte zu verlassen, führt auf unsicheres Terrain. Auf dieses sind die seit 1990 wenig sicherheitsbewußten europäischen Demokratien – und seien sie noch so selbstbewußt „post-postmodern“ – schlecht vorbereitet. Was wir seit Mitte der 2010er Jahre gelernt haben, ist: Das Verschwinden der Mitte begünstigt das Auseinanderbrechen der Gesellschaft über zunehmend komplexen, immer öfters systemisch wirksamen Zeitproblemen am Schnittpunkt zwischen global und lokal. Dieses Auseinanderbrechen von Gesellschaft erfolgt mittlerweile nicht mehr nur über hoch emotionalen, sondern auch über einer zunehmenden Zahl alltäglich-praktischer Fragen von Gestaltung. Das Brüchigwerden des minimalen inneren Solidaritätskits ist in der aktuellen historischen Phase eine der größten unterschwelligsten Bedrohungen europäischer Gesellschaften. Das stellt die Demokratie vor massive Zukunftsherausforderungen.

Doch nicht nur rasch aufeinanderfolgende Krisen mit Systemcharakter sowie neue technologische und Kommunikationsformate haben die allgemeine Bereitschaft zur Polarisierung verstärkt. Es gab auch die Tendenz zur Aus- und Überinterpretation von Partei- zu Gesellschaftslogiken. Das geschah aus überzogenem Verantwortungs- und Gestaltungsbewußtsein jener hoch narzisstischen „Boomer“-Generation, die sich immer schon zu Größerem, ja zur „Rettung der Welt“ berufen gefühlt hatte – und die in den 2000ern in Parteien, Regierungen, Institutionen und Bürokratien an die Macht kam. Die eigene, immer stärker moralisierende „Verantwortungsübernahme“ erfolgte bei proportional dazu immer stärker „selbstverständlichem“ Ausschluss anderer Logiken: die Ideen meiner Partei sind für die gesamte Gesellschaft ausschlaggebend, ja die einzig verantwortungsvollen – die der anderen sind es nicht und müssen deshalb ausgeschlossen werden. Dieses Gefühl nahm mittels eben der wiederholten Systemkrisen über die 2000er Jahre ständig zu. Verantwortungsübernahme wurde ab nun fast zwanghaft mit Ausschlussphantasien verbunden – scheinbar, weil es nun plötzlich „um zu viel ging“, als um zu Kompromissen in der Mitte bereit zu sein. Und man verdammte aus der Sicht einer „Konkur-

renzdemokratie“, wo nur der Gewinner regiert und gestaltet, selbstgefällig gemäßigte Formate wie die „konsoziale Demokratie“ oder gar die – etwa in autonomen Regionen wie Südtirol mit seiner Sonderverfassung praktizierte – „Konkordanzdemokratie“. ¹⁰ Solche bereits institutionell konziliatorische Formate nähmen den Wählern zu viel ab, statt ihnen „alles“ zu überlassen – so der Tenor.

Insgesamt gerieten im Zeitkontext der 2010er Jahre die einen Volksparteien in Europa von „big tent parties“ ¹¹ und „catch-all-parties“ ¹² zu „self-consuming parties“ ¹³; die anderen erlebten den Vorwurf der „cartel parties“ ¹⁴ oder der „one-size-fits-all parties“ ¹⁵. Die einen erfahren die Kritik, außerhalb der Zeit zu stehen: weil sie technologische und soziale Entwicklungen verschliefen, die sich fundamental auf die Logiken von Demokratie und Wählerverhalten auswirken. Die anderen stehen unter der Anklage, der Verbreiterung von Macht und Durchsetzung von Einzelinteressen zu dienen. Dass manche Kritiker diese Vorwürfe gewiss auch übertrieben und meinten, „Mitte“ und „Volkspartei“ stünden inzwischen – erneut – unbewußt im Dienst staatspolitisch „unitarischer“ Ideologien, tut der relativen Berechtigung dieser Diagnosen keinen Abbruch. Letzteres gilt vor

10 Röggl, Marc und Benedikter, Roland: 50 Jahre Südtirol-Autonomie als Modell eines Vereinten Europa. In: Welttrends. Das außenpolitische Journal. Herausgegeben von der Universität Potsdam und dem Polnischen Westinstitut der Universität Poznan (Prof. Dr. Raimund Krämer, Prof. Dr. Lutz Kleinwächter und Prof. Dr. Andrzej Sakson). Potsdamer Wissenschaftsverlag, 30. Jahrgang, Nr. 184, Heft 02/2022 (Februar), S. 56–61, <https://shop.welttrends.de/e-journals/e-paper/2022-k%C3%BCnstliche-intelligenz/s%C3%BCdtirol-50-jahre-autonomie>.

11 Schaus, Michael: The death of ‘big tent’ political parties. In: The Nevada Independent, February 6th, 2022, <https://thenevadaindependent.com/article/the-death-of-big-tent-political-parties>.

12 Krouwel, André: Otto Kirchheimer and the catch-all party. In: West European Politics, Volume 26, 2003, Issue 2, pp. 23–40, <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/01402380512331341091>.

13 Siehe zum Beispiel Hooghe, Lisbeth and Marks, Gary: The Social Roots of the Transnational Cleavage. In: The Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European Governance and Politics Programme (EGPP) Seminar: The social bases of political parties: A new measure, December 1, 2021, online unter: https://www.youtube.com/watch?v=__M-CuNvH-I.

14 Katz, Richard S. and Mair, Peter: The Cartel Party Theses: A Restatement. In: Perspectives on Politics, Volume 7, No. 4 (December 2009), pp. 753–766, <https://www.jstor.org/stable/40407077>.

15 Cleary, Seán: Democracy – Its Substance and Meaning: Can One Size Fit all? Bertelsmann Background Paper, Trilogue Salzburg 2018, pp. 38–59, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/5_Democracy_-_Its_Substance_and_Meaning.pdf.

allem für den Zusammenhang zwischen Partei- und Identitätsentwicklung in den USA, wo inzwischen in einem de facto Zwei-Parteien-System laut Analytikern wie Shanto Iyengar von der Stanford Universität

„die parteipolitische Identität der Amerikaner stärker ist als Rasse und ethnische Zugehörigkeit. Der Stanford-Wissenschaftler Shanto Iyengar hat herausgefunden, dass die Verbundenheit der Menschen [in den USA] mit ihren politischen Parteien stärker ist als die Verbundenheit mit ihrer eigenen Rasse, Religion und anderen sozialen Kategorien. Zu den selbstdefinierenden Merkmalen, die die Amerikaner schätzen, gehören ihr rassistisches und kulturelles Erbe, die Sprache, die sie sprechen, und die Wahl ihrer Religion. Eine von Stanford-Professor Shanto Iyengar mitverfasste Studie zeigt, dass Amerikaner, wie auch Bewohner anderer Länder, eine starke Abneigung gegen Mitglieder der politischen Opposition hegen. Doch die stärkste Bindung, so die jüngste Untersuchung eines Stanford-Wissenschaftlers, haben die Amerikaner zu ihrer politischen Partei. Und die Stärke dieser parteipolitischen Bindung – stärker als Rasse, Religion oder ethnische Zugehörigkeit – hat das Ausmaß der politischen Polarisierung in den USA verstärkt, so die Forscher. Die... Studie, die im *European Journal of Political Research* veröffentlicht wurde, stellt fest, dass diese zunehmende parteipolitische Kluft nicht nur in den USA, sondern auch in anderen etablierten Demokratien zu beobachten ist.“¹⁶

Obwohl eine ähnliche Entwicklung wegen der unterschiedlichen Parteienstruktur in europäischen Demokratien auch langfristig so nur schwerlich zu erwarten ist, sind Aspekte davon doch auch innerhalb der europäischen Parteien, vor allem hinsichtlich ihres intern wirksamen ideologischen Kits und ihres systemischen Anspruchs beobachtbar.

Dass wieder andere Kritiker den Vorwurf erhoben, nicht nur das Format Volkspartei, sondern auch politische Mitte überhaupt banalisiere inzwischen die Demokratie und mache sie der Tendenz nach zu einem oberflächlichen Spektakel, hinter dessen Vorhängen Verhältnisse in vorgegebenen Koalitionsmechanismen zwischenparteilich weitgehend unabhängig vom Wähler bestimmt werden, ist ebenfalls nicht ganz von der Hand zu weisen.

16 Martinovich, Milenko: American's partisan identities are stronger than race and ethnicity, Stanford scholar finds. In: Stanford News, August 31, 2017, <https://news.stanford.edu/2017/08/31/political-party-identities-stronger-race-religion/>.

Mit diesen Wahrnehmungen, die sich über die Jahre interaktiv miteinander verbanden, war ein genereller Übergang der Perzeption des Formats Volkspartei sowohl durch Kritiker wie Wähler verbunden – nicht zuletzt auch durch die wählende Jugend, nachwachsende Kandidaten und politisch Interessierte. Dieser Wahrnehmungs-Wechsel betraf – nicht weniger als das restliche Europa – auch den deutschsprachigen Raum. Von Paris bis Warschau und Budapest, von Malmö und Helsinki bis Rom und Madrid, aber eben auch von München bis Berlin, von Kiel bis Bozen, von Wien bis Basel: Die Krise der Volksparteien stellt inzwischen seit Jahren die politische Mitte der Demokratien in der Europäischen Union und so auch im geographischen Zentrum Europas in Frage.

Dabei sind jedoch die entsprechenden Entwicklungen trotz typologisch überlappender Merkmale im einzelnen sehr unterschiedlich. Sie müssen differenziert betrachtet werden, wenn konstruktive Kritik mit dem Ziel der Weiterentwicklung demokratischer politischer Zentren nicht selbst der – in Zeiten der „Re-Globalisierung“¹⁷ – unterbewußt ständig präsenten Verführung populistischer Muster und Klischees verfallen will. Volksparteien sind sehr unterschiedlich strukturiert und haben verschiedene Geschichten: von historischen Kompromiss- und pan-demokratischen Neubeginn-Parteien nach den zwei Weltkriegen über Block- und Weltanschauungsparteien in den 1970er Jahren bis hin zu ideologieübergreifenden ethnischen Minderheiten- und Sammelparteien in Autonomiegebieten wie Südtirol. Ihr historisches und geographisches Spektrum ist breit, aber auch ihr Verbindendes steht außer Frage: die politische Mitte zu besetzen, und diese Mitte im politischen Prozess ständig neu hervorzubringen und zu stärken.

Tatsächlich gilt: Das Format Volkspartei war historisch – sowohl in Europa wie im deutschsprachigen Raum – für die Mitte gemacht. Volkspartei stand und steht ihrem „klassischen“ Selbstverständnis nach dort, wo Dialog stattfindet und Kompromisse im Sinne der Verständigung verschiedener Interessen und politischer Anschauungen für das Gemeinwohl geschlossen werden. Die Charakteristik der „Vermittlung“ des politischen Prozesses verbindet verschiedene Ansätze von Volkspartei, über Sprach-

17 Benedikter, Roland, Gruber, Mirjam, und Kofler, Ingrid (eds.): *Re-Globalization: New Frontiers of Political, Economic and Social Globalization*. Routledge book series: *Rethinking Globalizations*, (<https://www.routledge.com/Rethinking-Globalizations/book-series/RG>), Volume 95, Routledge / Wiley and Sons, London-New York-Amsterdam 2022, <https://www.routledge.com/Re-Globalization-New-Frontiers-of-Political-Economic-and-Social-Globalization/Benedikter-Gruber-Kofler/p/book/9780367642846>.

und Kulturgrenzen hinaus, in einen gesamteuropäischen Raum hinein: sie vereint deutschsprachige mit französischen, italienischen, britischen, belgischen, holländischen und skandinavischen Volksparteien, ja sogar mit jenen – noch relativ jungen – im Osten der Europäischen Union. All diese verschiedenen „Volksparteien“ verbindet, dass sie „catch-all“ Parteien sind: sie wollen die gemäßigten Bürger der politischen Mitte ansprechen und einbeziehen.

Gleichzeitig scheint gerade dies in den letzten Jahren sehr viel schwieriger geworden zu sein. Die meisten Volksparteien, von Skandinavien bis an den Bosphorus, von Spanien bis in die Baltischen Länder, verbindet heute eine Tendenz zur Schrumpfung. Das stellt bei nicht wenigen von ihnen ihre bisherige Form und teilweise sogar Existenz in Frage. Im Osten Europas hat das teilweise mit der Vereinnahmung von Volksparteien durch Populisten und Autoritären-Freunde zu tun; in Mitte und Westen eher mit gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen und der Empfindung eines Kontroll- und Vertrauensverlusts verschiedener Wählersegmente im Rahmen sich häufender Systemkrisen. Die Stärkung national „tragender“ Gemeinschafts- und Zentrums-Impulse durch die Bedrohung Europas durch Russlands Ukraine-Krieg mag ein temporärer Gegenimpuls sein. Mit ihm konkurrieren allerdings die Stimmen der „Putin-Versteher“ etwa in der Regierungs-Volkspartei in Ungarn und der EU-Beitrittskandidaten in Serbien. Die Frage ist, wie lange der EU-interne Kompromiss zwischen so entgegengesetzten Kräften anhalten kann – und wie lange Krieg und Wahrnehmung einer äußeren Bedrohung manche westliche Volksparteien zumindest äußerlich stabilisieren, so wie etwa in Finnland und Schweden.

Jenseits nationaler Unterschiede verbindend bleibt jedenfalls, dass der Umbruch der Volksparteien in einem sich verändernden gesellschaftlichen und sozialen Umfeld stattfindet, von dem kaum eine große Volkspartei in Europa verschont bleibt. Als Reaktion darauf findet in den meisten europäischen Volksparteien heute eine Selbstbefragung statt. Sie will sich einerseits manches Grundsätzlichen neu vergewissern, strebt darüber hinaus aber auch einen Neuanfang an. So hat, um nur ein Beispiel zu nennen, nach der Bundestagswahl 2021 in den beiden ehemals großen deutschen Volksparteien – nicht zum ersten Mal – eine Erneuerungsdiskussion begonnen. Ähnliche Diskussionen finden sich in Österreich, der Schweiz und in Südtirol; und darüber hinaus in Frankreich, Italien und Großbritannien, wenn sich dabei auch konkrete Kontexte und politische Ökosysteme zum Teil stark unterscheiden. Letztlich sind auch die beiden großen Parteien der USA im Gefolge der Erschütterungen der Trump-Ära

noch immer in einem Neufindungsprozess begriffen, der die gesamte Demokraten-Ära unter Joe Biden (oder Nachfolgern) bis 2024 durchziehen wird. Insgesamt sind die tragenden Säulen des Parteiensystems der westlichen liberalen Demokratien in einem Veränderungsprozeß begriffen, der mit Fug und Recht als eine Transformation von Demokratie in Zeiten der neuen, fundamentalen Systemrivalität zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien¹⁸, und damit als Teil der gegenwärtigen „Re-Globalisierungs“- und „Glokalisierungs“-Epoche begriffen werden kann.

Die folgenden Seiten versuchen diesen Prozess in Grundelementen zu begreifen und aufzuarbeiten. Sie konzentrieren sich auf die Zukunft der politischen Mitte im deutschsprachigen Raum, stellen sich dabei in den Grundlinien aber – notgedrungen – einer gesamteuropäischen Herausforderung. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie kann sich angesichts gesellschaftlicher und psychologischer Umbrüche im Umfeld technologischer Neuerungen, sozio-ökonomischer Veränderungen und wiederholten Bündelkrisen samt Aufstieg von Populismen die politische Mitte offener Gesellschaft erneuern, um das verbindende Zentrum von Demokratie als Ort und Maßstab von Mäßigung, dialogischer Gemeinschaftsbildung, Ausgleich und Vernunft zu wahren? Und welche Rolle kann das traditionelle „Mitteformat“: das Format Volkspartei dabei spielen?

Ich beschreibe zunächst Transformationen in Umfeldern und Zeitbedingungen der traditionellen Repräsentantin integrativer Mitte: der Volkspartei. Darauf aufbauend skizziere ich Versäumnisse, die sich auf Format und Praxis von Volkspartei ausgewirkt haben. Schließlich entwerfe ich einige offene Korrekturvorschläge und Perspektiven für die kommenden Jahre.

Dieser Versuch ist nicht neu und sich seiner zahlreichen Voraussetzungen bewußt. Das Thema „Erosion der Volksparteien“ ist schon seit längerem auf der Tagesordnung, und zwar durchaus intensiv. Trotzdem bleibt es wichtig genug, um es – in gebotener Straffung – diesmal unter Gesichtspunkten zeitgenössischer „De-Internationalisierung“, „Re-Globalisierung“ und „Glokalisierung“ erneut unter die Lupe zu nehmen. Der Grund: das, was Kritiker die „Zerfledderung der Parteienlandschaft“ nennen, könnte in den nächsten Jahren bei nicht ausreichend bewältigten Globalisierungswirkungen und möglichen weiteren Systemkrisen eher weitergehen als

18 Vgl. dazu ausführlich Benedikter, Roland: The New Global Direction: From „One Globalization“ to „Two Globalizations“? Russia's War in Ukraine in Global Perspective. In: New Global Studies, Fall Issue 2022, De Gruyter, online first publication: 15 September 2022, pp. 1–34, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/ngs-2022-0038/html>, DOI: <https://doi.org/10.1515/ngs-2022-0038>.

abnehmen. Der für die Zukunft des Formats Volkspartei auszutragende Grundkonflikt wird der zwischen politischer Integrationskraft der Mitte, Spezialisierung zu „professionalisierten Wählerparteien“ und der Wahl zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Populismus sein. Dazu kommt die Grundsatzdiskussion um die Zukunft der Demokratie: ob Integrationsparteien, die „alle“ einbeziehen wollen, in einer hoch individualisierten Zeit eher die politische Mitte retten – oder aber den Pluralismus schwächen.

Wahrscheinlich ist: Die Zukunft der liberalen Demokratien in Europa hängt (mit) davon ab, ob – und wie – die Mitte des Dialogs gegen die Aufspaltung in ausufernde Ränder behauptet und modernisiert werden kann. Dazu braucht es einer Parteiendemokratie vermutlich auch an zentraler Stelle die Erneuerung des Parteien-Formats der Mitte, und für die Mitte. Historisch war das das Format „Volkspartei“. Um über es nachzudenken, gilt es zunächst näher zu bestimmen, was „politische Mitte“ eigentlich bedeutet – und auch, was sie sein *kann*, und wo ihre Grenzen liegen.

1. Vorabklärung zum Begriff „Politische Mitte“: Mythos oder Realität?

Wer heute von Erneuerung der politischen Mitte spricht – und dies als ein Element unter mehreren für die Zukunft der Demokratie verhandelt –, gerät sogleich in ein Grundsatzdilemma: Wer oder was ist eigentlich „politische Mitte“?

Obwohl diese Frage seit jeher nicht allgemein verbindlich zu klären ist, bildet sie doch das Ökosystem, und zugleich den Hebel- und Angelpunkt auch der zeitgenössischen Debatte um gesellschaftliche Spaltung, Populismus und Demokratie. Seit Jahren werden dazu vor allem *drei* Kernfragen diskutiert.

- *Erstens*: Ist „politische Mitte“ nur ein Mythos der europäischen Demokratietradition – oder eine Realität, die feststellbar, herstellbar und behauptbar, ja behauptenswert ist?¹⁹
- *Zweitens*: Kann oder soll „politische Mitte“ überhaupt eine Kategorie in einer Demokratie sein, wenn zu dieser im Prinzip alle verfassungstreuen Parteien gehören, einschliesslich ihres Rechts auf Bewegung und Veränderung im demokratiepolitischen Spektrum?
- Und *drittens*: Wer gehört im Gesamtbild der heutigen europäischen Parteiendemokratien eigentlich konkret zur „politischen Mitte“: alle gemäßigten Parteien, einschliesslich Spezialisierungs- und Themenparteien, soweit sie sich eben nicht den Flügeln zurechnen, oder nur die sogenannten „Volksparteien“ oder „Catch-all parties“? Sind zum Beispiel in Deutschland die „Grünen“ ebenso eine Volkspartei, oder auf dem Weg zu ihr, wie traditionell Sozial- und Christdemokraten?

Die *erste* Frage wurde oft in Bezug auf die Mittelklasse gelöst, welche als „natürliche“ Wahrerin der politischen Mitte ausgegeben wurde – also unter Rückgriff auf sozio-ökonomische Kriterien beziehungsweise einen klassenorientierten Umweg, der das Problem umgeht. Manchmal war es

19 Vgl. dazu kritisch Lenk, Kurt: Parlamentarismus: Vom Mythos der politischen Mitte. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 10.09.2009, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31749/vom-myt-hos-der-politischen-mitte/>.

– in eher handelsökonomischer Blickrichtung, aber in derselben Absicht – auch „Der Mittelstand“ als Wirtschaftsfaktor, also die Klein- und Mittelbetriebe oder SMEs (in Deutschland etwa der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft BVMW).²⁰ Man sprach in diesem Zusammenhang gern auch von „bürgerlichem Lager“ (was im deutschen Sprachraum etwas anderes bedeutet als im anglophonen). Die meisten Mittelklasse-Wähler wählten im Nachkriegseuropa über längere Zeiträume tatsächlich die großen Volksparteien „der Mitte“. „Politische Mitte“ sei also, so der lange Zeit andauernde Grundkonsens, eine Realität, weil ein wesentlicher Teil des Mittelstandes aus Eigeninteresse an Stabilität, Ausgleich und „gesundem Menschenverstand“ dazu tendiere.

Zugleich bräuchten selbstverständlich auch Demokratien Gründungs- und Stabilisierungsmythen, um sich zu festigen – wie eben die Rede von der politischen Mitte. Tatsächlich handle es sich hier aber eher um einen Typus als um einen Mythos, der sich faktisch auf Wählerschichten der Mittelklasse stütze.

„Politische Mitte“ sei zusammengekommen also sowohl eine Realität wie ein (notwendiger) Mythos, um Gesellschaft anhand der in Nachkriegsdemokratien breitesten Schicht der Steuerzahler: nämlich des Mittelstandes zusammenzuhalten. Diese Realität sei jedoch an zentraler Stelle abhängig vom durchschnittlichen wirtschaftlichen Wohlstand – nämlich vom Gedeihen der Mittelklasse. Wo Wohlstand sich verringere und (wirtschaftliche, damit verbunden auch kulturelle) Mittelklasse versiege, verdorren auch die Volksparteien.

Die *zweite* Frage – die nach der Mitte als Kategorie im demokratischen Parteienspektrum – stellte sich bei den im Parlament vorhandenen Parteien über Jahrzehnte kaum. Sie wurde seit der Vervielfältigung des Parteienspektrums – unter anderem mit dem Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag 1983 und anderen europäischen Pluralisierungs-Entwicklungen – meist vereinfachend mit Hinweis auf den „Verfassungspatriotismus“ (unter anderen Dolf Sternberger 1982, Jürgen Habermas 1986) gelöst: alle, die den Willen zum bestehenden Verfassungsstaat und demokratischer Solida-

20 Benedikter, Roland: The Future of European SMEs: Seven strategic axes for the coming years. In: Challenge. The Magazine of Economic Affairs. Edited by Jeffrey Madrick and Nobel Laureates Kenneth J. Arrow, Robert M. Solow, Joseph E. Stiglitz, Paul R. Krugman et.al., Volume 65, 2022, Issue 9, Routledge / Taylor and Francis, New York and London, September 2022. Published online first: 10 September 2022, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/05775132.2022.2115239> und <https://www.tandfonline.com/eprint/IFA2CSXGP5DYHTPIVMRI/full?target=10.1080/05775132.2022.2115239>.

rität aufbringen, sollten im Prinzip zumindest aus dem Blick politischer Kultur als Nicht-Flügelparteien gelten.

Diese Antwort übersah in ihrem latenten Integrationseuphemismus allerdings Unterschiede zwischen den Parteien. Sie überdehnte den Begriff der „politischen Mitte“ derart, dass bestimmte Kräfte – wie zum Beispiel die 1968er und Post-1968er – sich von Anfang an außerparlamentarisch situieren mussten, weil sie nicht dazugehören wollten und ihre Spezifiken gerade im Hinblick auf ihre systemische Innovationskraft nicht repräsentiert sahen.

Die dritte Frage schliesslich wurde oft mit Hinweis auf das – allerdings geradezu programmatisch unscharfe – Konzept „politische Hauptströmungen“ beantwortet. Tatsächlich siedelten sich im Nachkriegs-Europa zwischen 1945 und der weltpolitischen Wende der Jahre 1989 bis 1991 die meisten Wähler im politischen Zentrum der (mehr oder weniger) Gemäßigten an. Das führte zur Bezeichnung der Parteien der moderaten Mitte als „politische Hauptströmungen“. Diese Bezeichnung ist seit den 2000er Jahren jedoch fragwürdig geworden, weil die Wähler beweglicher wurden, und damit auch die Parteien. Viele, vor allem jüngere, Wählerinnen und Wähler wählten seit dem Beginn der Globalisierung und ihrer „Ende der Geschichte“ und Demokratisierungseuphorie, wenn sie an „politische Hauptströmungen“ dachten, nicht mehr notwendigerweise die großen Mitteparteien der lokalen, nationalen oder europäischen Tradition. Sie dachten stattdessen immer stärker an globale Dimensionen, und da sah „politische Hauptströmung“ zum Teil ganz anders aus. „Denke global und handle lokal“ veränderte die Einstellung zu dem, was als „Hauptströmung“ zu verstehen ist.

Im Rahmen dieser grundlegenden Erweiterung von Begriff und Praxis „politischer Hauptströmung“ entstanden auch neue „Mainstreams“ in der Parteienlandschaft. Entstanden etwa die „Grünen“ als Gegenpartei gegen das, was sie das Establishment der Unvernunft nannten, erhob sie die Globalisierung, nicht zuletzt auch im Rahmen der Einsicht in die Gründe der Klima- und Umweltkrise, zu einer „Hauptströmung“. „Alternativ“ und „systemkritisch“ wurden zu „Hauptströmungen“ der kritischen Intelligenz bereits im Gefolge der 1968er Jahre; ebenso wie das „Jenseits von Links und Rechts“ im Gefolge des über Jahre hin „postideologischen“ Globalisierungsverständnisses.

Letztlich führte das zur heutigen Situation, in der „Hauptströmung“ kaum ein Hinweis auf Zugehörigkeit zur Mitte mehr sein kann. Denn „politisches Zentrum“ bedeutet nicht mehr automatisch „politische Mitte“.

Diese drei Dimensionen bedeuten für den für uns relevanten Kontext: „Politische Mitte“ ist ein dehn- und wandelbares Konzept. Die Parteienlandschaft ist insgesamt bunter, instabiler, programmatisch diskontinuierlicher und im Spektrum differenzierter geworden. Das macht traditionelle Identifikationen von „Mitte“ fragwürdig.

Aus diesem Grund müssen wir für das Folgende eine Eingrenzung vornehmen. Diese ist notwendig, um einen konzentrierten Fokus der Diskussion zu generieren, in dem sich vieles andere sammelt. Das erfolgt mittels Konzentration auf Begriff, Konzept und Transformation der historisch am längsten dienenden Mitte-Repräsentantin: des *Formats* Volkspartei (nicht einer bestimmten Volkspartei).

Deshalb ist im folgenden, wenn von „politischer Mitte“ die Rede ist, demokratie- und parteipolitisch das Mitte-Format „Volkspartei“ in seiner Tradition seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs gemeint – ebenso wie die Frage nach seinen Mutationen und Perspektiven.

Sicher ist: dieses Format ist seit Jahren in Krise – so sehr, dass manche Beobachter wie Berthold Vogel geradezu vom „Abschied von der Mitte, die wir kannten“²¹, sprechen; andere wie Mohamed El-Erian von der Notwendigkeit, „die schrumpfende Mitte zu retten“²²; und wieder andere wie Carsten Nickel vom „Untergang der Volkspartei“²³. Gleichzeitig heben zukunftsgerichtete Demokratie-Analytiker wie zum Beispiel Yascha Mounk hervor, dass gerade die Volksparteien – er meint damit allerdings einen

-
- 21 Vogel, Berthold: Debatte über die politische Mitte: Abschied von der Mitte, die wir kannten? Die aktuellen politischen Debatten lassen erahnen, dass unsere Gesellschaft an einem Wendepunkt angekommen ist. In: Rotary Magazin für Deutschland und Österreich, 15.01.2011, <https://rotary.de/gesellschaft/abschied-von-der-mitte-die-wir-kannten-a-311.html>.
 - 22 El-Erian, Mohamed A: Rettung der schrumpfenden Mitte. Es braucht viel Zeit und Einsatz, das Vertrauen in eine Mitte wiederherzustellen, die fähig ist, Stabilität und Wohlstand zu fördern. In: Finanz und Wirtschaft, 04.04.2018, <https://www.fuw.ch/article/rettung-der-schrumpfenden-mitte> und <https://www.project-syndicate.org/commentary/reversing-extremism-polarization-middle-class-by-mohamed-a-el-erian-2018-03/german>.
 - 23 Nickel, Carsten: Liberalismus: Die Offenheit schottet sich ab. Rückwärtsgewandte Populisten bedrohen die Demokratie, und aufgeklärte Städter halten den Laden zusammen? Nein, beide sind am gleichen tiefgreifenden Wandel beteiligt. In: Die Zeit, 5. April 2019, <https://www.zeit.de/kultur/2019-04/liberalismus-populismus-eliten-bildung-demokratie/komplettansicht>. Vgl. Jesse, Eckhard: Zustand der Demokratie: Krise (und Ende?) der Volksparteien? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.06.2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335443/krise-und-ende-der-volksparteien/>.

Teil des politischen Spektrums: nämlich „die Konservativen“ – „eigentlich die Rettung gegen Rechts wären“²⁴ – womit der Populismus gemeint ist. Ähnliches müsste, dieser Logik folgend, jedoch wohl auch in Richtung „die Sozialdemokraten“ gelten. Es würde der traditionellen „Mitte“ die Rolle der potentiellen „Retter der Demokratie“²⁵ zuschreiben. Damit sind sie in ihrem derzeitigen Zustand allerdings möglicherweise überfordert. Denn es gilt in den Augen vieler zeitgenössischer Kritiker als ausgemacht, dass unter dem „Ansturm der Populisten 2012–2020“²⁶ „das bürgerliche Lager zerbröselt“.²⁷

Ist das der Fall? Und was würde es für die Zukunft der politischen Mitte bedeuten?

24 Mounk, Yascha: Demokratie: Die Konservativen wären die Rettung gegen Rechts. Verteidigen Konservative die Demokratie, überlebt sie für gewöhnlich. Eine Allianz mit dem ungarischen Autokraten Viktor Orbán oder der AfD bringt sie dagegen in Gefahr. In: Die Zeit, 5. September 2018, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-09/demokratie-rechte-ungarn-viktor-orban-manfred-weber>.

25 Ebda.

26 Loth, Wilfried: Der Ansturm der Populisten 2021–2020. Kapitel 9. In: Ders.: Europas Einigung: Eine unvollendete Geschichte, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2020.

27 Reitz, Ulrich: Streit in der politischen Mitte: Das bürgerliche Lager zerbröselt und die Union erinnert sich an düstere Zeiten. In: Focus.de, 16.01.2022, https://www.focus.de/politik/deutschland/eine-analyse-von-ulrich-reitz-mit-dem-eintritt-in-die-ampel-sprengt-lindners-fdp-die-traute-zweisamkeit-mit-der-union_id_38700901.html.

2. Wahlen und der Abstieg des Formats Volkspartei: Gründe einer historischen Symptomatologie

Unabhängig von den fließenden Zuordenbarkeiten „politischer Mitte“ besteht heute über eines weitgehend Konsens: „Catch-all“-Parties, oder auf deutsch: „Volksparteien“, befinden sich europaweit im Umbruch. Von der finnischen *Kansallinen Kokoomus* über die französische *Republique en Marche!* bis zu den irischen *Fine Gael* und *Fianna Fáil*, von den italienischen *Forza Italia*, *Lega Nord* und *Partito Democratico* über die spanischen *Partido Popular* und *Ciudadanos* bis hin zur altherwürdigen britischen *Labour Party* und den historischen österreichischen Konkurrenzlagern *ÖVP* (Österreichische Volkspartei) und *SPÖ* (Sozialistische Partei Österreichs) sind die meisten ehemals großen Mitgliederparteien der Mitte in Fermentierung begriffen. Viele rechnen zudem mit weiterer Veränderung, manche sogar mit weiterer Schrumpfung.

Diese Situation hat eine Vorgeschichte. Bereits 2019 konstatierten Beobachter einen „historischen Absturz der großen Volksparteien“²⁸ in mehr oder weniger ganz Europa. So schrieb zum Beispiel Daniel Dettling:

„Die einst großen Parteien in Europa leben in einer Blase. Sie haben den Kontakt zum wirklichen Leben verloren. Wenn sie überleben wollen, müssen sie sich neu erfinden und jünger, kreativer, freundlicher sowie digitaler sein... Europaweit ist ihr Absturz historisch und folgt einem langen Trend. In Deutschland haben es CDU/CSU und SPD bei der jüngsten Europawahl [9. Direktwahl zum Europäischen Parlament vom 23.-26. Mai 2019, Anmerkung des Autors] fertiggebracht, trotz höherer Wahlbeteiligung weniger Stimmen als bei der vorangegangenen [2014] zu gewinnen. In Frankreich sind die einst mächtigen großen Parteien – die Sozialisten auf der Linken und die Republikaner auf der Rechten – auf sechs beziehungsweise acht Prozent abgerutscht... Die Erzählungen und Visionen der großen Parteien wecken

28 Dettling, Daniel: Historischer Absturz der großen Volksparteien. In: Die Presse, 10.07.2019, <https://www.diepresse.com/5657532/historischer-absturz-der-grossen-volksparteien>.

heute nur noch nostalgische Gefühle an eine ‚bessere Zeit‘, die immer mehr verblassen...“²⁹

Die Gründe dafür sind laut Dettling vielfältig, wobei keiner unwichtig ist:

„Die politische Landschaft wird unübersichtlicher, bunter und kurzlebiger. Beschleuniger dieser Entwicklung sind die Regeln der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie. In dieser sind die sozialen Medien längst zur ‚fünften Gewalt‘ geworden, die von niemandem kontrolliert wird und in der Reichweite, Klicks und Likes zählen. Wo Stimmen zunehmend durch Stimmungen gewonnen werden, geht es nicht nur um Fakten und Sachkompetenz, sondern auch um Emotionen und Haltung. Auch deshalb haben es Grüne... leichter als die in die Jahre gekommenen Volksparteien.... Sie... sprechen eine neue Sprache und verzichten auf parolenhafte Programmatik. Ihre Sprache reproduziert und repräsentiert nicht das ohnehin Bestehende, sondern bringt eine neue Wirklichkeit, das gemeinsame Bewusstsein für einen... Aufbruch hervor. Auf die großen Fragen der Zukunft wie Klimaschutz, Globalisierung und Digitalisierung haben Konservative, Sozialdemokraten und Freiheitliche keine überzeugenden Antworten. Sie wirken wie Machtapparate, die zukunftsvergessen und machtvessenen ihr eigenes Verschwinden verwalten. Die einst großen Parteien leben in einer Blase und haben den Kontakt zum wirklichen Leben verloren.“³⁰

Eben durch diesen Wirklichkeitsverlust ist laut Dettling geradezu eine „kulturelle Spaltung“ der Wähler entstanden:

„Zwischen den Parteien, in denen [in Deutschland] fast nur ältere Männer sitzen, und den Jungen und Frauen in den Initiativen und Bewegungen der Zivilgesellschaft wird die kulturelle Spaltung tiefer. Es geht dabei weniger um Themen und Inhalte als um Werte und Lebensstile... Zu lange haben sich die Volksparteien von der Zustimmung der Älteren abhängig gemacht und dabei das Lebensgefühl der Jüngeren aus den Augen verloren. Fast 90 Prozent der Jungen im Alter von 12 bis 19 nutzen YouTube. Auf die Themen und Forderungen dieser Generation reagieren [die Volksparteien] mit der immer gleichen Kommunikationstaktik: erst ignorieren, dann verzögern und schließlich nichts unternehmen. Das wird sich in Zukunft rächen.“³¹

29 Ebda.

30 Ebda.

31 Ebda.

Drei konkrete Beispiele aus jüngster Zeit bestätigten diese Diagnose: die Wahlergebnisse der Bundestagswahl in Deutschland im September 2021, der Präsidentschaftswahlen in Frankreich im April 2022 und der Parlamentswahlen im selben Land im Juni 2022. Sie zeigten die Trends auf der nach Brexit verbleibenden Hauptachse der Europäischen Union: der Achse Frankreich-Deutschland auf. In Deutschland lagen die beiden großen Volksparteien SPD und CDU 2021 nur noch bei 25,7 Prozent bzw. 24,1 Prozent.³² Es war das erste Mal bei nationalen Richtungswahlen, dass keine Partei mehr als 30 Prozent der Stimmen erhielt. Als Folge konstatierte „Der Tagesspiegel“ das „Ende der Volksparteien“:

„Wo Deutschlands politische Landkarte weder rot noch schwarz ist: Erstmals kommt bei einer Bundestagswahl keine Partei über 30 Prozent. Das weist auf einen Trend hin: In Deutschland gibt es keine Volkspartei mehr. Die Wahldaten auf Gemeindeebene zeigen, wie das die politische Landschaft verändert... Die Union rutschte um fast neun Prozentpunkte ab, steht [2021] bei 24,1 Prozent. Die SPD war schon 2017 abgestürzt. Auch wenn die Sozialdemokraten ihr Ergebnis [2021] um 5,2 Prozentpunkte verbessert haben, stark ist die Partei deshalb mit 25,7 Prozent noch lange nicht. 1998 hatte sie noch 40,9 der Bürger:innen überzeugt.“³³

Michael Koss schloss in der „taz“ daraus:

„Die eierlegende Wollmilchsau der repräsentativen Demokratie [d.h. das Format Volkspartei und mit ihr ein wichtiger Aspekt der politischen Mitte, Anmerkung des Autors] hat ihre Existenzbedingungen verloren. Wir sollten uns daran gewöhnen... Für Bernstein und Kirchheimer bezeichnete der Begriff der Volkspartei einen Etikettenschwindel, bei dem die zentralen Werte der Kernwählerschaft auf dem Altar des Appells an breitere Bevölkerungsschichten geopfert wurden. In der Tat ist der Spagat zwischen tiefer Verwurzelung in einem Kernmilieu und gleichzeitiger Attraktivität für weitere gesellschaftliche Gruppen eigentlich nicht zu schaffen. Eigentlich. Uneigentlich gab es aber eine Zeit für diese eierlegende Wollmilchsau der repräsentativen Demokra-

32 Statista: Ergebnisse der „Volksparteien“ CDU/CSU und SPD bei den Bundestagswahlen von 1990 bis 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38130/umfrage/ergebnisse-der-volksparteien-bei-den-bundestagswahlen-seit-1990/>.

33 Der Tagesspiegel: Das Ende der Volksparteien: Wo Deutschlands politische Landkarte weder rot noch schwarz ist, 13. Oktober 2021, <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/das-ende-der-volksparteien/>.

tie: den Kalten Krieg. In dessen bipolarer Weltordnung erwachsen den Führungen von Christ- und Sozialdemokratie unverhofft zwei Drohungen, vermittels derer sie das verhindern konnten, was den Erfolg von Volksparteien unter Normalbedingungen konterkariert: die Abwendung der Kernwählerschaft hin zu Parteien, die weiterhin die reine Lehre vertreten und diese nicht für den Appell an die Massen verwässern. Diese Drohungen waren zum einen der Antikommunismus, mit dem Linksabweichler diszipliniert werden konnten... Zum anderen diente der Appell an den Verbleib im ‚westlichen Bündnis‘ denjenigen als wirksame Drohung, die nach rechts erneut auf deutsche Sonderwege abbiegen wollten. Wer wollte schon mit ‚Moskau‘ gemeinsame Sache machen oder den Schutzschirm der USA verlassen? Diese beiden Drohungen waren der Nährboden, auf dem Volksparteien erst gedeihen konnten. Angesichts der deutschen Vergangenheit ging diese Saat besonders gut auf und blühte im europäischen Vergleich erstaunlich lange. Stabilität, das war der Slogan der Volksparteien, und noch Olaf Scholz (geschickter) und Armin Laschet (plumper) haben ihn im Wahlkampf permanent im Mund geführt.“³⁴

Bezogen auf die durch die rasche Aufeinanderfolge von Krisen immer labilere Gegenwart erscheint das zugrundeliegende, primordiale Stabilitätsversprechen jedoch immer weniger glaubwürdig. Andere Narrative wie Schutz, Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit treten in den Vordergrund. Daraus schloss Koss:

„Heute sind die Volksparteien selbst zum Ideal avanciert, das so vermeintlich positiv kontrastiert mit den gegenwärtigen sogenannten Kartellparteien... Wir sollten damit aufhören, stets das gerade abgelegte Organisationsmodell von Parteien anzuhimmeln – und Parteien stattdessen an den gesellschaftlichen Realitäten messen, die sie widerspiegeln. Im Zweifelsfall kommt es darauf an, sie zu verändern. Aber bitte in der Gegenwart, nicht in der Vergangenheit.“³⁵

Ähnlich hatte bereits im Vorfeld der bundesdeutschen Parlamentswahlen 2021 das ZDF eine Demokratie der „Volksparteien ohne Volk“ vorausgesagt:

34 Koss, Michael: Adieu, Volksparteien. In: TAZ, 08.10.2021, <https://taz.de/Nach-der-Bundestagswahl/!5801228/>.

35 Ebda.

„Den Volksparteien laufen die Wählerinnen und Wähler weg... Ein Phänomen... verändert unsere Demokratie nachhaltig: de[r] Wegfall der traditionellen Parteienbindung. Expertinnen und Experten beobachten gesellschaftliche Verschiebungen, die... drastische Folgen haben könnten. Milieus lösen sich auf, soziale Medien beschleunigen und radikalisieren die politische Debatte. Immer schneller wechseln sich Themen ab. Und gerade die Volksparteien drohen zu veralten, den Anschluss an aktuelle politische Themen der Nachfolgeneration zu verlieren. Der ehemalige CSU-Vorsitzende Theo Waigel kritisiert in diesem Zusammenhang die eigene Jugendorganisation: ‚Ich höre von der Jungen Union viel zu wenig, wünschte mir hier wirklich mehr Aktivität, mehr Ideen, Kraft und, ja, mehr Einfluss.‘ Doch der Nachwuchs von CDU/CSU und auch SPD hat es schwer, sich zu behaupten: Einerseits sollen die Parteien Traditionen und Werte bewahren; andererseits müssen sie sich für neue politische Inhalte und Kommunikationswege öffnen.“³⁶

Auf der anderen Seite des Rheins, in Frankreich, ergaben die Präsidentschaftswahlen im April 2022 Ähnliches: einen eindeutigen

„Absturz für die einstigen Volksparteien. Die Präsidentschaftswahl [2022] in Frankreich [war] für die einstigen Volksparteien der Republikaner und Sozialisten eine Niederlage historischen Ausmaßes. Bereits im Wahlkampf spielten sie kaum eine Rolle, [und sie] fuhren... so schlechte Ergebnisse ein wie noch nie. Der Linkspolitiker Jean-Luc Melenchon erreichte mit 21,3 Prozent Platz 3. Der Rechtsextreme Eric Zemmour zog mit 6,9 Prozent an der Konservativen Valerie Pécresse mit etwa 4,8 Prozent vorbei. Die sozialistische Kandidatin Anne Hidalgo lag abgeschlagen bei 1,7 Prozent. Der Grüne Yannik Jadot kam auf etwa 4,4 Prozent.“³⁷

Für die darauffolgenden Parlamentswahlen im Juni 2022 notierten internationale Beobachter einen klaren Sieg der programmatischen Anti-Mitte-Parteien:

36 ZDF: Wahl 2021 im ZDF: Volksparteien ohne Volk? Die rätselhaften Wechselwähler, 06.09.2021, <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzeit/wahl-2021-im-zdf-zdfzeit--volksparteien-ohne-volk-100.html>.

37 Austrian Press Agency (APA) via ORF Teletext: F: Absturz für einstige Volksparteien, 11.04.2022, S. 131.

„[Der Linke] Jean-Luc Mélenchon... führte seine Partei von 17 auf 79 Sitze. Er sagt, Macron habe eine ‚totale Niederlage‘ erlitten, während er und [die Rechte] Marine Le Pen die prognostizierten Gewinne feiern. Die [Rechts-]Partei von Marine Le Pen ist von 8 auf 89 Sitze gestiegen. Beide waren die großen Gewinner der Wahlen vom Juni 2022 in Frankreich. Sie haben die Mehrheit von Präsident Emmanuel Macron zerrissen. Das breite Linksbündnis unter Jean-Luc Mélenchon und die extreme Rechte von Marine Le Pen wurden... als eine Zangenbewegung der Extreme beschrieben. Sie liegen zwar weit auseinander, haben aber weitgehend das gleiche Ziel: sich der zentristischen Regierung Macrons entgegenzustellen. Für den altgedienten Führer der extremen Linken, Mélenchon, bestand der Erfolg [seiner] Neuen Ökologischen und Sozialen Volksunion (NUPES) darin, dass sie in weniger als einem Monat einen ‚arroganten‘ Präsidenten besiegt hat... Die Anhänger der Linken und der extremen Rechten verabscheuten den ‚Macronismus‘ so sehr, dass sie bei den Wahlen nicht mehr gegeneinander stimmten. Das gibt Marine Le Pen eine noch nie dagewesene Chance, die Politik in der Nationalversammlung zu beeinflussen, und im Gegensatz zu Jean-Luc Mélenchon hat sie beschlossen, die bisher größte Gruppe von Abgeordneten ihrer Partei anzuführen... Beide Parteien wollen sich dem Reformprogramm des Präsidenten widersetzen...“³⁸

Laut dieser Darstellung geht es also in der Gegenwart europäischer Parteienpolitik geradezu um eine – sei es nun anlassbedingte oder strategische – Zangenbewegung der Nicht-Zentrumsparteien gegen das politische Zentrum. Diese Zangenbewegung kennzeichnet und prägt Aspekte des politischen Zeitaugenblicks. Dabei zeigt sich eine Paradoxie: die Flügel von Links und Rechts tun sich zusammen, obwohl sie – eben wegen ihrer extremen Natur – einander in jeder Hinsicht feindlich gesinnt sind und keine gemeinsamen Positionen haben. Das einzige gemeinsame Ziel liegt darin, die Mitte zu schwächen. Der nächste Schritt nach Erreichung dieses Ziels wäre dann allerdings, wenn man die in diese Entwicklung eingebaute Logik weiterdenkt, dass sich nach der Zerstörung der Mitte die Links- und Rechts-Flügel in einer Art zivilem Zusammenprall gegeneinander wenden. Dabei würden sie jedoch höchstwahrscheinlich mittels eskalierender Rhetorik und Populismus riskieren, die Demokratie an der Dialog-

38 Kirby, Paul: French elections: What now for opposition left and far-right? In: BBC Europe, 20 June 2022, <https://www.bbc.co.uk/news/world-europe-61863172>.

Wurzel anzugreifen und sie damit im Kern zu zerrütten. Den Populismus erkennt man unter anderem am Namen der Mélenchon-Partei, die von „Volk“ über „ökologisch“ und „sozial“ alles an Signalbegriffen zusammengepackt hat, was möglich war, um Stimmen zu machen – oberflächlich und mit nationalistischem Unterton. Die französische Entwicklung ist, wie bereits in der Vergangenheit der Demokratie-Geschichte, ein Beispiel, das auch in anderen europäischen Ländern Schule machen könnte, wenn die Volksparteien nicht schnell mit Reformen reagieren.

Bei alledem gab und gibt es natürlich auch Unterschiede zwischen den beiden EU-Partnern Frankreich und Deutschland – vor allem hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Partei und Persönlichkeit, wie Frank Baasner hervorhob:

„Die Parteienlandschaft in Frankreich war – anders als in Deutschland – nie besonders stabil. Die Parteien in Deutschland sind riesige administrative ‚Monstren‘. Das gibt es in Frankreich nicht. Die großen Blöcke, die wir kennen, sind in Frankreich eher ein Wahl-Club für eine Persönlichkeit. Deshalb sind sie auch immer wieder umbenannt worden. Die Sozialisten sind groß geworden mit Mitterand; davor waren sie Kommunisten, und die waren super organisiert. Das war wie eine Kaderveranstaltung, die von Mitterand systematisch zerstört wurde. Er hat eine sozialistische Partei an deren Stelle gesetzt, die über ihn definiert war...“³⁹

Trotz dieser Unterschiede stellt sich aus Sicht von Baasner die Frage:

„Blüht Deutschland der Niedergang der Volksparteien? Es ist richtig, dass sich die CDU neu erfinden muss. Ich würde aber sagen, aufgrund der tiefen Verankerung in die lokalen Strukturen, in den Kreisverbänden, verschwinden diese Parteien nicht so schnell. Doch die junge Wählerschaft macht da nicht mehr mit.“⁴⁰

Ein weiterer Faktor, der Deutschland von Frankreich unterscheidet, mag der schrittweise Rückgang der Bedeutung der Vertriebenenverbände sein, die Frankreich so nicht hatte. Diese Vertriebenenverbände waren ehemals ein wichtiger Faktor für die Volkspartei-Wählerschaft, weil ihre Mitglieder großteils Mitte-Parteien (darunter vor allem die Konservativen) wählten.

39 Baasner, Frank: Die Wahlen in Frankreich. Französisches Jahrbuch 2021, herausgegeben vom Deutsch-Französischen Institut (dfi), Nomos Verlag, Pressemitteilung, Mai 2021.

40 Ebda.

2. Wahlen und der Abstieg des Formats Volkspartei

Mit ihrem generationalen Aussterben hat die politische Mitte eine Stammwählerschaft eingebüsst – im Prinzip auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Das war in Frankreich so nicht der Fall, obwohl auch dort – wie in den meisten anderen europäischen Ländern – generationale Entwicklungen griffen und weiter greifen. Darunter ist vor allem die Abwendung der Jugend als einer der wichtigsten Faktoren.

3. Zwei vielsagende Jugendtrends

Die Kardinal-Frage, die manche ganz zu Unrecht immer noch für eine „Gretchenfrage“ halten: *Warum sind den ehemaligen Volksparteien die (jüngeren) Wähler in Frankreich in so großer Schar davongelaufen?* beantwortete Frank Baasner vom Deutsch-Französischen Institut (dfi) wie folgt:

„Bei den Sozialisten ist das sehr schnell zu sagen: Ihnen fehlt die überzeugende Führungspersönlichkeit. Sie sind ein sehr stark auf Leadership ausgerichteter Club. Und die Bürgerlichen haben sich – was wirklich erstaunlich ist – selbst zerstört. Mit der gescheiterten Wahl [2017], nach der die innenpolitische Familie der Partei in Lager zerfallen ist. Die vier Kandidatinnen, 3 Männer, 1 Frau, hatten fast gleich viele Stimmen. Das zeigt: da war keine Einheit.“⁴¹

Emblematisch für Deutschland war: Trotz Kanzlerbonus und Kriegseffekt fiel die SPD nach „gewonnener“ Wahl in der Wählergunst fast unmittelbar wieder zurück. Laut einer Forsa-Umfrage fiel die SPD bereits Ende Mai 2022 unter 20 Prozent und fünf Punkte hinter die Grünen – und die nun oppositionelle Union lag vorne.⁴² Zu einem oft wenig beachteten, aber gemeinsam wirksamen französisch-deutschen Trend schrieben Beobachter:

„De[n] Wahlsieger Macron... haben nicht mehr die Jungen gewählt, sondern die Alten. In der Gruppe der über 70-Jährigen holte Macron, der Le Pen mit 58 zu 42 Prozent schlug, 71 Prozent der Stimmen. Im Feld der Jungen war die Wahlenthaltung besonders groß: Von den unter 24-Jährigen gingen 41 Prozent nicht zur Wahl. Zwar holte Macron 61 Prozent der Erststimmen, aber...: Hätten nur die unter 34-Jährigen gewählt, ‚wäre Jean-Luc Melenchon jetzt Präsident‘. Gerade die Jungen hätten dann für einen Mann gestimmt, dem Genderthemen egal sind, der alle Feindbilder des Kalten Krieges, gegen Deutschland, gegen die NATO, besonders auch gegen die USA, mobilisiert hatte –

⁴¹ Ebda.

⁴² Die Welt: Forsa-Umfrage: SPD fällt unter 20 Prozent und 5 Punkte hinter die Grünen, 31.05.2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article239103043/Forsa-Umfrage-SPD-faellt-unter-20-Prozent-und-fuenf-Punkte-hinter-die-Gruenen-Union-weiter-vorne.html>.

3. Zwei vielsagende Jugendtrends

der aber für den Klimaschutz, erneuerbare Energie und nachhaltige Landwirtschaft steht...“⁴³

Ein zweiter Trend ist die Aufspaltung der Wählerschaft nach Sozialniveaus:

„Frankreich war bei dieser Wahl [zudem] deutlich in ein ‚oberes‘ und ein ‚niederes Frankreich‘ aufgespalten. Die sozialen Niveaus [haben sich] sehr deutlich im Wahlverhalten ausgedrückt. Während Macron bei den Akademikern und besser Gebildeten mehr als doppelt so stark wie Le Pen gewesen ist, zeigt sich beim Blick auf die Zahlen: Bei den Arbeitern und Angestellten konnte Le Pen doppelt so viele Stimmen für sich verbuchen wie Macron.“⁴⁴

Das sind zwei Trends, die sich ähnlich auch in anderen Ländern Europas zeigen. Sie verweisen auf eine Entwicklung, die klar gegen die Volksparteien arbeitet. Die damit verbundenen Effekte deuten vor allem auf einen Abschied der Jugend von den Volksparteien – und damit bis zu einem gewissen Grad auch von der politischen Mitte – hin. Zahlreiche Erhebungen bestätigen diesen Trend – obwohl sich beispielsweise etwa in Österreich nach wie vor mehr als 100.000 junge Menschen ehrenamtlich in der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) engagieren.⁴⁵ So stellte Johannes Kulms 2021 fest, dass die Jugend eine doppelte Tendenz zeige: einerseits ein gewachsenes politisches Interesse wegen zunehmender Krisen; andererseits ein (zugleich) wachsendes Misstrauen gegen die Parteien. Laut Kulms gilt:

„Der Nachwuchs misstraut den Parteien. Klimaprotest am Brandenburger Tor in Berlin: Das Interesse der Jugendlichen an Politik ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Die Jugend ist politisiert. Das zeigt auch der Erfolg von *Fridays for Future*. Dennoch müssen Parteien sich weiter Nachwuchssorgen machen. Die Skepsis der Jungen der etablierten Politik gegenüber bleibt. Auch in der Pandemie gab es Enttäuschungen... Gerade die Corona-Pandemie... hat... Jugendlichen zuletzt das Gefühl gegeben, machtlos und ungehört zu bleiben. Schöner wäre es, wenn auch einfach mehr Kinder und Jugendliche... auch im Landtag gehört werden und beispielsweise auch im Bundestag. Wenn man beispielsweise über das Abitur spricht oder das Konzept,

43 Heidegger, Gerald: „Karte und Gebiet“: Das zerrissene Frankreich. In: ORF Stories, 30. April 2022, <https://orf.at/stories/3262261/>.

44 Ebda.

45 Die Junge ÖVP: Information, o. D., <https://junge.oevp.at/>.

wann was geöffnet wird, wäre es wichtig, Kinder und Jugendliche miteinzubeziehen. Weil uns hat die Pandemie – das zeigen sehr viele Studien – wirklich... sehr erschüttert und auch geschwächt.“⁴⁶

Aus dem Gefühl der Jugend, von den Großparteien ignoriert zu werden, hat sich ein Nachwuchsproblem ergeben:

„Innerhalb der letzten drei Jahrzehnte hat sich sowohl bei der SPD wie auch der CDU die Mitgliederzahl halbiert. Derzeit bewegen sich beide Parteien nahe der Marke von 400.000 Mitgliedern. Wie aber lassen sich junge Menschen heute noch für Politik und Parteien begeistern? ‚Man erreicht sie nicht für die Parteien, indem man ihnen einen halbstündigen Vortrag hält, wie wichtig Parteien für die parlamentarische Demokratie sind. Da sind schon alle eingeschlafen‘, sagt Kevin Kühnert, früher Chef der Jusos... der SPD. ‚Parteien müssen mit denen, die schon da sind, zeigen, dass sie durchlässige, innovationsfreudige Organisationen sind. Das sind sie heute nämlich häufig nicht! Und das kriegen junge Menschen sehr wohl mit. Und dann finden sie andere Orte für politisches Engagement: NGOs, Bürgerinitiativen oder Ähnliches.“⁴⁷

Deshalb urteilt das Deutsche Jugendinstitut, dass Jugend und Politik im Zeitalter der „Bündelkrisen“ ein „schwieriges Verhältnis“ haben:

„Vielen jungen Menschen ist das Politische wichtig, aber nur wenige engagieren sich dauerhaft in Parteien. Das beeinflusst die Demokratie und stellt die politische Bildung vor neue Herausforderungen. Die Wahlverluste der Volksparteien CDU/CSU und SPD sowie der Einzug der AfD in den Bundestag im Jahr 2017 sind Ausdruck eines veränderten politischen Stimmungsbildes der deutschen Bevölkerung, das sich mit einem Vertrauensverlust gegenüber den etablierten Parteien der bürgerlichen Mitte und einer Aufwertung von national-konservativen und rechtspopulistischen Haltungen beschreiben lässt... Große repräsentative Jugendstudien belegen, auch und besonders Jugendliche bringen der etablierten Politik wenig Vertrauen entgegen. Trotz dieser Distanz zum politischen System sind junge Menschen aber nicht unpolitisch. Im Gegenteil: Sie wollen mitgestalten, weichen allerdings

46 Kulms, Johannes: Jugend und Politik: Der Nachwuchs misstraut den Parteien. In: Deutschlandfunk Kultur, 07.06.2021, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/jugend-und-politik-der-nachwuchs-misstraut-den-parteien-100.html>.

47 Ebda.

3. Zwei vielsagende Jugendtrends

aus auf punktuelle, themenspezifische oder andere informelle Aktionen außerhalb der Parteien, die eher expressiv und protestorientiert sind und auch im Internet stattfinden können...“⁴⁸

Junge Menschen finden also vor allem die Selbstpositionierung im Parteiensystem schwierig. Auch deshalb scheren sie sowohl häufig aus politischen Mitte-Positionen aus und radikalisiert sich, wie sie der repräsentativen Demokratie zumindest hinsichtlich Zugehörigkeitsgefühl mit Distanz gegenüberstehen:

„Im Hinblick auf konventionelle Beteiligungsformen in repräsentativen Demokratien, wie z.B. bei einer Partei mitarbeiten oder zur Wahl gehen, schätzten sich die befragten jungen Menschen im Vergleich zu älteren Generationen als zurückhaltender ein. Von einem Engagement in einer politischen Partei in den vergangenen zwölf Monaten berichteten lediglich 3 Prozent von ihnen. Der Anteil [junger Menschen innerhalb] der Parteimitglieder in der Gesamtbevölkerung liegt mit gerade mal 2 Prozent sogar noch unter diesem Wert. Erklären lässt sich dieses niedrige Niveau damit, dass das Engagement in einer Partei sowohl eine intensive Form der Beschäftigung mit Parteiprogrammen als auch eine relativ stabile politische Selbstpositionierung innerhalb des vorhandenen Parteienspektrums voraussetzt, sowie die aktive Bekundung einer Parteiensympathie und den Vollzug eines Parteieintritts. Auch für Erwachsene ist der Schritt zu einem Parteienengagement deshalb keine Selbstverständlichkeit [mehr] und wird selten vollzogen.“⁴⁹

Dieses Stimmungsbild zieht sich quer durch Europa – und ist auch in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Minderheitsgebieten wie Südtirol nicht anders. Die Gleichzeitigkeit umfassender Krisen wie der Umweltkrise, die als für eine ganze Generation dauerhaft angenommen werden muss, mit fehlendem Vertrauen in die regierenden Parteien, in deren Auswahlverfahren von Führungspersonlichkeiten und in deren Urteilsmechanismen haben in den vergangenen Jahren zu einem deutlich pessimistischeren Grundverständnis von Politik und Zukunft seitens der europäischen Jugend geführt. Dazu kamen die im Kern fehlenden Lösungsperspektive für Großkrisen wie die Migrationskrise oder die geopoliti-

48 Gille, Martina: Jugend und Politik: Ein schwieriges Verhältnis. In: Deutsches Jugendinstitut (DJI), o. J., <https://www.dji.de/themen/jugend/jugend-und-politik.html>.

49 Ebda.

tische Sicherheitskrise, etwa im Verhältnis zwischen der EU und Rußland. Der daraus resultierende Pessimismus vor allem unter 16–25-Jährigen wiederum erzeugt einen Zirkel, der zu mehr Politikverdrossenheit und Parteienferne führt:

„Allgemein zeichnet die ‚Generation Z‘ [im Jahr 2022] wegen Pandemie, Ukraine-Krieg und Wirtschaftskrise... ein deutlicher Pessimismus aus. Die Politikverdrossenheit ist bei den 16- bis 25-Jährigen groß, fast 90 Prozent vertrauen der Politik wenig oder gar nicht. Der Krieg in Europa, aber auch in anderen Ländern der Welt ist aktuell ihre größte Sorge. 88 Prozent der 24.000 [in einer Studie von 2022] befragten jungen Menschen zeigten sich deshalb besorgt. Fast gleichviele glauben, dass solche Konflikte nur auf internationaler Ebene gelöst werden können. Der Klimawandel beunruhigt fast 70 Prozent der Befragten, die aufgehende Schere zwischen Arm und Reich gut 60 Prozent. Generell sei man bei den großen Zukunftsthemen schlecht unterwegs, meint die deutliche Mehrheit. Für knapp 70 Prozent ist in der Corona-Pandemie viel schiefgelaufen.“⁵⁰

Dazu kommt für die Jugend ein deutlicher Vertrauensverlust in Information und, noch allgemeiner, in den Wahrheitsgehalt der öffentlichen Sphäre:

„Auch das Vertrauen in die Medienwelt ist laut Umfrage recht gering: zwei von drei jungen Menschen glauben Medien gar nicht oder nur wenig. Dabei verstehen mehr als die Hälfte durchaus, dass etwa die sozialen Medien eher der Unterhaltung als der Information dienen. Im Privaten gibt es eine Rückbesinnung auf traditionelle Werte. So ist es für mehr als zwei Drittel [junger Menschen] erstrebenswert, eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft einzugehen und Kinder zu haben. Treue ist wichtig, zwei Drittel lehnen etwa auch ‚One-Night-Stands‘ ab. Gut 60 Prozent der Befragten wollen am Land leben.“⁵¹

Auch wenn Letzteres vor allem für Österreich gelten mag, zeigt es doch eine bemerkenswerte psychologische Wende an. War es bis vor kurzem doch geradezu ein Credo sozialwissenschaftlicher Forschung, dass der kommende generationale Graben zwischen Urbanisierung der Jugend bei gleichzeitiger Verländlichung der älteren Generation stattfinden würde –

50 ORF.at: Jugend deutlich pessimistischer, 5. April 2022, <https://oee.orf.at/stories/3150736/>.

51 Ebda.

3. Zwei vielsagende Jugendtrends

und dass sich diese generational-geographische Typologisierung dann in den Wahlergebnissen der Parteien in einer immer stärkeren Polarisierung zwischen Stadt und Land spiegeln würde. Die Erwartung war, dass urbane Wählerschaften auch wegen ihrer generationalen Zusammensetzung pluraler werden und sich daher eher von Mitte und Volksparteien entfernen würden, während ländliche Wähler sich diesen wegen ihrer stärkeren Homogenität eher annäherten. Doch all das scheint durch die Jugend-Entwicklung bereits wieder überholt.

Auf der anderen Seite herrscht bei den Jugendlichen auch sehr viel Positivität vor. Allerdings kanalisiert sich der „natürliche“ „Vermittungs“-Effekt dieser Positivität in anderen Formen als Mitte-Parteien. Viele Jugendliche zeigen sich ebenso Parteien-skeptisch wie „EU-euphorisch“ – so zum Beispiel in Österreich:

„In schwierigen Zeiten wird Europa wichtiger. Jugendliche in Österreich sprechen sich dafür aus, dass künftig mehr gemeinsame Entscheidungen auf europäischer Ebene getroffen werden und die EU ausreichend Befugnisse erhält, um in Krisenzeiten effizient reagieren zu können. Eine große Mehrheit [der jungen Menschen] wäre zudem neugierig, die europäischen Institutionen in Brüssel einmal selbst kennenzulernen. Im Rahmen der Umfrage wurden im Zeitraum September 2020 bis Ende Mai 2022 insgesamt 1833 Schüler:innen ab 15 Jahre an 36 Schulen (AHS, BHS, Berufsschulen, BMS), nicht-repräsentativ, österreichweit befragt. 82 Prozent von ihnen halten es für eine ‚gute Sache‘, dass Österreich Mitglied der Europäischen Union ist. 3 Prozent sagen, die EU-Mitgliedschaft ist eine ‚schlechte Sache‘, 15 Prozent meinen, sie sei ‚weder gut noch schlecht‘... Insgesamt 84 Prozent fühlen sich ‚auf jeden Fall‘ (37 Prozent) oder ‚eher schon‘ (47 Prozent) als EU-Bürger:in, 15 Prozent empfinden das nicht so. Und was die Zukunft der Europäischen Union betrifft, sehen diese drei Viertel der Befragten (74 Prozent) mit Zuversicht, während etwas mehr als ein Fünftel (22 Prozent) skeptisch ist.“⁵²

Dabei sind die Meinungen darüber, wo ein neuer, gemeinsamer und vermittelnder Referenzpunkt zu finden wäre, durchaus differenziert:

„Sieben von zehn Jugendlichen sind der Meinung, dass in Europa mehr gemeinsam entschieden und die Zusammenarbeit und Integration forciert werden sollte, 27 Prozent plädieren hingegen für häufi-

52 Ebda.

gere Entscheidungen auf nationalstaatlicher Ebene. Darüber hinaus sprechen sich acht von zehn Befragten (81 Prozent) dafür aus, der Europäischen Union in Krisenzeiten mehr Befugnisse zu übertragen, während 15 Prozent hierzu skeptisch sind. Als wichtigste europäische Prioritäten nennen die Jugendlichen den Klima- und Umweltschutz (79 Prozent). Etwa gleichauf folgt der Wunsch nach der Verringerung der Kluft zwischen Arm und Reich, der Einsatz für die Menschenrechte (je 68 Prozent) und die Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie (65 Prozent). 59 Prozent wollen, dass die EU einen Schwerpunkt auf die Regelung der Zuwanderung von Flüchtlingen setzt, 57 Prozent sehen diesen in der Schaffung von Arbeitsplätzen.“⁵³

Die Mehrheit der Jugendlichen sieht ihre Zukunft also in einem größeren Europa – und wählt Parteien nach ihrer Nähe zu diesem Ideal. So zeigte sich zum Beispiel beim „Europatag 2022“ in Wiener Neustadt im Mai 2022, dass

„das Thema Umwelt und Klimawandel den Jugendlichen besonders am Herzen liegt. Regionales Einkaufen, die Gefahr des Mikroplastik und das Thema Häuserbegrünung wurden beispielsweise hervorgehoben. Der deutsche YouTuber Marvin Neumann... erklärte auf seinem YouTube-Channel unter dem Motto ‚Politik aber GEIL‘ komplexe politische Sachverhalte einfach. In seinem Impulsvortrag hieß es: ‚Der Grundbaustein für eine gemeinsame solidarische EU ist für mich Empathie. Sich in das Gegenüber hineinversetzen und so Kompromisse schaffen.‘“⁵⁴

Genau diese Kompromissbereitschaft erwarten sich Jugendliche auch von den Parteien, die um ihre Gunst buhlen – und finden sie nicht oder zu wenig. Das zeigte sich zum Beispiel exemplarisch an der großen Post-Covid-Befragung von Jugendlichen im April 2022 in Österreich:

„Generell sei festzustellen, dass ‚deutliche Mehrheiten [der Jugend] der Meinung sind, dass wir bei den meisten großen Zukunftsthemen schlecht unterwegs sind‘, so Expertin Martina Zandonella. Das betref-

53 Österreichische Gesellschaft für Europapolitik: ÖGfE-Schmidt: In schwierigen Zeiten setzt die Jugend auf Europa, o. D., https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220621_OTS0036/oegfe-schmidt-in-schwierigen-zeiten-setzt-die-jugend-auf-europa.

54 Schinewitz, Katrin: Jugend sorgt sich um Klima und Sicherheit. In: ORF Stories, 14. Mai 2022, <https://noe.orf.at/stories/3156256/>.

3. Zwei vielsagende Jugendtrends

fe etwa auch die Themen Bildung, Energiewende und Migration... Lediglich sechs Prozent [der jungen Menschen] fühlen sich laut Umfrage von der Politik gut vertreten, 87 Prozent vertrauen der Politik gar nicht oder wenig. Doch Sozialpsychologin Zandonella sieht die Möglichkeit, die Jungen zurückzugewinnen: ‚Die jungen Leute sind da. Sie warten aber auf ein Angebot von der Politik‘ – und das sei derzeit eben nicht zufriedenstellend vorhanden.“⁵⁵

Das hat auch mit der Wahrnehmung fehlender Glokalisierung und Globalität der Großparteien durch die Jugend zu tun:

„Durch die regelmäßige Internetnutzung sei die junge Generation mit einem Blick ‚über den Tellerrand‘ ausgestattet: 81 Prozent gaben in der Umfrage an, es sei wichtig, sich international zu vernetzen, denn ‚wir können die großen Probleme nur gemeinsam lösen‘. Demnach seien auch geografisch weiter entfernte Kriege – etwa jener in Syrien – unser aller Problem, meinten immerhin 80 Prozent der Befragten. Gleichzeitig gab nur fast jeder fünfte Befragte an, den Bedarf einer EU-Armee zu sehen – Konflikte sollten laut der abgefragten Altersklasse besser friedlich gelöst werden. Dementsprechend würden bei einem Angriff auf Österreich laut Umfrage auch ganze 58 Prozent das Land ‚auf keinen Fall‘ verteidigen wollen. Bei wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen sei Österreich zudem gespalten, empfinden drei Viertel der Befragten.“⁵⁶

Das Mitte-Bedürfnis der Mehrzahl der Jugendlichen kontrastiert also mit der Wahrnehmung einer ausgeprägten gesellschaftlichen Spaltung, die viele aus dem öffentlichen Engagement ausscheiden lässt. Zuguterletzt hat die Entfernung der Jugend von Parteien auch mit der Wahrnehmung der Geschlechtergerechtigkeit zu tun, die vor allem den Volksparteien von jungen Menschen heute kaum bis gar nicht zugetraut wird:

„Dass die Gesellschaft... von Gleichberechtigung noch weit entfernt ist, denken knapp sechs von zehn Befragten. Bei den diesbezüglichen Ansichten von jungen Frauen und jungen Männern tun sich Unterschiede auf: Während diesem Umstand nur knapp die Hälfte der männlichen Befragten zustimmt, sind es bei den jungen Frauen fast 80 Prozent. Darüber hinaus sind fast 90 Prozent der Befragten der

55 ORF.at: Schwierige Zeiten. Was den Jugendlichen derzeit Sorgen macht, 5. April 2022, <https://orf.at/stories/3257979/>.

56 Ebda.

Ansicht, dass die Zeit von Rollenklischees vorbei sei. Insgesamt habe sich die Zukunftsperspektive aus der Sicht der jungen Menschen verschlechtert, sagte Expertin Zandonella. Hatten in der Umfrage [2021] noch zwei Drittel darauf beharrt, ‚keine verlorene Generation zu sein‘, sind [2022] 54 Prozent vom Gegenteil überzeugt. ‚Die jungen Menschen haben Sorge, wegen der Krisen viel versäumt zu haben, und sie haben Angst, dass sie die Folgen der Pandemie alleine abarbeiten werden müssen‘, so Zandonella. Deshalb sei auch der Wunsch nach Solidarität (91 Prozent) sehr hoch, ebenso wie die Hoffnung, dass ‚Alt und Jung gemeinsam an einer besseren Welt arbeiten werden‘.⁵⁷

Gemeinsam bestätigen diese Entwicklungen den übergreifenden Trend vor allem in den nachwachsenden Generationen, sich trotz – und paradoxerweise gerade wegen – eines erhöhten Mitte-, Kompromiss-, Entpolarisierungs- und Gemeinschaftsbedürfnisses von den traditionellen Repräsentanten der politischen Mitte entweder zu distanzieren oder ihnen mit wachsender Skepsis zu begegnen. Man traut ihnen die Lösung großer, weltumspannender, dramatischer und zunehmend dynamischer Problemstellungen nicht (mehr) zu. Das veranlasste etwa das „Deutsch-Französische Jahrbuch“ zu einer zentralen Frage:

„Die jüngsten Entwicklungen stellen ein weiteres Glied in der Kette an Hochs und Tiefs der SPD in den letzten Jahren dar. Nach der Ära Merkel stellt sich [aber] auch in der CDU die Frage nach der Zukunft der Partei. Steht Deutschland das Schicksal französischer Volksparteien bevor, die beinahe in die Bedeutungslosigkeit verschwunden sind?“⁵⁸

In dieser Frage konzentriert sich mit Blick auf die Zukunft durchaus nicht nur eine Augenblicksaufnahme. Vielmehr erscheint in ihr eine veritable historische Option, was die Perspektiven der politischen Mitte im Zentrum der Europäischen Union betrifft. Das bringt zunächst unmittelbar die Suche nach weiteren Ursachen mit sich – und, zumindest aus Sicht der betroffenen Zentrumsparteien, nach deren Bekämpfbarkeit.

⁵⁷ Ebda.

⁵⁸ Nomos Verlag Baden-Baden: Französisches Jahrbuch 2021, Pressemitteilung, April 2021.

4. Ursachenbündel und Konstellationen

Ein Ursachenbündel, das als unmittelbarstes, grundlegendstes und erstes ins Auge sticht, ist: Die Umfeld der etablierten Volksparteien haben sich in den vergangenen Jahren in ganz Europa stark verändert. Stammwähler wurden zu Wechselwählern; verbindliche soziale Bindungen wichen Einstellungsgruppen in Informationsblasen; und stabile Zugehörigkeitsempfindungen gaben stärker kontextuellen Umfeld- und dynamischen Befindlichkeitsorientierungen Raum.

Dazu kamen im engeren Sinn parteitransformative Gründe. Obwohl die englischsprachigen Bezeichnungen „big tent“ und „catch-all“ nicht gleichbedeutend sind und die letztere eher die deutschsprachige Bedeutung „Volkspartei“ („people’s party“) widerspiegelt, wurden die Wahrnehmungsgrenzen zwischen den Konzepten einer „großen Zeltpartei“ und „Allesfängerpartei“ der anglo-amerikanischen Welt einerseits und der „Volkspartei“ des deutschsprachigen Raums andererseits doch immer fließender, je stärker sich in Kontinentaleuropa eine anglophone Populärkultur etablierte. Damit wurden die für das moderne Format „Volkspartei“ charakteristisch unscharfen Grenzen zwischen identifizierbarem Profil und der Tendenz zur Überziehung äußerer Breite und innerer Pluralität noch unschärfer und weiter überdehnt.

Auch deshalb wurden Schlagworte wie „Volksparteien ohne Volk: Versuche zu einem Re-Connect“ oder „Integrationskraft der Mitte versus Populismus“ innerhalb des deutschsprachigen Raums bereits seit längerem mit starkem Bezug auf Profil- und Identitätsschärfung diskutiert. Zwar wurde diese Debatte in den vergangenen Jahren oft auf (interne und externe) Generationenkonflikte in und zwischen Parteien reduziert. In jüngster Zeit sind aus diesen Themen aber immer stärker konkrete Herausforderungen an existierende politische und Partei-Strukturen geworden.

Das hat mit steigendem Druck zu tun. Denn die jüngsten Wahljahre haben es – zum wiederholten Mal – deutlich gezeigt: die ehemals großen Volksparteien der Mitte unterliegen Trends

- von Breiten- zu Bänderparteien;
- von Stabilitäts- zu Bewegungsparteien;
- von Richtungs- zu Chancenparteien; und
- von Themen- zu Personen- und Gruppenparteien.

Dazu kommen drei diesen Trends entsprechende interne Entwicklungsstränge:

- zu weiterhin schwindenden Mitgliederzahlen – bei der SPD sogar auch noch nach dem Wahlsieg 2021⁵⁹ –;
- zu Überalterung – bei CDU/CSU und SPD lag das Durchschnittsalter der Parteimitglieder 2022 bei über 60 Jahren⁶⁰ –; und
- zu weiterhin unverändert männlichem Mitgliederüberhang – bei beiden Volksparteien 2022 mehr als 2/3.⁶¹

Dabei lassen sich gewisse Grundkonstellationen herauschälen, die die Parteien selbst bislang noch allzu oft ignorieren – unter anderem mit Hinweis auf ihre angebliche „Einzigartigkeit“. Viele Basisparameter sehen beispielsweise in Deutschland bei den beiden großen Volksparteien der Mitte, sowohl bei SPD wie beim konservativen Pendant CDU/CSU, erstaunlich ähnlich aus:

„In allen Parteien sind Frauen, Jüngere und Personen mit niedriger Bildung gegenüber der Gesamtbevölkerung unterrepräsentiert, Personen mit höherer Bildung sowie Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst dagegen deutlich überrepräsentiert.“⁶²

Gemeinsam ergibt sich aus diesen Aspekten eine in der Breiten-Perspektive eher begrenzte Attraktivität – insbesondere, was veränderungszugewandte Kriterien betrifft. Nicht zufällig ist in beiden Volksparteien die Wahrnehmung eigener Entwicklungs- und Zukunftsparameter seit längerem eher selbstkritisch gefärbt.

59 Vgl. Carstens, Peter: Trotz Wahlerfolgs: Die SPD verliert weiter rasant Mitglieder. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ NET, 16.01.2022, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/spd-verliert-trotz-ihres-wahlerfolgs-weiter-mitglieder-17734811.html>, abgerufen am 17.02.2022.

60 Vgl. Statista: Durchschnittsalter der Mitglieder der politischen Parteien in Deutschland am 31. Dezember 2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192255/umfrage/durchschnittsalter-in-den-parteien/>, abgerufen am: 24.04.2022.

61 Statista: Umfrage: Frauenanteil in den politischen Parteien, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien/>, abgerufen am: 07.06.2022.

62 Niedermayer, Oskar: Parteien in Deutschland: Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 26.08.2020, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/140358/die-soziale-zusammensetzung-der-partieimitgliedschaften/>, abgerufen am 17.02.2022.

All das verändert im Wettbewerb mit beweglicheren Spezialisierungs-Parteien mit hoher Themenzentrierung nicht nur die Mechanismen der Parteilandschaft, sondern auch die Möglichkeiten von Regierung. Das gilt vor allem in einer „Konkurrenzdemokratie“, die in Deutschland und Österreich trotz wachsender politischer Zersplitterung und gesellschaftlicher Polarisierung auch weiterhin keine „konsoziale Demokratie“ (Italien)⁶³ oder gar „Konkordanzdemokratie“ (Südtirol)⁶⁴ wie bei den südlichen europäischen Nachbarn sein will. Mit Wahrnehmungsveränderungen verbundene Einstufungen, Typologisierung und Identifikations-Stereotype in Medien und Öffentlichkeit haben auch die Debattenkulturen um das Format Volkspartei in Wandel versetzt.⁶⁵

Doch können in der Transformation von Wahrnehmung und Akzeptanz von politischer Mitte und Format Volkspartei neben hartnäckigen Umbruchproblemen auch Chancen auf Erneuerung liegen? Um deren Möglichkeit zu identifizieren und – vor allem – demokratiefördernd zu nutzen, müssen vorrangig *drei* Fragen angegangen werden:

1. Worin genau besteht der Wahrnehmungswandel des Formats Volkspartei, der sich so stark auf das Wählerverhalten auswirkt?
2. Was hat das mit der Veränderung von Selbst-Wahrnehmung, Idee und Debattenkultur von „politischer Mitte“ zu tun?
3. Wo liegen Ausgangspunkte für vernunftorientierte Reaktionen?

63 Vgl. zum Beispiel Argenta, Luca: Italien, Labor der Demokratie? Analyse, Friedrich Ebert Stiftung Rom 2021, <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/rom/17485.pdf>.

64 Röggl, Mark und Benedikter, Roland: 50 Jahre Südtirol-Autonomie als Modell eines Vereinten Europa. In: Welttrends. Das außenpolitische Journal, a.a.O.

65 Vgl. Jung, Simone: Debattenkulturen im Wandel. Zum Politischen im Feuilleton der Gegenwart, transcript Verlag, Bielefeld 2021.

5. Erneuerung: Eine langanhaltende, kontroverse und vielschichtige Diskussion

Diese drei Fragen sind keineswegs neu. Das Thema „Perspektiven, Strategien und Potentiale der Volksparteien“ ist mittlerweile über längere Zeiträume gereift. Es geht seit Beginn der 2000er Jahre auf eine umfangreiche Diskussion zum „Parteiensystem im Wandel“⁶⁶ auch innerhalb der Volksparteien selbst zurück. Diese Diskussion fand – im mitte-konservativen Spektrum – unter anderem auf Anregung und unter Leitung von Ralf Thomas Baus statt.⁶⁷ Sie produzierte ein breites Spektrum an Analysen, Sichtweisen und Handlungsvorschlägen, von denen viele bis heute ebenso unverwirklicht wie lesens- und weiterführendwert bleiben.

Unter den entsprechenden Auseinandersetzungen ist wegen des Drucks zunehmender System- und Bündelkrisen⁶⁸ vor allem die Auseinandersetzung um die Sinnhaftigkeit von Volkspartei im Vergleich mit „schnelleren“ und „gerichteteren“ Ideologie- und Programmparteien zum Dauerthema geworden. Dazu schrieben zum Beispiel Ben Mainwaring und Sean McGraw 2018:

„Die [Volkspartei oder] Catchall-Partei ist nach wie vor ein nützliches Konzept, obwohl es keine allgemein anerkannte Definition oder Liste von [streng dazugehörigen] Parteien gibt. Volksparteien handeln... sowohl auf der organisatorischen als auch auf der ideologischen Ebene strategisch ... [Sie weisen] drei wichtige ideologische Merkmale [auf]: Volksparteien sind ideologisch in der Mitte, breit gestreut und zeitlich flexibel. ‚Volksparteien‘ und ‚programmatische Parteien‘ unterscheiden sich eindeutig darin, wie sie ideologisch konkurrieren... Kleinere, programmatischere Parteien sind im Laufe der Zeit konsistent, nicht-

66 Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): Parteiensystem im Wandel: Perspektiven, Strategien und Potentiale der Volksparteien, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Sankt Augustin/Berlin 2013.

67 Vgl. Homepage von Dr. Ralf Thomas Baus, Referent bei „Die Politische Meinung“, Konrad Adenauer Stiftung, <https://www.kas.de/de/mitarbeiter/detail/-/content/ralf-thomas-baus>, abgerufen am: 10.06.2022.

68 Benedikter, Roland and Fathi, Karim: The Coronavirus Crisis and Its Teachings: Steps Towards Multi-Resilience, Brill Publishers, Amsterdam, London et al. 2022, <https://brill.com/view/title/60830?contents=toc-50344&language=de>.

zentristisch und ideologisch äußerst kohärent in programmatischen Kernfragen. Der [ideologische] Wettbewerb zwischen Volksparteien und ideologisch-populistischen Parteien ist [deshalb] ein dringendes Thema.“⁶⁹

Der Mitte-Charakter von Volkspartei lässt ihren Ideologisierungs-Grad gegenüber „Programmparteien“ oder „Spezialisierungsparteien“ generell als geringer ausgeprägt und unschärfer erscheinen. Gerade während Systemkrisen – wie zuletzt der europäischen Schuldenkrise, der Migrationskrise, der Covid-19-Pandemie oder der Ukrainekrieg-Krise – wurde überdies „zeitliche Flexibilität“ von innen- und zwischenparteilichen Kompromissbildungen als Langsamkeit und Unbeweglichkeit interpretiert. Es entstand medial ein Bild von Schwerfälligkeit und Überholtheit.

Als einer der Vorläufer der Grundsatzdebatte um den Vergleich zwischen Volks- und Themenparteien hatte Alf Mintzel bereits in den 1980er Jahren den „Typus Volkspartei“ als Format beschrieben, das sich seiner Natur nach in ständigem Gegensatz zu seiner angestrebten „Wirklichkeit“⁷⁰ befinde – zum Teil sogar bewußt. Mintzel hatte darauf hingewiesen, dass breite ideologische Streuung und innere parteiliche Geschlossenheit nie so deckungsgleich waren, wie es dem Idealtypus der kommunikations- und konsensorientierten Nachkriegs-Demokratiethorie seit den 1960er Jahren vorschwebte. Das Ideal einer ideologisch breiten *und* innerlich geschlossenen Mittepartei wurde – zumindest akademisch und medial – in Europas vopolitischer Debatte so nur in Deutschland von der konservativen Demokratiethorie im Umfeld der „sozialen Marktwirtschaft“ dominiert, ohne dass dies ausdrücklich so erklärt worden wäre.

Ähnlich wie andere Gelehrte hat auch Frank Decker seit vielen Jahren⁷¹ – unter anderem für die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) und in grundsatzorientierten Schriften – auf konstant voranschreitende Verschiebungen in den politischen Systemen Zentraleuropas hingewiesen. Diese sorgen seiner Meinung nach dafür, dass

69 Mainwaring, Ben and MacGraw, Sean (2018): How catchall parties compete ideologically beyond party typologies. In: *European Journal of Political Research* 58(5), October 2018, pp. 676–696.

70 Vgl. Mintzel, Alf: *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Ein Lehrbuch, Springer Verlag, Wiesbaden 1984.

71 Vgl. Homepage von Prof. Dr. Frank Decker, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, <https://www.politik-soziologie.uni-bonn.de/de/personal/prof.-dr.-frank-decker>, abgerufen am: 18.02.2022.

„die bundesdeutsche Parteienlandschaft in Bewegung ist. Parteiensystem und Parteien unterliegen einem sich beschleunigenden Wandel, der am Verhältnis der Parteien zur Gesellschaft, ihrer Rolle im Staat und ihrem Innenleben festzumachen ist.“⁷²

Franz Walter analysierte die Veränderungen in der für das Deutschland der Nachkriegsjahre wegweisenden Parteienkonzeption des „Theoretikers des Parteienstaats“ (und, nicht zu vergessen, Schwagers von Dietrich Bonhoeffer!) Gerhard Leibholz (1901–1982). Walter führte aus, dass Leibholz in seiner Grundkonzeption von einer

„wurzeltiefen Einbindung der [Volks-]Parteien in den Lebenswelten der Bevölkerung [ausging]. Nur deshalb konnten und durften Parteien als Ausdruck des Volkswillens gelten, konnten ihre Willensbildung im Staat als plebiszitäres Mandat des Souveräns beanspruchen. Man wird es wohl auf die tiefe Orientierungslosigkeit und politische Verunsicherung nicht weniger akademischer Staatsrechtsexperten [nach dem zweiten Weltkrieg]... zurückführen müssen, dass Leibholz das geistige Vakuum mit seinen... Identitätsspekulationen von Volk-Partei-Staat füllen konnte. Jedenfalls: Im gleichen Maße, wie sich die Parteien als verfassungsrechtlich legitimierte Teile der Staatlichkeit etatisierten und öffentliche Gelder bezogen, lösten sie sich vom Wurzelgrund der gesellschaftlichen Basis, auf deren Ressourcen an Beiträgen und Loyalitäten sie durch die staatlichen Zuwendungen nicht mehr angewiesen waren. Die parteistaatlichen Erfolge, deren Vater Gerhard Leibholz war, unterminierten [in der Folge] den Legitimationskern seines gesamten Konzepts: die identitäre Vitalbeziehung zwischen Parteien und Volk. Aus der Leibholzschen Dreieinigkeit Volk-Partei-Staat fiel die Ursprungsquelle demokratischer Parteienstaatlichkeit [das Volk] mehr und mehr heraus. Das Volk sah sich in den Parteien nicht verwirklicht, sondern Zug um Zug von ihnen entfremdet und abgekoppelt.“⁷³

Diese Tendenz hat, nach vielen Jahren fortschreitender Grundsatz-Entfremdung, auch die 2000er Jahre geprägt. Entfremdung war zunächst allerdings weder primär gegen „das demokratische System“ noch gegen „die

72 Decker, Frank: Parteiendemokratie im Wandel, Nomos Verlag, Baden-Baden 2018, Buchbeschreibung, <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/parteiendemokratie-im-wandel-id-100991/>.

73 Walter, Franz: Theoretiker des Parteienstaats. In: Reihe „Göttinger Köpfe“, Göttinger Institut für Demokratieforschung, 25.08.2011, <https://www.demokratie-gottingen.de/blog/theoretiker-des-parteienstaats>, abgerufen am: 18.05.2022.

Parteien“ gerichtet, sondern eher gegen Praktiken ihrer Beziehung. Die Aversion wuchs unter dem zunehmenden Einfluss neuer sozialer Medien und Kommunikationstechnologien. Diese relativierten sowohl die Funktionsweisen demokratischer Meinungsbildung und identitärer Selbstzuordnung wie das Format von „Partei“ zugunsten der „3 Ps“ des Populismus: von Personalisierung, Popularitätsorientierung und Provokation.⁷⁴ Man mag darüber streiten, ob das eher unwillentlich oder zum Teil auch mit Absicht geschah.

Ein Übriges zur Wahrnehmungsveränderung von „Volkspartei“ taten zudem zwei weitere Faktoren:

- erstens Veränderungen in der Begriffsbedeutung des Wortes „Volk“. Volk ist ein Begriff, der durch die Missbrauchs-Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im deutschen Sprachgebrauch diskreditiert wurde. Das wirkte sich unterschwellig auch auf den Begriff „Volkspartei“ aus, je stärker das kritische Bewusstsein seit den 1960er Jahren durchschlug. Dies ungeachtet der Tatsache, dass die romantisch-moderne Ausgangsidee von „Volk“ auch im Rahmen der primären Nationalstaats-Idee einen positiven und inklusiven Solidaritätsbegriff zum Ausdruck bringen will, wie er etwa auf dem Deutschen Reichstag zu finden ist – nicht dessen von den Nazis fundamental ins Gegenteil verformten Perversion.
- Zweitens erfolgte bereits in der kulturellen Sphäre der 1960er bis 1990er Jahre ein Übergang von „Volk“ zu „Individuum“ mittels einer sich zuspitzenden Individualitätskultur. Deren Charakteristik besteht laut Björn Milbradt, Franziska Heinze und Frank König darin,

„dass die soziale Logik des Allgemeinen ihre Vorherrschaft verliert an die soziale Logik des Besonderen. Die Singularität wird damit zum leitenden Muster. Das Heikle an dem Trend: das Allgemeine ist immer auch das Verbindende.“⁷⁵

74 Dimova, Gergana: The Three Ps of Populism. In: Global-e. A Global Studies Journal, edited by the Global Dynamics Initiative (GDI) at the University of California at Santa Barbara, Volume 11, Issue 31, June 5, 2018, <https://globalejournal.org/global-e/june-2018/three-ps-populism-personification-popularity-and-provocation>.

75 Milbradt, Björn, Heinze, Franziska und König, Frank: Politische Bildung in einer Welt des Umbruchs. In: DJI Impulse. Das Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts, 1/18, https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bulletin/d_bull_d/bull119_d/DJI_Impulse119_PolitischeBildung.pdf, S. 4–5, abgerufen am 05.03.2022.

Mit dem Herabfahren des „Verbindenden“ zugunsten der „Singularität“ musste in ganz „natürlicher“ Weise ein Bedeutungsverlust von Volkspartei und politischer Mitte einhergehen – waren diese doch in Begriff und Selbstverständnis auf das Verbindende gerichtet.

Dieser Trend zur Begriffs-Peiorisierung brachte seit den 2000er Jahren – neben anderen Aspekten – auch eine Protestkultur gegen das von Kritikern identifizierte Bild einer unheiligen Verbindung von „Systemerhalten“ wie Volksparteien mit einer angeblichen „Besetzung“ von Demokratie und neoliberalen „Raubtierkapitalismus“ hervor. Ein stark auf Persönlichkeit, Expressivität und Freiheit bezogener Humanismus wollte dem entgegenwirken und mittels Anti-Globalisierungs-Protesten „mono-kapitalistische“ Profitgier begrenzen. Allerdings verband diese – an sich gut gemeinte – Individualisierung von Ethik oft anti-globalistische Ideologien mit anti-demokratischen Tendenzen. Sie verstand sich als neuer Außer-Parlamentarismus und manifestierte sich im öffentlichen Raum nicht selten gewaltsam.⁷⁶ Nach ihrem allmählichen Abebben und Einmünden in eine friedlichere und bedächtigere Klimabewegung führte ein Jahrzehnt später die Verschiebung vieler Leben mittels der Lockdowns der Covid-19-Pandemie 2019–2022 in Alleinexistenzen vor dem Computerbildschirm. Dieser Zustand trug dazu bei, dass die „Singularitäten“ noch weiter in den Solipsismus hinein taumelten. Das schwächte das Verständnis von – geschweige denn die Bereitschaft zur Bindung an – „Volkspartei“ und „Mitte“ weiter.

Letztlich führten in den 2000er Jahren also sich häufende „Krisenbündel“⁷⁷, die sich immer öfters zu Systemkrisen auswuchsen, zu Grundsatz-Krisen der Solidarität und der Solidaritäts-Idee. Schwindendes Gemeinschaftsgefühl hatte seinen Grund – sektorenübergreifend – in einer Kontrollverlust-Psychologie, die von Destabilisierungen der Finanz- und Wirtschaftswelt, dem Verschuldungsalarmismus, ungenügend kontrollierter Migration, dem Stocken des europäischen Einigungsprojekts, der Covid-19-Pandemie und wiederkehrenden Terrorismusanschlägen verursacht wurde. Gemeinsam baute das nach und nach Verunsicherungsschichten auf. Die Kontrollverlust-Psychologie erzeugte Druck auf die Mitte von den Flügeln her – und zwar zunächst weniger ideologisch oder programmatisch, als vielmehr faktisch. Es bestätigte die Einsicht, dass wiederkehrende

76 Vgl. James, Paul and Steger, Manfred B.: Levels of Subjective Globalization: Ideologies, Imaginaries, Ontologies. In: Perspectives on Global Development and Technology 12/2013 (1–2), S. 17–40, Brill Publishers, Leiden.

77 Benedikter, Roland, and Fathi, Karim: The Coronavirus Crisis and Its Teachings. Steps Towards Multi-Resilience, a.a.O.

oder gar anhaltende Krisen, wie sie die Globalisierung seit den 1990er Jahren immer wieder erfahren musste, in der Regel für dreierlei sorgen:

1. eine Scheidung der Geister auch innerhalb bewährter und Weltanschauungs-Gemeinschaften, was zu Spaltung und Streit, wenn nicht gar zu Fragmentierung führt;
2. einen Trend zur Vereinfachung von Erklärungen, was oft mit Re-Ideologisierung einhergeht;
3. die Projektion sowohl von Problemen wie Lösungen auf Gruppen und Personen.

Alle drei diese Reaktionsmuster laufen der prinzipiell verständigungs- und ausgleichsorientierten – und dazu notgedrungen in Kompromissformen vergemeinschaftenden – Natur politischer Mitte zuwider. Sie sind ihr sogar geradezu entgegengesetzt. Deshalb waren und sind Dauerkrisen Gift weniger für „Interessensparteien“ und „Spezialisierungsparteien“, als vielmehr für Mitte-, Kompromiss- und Volksparteien.

Anhaltende Krisen gefährden außerdem üblicherweise weit weniger Kräfte, die sich als außerparlamentarische Opposition oder zivilgesellschaftliche Anteile von Gesellschaft verstehen, als vielmehr systemtragende und institutionalisierte Akteure. Da das Format „Volkspartei“ seiner Grundkonzeption nach in der Mitte des institutionalisierten Systems von Demokratie steht und dieses in seinen Funktionsweisen vernunftbegründeter Konsensbildung mit zu tragen vorgibt, wurde Volkspartei in den 2000er Jahren stärker als andere Kräfte mit der ungenügenden Bewältigung von Systemkrisen identifiziert. Dies vor allem deshalb, weil diese Krisen – wie zuletzt in der Covid-19-Pandemie – mit der Einschränkung von Grundrechten und erhöhter Wahrnehmung von Versagensabfolgen einhergingen.

6. Mechanismen der Entstehung von Konkurrenzkulturen zur Mitte: Globalisierungsbedingte Veränderungen in sozialer Marktwirtschaft und liberalem Kapitalismus

Verstärkt wurden die Zweifel am Format Volkspartei durch globalisierungsbedingte Veränderungen im liberalen „Konsenskapitalismus“ Zentraleuropas. Die globale Expansion von Informations- und Internet-Kontrollriesen wie Google oder Facebook ging einher mit faktischen Monopolbildungen im Bereich von Schlüsseltechnologien wie etwa durch Apple oder Microsoft in der Hard- und Softwareindustrie. Diese Konzerne begannen in den 2000er Jahren damit, mit ihren Geschäftsmodellen massiv in nationale Ökosysteme einzugreifen, darunter in die soziale Marktwirtschaft der deutschsprachigen Welt. Dadurch verschoben sich traditionelle Schwerpunkte auf politischen Verhandlungslösungen, die auf Ausgleichsdialogen der Sozialpartner beruhen. Die Mechanismen tendierten nun eher zur transnationalen Datenextraktionsökonomie sowie zu immateriellen Formen von Produktion und Konsumption. Das verstärkte den Einfluss neoliberaler Kapitalismusmodelle und machte die Bürger Zentraleuropas abhängiger von externen Logiken, die – unter anderem wegen fehlender Steuerzahlungen – nicht selten an Ausbeutung grenzten. Die riesigen Avantgarde-Konzerne des globalisierten Kapitalismus, welche die neue Datenökonomie beherrschen, liegen nicht in Europa, sondern in den USA (Privatkapitalismus) und in China (Staatskapitalismus). Sie liegen also außerhalb des Einflussbereiches europäischer Volksparteien in Gebieten, die völlig andere Parteistrukturen und Parteilogiken aufweisen.

Diese Entwicklung relativierte – in der Tendenz – die Bedeutung lokaler Wirtschaftscharakteristiken, und damit auch nationaler, regionaler und lokaler Sozialpartnerschaften, die faktisch auch in ihren eigenen Einflussgebieten immer stärker zu Seitenakteuren wurden. Obwohl sie die soziale Marktwirtschaft nicht außer Kraft setzten, wurden die neuen Kapitalismusformen in ihrer Verbindung mit Zukunftstechnologien im Alltag der Bürger nach und nach immer präsenter, ohne dass dies von den Volksparteien ausreichend thematisiert und in Zukunftsstrategien berücksichtigt wurde. In Gestalt netzwerkartig ausgreifender virtueller Wertschöpfungsmodi mithilfe Künstlicher Intelligenz und dezentralisierter Legitimations-, Validierungs- und Kontrolltechnologien wie Blockchain verspricht diese

Entwicklung gegenwärtig, auch künftig weiterzugehen und die nächste Stufe der Einflussnahme zu erklimmen.

Paradoxerweise trug technologiegestützte Dezentralisierung auch zu Entdialogisierung und zur Entwicklung von Meinungsbildungs-Mechanismen bei, die sich Solidar-Strukturen eher entzogen und nur mehr wenig zum Erhalt der Gemeinwesen mittels finanzieller Gemeinschaftsbeteiligung beitrugen. Im Gegenteil: neue Kapitaltechnologien suchten Gemeinschaftstransparenz eher zu unterlaufen oder zu umgehen – unter anderem in Gestalt angeblich „hyper-individualisierter“ neuer Tauschformen wie Bitcoin oder anderer Krypto-Währungen. Das prägte nach und nach die Mentalität einer ganzen Generation um. Von den – in ihrer ganzen Grundstruktur eben auf Solidarität und Gemeinschaftsbeteiligung als Geisteshaltung angewiesenen – Volksparteien kam mangels ausreichender Kompetenz und Thematisierung jedoch kaum Widerspruch. Die weniger Hinweiser und Warner, die es in ihnen gab, wurden über Jahre hin lächerlich gemacht, relativiert oder vertröstet. Der neue Regulierungsbedarf, der sich in höchst komplexen Formen aus den neuen Technologien ergab, wurde viel zu spät erkannt und von den Mitte-Parteien „dem Staat überlassen“. Insgesamt wurden die Auswirkungen der neuen Datenökonomie auf die sozio-ökonomischen Grundprozesse der politischen Landschaft Zentraleuropas unterschätzt.

Schliesslich relativierten und unterliefen neue soziale Medien zusehends die über Jahrzehnte praktizierte „Gatekeeper“-⁷⁸ und Transparenz-Funktion des Informationsbereichs. Sie öffneten auch Stimmen eine breitestmögliche Bühne, die unter falschem Vorwand nicht-gemeinschaftliche Interessen verfolgten – und dabei nicht vorrangig an „Wahrheit“, sondern an Entwicklung in ihre Interessens-Richtung interessiert waren. Dazu schreckten sie nicht vor der Uminterpretation von Sachlagen in „falsche Fakten“ (fake news) zurück.

Organisatorisch mündete das immer stärker in neue, virtualisierte politische Informations-, Kommunikations- und Organisationsplattformen jenseits traditioneller Parteistrukturen ein. Es verschaffte denen, die am lautesten schrien: den Populismen Gehör. Das trug in zunehmend transnationaler Vernetzung dazu bei, dass die Grenzen zwischen Fakten, Nicht-Fakten und sogenannten „alternativen Fakten“ verschwammen. Der Begriff

78 Vgl. Welbers, Kasper, and Opgenhaffen, Michael: Social media gatekeeping: An analysis of the gatekeeping influence of newspapers' public Facebook pages. In: New Media & Society, Volume 20, Issue 12, pp. 4728–4747, Springer, July 11, 2018, <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1461444818784302>.

der „Wahrheit“ löst sich in einem vom Bürger schwer zu beurteilenden Interpretations-Wirrwarr auf: „Wir haben alternative Fakten“, nannte das Trump-Beraterin Kellyanne Conway prägend für die Epoche seit 2016 am 22. Januar 2017.⁷⁹

Die Volksparteien überschätzten über Jahre die mögliche Ordnungs- und Aufklärungsfunktion der öffentlichen Medien (sei es der öffentlich-rechtlichen wie der privaten) in diesem neuen Informations-Ökosystem. Sie erkannten nur zögerlich und unzureichend, dass eben diese öffentlichen Medien von einer wachsenden Zahl von Bürgern immer weniger als „Gatekeeper“ der Wahrheit, auf der Demokratie unabdingbar fusst und auf die sie wie keine andere politische Form angewiesen ist, anerkannt und wahrgenommen wurden. Der Grund: weil diese Medien – gerade im Kampf gegen die neuen Populisten wie Trump – selbst immer öfter den „Informationskrieg“ erklärten und zu Propagandisten einer bestimmten, üblicherweise „stark liberalen“ und aus dieser Sichtweise heraus nicht selten tendenziösen Berichterstattung abglitten. In deren Dienst verstanden sie sich nicht mehr vorrangig als Beobachter, sondern zunehmend als Akteure in einem angeblichen „Kampf um die Demokratie“ – nicht mehr primär um die „Wahrheit“. Wie Teile der Sozialwissenschaften entwickelten die öffentlichen Medien ein Selbstverständnis, nicht mehr ausschliesslich „vermittelnde“ (und dabei „vermittelnde“) objektive Darsteller und Analytiker realer Prozesse, sondern auch Agenten in einem sozialen und politischen Prozeß zu sein.⁸⁰ Darin liegt eine der Tragiken des Medienbereichs in Zeiten des von Krisen und unbewältigten Globalisierungswirkungen begünstigten Populismus.⁸¹

79 NBC News: Kellyanne Conway: Press Secretary Sean Spicer ‘Gave Alternative Facts’. In: Youtube, January 22, 2017, <https://www.youtube.com/watch?v=VSrEE DQgFc8>.

80 Vgl. Benedikter, Roland: Die Zukunft der Sozialwissenschaft. Worauf der deutsche Sprachraum sich einstellen sollte, Nomos Verlag 2023, <https://www.nomos-hop.de/nomos/titel/die-zukunft-der-sozialwissenschaft-id-68677/>.

81 Ich habe das für das Medium Fernsehen näher ausgeführt in: Benedikter, Roland: Abschied vom Fernsehen? Warum dieses Medium niemand mehr braucht: Eine kritische Zwischenbilanz. Teil 1: Warum sich das Fernsehen überlebt hat. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik / Journal of Media, Technology, Art and Society, herausgegeben von Harald Neuber, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 09. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Warum-sich-das-Fernsehen-ueberlebt-hat-7257566.html>; Teil 2: Zehn Fragen zur Zukunft des Fernsehens. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 10. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Zehn-Fragen-zur>

Die Volksparteien unterschätzten, dass diese Gesamt-Entwicklung ihre Welt von Stabilität, Repräsentativität, Vertrauen in eine „mittlere“ Wahrheit und Glaubwürdigkeit an der Wurzel unterminierte. Sie ignorierten (oder unterließen es jedenfalls, genauer zu untersuchen), dass die globalen Entwicklungen im Schnittstellenbereich zwischen Wirtschaftsveränderungen und Aufstieg der Informationstechnologien neue politische Foren und Praktiken erschuf. Diese ermöglichten eine viel breiter als bisher bewußte emotionale Individualisierung von Botschaften. Die Volksparteien ignorierten weiters – nicht zuletzt auch aus politischer Korrektheit –, dass all dies nicht von der sozialen Marktwirtschaft im Zentrum Europas, sondern von Kräften ausging, die mit dem zentraleuropäischen Modell des „Konsenskapitalismus“ nichts am Hut hatten. Die Wirkungen dieser Unbedarftheit, die oft geradezu beabsichtigt und systemisch anmutete, betrafen die Volkspartei weit stärker als interessenorientierte politische Organisationsformen. Trotzdem gestanden sich das viele in den Führungsetagen über lange Zeiträume nicht ein.

-Zukunft-des-Fernsehens-7257560.html; Teil 3: Zusammenfassung: Was jetzt? Aufgeklärte Bürger brauchen das Fernsehen nicht mehr. In: Telepolis. Zeitschrift für Neue Medien, Netzkultur und Politik, 25. Jahrgang, Heinz Heise Verlag Hannover 2022, 11. September 2022, <https://www.heise.de/tp/features/Aufgeklaerte-Buerger-brauchen-das-Fernsehen-nicht-mehr-7257572.html>.

7. Verkehrte „Glokalisierung“: Unterschätzung des Einflusses geopolitischer Faktoren – und zugleich unbewußte Übertragung innerer partei- auf außenpolitische Mechanismen

Die Erosion sozialer Modelle, die an der Grundlage der zentraleuropäischen Marktwirtschaft und damit auch der gesellschaftlichen Konsensbildungsprozesse gestanden hatten, ging aber nicht nur von globalen Internet- und Kapital-Firmen aus. Sie fand auch in der nur von wenigen aktiv gewollten, aber durch Globalisierungsprozesse immer stärker struktural hergestellten Interdependenz mit andersartigen, rivalisierenden Staatsmodellen statt. Es war insbesondere die steigende infrastrukturelle, absatzwirtschaftliche und Ressourcen-Abhängigkeit von autoritären Staaten wie Russland und China, was auch Grundlagen europäischer demokratischer Verfahrensweisen abhängiger von außen machte – und sie letztlich auch in den Köpfen der Menschen schwächte.

Die wachsende Gefahr der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl, und damit von einem sich stetig verengenden, zusehends faschistoiden Regime war seit Jahren allen bekannt. Trotzdem fuhren die regierenden Volksparteien in Deutschland und Österreich damit fort, diese Abhängigkeit sogar stetig zu verstärken, etwa durch den Bau neuer Verbindungen wie „Nord Stream 2“. Die Ursache für die geostrategische Blindheit war eine Kombination von verschlepptem Stockholm-Syndrom aus dem zweiten Weltkrieg (Deutschland) mit einer selbstauferlegten universalen Friedensnaivität und der Beweisnot angeblich fortdauernder „Neutralität“ (Österreich). Dazu kam die klassische Überzeugung „friedlicher demokratischer Regime“, dass Staaten umso weniger miteinander Konflikte suchen oder gar Kriege führen, je stärker sie sich in Handel und Wirtschaft miteinander verbinden. Diese gut gemeinten „Ausgleichs- und Mitte-Politiken“, die letztlich Einbindungs- und Beschwichtigungspolitiken waren, die sich auf Selbstüberschätzung gründeten, wurden über Jahrzehnte maßgeblich von zentraleuropäischen Volksparteien vorangetragen. Ihr ultimativer Ef-

fekt war der Aggressions-Krieg des russischen Regimes unter Wladimir Putin gegen die Ukraine am 24. Februar 2024.⁸²

Dessen ungeachtet verteidigte die ehemalige CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Putin-Politik sogar noch im Juni 2024⁸³. In der Rechtfertigung ihrer Russland-Politik verwies Merkel (Bundeskanzlerin meist in großen Koalitionen von 2005 bis 2021) darauf, sie habe „nicht an Wandel durch Handel geglaubt, aber an Verbindung durch Handel, und zwar mit der zweitgrößten Atommacht der Welt.“⁸⁴ Das bedeute, dass sie keinen Regimewandel, wohl aber eine Art freundschaftliche Gemeinschaft wollte. Das war im Rückblick angesichts eines immer offener autoritären und schliesslich (proto-)faschistoiden Systems eine äusserst zweifelhafte und riskante Strategie, noch dazu in einem absolut existentiellen Kernbereich wie der Energie. Merkel brachte diese Argumentation vor, obwohl Putin sowohl im Vorfeld wie während des Krieges 2022 immer wieder ausdrücklich erklärt hatte, dass dieser Krieg im Kern nicht gegen die Ukraine, sondern gegen Europa und den Westen gerichtet sei, mit dem man sich faktisch seit langem im Krieg befinde. Es handle sich um einen Werte- und Weltanschauungskrieg zwischen Systemen handle, bei dem es um „alles“, nicht nur um Interessen oder Einzelfragen gehe.⁸⁵ Dieser Grundsatzcharakter, den die europäischen Volksparteien der großen Koalitionen über Jahrzehnte völlig ignoriert hatten, war auch der Grund für die massive religiöse Aufladung des Konflikts durch russische Orthodoxie und Eschatologen.⁸⁶ Das verdeutlichte, dass Religion ein zentrales Element internationaler Politik im Zeitalter der Re-Globalisierung ist und längst als

82 Vgl. Benedikter, Roland: Putin's war in Ukraine shows the limits of authoritarianism. In: The London School of Economics and Political Science LSE EUROPP blog: European Politics and Policy. Evidence-based analysis and commentary on European politics, March 18th, 2022, <https://blogs.lse.ac.uk/euoppblog/2022/03/18/putins-war-in-ukraine-shows-the-limits-of-authoritarianism/>.

83 Jackson, Patrick: Ukraine war: Angela Merkel defends her record on Putin. In: BBC Europe, 8 June 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-61727450>.

84 Fabian, Philip: Es geht ums Russen-Gas: Scholz-Attacke auf Merkel. In: Bild Zeitung, 19.06.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/es-geht-ums-russen-gas-scholz-attacke-auf-merkel-80444498.bild.html>.

85 Stanovaya, Tatiana: What the West Still Get Wrong About Putin. In: Foreign Affairs, June 1, 2022, <https://foreignpolicy.com/2022/06/01/putin-war-ukraine-west-misconceptions/>. Vgl. Kirby, Paul: Why has Russia invaded Ukraine and what does Putin want? In: BBC Europe, 9 May 2022, <https://www.bbc.com/news/world-europe-56720589>.

86 Vgl. Benedikter, Roland: The Role of Religion in Russia's Ukraine War. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfASP), Volume 15/2022, Springer 2022.

entscheidender Faktor auf die Weltbühne zurückgekehrt ist⁸⁷ – was aber auch die christlichen Volksparteien in einer Art säkularen Globalisierungseuphorie über Jahrzehnte fast völlig ignoriert oder verdrängt hatten.

Zeitgleich ist, tendenziell noch wichtiger, der bedeutendste – und ebenfalls offen und programmatisch gegen den Westen ausgerichtete – Verbündete Russlands in diesem Krieg: China, seit Jahren dabei, mittels infrastruktureller Expansion nach Europa („Neue Seidenstraße“) bestehende Absatz-, Produktions- und Produkt-Abhängigkeiten zu verstärken – und zwar sowohl auf EU-Ebene, national wie regional und lokal.⁸⁸ Zu diesem Zweck werden einerseits Schuldenstämme in EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut; andererseits Sozialpartnerschafts-Praktiken beeinflusst – unter anderem in Investitionsnationen wie Polen oder Ungarn. Das bleibt nach dem Willen der autoritären chinesischen Regierung keineswegs frei von „soft power-“ und inneren sozialpolitischen Konnotationen. Die chinesische Elite exportiert (zu verschiedenen Zwecken, darunter in erster Linie ihre eigene Stabilisierung) auch ihr Führungs- und ideologisches Modell, darunter das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft, Bürokratie, Wissenschaft und Eliten.

Ähnliches galt, auch ohne die Ukraine- und Neue Seidenstraßen-Thematiken zu berücksichtigen, in den vergangenen Jahren für die finanz- und wirtschaftspolitischen Beziehungen des deutschsprachigen Bereichs mit Russlands und Chinas Vasallenstaaten, darunter Belarus und der zentralasiatische Gürtel. Die massiven Abhängigkeiten, die sich 2022 in Energiepreiskrise, Inflation und usurpatorischen politischen Forderungen Moskaus und Pekings widerspiegeln, wurden der Führung europäischer Volksparteien offenbar erst mittels der unmittelbaren Auswirkungen des Ukraine-Kriegs Russlands in voller Tragweite bewusst. Trotz – wie im Fall der chinesischen „Neuen Seidenstraße“ – ausführlichen Warnungen vor auch systemischen Abhängigkeiten gingen die beiden großen deutschen Volksparteien auf Anraten einer „unheiligen“ Allianz ihrer Spitzenvertreter mit Lobbyisten – die, wie Gerhard Schröder, oft einst selbst Spitzenvertreter von Volksparteien waren – einen Weg, als gäbe es in Europas „post-nationalen“ Zusammenhängen keine Geopolitik mehr.

87 Vgl. Benedikter, Roland: Religion in the Age of Re-Globalization. A Brief Introduction, Palgrave MacMillan 2022, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-80857-0>.

88 Pechlaner, Harald, Erschbamer, Greta, Thees, Hannes und Gruber, Mirjam (eds.): China and the New Silk Road. Challenges and Impacts on the Regional and Local Level, Springer 2020, <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-43399-4>.

Das hartnäckige Festhalten an Globalisierungsverständnissen, die offensichtlich mittel- bis langfristig zum Nachteil des eigenen Gemeinwesens geraten mussten, bewies vielen Bürgern die problematische Auswahl von Spitzenexponenten durch die Volksparteien – ebenso wie die Kurzsichtigkeit entsprechender interner „Kompromissfindungsprozesse“, die offensichtlich längst in die Jahre geraten waren. Um Unmut zu vermeiden und Führungs-Unsicherheit zu kaschieren, gab es innerhalb der Volksparteien immer öfter zu – in der Regel hoch komplexen – globalen Herausforderungen, die sich immer stärker unmittelbar auf das Eigene auswirkten, „offene Diskussionsprozesse“ mit übertrieben „partizipativen“ Mehrebenen-Abstimmungen und formalen Scheineinbindungen „der Basis“. Diese wurden dann meist durch eine „Herstellung des Konsenses“ durch die Führung beendet, ohne dass dadurch echte solidarische Übereinkunft erreicht worden wäre. Dazu kam eine narzisstisch anmutende Moralisierung der Führungsetage, die zur Rechtfertigung eigener Richtungslosigkeit und Untätigkeit diente.

Als Folge davon stellten viele Wähler Überforderungsphänomene und fehlende Personal- und Themenpassungen an neue „globale“ Zusammenhänge fest. Die Volksparteien schienen – in zuweilen allzu enger Verbindung zu nationalen Weltkonzernen und Industrien wie Teilen der Automobilindustrie – Globalisierung als ein Naturgesetz zu nehmen. Dabei tendierten sie in den Augen vieler Bürger dazu, nationale, regionale und lokale Gemeinschaftsinteressen zu vernachlässigen.

Das galt, eben im Globalisierungszusammenhang, unter anderem

- für (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zur eigenen Entwicklung von Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Blockchain oder Nanotechnologie;
- (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zur Sicherung mittel- bis langfristigen Ressourcen-Bedarfs; und
- (Nicht- oder Halb-)Entscheidungen zu neu aufzubauenden Sicherheits- und Schutzmechanismen in einer multipolareren und gefährlicheren Welt.

Gerade die Gefahren der multipolaren Welt aufgrund zusehends selbstbewußter und aggressiver autoritärer Staaten wurden mittels einer geradezu notorischen Vernachlässigung von Militär, Nachrichtendiensten, Sicherheitsstrategien und Sicherheitsinteressen vonseiten Volksparteien-Regierungen, darunter großer Koalitionen, jahrzehntelang weitgehend ignoriert. Damit aber blendeten Volksparteien die Bedürfnisse ihrer ureigsten, „mittleren“ Wählerschaft nach Stabilität, Sicherheit und „gesundem

Hausverstand“ aus. Die mehr oder weniger widerspruchslose, öffentlich verharmloste Überwachung des Mobiltelefons der deutschen Kanzlerin durch Verbündete oder die ausufernden Tätigkeiten fremder Geheimdienste in deutschen Städten, einschliesslich Auftragsmorden, blieben vielen Bürgern nicht verborgen. Sie deuteten auf eine überzogene „Konsensorientierung“ nach außen auf der Grundlage einer geradezu programmatischen Wehrlosigkeit hin, die in Stil und Inhalt gegenüber dem Verfassungsauftrag an Fahrlässigkeit grenzte. Auch hier bekam die von Kritikern zugeschriebene „Mitte- und Gemeinschaftspartei ohne klares Profil“: die Volkspartei vom Wähler die Hauptschuld an Versäumnissen zugewiesen, sei dies nun bewusst oder unterbewusst.

Wichtig: die Schuldzuweisung erfolgte nicht nur gegen Führungspersönlichkeiten, sondern zunehmend auch gegen die Auswahlprozesse dieser Führungspersönlichkeiten durch die Volksparteien. Dass zum Beispiel laut Ukraine-Botschafter Andrij Melnyk Kritik im Mai 2022 SPD-Bundeskanzler „Olaf Scholz Führungskraft und Courage fehlten“⁸⁹, wurde von manchen Kritikern stärker systemisch aufgefasst als individuell. Es hat mit der Karriereproduktion innerhalb der deutschsprachigen Zentrumparteien zu tun, die nach wie vor meist die Regierungsparteien stellen.

Ein zentraler Mechanismus an der Wurzel der außenpolitischen Versäumnisse war (und ist) die Tendenz von Volksparteien, ihre internen Mechanismen von Interessensausgleich, Schlichtung und Konsensfindung auf ihre Außenpolitik zu übertragen. Das geschah – und geschieht – bewusst und unbewusst. Es führt zu „mittleren“ Außenpolitiken, die oft weder Fisch noch Fleisch sind. Diese „lauwarmen“ Außenpolitiken, wie sie beispielhaft etwa die 16-jährige Merkel-Ära kennzeichneten, entsprechen zwar bis zu einem gewissen Grad dem „Mitte“-Auftrag europäischer Volksparteien. Sie wirken aber oft unentschieden und zahnlos, sobald sie die Grenze von innen nach außen überschreiten. Denn was für die Beziehung zwischen Wählern und Parteien innerhalb eines Landes gilt: eine prinzipielle Konsens- und Ausgleichsorientierung, kann nicht einfach auf die Beziehung zwischen Nationen und anderen Nationen übertragen werden

89 Der Tagesspiegel: „Extrem enttäuschend“. Melnyk wirft Scholz mangelnde Führungsstärke vor, 27.05.2022, <https://m.tagesspiegel.de/politik/extrem-enttaeuschend-melnyk-wirft-scholz-mangelnde-fuehrungsstaerke-vor/28379306.html>. Vgl. Der Spiegel: Ukrainischer Botschafter in Deutschland: Melnyk wirft Scholz Führungsschwäche vor, 27.05.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/andrij-melnyk-ukrainischer-botschafter-in-deutschland-wirft-olaf-scholz-fuehrungsschwaeche-vor-a-33d85ccd-a229-4f72-9f2a-d3b3698a0206-amp>.

– vor allem nicht auf die weltpolitische Beziehung zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien.

Volksparteien tendieren jedoch dazu, ihre innere, strukturelle Kompromiss-, Verbindungs- und „Vermittungs“-Mentalität auf die Außenpolitiken ihrer Staaten zu übertragen. Das mag für Staatenallianzen wie die EU bis zu einem gewissen Grad angemessen sein, kann aber auf die Weltpolitik übertragen aufgrund der wachsenden Systemkonkurrenz zwischen offenen und geschlossenen Gesellschaften nicht (mehr) funktionieren.

Ein Beispiel dafür war eben die beschwichtigend-„milde“ Russland-Politik Merkels: ein Mix aus ihrer Herkunft aus dem russischen Einflussbereich (ehemalige DDR) und Glaube an die utilitaristische Friedensmaxime: „Nationen, die miteinander handeln und über ihre Wirtschaft vernetzt sind, führen keine Kriege gegeneinander“. Das war ein Fehlschluss, weil die Merkel-Politik, stellvertretend für andere europäische Volksparteien, ihre innenpolitischen Logiken nach außen trug – und dabei die „tieferen“ Glaubensmotive anderer Systeme, darunter Religion und Eschatologie, nicht ausreichend ernst nahm aus einem überzogenen Säkularismus eurozentrischer Natur heraus.

Diese Politik der Übertragung parteipolitischer Innenlogiken auf staatspolitische Außenlogiken kompensiert auch nach dem Ende der Merkel-Ära bis heute unbewußt strategische Defizite durch die mehr oder weniger bewußt „direkte“ Anwendung einfacher außenpolitischer – meist wirtschaftsorientierter – Maximen. Von ihnen übernimmt sie in der Regel meist die Typologien gerade aktueller und dabei zu ihren eigenen Entwicklungs- und Personalphasen passender Minimaltheoreme. Eben wegen nicht ausreichender Differenzierung zwischen partei- und innen- sowie außen- und weltpolitischen Logiken kam es in den 2020er Jahren zu „großen“ Fehlentwicklungen, die sich auf der Weltbühne auswirkten – wie zuletzt eben in Gestalt von Putins Ukraine-Krieg, der die deutschen und europäischen Wähler teuer zu stehen kommt und eine ganze Generation prägt.

8. Reaktionen in der Zukunftsdebatte

Seit der Covid-19-Pandemie und insbesondere seit Rußlands Ukraine-Krieg, den die deutschen Feuilletons in zuweilen übertrieben heroischem Ton zur „Zeitenwende Europas“ überhöhten⁹⁰, sind diese Versäumnisse stärker in den Gesichtskreis gesellschaftlicher Reflexion getreten. Damit führten sie notgedrungen auch zu einer Selbstbesinnung der politischen Mitte und der Volksparteien. Unter den jüngeren Diskussionsentwicklungen zur Zukunft des Formats Volkspartei ragen folgerichtig – angesichts der sich wandelnden Grundlagen sowohl von Parteienstruktur wie Wohlfahrtskapitalismus – vor allem fünf Debatten-Stränge hervor:

1. zum Verhältnis zwischen „Konsenskapitalismus“ und Volkspartei;⁹¹
2. zum Verhältnis zwischen parteistaatlichem Handeln und Strukturen kollektiver Willensbildung;⁹²
3. zum Verhältnis zwischen Prozessen der Willensbildung und der Interessensvermittlung⁹³;
4. zum Verhältnis zwischen Volkspartei und (rechtem versus linkem) Populismus;⁹⁴ sowie

90 Vgl. Deutsche Welle: Ukraine-Krieg: Eine Zeitenwende, Februar 2022, <https://www.dw.com/de/ukraine-krieg-eine-zeitenwende/a-61257204>. Siehe auch: Friedrich Ebert Stiftung: Krieg in der Ukraine: Zeitenwende für Frieden und Sicherheit, Februar 2022, <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/frieden-und-sicherheit/krieg-in-der-ukraine-zeitenwende-fuer-frieden-und-sicherheit>.

91 Vgl. Angster, Julia: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB, Oldenbourg, München 2003.

92 Vgl. Offe, Claus: Staatliches Handeln und Strukturen der kollektiven Willensbildung. Aspekte einer sozialwissenschaftlichen Staatstheorie. In: Ders.: Staatskapazität und Europäische Integration. Gesammelte Schriften, Band 5, Springer Verlag, Wiesbaden 2019, S. 127-143.

93 Vgl. Falter, Jürgen W., Fenner, Christian, und Greven, Michael Thomas: Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Springer, Wiesbaden 1983.

94 Vgl. Decker, Frank (Hrsg.): Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.

5. zum Verhältnis zwischen innen- und außenpolitischem Handeln und der dazu notwendigen Differenzierung von Parteienlogiken⁹⁵.

Diese Diskussion baut auf jahrzehntelang gereifte Auseinandersetzungen. Klaus von Beyme sagte bereits Anfang der 2000er Jahre den Wandel „von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien“⁹⁶ voraus. Das wurde zu einem Trend, der die Wählerschaft spätestens seit den 2010er Jahren vollends erfasste. Ihm konnte die traditionelle, möglichst breit ausgreifende und dazu notgedrungen unscharfe Konzeption von Volkspartei kaum etwas entgegensetzen, auch weil dieser Wandel von den Vertretern der Volksparteien oft verharmlost wurde. Volksparteien vollzogen – zum Teil auch wegen übertriebener innerer Kompromissbildungen – Spezialisierungen auf Wählersegmente nur halbherzig. Vor allem vernachlässigten sie die Zukunftsdebatte darüber.

In der Folge gab es Reaktionen, die zu einer ideologischen Zuspitzung von Angeboten rieten. Interessanterweise war dieser Rat nicht neu, sondern stand bereits seit den 1970er Jahren im Raum. So konstatierten Beobachter für die Vor- und Nachwahlphase der Bundestagswahl 2021 einen „Aufstand der Theoretiker“ nach dem Vorbild von 1973⁹⁷ mitsamt Vorstößen zu einer Re-Ideologisierung der Volksparteien. Ziel war deren „Professionalisierung“ durch klarere Grundsatzpositionen und Profilstärkung bei ideologienahen Wählersegmenten. Das drohte im Trend jedoch, wie bereits in den 1970er Jahren, den weltanschaulichen Kernbereich eher zu verengen, und damit auch das Wählerspektrum einzuschränken. Ideologische Verengung führte historisch meistens – entgegen der Hoffnung ihrer Proponenten – nicht zu Stimmengewinnen, sondern eher zu Stimmenverlusten der Volksparteien. Denn in diesem Fall wählten die Wähler lieber den ideologischen Schmid, nicht den Schmidl, darunter die Grünen.

Daneben hat die langjährige Schrumpfung der Volksparteien wie gesehen auch mit dem wachsenden Einfluss unbewältigter Globalisierungswirkungen auf lebensweltliche Zusammenhänge zu tun.⁹⁸ Reformen wur-

95 Vgl. Leuffen, Dirk, und Malang, Thomas: Parteien und Außenpolitik. Konferenzbeitrag für die Dritte Offene Sektionstagung Internationale Politik, München, 06.-07. Oktober 2011, https://www.polver.uni-konstanz.de/typo3temp/secure_downloads/84894/0/445c1ef0eeb1d95465bf1dfb997c24301d46c5e8/2011_Parteien_und_Aussenpolitik.pdf.

96 Von Beyme, Klaus: Parteien im Wandel, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden 2000.

97 Die Zeit: Richtungskämpfe in der SPD: Der Aufstand der Theoretiker, 09. März 1973, <https://www.zeit.de/1973/10/der-aufstand-der-theoretiker>.

98 Vgl. Benedikter, Roland and Kofler, Ingrid: Globalization's Current Transition Phase: The 5 R's. In: Global-e. A Global Studies Journal, edited by the Global Dy-

den unterlassen nicht nur in eine, sondern in mehrere Richtungen. Die meisten Globalisierungs-Beobachter sind sich heute einig: die mittlerweile „reife“ Globalisierung muss nun so reformiert werden, dass sie zu neuen Koexistenzformen mit dem Regionalen und Lokalen findet. Das schließt eine Übergangsphase der „Re-Globalisierung“ ein,⁹⁹ die – in Gestalt von Systemkrisen und auf sie antwortender Reformen – bereits seit einiger Zeit nicht nur innerhalb einzelner Nationen, sondern international begonnen hat.¹⁰⁰ In der „Re-Globalisierung“ treffen sich eine „desorientierte Globalisierung“ und ein „verunsicherter Globalismus“¹⁰¹ mit dem verstärkten Bedürfnis nach „Glokalisierung“. Das haben unter anderen Manfred Steger und Paul James auch im Hinblick auf Europas Zukunft überzeugend herausgearbeitet.¹⁰² Das schließt auch eine Reform internationaler Organisationen ein, die zu ihrem 75-jährigem Bestehen wegen wachsender Blockbildungen zwischen autoritären und freien Gesellschaften laut UNO-Generalsekretär António Guterres in die „tiefste Krise seit ihrer Gründung nach dem zweiten Weltkrieg“¹⁰³ geraten sind. Darunter ist zum Beispiel der UNO-Sicherheitsrat, von dem Ukraine-Präsident Volodymyr Selenskyj im April 2022 eine völlige Selbsterneuerung forderte. Denn er sei zwischen totalitären (nationalistischen und anti-internationalistischen, Russland und China) und demokratischen (pro-globalistischen, Europa und der Westen) Systemformen gespalten, was ihn faktisch zur Lähmung und Bedeutungslosigkeit verdamme.¹⁰⁴

namics Initiative (GDI) at the University of California at Santa Barbara, Volume 12, Issue 36, August 29, 2019, <https://globalejournal.org/global-e/august-2019/globalizations-current-transition-phase-5-rs>, abgerufen am 12.03.2022.

99 Benedikter, Roland: What is Re-Globalization? In: *New Global Studies*, Volume 15, Issue 1/2021, De Gruyter, pp. 73–84, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/ngs-2020-0051/html>.

100 Benedikter, Roland and Kofler, Ingrid (eds.): *Series: Re-Globalization*. In: *Global-e. A Global Studies Journal*, edited by the Global Dynamics Initiative (GDI) at the University of California at Santa Barbara, Volume 12/2019ff., <https://globalejournal.org/series/re-globalization>, abgerufen am: 18.02.2022.

101 Steger, Manfred B., and James, Paul: *Disjunctive Globalization in the Era of the Great Unsettling*. In: *Theory, Culture and Society*, Vol. 37/2020, pp. 184–203.

102 Vgl. Steger, Manfred B., and James, Paul: *Globalization Matters. Engaging the Global in Unsettled Times*, Cambridge University Press, Cambridge 2019.

103 United Nations: UN chief outlines solutions to defeat ‘four horsemen’ threatening our global future, 22 January 2020, <https://news.un.org/en/story/2020/01/1055791>.

104 Schwarz, Jon: Zelenskyy Is Absolutely Right: The U.N. Must Be Reformed. But It Never Will Be. In: *The Intercept*, April 9, 2022, <https://theintercept.com/2022/04/09/united-nations-reform-zelenskyy-ukraine/>.

Re-Globalisierung baut, auf der Basis der Einsicht in diese Probleme des internationalen Systems, auf die Entwicklung und Formalisierung grundlegend „glokaler“ Kontextualisierungs-Politiken. Ökosystemadäquate und inter- und transdisziplinär integrierte Kontextualisierung ist demnach das große Schlagwort für die Zukunft. Es bedeutet, dass globale Entwicklungen und Tendenzen besser als bisher an spezifische Bedürfnisse vor Ort angepasst werden müssen. Diese sind je nach Ort und Zeit verschieden, und sie ändern sich in und mit der Zeit. Umso genauer wird Globalisierung in den kommenden Jahren dauerangepasst werden müssen, um noch Zuspruch zu erhalten.

Die damit verbundene Zeitaufgabe ist, gerade weil sie so groß ist, dem gesamten Spektrum demokratischer Parteien anheimgegeben. Die hohe Komplexität und das große Potential für Konfrontation, das in dieser Aufgabe liegt, verlangt in besonderer Weise nach Erfahrung in vermittelnden Aushandlungs-, Ausgleichs- und Vernunftprozessen. Den Volksparteien und der politischen Mitte insgesamt erwächst hier ein vielversprechendes neues Aufgabenfeld. Hier können sie ihre Erfahrungen tatsächlich vollends fruchtbar machen. Hier können ihre strukturellen Stärken einfließen und neu zum Tragen kommen. Das kann die Wahrnehmungs-Muster von Wählern in praktisch allen demokratischen Segmenten verändern.

Ob das gelingt oder nicht, Fakt ist: Globalisierung muss sich künftig stärker an die sehr verschiedenartigen Realitäten des Planeten anschmiegen wie eine Haut, um ihn schützend zu wärmen, statt ihn nach „one-size-fits-all“-Interessens-Bildern zu schmieden. Die Politik muss an diese Entwicklung fundamentaler Differenzierung, die sie zu überholen droht, den Anschluss wiederfinden – und muss sich dazu Eingangstore verschaffen.

9. „Engagierte Globalisierungserneuerung“ als Medikament gegen das „Ende der Volkspartei“?

Zusammenfassend bedeutet dies: Die Zeiten, in denen die „Entwicklung eines globalen Bewusstseins“¹⁰⁵ allein im Vordergrund wünschenswerten Fortschritts stand und breit – und zum Teil gewiss auch überzogen – als einzige Zukunfts-, Humanismus- und Menschheits-adäquate Haltung akzeptiert wurde, sind vorbei. Sie sind einer – bewusst und vorbewusst – stärker „glokalen“ Einstellung gewichen. Sie will die Dinge sorgfältiger zwischen global und lokal ausbalancieren. Viele Bürger nehmen heute – willentlich oder instinktiv – eine Haltung „engagierter Globalisierungserneuerung“ vor Ort ein: in konkreten lebensweltlichen Kontexten. Darin liegt auch ihr Selbstbewußtsein.

Diesem Trend zu einer „mittleren“ Position zwischen global und lokal vermochten sich die großen Volksparteien bislang nicht mit ausreichender Überzeugungskraft anzuschließen – obwohl der Bereich des „Mittleren“ doch ihr ureigenstes Gebiet wäre. Der Grund dafür ist, dass sie sich – zumindest in der Wahrnehmung vieler Bürger – in ihren bisherigen Führungsfiguren als nur teilweise fähig dazu erwiesen. Sie hatten Probleme, das Lokale und Regionale – in dem die Volksparteien letztlich verwurzelt sind und wo sie ihre Stärke haben – glaubwürdig mit dem immer direkter präsenten Globalen zu verbinden. Statt beide aneinander anzupassen, wurden (auch) die Vertreter der Volksparteien oft als Eliten wahrgenommen, die das Lokale und Regionale dem – mittlerweile als anonym und oft sogar anti-human wahrgenommenen – Globalen unterordneten. Damit stahlen sich die Vertreter der Volksparteien in der Wahrnehmung vieler Bürger aus den „glokalen“ Herausforderungen ihrer lebensweltlichen Zusammenhänge heraus, weil sie entweder das Globale oder das Lokale zu wenig berücksichtigten.

Auch im Zusammenhang dieser größeren Problemstellung fragte Eckhard Jesse in seinen neueren Darstellungen nach „Krise und Ende der Volksparteien“. Er konstatierte, dass die Negativentwicklung in direktem Zusammenhang mit der Globalisierung der vergangenen 30 Jahre (1990–2020) stehe oder jedenfalls zeitlich genau mit ihr übereinfalle:

105 Robertson, Robbie: The Three Waves of Globalization: A History of a Developing Global Consciousness, Zed Books 2022.

„Bei der neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 erreichten CDU/CSU und SPD zusammen nur 44,7 Prozent der abgegebenen Stimmen. Damit kamen die beiden Volksparteien zum ersten Mal bei einer bundesweiten Wahl nicht mehr auf 50 Prozent... Allein derartige Zahlen signalisieren bereits eine Krise der Parteien, die ihren Anspruch, als Volksparteien große Teile der Wählerschaft hinter sich zu vereinen, immer weniger erfüllen. Der elektorale Verfall der beiden großen Parteien war – ungeachtet einer bereits nachlassenden Bindekraft vor der deutschen Einheit 1990 – so nicht abzusehen, hatten doch die Volksparteien über viele Jahrzehnte erheblich zur Stabilität des Landes beigetragen. Der Einbruch in der Wählergunst erfolgte erst in den vergangenen 30 Jahren, und er fiel bei der SPD deutlicher aus als bei der Union... Die Volksparteien haben lange erfolgreich die Interessen der Bürger aggregiert, Konflikte kanalisiert, zwischen der staatlichen und der gesellschaftlichen Ebene vermittelt, einen auf Kompromissen basierenden Interessenausgleich angestrebt und für die Stabilität des demokratischen Verfassungsstaates einen wichtigen Beitrag geleistet. Wer hier in Zukunft Erfolge zu verzeichnen versteht, fürwahr eine Herkulesaufgabe, kann die These widerlegen, der Niedergang der Volksparteien sei unumkehrbar.“¹⁰⁶

Es ist sowohl im Rückblick wie in der Vorausschau unwahrscheinlich, dass es solche Erfolge ohne eine stärkere Globalisierungs- und vor allem „Glokalisierungs“-Kompetenz der Mitte-Parteien geben kann. Ohne programmatische Profilierung an der Schnittstelle zwischen globalen Einflüssen und lokalen Wirkungen – wie Migration, Zukunftstechnologien, Ressourcensicherung, künftige Handelsvernetzung und transnationale Arbeitsteilung, Export- und Import-Politiken, Ungleichheit und neue Geopolitik nach Ost, Süd und West – wird die Herkulesaufgabe der Trendumkehr nicht zu stemmen sein. Der Grund ist einfach: inzwischen sind die meisten Fragen, die die Bürger vertieft beschäftigen und ihr Wahlverhalten mit entscheiden, eben an der Schnittstelle global-lokal zu finden. Viele bilden sich sogar erst dort.

Einer der entscheidenden Gründe für die „nachlassende Bindekraft“ des Formats Volkspartei war ja eben, dass die traditionelle Vermittlung zwi-

106 Jesse, Eckhard: Zustand der Demokratie: Krise (und Ende?) der Volksparteien? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 25.06.2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335443/krise-und-ende-der-volksparteien/>, abgerufen am: 02.04.2022.

schen staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene nicht mehr ausreichte, weil die „glokale“ Ebene dazukam. Auffallend war: Je stärker die Herausforderung des „Glokalen“ wurde, desto deutlicher wurde der Niedergang der Volksparteien – obwohl wie erwähnt gerade dort ihre größte Stärke liegen könnte. In dieser Blickrichtung zog Jesse denn auch 2021 sein Zwischen-Fazit:

„Die Volksparteien verlieren wegen ihrer stark nachlassenden Integrationskraft kontinuierlich an Mitgliedern und an Stimmen. Das hat negative Konsequenzen für sie wie für das politische System. Allerdings verbietet sich die – angesichts der Last der Vergangenheit gerne gezogene – Parallele zur Weimarer Republik... Heute sind die Verhältnisse ganz andere als damals. Das gefestigte politische System ist ungeachtet der Folgen der Flüchtlingskrise keine Schönwetterdemokratie mehr; die bisherigen Volksparteien Union und SPD sind immer noch tiefer gesellschaftlich verankert als die damaligen ‚demokratischen Integrationsparteien‘... Da Geschichte offen ist, sollte das apodiktische Diktum Peter Lösches vom ‚Ende der Volksparteien‘ mit einem Fragezeichen versehen werden.“¹⁰⁷

In der Tat – allerdings nur dann, wenn das „Glokale“ als der für die kommenden Jahre wichtigste Hebel für Erneuerung erkannt wird. Die Rede vom „Ende“ ist ebenso wie jene von den „Allerweltparteien“ laut Jesse verfrüht¹⁰⁸ – weil sich heute mittels „Glokalisierungs“-Anforderungen auch neue Chancen für die politische Mitte der Demokratien ergeben. Darunter seien auch „neue Formen des Volksparteientypus“. Jesse:

„Totgesagte leben länger... Gibt es [denn] nicht mehrere Formen des Volksparteientypus? Während für 51 Prozent der Deutschen die Zeit der großen Volksparteien vorüber ist, sieht ein knappes Drittel dies anders. Wie der Blick auf andere europäische Länder nahelegt, ist Deutschland alles andere als ein Sonderfall. Bei der Wahl im März 2021 in den Niederlanden warteten die christdemokratische (CDA: 9,5 Prozent) und die sozialdemokratische Partei (PvdA: 5,7 Prozent) mit einstelligen Stimmergebnissen auf. In Italien zerfiel die Democrazia Cristiana (DC), die über Jahrzehnte das politische Leben maßgeblich gestaltete, Anfang der 1990er Jahre in eine Vielzahl kleiner Gruppierungen, bis sie vom politischen Erdboden verschwand. In Frankreich

107 Ebda.

108 Ebda.

und Österreich ist es charismatischen Politikern im Jahr 2017 gelungen, an die Macht zu gelangen. Hatte Emmanuel Macron nach Verlassen seiner Partei eine neue Bewegung („En Marche“) gegründet und die Präsidentschaft gewonnen, funktionierte Sebastian Kurz „seiner“ Österreichische Volkspartei erfolgreich zu einer „Liste Kurz“ um. Regierte er zunächst mit der FPÖ, [war] er seit Beginn des Jahres 2020 Kanzler einer Koalition mit den Grünen. In beiden Fällen spielte die Persönlichkeit eine dominierende Rolle. Der mediendemokratische Einfluss kann den parteiendemokratischen überlagern. Macron und Kurz mögen Vorreiter einer Entwicklung sein, wie sie sich in weiteren Demokratien anbahnt. Die Gretchenfrage lautet: Haben Macron und Kurz die Volksparteien „aufgehoben“? Vielleicht trifft eine dialektisch-salomonische Antwort im dreifachen Sinne zu: Solche Politiker bewahren Volksparteien, bringen sie durch mehr Partizipation auf eine höhere Ebene und beseitigen sie im herkömmlichen Verständnis.“¹⁰⁹

Womit eine problematische Entwicklung gekennzeichnet wäre, die ihrerseits noch nichts Substantielles zur „Glokalitätsherausforderung“ beiträgt. Was Jesse jedoch nicht erwähnt, ist, dass zum Beispiel der von ihm genannte Sebastian Kurz seine Karriere bereits genau an eben der „global-lokal“-Schnittstelle machte: nämlich als Integrationsstaatssekretär der Bundesregierung 2011–13, zuständig nicht nur für Migrationsfolgen und Flüchtlingsintegration, sondern auch für die Beziehungen zu Islam und Politischem Islam in Österreich. Und Macron profilierte sich als Erklärer der Notwendigkeit der europäischen Einheit, indem er den Bürgern darlegte, wie Globalisierungswirkungen positive und negative Folgen zeitigen können, die nicht immer eindeutig oder offensichtlich sind und deshalb wegen hoher Komplexität politisch von Flügelparteien instrumentalisiert werden. Als einzigen Ausweg kennzeichnete Macron die Ebene zwischen global, national und regional: die Europäische Union.

Beide Fälle zeigen, dass eine Trendumkehr zugunsten eines neuen politischen Zentrismus hauptsächlich dann zu bewerkstelligen ist, wenn Glokalität als „die“ große Zeitherausforderungen im Kern der meisten angewandten Politikfragen erkannt wird – weil sie in den Augen der Bürger wirklich, alltagswirksam und direkt zählt.

109 Ebda.

10. Die „Kann-nicht-mehr-Krise“-Parteien – und andere Herausforderungen

Eckhard Jesses Analyse hat insgesamt eine entscheidende Schnittstelle für die Zukunft der politischen Mitte herausgearbeitet: die zwischen Glokalisierung und Medien. Viele vertreten heute wie er die Sichtweise, dass die Zukunft in der Verbindung von Volkspartei

- erstens in der Verbindung mit „Glokalität“, und
- zweitens mit neuen medialen und persönlichkeitsorientierten Stilmitteln liegt,

wie sie durch Kurz und Macron digitalisierungs-, aufmerksamkeits- und jugendorientiert vorgegeben wurden.

Diese Sichtweise ist allerdings nicht unumstritten – und wird von Mitte-Vertretern auch kritisiert. Denn personenorientierte Mediatisierung führt in einen Zwischenbereich zwischen Demokratie und Information, den in den vergangenen zehn Jahren erfolgreicher als alle anderen der Populismus besetzt hat. Die Kombination aller „3 Ps des Populismus“¹¹⁰ in *einer* medial attraktiven oder zumindest präsentabel-auffälligen Persönlichkeit war geradezu das Erfolgsgeheimnis, mit dem der Populismus den Mitteparteien immer mehr Stimmen abnehmen konnte. Es waren Personifizierung, Provokation (oft mit entscheidender Mithilfe der Medien mittels – zustimmender oder ablehnender – Sensationsheische) und Popularitätsorientierung, die sich bei Wahlen auswirkten. Die Übergangsbereiche und individuellen Schwerpunktsetzungen zwischen den 3 Ps waren dabei stets fließend.

Der Erfolg des Populismus hatte auch damit zu tun, dass drei weitere Aspekte die Wahrnehmung politischer Mitte beeinflussen – Aspekte, die vor einigen Jahren so noch nicht im Raum standen. Neben der „Allerweltpartei“, die kein oder zu wenig ideologisches Profil zeigt, war ein Negativaspekt wie erwähnt die Wahrnehmung von Volksparteien als „Männerparteien“¹¹¹; ein zweiter, weit überraschender und von den Populisten

110 Dimova, Gergana: The Three P's of Populism: Personification, Popularity and Provocation, a.a.O.

111 Geden, Oliver: Männerparteien. Geschlechterpolitische Strategien im österreichischen und schweizerischen Rechtspopulismus. In: Bundeszentrale für politi-

angezettelt, die als „Europäisierungsparteien“.¹¹² Ein dritter war die Wahrnehmung der „Kann-nicht-Krise-Parteien“.¹¹³ Vor allem „Allerweltpartei“ und „Kann-nicht-Krise-Partei“ wurden vom Populismus kombiniert und erfolgreich gegen die politische Mitte gewandt.

Der „Männerpartei“-Vorwurf dagegen konnte von den Populisten weniger vorgebracht werden, weil praktisch alle populistischen Kräfte selbst geschlechtseinseitig strukturiert sind. Trotzdem wirkte er sich aus, weil trotz der langjährigen Kanzlerschaft Angela Merkels Volksparteien nicht nur regional und lokal nach wie vor von Männern geführt, sondern auch hauptsächlich von Männern gewählt werden. Deshalb taten sich die Volksparteien schwer, unter Jahr für Jahr aufmerksameren Geschlechtergerechtigkeits-Forderungen ihren Status als Sammelpartei bezogen auf Geschlechterintegration zu erhalten. Medien Mitte-kritischen Zuschnitts wie die „TAZ“ hatten es da leicht, den Volksparteien vorzuwerfen, sie seien „ein Club der alten weißen Männer“, weil sie „auch nach 16 Jahren Merkel im Kanzleramt“ in „alten Strukturen feststecken“.¹¹⁴ Es mangle „an Frauen, an migrantischen und jungen Menschen“; und allgemein sei „mangelnde Diversität“ das Grundproblem.¹¹⁵ Der Populismus griff dies auf – und reüssierte mit der gerade gegenteiligen Behauptung: in den „postmodern-dekadenten“ Volksparteien gebe es bereits viel zu viel „Diversität“ und vor allem Diversitäts-Rhetorik und -politische Korrektheit.

Noch stärker wirkte zweitens der durch den Populismus interessenbedingt, nämlich im Dienst der Re-Nationalisierung vorangetriebene Bedeutungswandel des Begriffs „Europäisierung“ bei manchen traditionellen Mitte-Wählern. So verschlechterte sich der Bedeutungswert von „Europäi-

sche Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 03.11.2004, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/27985/maennerparteien/>, abgerufen am: 21.02.2022.

112 Vgl. Pehle, Heinrich: Parteien in Deutschland: Die Europäisierung der politischen Parteien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 16.03.2018, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/42224/die-europa-eisierung-der-politischen-parteien/>, abgerufen am 21.02.2022.

113 Merkel, Wolfgang: Zustand der Demokratie: Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert – Essay. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 25.06.2021, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/zustand-der-demokratie-2021/335433/neue-krisen/>, abgerufen am: 21.02.2022.

114 Marinić, Jagoda: Mangelnde Diversity by CDU und CSU: Der Club der weißen Männer. In: TAZ, 06.10.2021, <https://taz.de/Mangelnde-Diversity-bei-CDU-und-CSU/!5801558/>, abgerufen am: 21.02.2022.

115 Ebda.

sierung“ im Rahmen der internationalen Trends zu De-Globalisierung und Entinternationalisierung¹¹⁶ bei vielen von ehemals weitgehend positiv zu eher skeptisch. Diese Entwicklung kennzeichnete die Re-Globalisierungsphase spätestens seit 2016.¹¹⁷

Drittens wurden wegen der mit der Globalisierung zunehmenden Dynamik und wahrgenommenen Instabilität Volksparteien oft als relativ starre Stabilitätsparteien wahrgenommen, die immer öfter „neben den Dingen standen“ und weder in Ideologie noch Organisation mit den hyper-dynamischen Verhältnissen sich häufender Systemkrisen umgehen konnten. Während sie Teilkrisen, die das Ende des 20. und die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts kennzeichneten, einigermaßen mit Antworten bewältigen konnten, weil diese Krisen sektorial begrenzt blieben, erschienen sie bei den wiederkehrenden Systemkrisen, die spätestens seit Mitte der 2010er Jahre transsektoral angestoßen wurden, in Mechanismen und Antworten veraltet. Darunter war auch die – von rivalisierenden autokratischen Regimen wie dem chinesischen Herrschaftsapparat Xi Jinpings verursachte – Beobachtung, dass „Demokratien für alles zu lange brauchen“ im Vergleich zu hierarchisch straff organisierten autoritären Gesellschaften. Dabei scheinen Volksparteien wegen ihrer konsensbildenden Vorgehensweise besonders lange zu brauchen. Der Vorteil der inter- und transdisziplinären Aufstellung dieser Parteien, der sie vor den Spezialisierungsparteien und sektoralen zivilgesellschaftlichen Aktivismus-Kräften kennzeichnet: nämlich wegen ihrer einbeziehenden Art ganzheitlicher lösungsbefähigt zu sein, wurde nicht ausreichend systematisch genutzt. Dies nicht zuletzt, weil der Lobbyismus parteiinterner Teilgruppen mit wachsenden Möglichkeiten virtueller Information an Einfluss gewann und Aspekte des internen Pluralismus an die Seitenlinien drängte.

Die historische Häufung von Krisen ist da nur eine schwache Entschuldigung. Den Geruch der „Kann-nicht-(mehr)-Krise“-Parteien haben aus Sicht vieler Bürger die Terrorkrise seit 2001, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2007–08, die darauf folgende europäische Schuldenkrise, die Migrationskrisen seit 2015, die Krise des europäischen Einigungsprojekts

116 Vgl. Axford, Barrie, and Steger, Manfred B. (eds.): *Journal ProtoSociology*, Vol. 37/2020: „Populism and Globalization“, <http://www.protosociology.de/Volumes/Volume37.html>.

117 Vgl. Benedikter, Roland / Gruber, Mirjam / Kofler, Ingrid (eds.): *Re-Globalization. New Frontiers of Political, Economic and Social Globalization*, London, Routledge 2022, <https://www.routledge.com/Re-Globalization-New-Frontiers-of-Political-Economic-and-Social-Globalization/Benedikter-Gruber-Kofler/p/book/9780367642846>.

seit 2016, die Covid-19-Pandemie 2019–22 und Russlands Ukraine Krieg 2022 mit erzeugt. Dass zum Beispiel auch ein Jahr nach der Flutkatastrophe im deutschen Ahrtal Bundes- und Landesregierungen noch kein Katastrophenkonzept erarbeiten konnten, sprach für viele Bürger Bände für die „Kann-nicht-mehr-Krise“-politische Kultur¹¹⁸ – und für den Slogan der Boulevardpresse vom „gelähmten Land“¹¹⁹. Andere Belege für dieses angeblich „gelähmte Land“ waren für diese Presse die Rechts- und Strafverlässlichkeit sowie die Strafhöhe und Strafpraxis¹²⁰, das Sicherheitsthema¹²¹ und das Infrastrukturthema, einschliesslich Strassen und Brücken.¹²²

Aus diesen Gründen, die über die Jahre ohne besondere Struktur zusammenwirkten, sprachen Kritiker – zum Teil vorschnell – deshalb vom „Ende der Volksparteien“¹²³, weil nicht nur deren Solidaritätsstrukturen bröckelten, sondern weil auch deren „sozialmoralische Milieus erodieren“. Sie fragten: „Was kommt nach den Volksparteien?“¹²⁴

118 Detsch, Claudia und Klee, Inka: Deutschland ein Jahr nach der Todesflut: Im Ahrtal geht es kaum voran. 134 Tote und noch immer kein Katastrophen-Plan! In: Bild Zeitung, 17.06.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/deutschland-ein-jahr-nach-der-todesflut-134-tote-und-noch-immer-kein-katastrophe-80425680,view=conversionToLogin.bild.html>.

119 Biewald, Nicole, Biermann, Til, Gehrman, Laura, Kaa, Tajana, Schneider, Frank, und Schlagenhauser, Stefan: Serie: Das Gelähmte Land. Teil 1: Richter klagt an! „Bei Straftaten mit Messern sind die Strafen zu gering“. In: Bild Zeitung, 14.06.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/berlin-richter-knispel-bei-messer-straftaten-sind-die-strafen-zu-gering-80392086,view=conversionToLogin.bild.html>.

120 Ebda.

121 Vgl. Conze, Eckart: Geschichte der Sicherheit. Entwicklung – Themen – Perspektiven, Vandenhoeck & Ruprecht 2018.

122 Engelberg, Michael, Feldhaus, Kai, Hefricht, Jürgen, Hell, Peter und Kindel, Tobias: 346.000 Stunden steckten die Deutschen auf den Strassen fest. 850.000 Kilometer Stau! In: Bild Zeitung, 15.06.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/stau-in-deutschland-so-kaputt-sind-unsere-strassen-und-bruecken-80402260,view=conversionToLogin.bild.html>.

123 Lösche, Peter: Bundestagswahl 2009: Ende der Volksparteien – Essay. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 03.12.2009, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31526/ende-der-volksparteien-essay/?p=all>, abgerufen am: 21.02.2022.

124 Dettling, Daniel: Was kommt nach den Volksparteien? Zukunftsparteien brauchen einen anderen Politikstil – und einen neuen Politikertypus. In: Politik & Kommunikation, 02.11.2021, <https://www.politik-kommunikation.de/was-kommt-nach-den-volksparteien/>, abgerufen am 15.03.2022.

Bei alledem spielte insgesamt die „nachlassende Bindekraft der Volksparteien“¹²⁵ eine Schlüsselrolle, die sie angeblich – faktisch – dem Populismus abgetreten hätten. Manche zogen wegen der wachsenden Konkurrenz „populistischer Emporkömmlinge“ daraus wie der „Tagesspiegel“ den Schluss: „In Deutschland gibt es keine Volkspartei mehr.“¹²⁶ Andere formulierten die Frage vor dem Hintergrund der selbsternannten „stabilen Lieferpartei“ oder „Dienstpartei“ für bestimmte Bevölkerungsgruppen als Alternative zur populistischen Partei vorsichtiger: „Sind Volksparteien noch zeitgemäß?“¹²⁷

Als Perspektiven für die „Zukunft der Volksparteien“ schlugen Diskussionsforen, die unter anderem die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages organisierten, mit Bezug auf den Hintergrund wachsender Konkurrenz zwischen Volksparteien und populistischen Parteien unter anderem bereits 2016 vor:

„Zukunftsfähige Volksparteien... müssten sich einerseits öffnen für interessierte Bürgerinnen und Bürger. Andererseits müssten die formal eingeschriebenen Mitglieder ‚gepflegt‘ und stärker als bisher am innerparteilichen Entscheidungsfindungsprozess beteiligt werden. Wichtig sei, mehr Teilnahmemöglichkeiten (z.B. Zukunfts- und Bürgerforen) anzubieten, die den veränderten Teilnahmewünschen entsprechen... Die konkreten Handlungsvorschläge zielen u.a. auf die Wiederbelebung der Vorfeldorganisationen [von Volksparteien] und die Ermöglichung eines projektbezogenen temporären Engagements.“¹²⁸

125 Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2016): Nachlassende Bindungskraft der Volksparteien. Ursachen und Handlungsmöglichkeiten, <https://www.bundestag.de/resource/blob/435464/985f9c8eb87f7d7e547ba6491fbef988/wd-1-020-16-pdf-data.pdf>, abgerufen am: 21.02.2022.

126 Breher, Nina / Flemisch, Tamara / Meidinger, David: Das Ende der Volksparteien: Wo Deutschlands politische Landkarte weder rot noch schwarz ist. In: Tagesspiegel, 13.10.2021, <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/das-ende-der-volksparteien/>, abgerufen am: 15.03.2022.

127 Dettling, Daniel / Pornschlegel, Sophie: Sind Volksparteien noch zeitgemäß? CDU/CSU und SPD bekommen zunehmend Konkurrenz von kleineren Parteien. Wie wichtig sind starke Volksparteien für die Demokratie? Ein Politikberater und eine Politikberaterin streiten. In: Fluter, 04.01.2019, <https://www.fluter.de/zukunft-der-volksparteien-pro-contra>, abgerufen am: 21.02.2022.

128 Vgl. Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2016): Nachlassende Bindungskraft der Volksparteien. Ursachen und Handlungsmöglichkeiten, a.a.O.

Beides würde, so die Hoffnung gemäßigter Kräfte, eine Wiederannäherung zwischen Volkspartei und Volk fördern – ohne die schmale Grenze zum Populismus zu überschreiten.

Sicher ist insgesamt, dass unter dem Eindruck von Systemkrisen und Globalisierungswirkungen „das Parteiensystem im Wandel“¹²⁹ ist; dass in diesem Rahmen politische Parteien grundsätzlich „fragmentierte Organisationen im Wandel“¹³⁰ geworden sind; dass sie auf absehbare Zeit nicht mehr zu bekannt stabilen Einheits- und Integrationsformen vergangener Jahre zurückfinden werden, weil Populisten davon leben, erhöhte (das heisst faktisch künstlich erzeugte und soziale ungesunde) Dynamik auszustrahlen; und dass trotzdem (und grundsätzlich) der „Parteienwettbewerb der Freiheitsgarant in der Krise“¹³¹ bleibt.

Einigkeit herrscht bei vielen Beobachtern darüber, dass vor dem beschriebenen Zeithintergrund der Schlüssel für die kommenden Jahre in einer „Wiederannäherung der Volkspartei an das Volk“ liegt. Doch was genau kann „Wiederannäherung“ zwischen Volkspartei und Volk bedeuten, und was nicht? Und: Wäre das – als Vorhaben zur Rettung von Mittelparteien vor Populisten-Parteien – nicht bereits per se populistisch, wie das Teile der gemäßigten Kräfte befürchten?

129 Gabriel, Oscar W.: Das Parteiensystem im Wandel – wohin entwickelt sich die parlamentarische Demokratie? In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 09.05.2017, https://www.km-bw.de/site/pbs-bw-new/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/Seminare/seminar-stuttgart-gym/Impulse_und_Vortr%C3%A4ge/Volksparteien_LZPB-o_T_2017.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.

130 Jun, Uwe: Politische Parteien als fragmentierte Organisationen im Wandel. Eine Einführung. In: Jun, Uwe / Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse, Barbara Budrich Verlag, Leverkusen 2010, S. 11–34.

131 Korte, Karl-Rudolf: Parteien: Parteienwettbewerb als Freiheitsgarant in der Krise? – Essay. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Aus Politik und Zeitgeschichte, 09.11.2018, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/279813/parteienwettbewerb-als-freiheitsgarant-in-der-krise-essay/>, abgerufen am: 21.02.2022.

11. Eine kurze Zwischenbilanz. Das Format „Volkspartei“ im Wandel: Zwischen aufeinanderfolgenden Systemkrisen, nicht ausreichend bewältigten Globalisierungswirkungen und gesellschaftlicher Re-Politisierung

Wenn man an dieser Stelle eine kurze Zwischenbilanz ziehen will, dann gilt: die jüngsten Jahre haben die Diskussion um die Zukunft der politischen Mitte erneut mit jener um die Zukunft des Formats Volkspartei verbunden. Sie haben dabei die Analyse verschiedener, vormem unterbewerteter Entwicklungsstränge und Trends interaktiv aktualisiert. Und sie haben die Verbindungen zwischen Re-Globalisierung, Bündelkrisen und Änderung von Wahrnehmungsmustern und Wahlverhalten herausgearbeitet. Das Ergebnis ist die Beobachtung eines „Tiefenumbruchs“ der politischen Mitte, dessen Umfang Vorhersage-Szenarien ebenso übertrifft wie er lange gehegte Erwartungen bestätigt.

Dieser Umbruch hat, wenn man ihn in einer – hier nur heuristisch und ohne Anspruch auf Vollständigkeit vollziehbaren – interdisziplinären Gesamtschau sozusagen von Grund auf in seinen Schichten durchzugehen und so weit als möglich unideologisch in seiner Genese zu rekonstruieren sucht, wie eingangs erwähnt mit sich wandelnden Umfeldern, politischen Ökosystemen und Parteikontexten zu tun. Weil Krisen, die in der Wahrnehmung der Bürger wie oben umrissen immer häufiger eben keine Sektorenkrisen mehr, sondern immer öfters Systemkrisen sind, sich seit Jahren wiederholen und überlagern, gelingt es den „drei Ps des Populismus“¹³²: Personalisierung, Popularitätsorientierung und Provokation, Wähler von der Mitte fort an die Ränder zu locken.

Die Folge: Militanz und Politisierung sind mittlerweile auch in der politischen Kultur „in“. Militanz wird von vielen unter aktuellen Zeitbedingungen sogar als geeignete Form gesellschaftlicher Re-Politisierung verstanden. Denn man müsse angesichts der hohen Komplexität drängender Instabilitäten und Verunsicherung „klar Stellung beziehen“. Dieser Instinkt der Zeit ist nicht nur vonseiten der Jugend der Fall – viel eher

132 Dimova, Gergana: The Three Ps of Populism: Personification, Popularity and Provocation, a.a.O.

noch vonseiten des „Wutbürgertums“¹³³. Remoralisierung¹³⁴ und Repolitisierung auch noch der kleinsten Aspekte der Gesellschaft gelten in der Antwort auf sich häufende Systemkrisen als unvermeidlich, ja notwendig.

Der Effekt: Öffentlich „klar und deutlich“ moralisierende „Influencer“ nehmen an Bedeutung zu – nicht zuletzt, weil auch die Medien durch die Vermittlung sensationsheischender Botschaften des „Mir reicht!“ sowohl von Links wie von Rechts an Aufmerksamkeit gewinnen. Sie profitieren von der damit einhergehenden Aufmerksamkeitsökonomie. Dabei geben sie sich oft bewußt naiv. So „erfreut sich“ etwa Talkstar Markus Lanz „an einer repolitisierten Gesellschaft in Deutschland“¹³⁵ und erklärt:

„Ich lese oft die Kommentarspalten unter Online-Artikeln. Natürlich ist da auch viel Quatsch und Häme dabei. Aber es gibt immer wieder Menschen, die machen echt den Punkt und haben Argumente. Neulich hat jemand in meiner Sendung den Standpunkt vertreten, die Menschen hätten gerade keinen Bock auf Politik. Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Angela Merkel hat sich 16 Jahre lang durch Wahlkämpfe geschwiegen. Das war lange Zeit okay. Aber jetzt geht das nicht mehr.“¹³⁶

Beim von Lanz thematisierten Post-Merkel-„Entschweigungsprozeß“ steht jedoch bislang weniger Öffnung, Integration oder Differenzierung, sondern vielmehr „klare Kante“ im Vordergrund. Sie bleibt meist konzentriert auf medial wiederkehrende Gesichter, die für *eine* wichtige, aber einfache Botschaft stehen.

In solchem Umfeld, das auf die Kombination von Individualität und „klare Kante“ mit „Richtung“, nicht selten gepaart mit der Rückkehr von Ideologie, drängt, haben Populisten in natürlicher Weise Konjunktur. Denn das ist ihr ureigenstes Terrain. Die damit verbundene „Repolitisierung“, die Lanz erwähnt, ist nicht so einfach positiv, wie er meint, sondern ambivalent. Denn sie re-agitiert, um mittels Vereinfachung, Empörung und oft auch Militanz zu polarisieren – nicht um behutsam einzubeziehen, zu einen und zu entwickeln. Als direkte Konsequenz *solcher* Repolitisie-

133 Vgl. Eggers, Thorsten: Der Begriff „Wutbürger“ im mediopolitischen Diskurs, Wochenschau Verlag Wissenschaft 2022, <https://www.wochenschau-verlag.de/De/Begriff-Wutbuenger-im-mediopolitischen-Diskurs/41426>.

134 Vgl. Merkel, Wolfgang: Zustand der Demokratie: Neue Krisen. Wissenschaft, Moralisierung und die Demokratie im 21. Jahrhundert, a.a.O.

135 Austrian Press Agency (APA) via ORF Teletext: Markus Lanz erfreut sich, 07.11.2021.

136 Ebda.

rung von Demokratien stellt sich in der Tat die Frage: Brauchen wir die politische Mitte, brauchen wir die Volkspartei als (selbsterklärte) Garantin von „mittlerer“ Gemeinschaftsbildung mittels Kompromiss, von dialogischer Konfliktschlichtung durch Ausgleich nicht mehr denn? Und wenn ja: Um welche Mitte genau geht es dabei eigentlich?

Wenn heute tatsächlich Personalisierung, Popularitätsorientierung und Provokation die politische Kultur offener Gesellschaften mit bestimmen und zu einer Emotionalisierung führen, die insgeheim von den vielen Vereinzelt an den Computerbildschirmen „genossen“ wird; dann gilt gleichzeitig, dass – eben aufgrund dieser Entwicklung – laut Allensbach-Studie 2021 zur Meinungsfreiheit eine Mehrheit der Deutschen sich mittlerweile von allgegenwärtiger Meinungsmache, politischer Agitation und Offenbarungsdruck in sozialen Medien und Öffentlichkeit geradezu „geängelt“ fühlt und sich nicht mehr traut, die eigene Meinung zu sagen, weil sie sich davon persönliche Nachteile erwartet.¹³⁷ Populismus agiert aggressiv gegen eine politische Mitte, die glaubt, sich mit politischer Korrektheit verteidigen zu müssen. Doch beide: Populismus wie politische Korrektheit, wirken faktisch als Ausschlussmechanismen und werden zu Recht als Zwangsintegration empfunden – weil beide letztlich gegen eine freie, kreative politische Mitte wirken.

Dazu kommen in ganz Europa übertriebene Mechanismen der Moralisierung von Politik. Moralisierung wirkt als Kompensationsfunktion gegen Desintegration. Sie nahm in den vergangenen Jahren sehr unterschiedliche Formen an, trug aber eher zur Abkehr der Wähler als zu ihrer Anziehung bei. Ein Mechanismus, der in der Breite unter anderem in Skandinavien wirkte, war die Entwicklung der Volksparteien zu „A-priori-Koalitionsparteien“ aus einer überzogen beschworenen (angeblichen) Gemeinschaftsmoral. In Schweden zum Beispiel führte der strukturelle Wandel der Parteienlandschaft zunächst von Klassenparteien zu Volksparteien, und dann von Volksparteien zu „Koalitionsparteien a priori“ im Rahmen von „Koalitionsdemokratien“.¹³⁸ Die treibende Kraft war laut Kritikern „zu viel Moral“¹³⁹. Die Folge: die Rechtsparteien reüssierten

137 Petersen, Thomas: Allensbach-Umfrage: Eine Mehrheit fühlt sich geängelt, a.a.O.

138 Swartz, Richard: Die Welt gehört verbessert – wie ein übersteigerter Dogmatismus und Moralismus die traditionelle politische Kultur Schwedens in eine epochale Sackgasse geführt haben. In: Neue Zürcher Zeitung, 16.08.2021, <https://www.nzz.ch/feuilleton/schweden-niedergang-der-politischen-kultur-wegen-zu-viel-moral-ld.1639558?reduced=true>.

139 Ebda.

auch als „rebellischer“ Gegenimpuls gegen überzogene Moralisierung via politischer Korrektheit, und ihre dauerhafte Etablierung konnte nicht verhindert werden. Die Rechtsparteien positionierten sich sogar erfolgreich als individualistische, ja jugendliche Anti-Moralisierer, obwohl sie meist das genaue Gegenteil davon waren. Diese Parteien nutzten einen von der Mitte in den Augen vieler Bürger übertriebenen Diskurs der Toleranz gegen ihn selbst.¹⁴⁰ Kritiker wie Richard Swartz sprachen von einem

„übersteigerten Dogmatismus und Moralismus, die die traditionelle politische Kultur... in eine epochale Sackgasse geführt haben.“¹⁴¹

Fakt ist: Es waren in den vergangenen Jahren letztlich zu viele appellative und „erzieherische“ Diskurse der Eliten an die Bürger, die zugleich mit zu starken internen Absprachen über Sektoren hinweg (österreichisch: „Freunderlwirtschaft“) einhergingen, was die Wähler vertrieb. Gemeinsam mit der in Volksparteien lange Zeit üblichen Unkultur der Mehrfachfunktionen erzeugte das einen prägenden Eindruck, der vor allem von den populistischen Randparteien polemisch ausgeschlachtet wurde: die politische Mitte sei von „Kartellparteien“¹⁴² besetzt. Die Mitteparteien, so der Vorwurf, bedienten sich nur deshalb eines überzogenen Moraldiskurses, um abzulenken und ihre eigenen, inneren Geschäfte zu verrichten. Die Folge: Integration in der Mitte wurde immer öfters als informelle Umgehung von Transparenz zur nichtöffentlichen Entscheidungsfindung im Dienste von Interessensvertretungen wahrgenommen.

Vieles davon hatten sich die Volksparteien selbst zuzuschreiben.

140 Widfeldt, Anders: Rechtspopulismus in Skandinavien: Skandinavien ist längst nicht so tolerant, wie man denkt. In: Tagesspiegel, 17. Juni 2016, <https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/vormarsch-der-populisten/skandinavien-ist-langst-nicht-so-tolerant-wie-man-denkt.html>.

141 Swartz, Richard: Die Welt gehört verbessert – wie ein übersteigerter Dogmatismus und Moralismus die traditionelle politische Kultur Schwedens in eine epochale Sackgasse geführt haben, a.a.O.

142 Petersson, Oskar: Populism versus the Populist Parties. An Analysis of the Relationship Between Ideology and Populism on the Cases of Fidesz and Syriza. In: Linnaeus University Sweden 2019, <http://www.diva-portal.org/smash/get/diva2:1386152/FULLTEXT01.pdf>.

12. Zwischen Ratlosigkeit und Gleichgültigkeit: Die Krise der Idee gemäßigter Parteipolitik

Als Summe all dieser Vorgänge wandten sich die Wähler in Scharen ab. Viele vor allem in der jüngeren, mit den neuen sozialen Medien aufgewachsenen Generation kennen den Anspruch auf gemäßigte Parteipolitik nur noch vom Hörensagen – und halten ihn inzwischen eher für eine Mär als für verwirklichtbare Realität. So wurden im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl vom September 2021 viele Bürger – symptomatisch für den Zustand der Volksparteien – in einem aufgeheizten und gereizten politischen Klima zu „gespannten und ratlosen Wählern“¹⁴³, wie Renate Köcher schrieb. Sie waren

„zwar entschlossen, zur Wahl zu gehen. Aber weniger als bei allen vorherigen Wahlen [hatten sie vorher] entschieden, welche Partei sie wählen wollen. Gründe dafür [waren] die mangelnde Überzeugungskraft der Spitzenkandidaten und Unsicherheiten über die Angebote der Parteien, die inhaltliche Kontroversen im Wahlkampf... weitgehend vermieden haben. Das Erscheinungsbild der Parteien hat... eine besondere Bedeutung, wobei die Unionsparteien wesentlich zerstrittener wahrgenommen werden als die SPD. Viele Wählerinnen und Wähler lassen sich eher von der Überlegung leiten, wen sie verhindern wollen, als von dem Wunsch, einen Kandidaten oder eine Partei zu unterstützen. Skeptisch ist die Mehrheit auch bei zukünftig möglichen Koalitionen, wobei Zweier-Bündnissen noch eher eine konstruktive Zusammenarbeit zugetraut wird. Ungewöhnlich viele Wählerinnen und Wähler [konnten] bei dieser Wahl kein Urteil abgeben, wie die Wahl ausgehen wird.“¹⁴⁴

Das macht die Rede davon, dass „Re-Politisierung“ – wie Markus Lantz meinte – prinzipiell etwas Gutes sei, paradoxal. Denn diese „Re-Politisierung“ scheint mit einer kaum je dagewesenen Ratlosigkeit der Wähler

143 Köcher, Renate: Gespannt und ratlos – Die Wähler vermissen überzeugende Angebote. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 214, 15.09.2021, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_September_2021_Wahl.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.

144 Ebda.

einherzugehen – vor allem, was den konstruktiven Themendialog betrifft. Diese Stimmung hielt nach der Bundestagswahl 2021 an. So schrieb Thomas Petersen zum Wahlergebnis:

„Das Wahlergebnis wird von der Bevölkerung weder mit Begeisterung noch mit besonderem Ärger hingenommen. Eine relative Mehrheit befürwortet die... Ampelkoalition gegenüber den anderen Koalitionsmöglichkeiten, zeigt sich bei der weiteren Beurteilung des Wahlergebnisses jedoch eher unsicher. Es gab bei dieser Wahl wesentlich mehr Wechselwähler als bei vorherigen Bundestagswahlen. Ungewöhnlich viele Wählerinnen und Wähler haben sich erst kurz vor der Wahl entschieden. Ebenso ungewöhnlich vielen ist es schwergefallen, sich für eine Partei zu entscheiden. Rückblickend war der Eindruck der Zerstrittenheit bei den Unionsparteien entscheidend für deren Wahlniederlage.“¹⁴⁵

Aber auch die Sieger hatten angesichts der offenbar allgemein skeptischen Wahrnehmung der Volksparteien wenig substantiellen Grund zum Jubeln.

Angesichts dieser Lage besteht kein Zweifel: es gibt eine Krise nicht nur einzelner Praktiken, sondern der Grundidee gemäßigter Parteipolitik im Rahmen von Konsens-Kapitalismus und Kompromiss-Demokratie. Damit steckt das Format Volkspartei in der tiefreichendsten Übergangssituation seit der Begründung europäischer Nachkriegs-Parteiendemokratien.

Die Gründe sind wie gesehen vielfältig: Weil Mitte-Rhetorik veraltet wirkt und ihr „Direktsprecher“ von links und rechts mit zugespitzten Argumenten Konkurrenz machen. Weil Populisten Ratlosigkeit durch Vereinfachung zu überwinden scheinen. Weil Modernisierungsschübe über Jahre ebenso verpasst wurden wie Antworten auf Sorgen vor zunehmenden Globalisierungswirkungen. Weil die politische Mitte sich von politischer Korrektheit und Sprachmaßregelung hat gängeln lassen und auf eine „no-speech“-Diskussionskultur eingestiegen ist, aus der emotional polarisierende Themen eher ausgespart oder umkreist statt angegangen werden. Weil die Haltung der Partei-Eliten angesichts „unerwünschter“ Reaktionen auf tiefenambivalente Themen weniger „Eingehen auf das Volk“ als vielmehr „Erziehung des Volkes zum Richtigen“ war. Doch wer auch noch nach 75 Jahren liberaler Demokratie glaubt, „das Volk“ erziehen zu müs-

145 Petersen, Thomas: Ratlose Wähler. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 244, 20.10.2021, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Oktober_2021_RatloseWahler.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.

sen, weil es sich angeblich in Krisenzeiten als unreif erwiesen hat, hat nicht erkannt, dass es – vielleicht nicht sofort, aber mittels Inkubationszeiten – eben gerade dieses „Volk“ ist, welches in einer Demokratie letztlich das Gespür für größere Richtungsnahmen entwickeln muss. Es ist das „Volk“, das langfristig wichtige Probleme zu erkennen hat – und danach abstimmen muss. Auch wenn es dabei zeitweise durch nur allzu offenbare Prozesse der „Ratlosigkeit“ oder „Angespanntheit“ gehen mag.¹⁴⁶

Hat „Volkspartei“ also in Zeiten elitärer Überkompensation gesellschaftlicher Komplexität, gepaart mit moralisierendem „virtue signalling“ in Führungsriege und Parteikultur, nicht nur den Biss zu offener Themen-Auseinandersetzung, sondern (dabei) nach und nach auch den Kontakt „zum Volk“ verloren? Ist Volkspartei deshalb heute nur noch *Partei*, nicht mehr *Volk*? Oder liegen die Gründe vielleicht eher in übergeordneten historischen Zyklen? Mit anderen Worten: Ist Volkspartei als – selbsternannte – Repräsentantin der Mitte letztlich vielleicht einfach nur ein Auslaufmodell, dem (technologischen, ökonomischen, politischen) Zahn der Zeit geschuldet? Und wer ist am Ende des Tages schuld: Sind es eigene Fehler – oder ist es der historische Prozess: also jener übermenschliche Prozess, der von Menschen gemacht wird?

146 Ebda.

13. Noch einmal: Volksparteien und Globalisierung. Eine Grundsatzdiskussion ohne Grundkonsens

Es gibt bei alledem nun vor allem eine Frage, die besonders kontrovers diskutiert wird und die dringend weiterer Vertiefung bedarf. Denn von ihr ausgehend lässt sich vieles andere in einem schärferen Licht betrachten.

Diese Frage ist, noch einmal, der Einfluss der Globalisierung – zu deren historischen, „menschlich-übermenschlichen“ Effekten auch die erwähnten Systemkrisen gehören – auf die Veränderung der politischen und Parteienlandschaft. Der Einfluss von Globalisierungswirkungen im deutschsprachigen Raum war seit den 2000er Jahren umfassender, als es die Debatte bisher erfasst hat. Die Parteien konnten die vielen Nuancen dieses Einflusses nur schwer auf den Punkt bringen, geschweige denn in eine Gesamtstrategie integrieren. Doch obwohl die Debatte zum Verhältnis zwischen politischer Mitte und Globalisierung auch nach den Wahlen der vergangenen Jahre unterentwickelt bleibt, hat sie doch zu Entwicklungen im Parteiensystem sowie zu latenten Veränderungen in Selbstverständnissen wichtige Aspekte aufgewiesen. Die Ergebnisse sind für jede substantielle Zukunftsdiskussion unerlässlich.

Zu den dabei in Betracht zu ziehenden Elementen gehören vor allem zwei typologische Grundmotive sowie – in einer unsystematischen Auswahl – eine Reihe von Einzelaspekten, die sie umspielen. Gemeinsam bilden sie eine Reihe zum Teil paralleler, zum Teil miteinander verketteter Gründe, warum Volkspartei und Globalisierung in den kommenden Jahren kaum mehr ohne einander gedacht werden können.

Die zwei typologischen Grundmotive sind

1. durch Globalisierungsmechanismen ausgelöste Trends innerhalb der Parteiensysteme; und
2. Veränderungen der Parteienwahrnehmung durch die Wähler im Gefolge von Globalisierungswirkungen.

Erstens entstanden aufgrund von Globalisierungsmechanismen Trends innerhalb der Parteiensysteme offener Gesellschaften. Darunter waren

- ein *Trend von Lokal- und Regional- zu Techno-Globalparteien*. Dieser Trend stellte sich dem zu Spezialisierungsparteien anheim. Volksparteien modernisierten aufgrund technologischen Entwicklungsdrucks ihr

Erscheinungsbild und zum Teil auch ihre Sprache. Sie blieben zugleich aber ideologisch hinter Digitalisierung und Globalisierung zurück. Ihre Programme bewegten sich zwischen Modernisierung und Stillstand in einem schwer fassbaren Dazwischen, im Nirgendwo – sie waren weder global, noch spezialisiert, noch ausreichend vor Ort. Was den Volksparteien in ihrem Schritt zu Globalparteien fehlte, war vor allem eine ausreichende Technologiekompetenz, die ihre Modernisierungsanstrengungen glaubwürdiger hätte machen können. Technologischer Fortschritt konnte zu wenig mit Mitte-Idealen verbunden werden – sei es nun mit sozialer Marktwirtschaft (Konservative) oder sozialem Fortschritt (Sozialdemokraten). So wurden etwa die Chancen der Kombination von Künstlicher Intelligenz mit Blockchain-Technologie zur Verwirklichung der Dateneigentümerschaft der Bürger, wie sie in der EU-Datenschutzrichtlinie 2019 grundlegt und in der EU-Datenstrategie (COM/2020 66¹⁴⁷) sowie der EU Data Governance (COM/2020 767, Data Governance Act¹⁴⁸) konkretisiert wurden, kaum in ihren riesigen Möglichkeitsräumen – unter anderem auf ein bedingungsloses Grundeinkommen jedes Bürgers¹⁴⁹ – erfasst und in die eigenen programmatischen Grundlagen eingebaut. Ebenso wenig wurde die Möglichkeit der Dezentralisierung von Verwaltungsabläufen größerer Datenmengen oder der Entbürokratisierung durch KI mittels Aussortierung unnötiger Richtlinien und Gesetze im Mehrebenensystem ergriffen. Dabei hätten das – unter vielen anderen Aspekten – Konkretisierungen sein können, die die politische Mitte stärken, weil sie dem Mittelstand Rationalität signalisieren, praktisch greifbaren Fortschritt generieren und den Wohlstand nicht nur bestimmter Sparten, sondern der breiten Bevölkerung fördern können.¹⁵⁰ Was im Sinne von Globalparteien jedoch sehr wohl geleistet wurde, war bis zu einem gewissen Grad der Einbau grüner Technologien in entsprechende Programmatiken und Werteraster.

147 EU Monitor: EU Strategy for Data, Communication COM (2020)66, <https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9vvik7m1c3gyxp/vl6bhq5mueyy>.

148 EU Monitor: European Data Governance: Data Governance Act, COM (2020)767, Regulation, https://www.eumonitor.eu/9353000/1/j9tvgaicor7dxyk_j9vvik7m1c3gyxp/vle2l9jb8hw2.

149 Vgl. Benedikter, Roland (Hrsg.): Landtagshearing Technologiezukunft Südtirol 2030. Publikationen des Autonomen Südtiroler Landtags / Consiglio della Provincia Autonoma di Bolzano, Bozen 2022.

150 Ebda.

- Ein zweiter Trend war, dass die Globalisierung in ihren Breitenwirkungen eher „systemkritische“ Parteien statt „Trage“-Parteien bestehender Systeme förderte. Je mehr sich negative Wirkungen in Gestalt von Systemkrisen – wie etwa im Rahmen der Covid-19 Pandemie oder vorher der Migrationskrise – konkret vor Ort bemerkbar machten, desto mehr wurde nach Alternativen zum System gesucht, also auch nach Alternativen zu den regierenden Koalitionsparteien. Im Vergleich von Systemen und in ihrer Kritik wurde auch von Feuilleton und Theorie die Zukunft in vertieft globalisierungsfähigen Parteien erkannt, die zur Bewältigung und Nutzung von Disruptionen fähig wären, nicht im möglichst kontextadäquaten Bewahren und Weiterentwickeln des Bestehenden. Globalisierung wirkte damit gegen Grundideologeme der Volksparteien: gegen Stabilität und Kontinuität. Dass eine Ideologie der „Glokaltät“, also der Verbindung von „global“ und „lokal“, der Ausweg aus diesem Dilemma sein könnte, wurde von den Parteien der politischen Mitte viel zu lange ignoriert oder gar beiseitegeschoben. Einflussgruppen aus dem ökonomischen Bereich (Konservative) und kosmopolitisch-sozialen Feld (Sozialisten) spielten bei dieser Verdrängung parteiintern eine wichtige Rolle. Sie schadenen damit ihren Parteien.
- Ein dritter Trend war die *Verschiebung der Legitimationszuschreibung* vonseiten der Bürger und der Öffentlichkeit, wenn es um Bewältigungs- und Gestaltungsfragen „glokaler“ Probleme ging. Diese Verschiebung erfolgte zunächst schleichend, dann immer offener – ohne dass die Volksparteien sie ausreichend begriffen. Bezogen auf Präsenz in der öffentlichen Diskussion, Wahrnehmung von intellektuellem Einfluss und Gestaltungsinitiative hinsichtlich Globalisierungswirkungen und ihrer Antizipation ging der Trend 1990–2020 weg von Volksparteien hin zu NGOs und außerparlamentarischen Kräften, wo Globalisierungskompetenz „natürlicher“ verortet wurde. Theoretiker wie Joseph S. Nye¹⁵¹ hatten dies seit langem vorausgesagt, ohne dass die Mitte-Parteien Europas sich darauf vorbereitet hätten. Nye verortete die „Zukunft der Macht“¹⁵² bereits seit Anfang der 2010er Jahre im größeren Bild in einer Trinität aus 1. globalen Institutionen wie UNO,

151 Nye, Joseph S.: The Future of Power. Pacific Forum CSIS L.W. „Bill“ and Jean Lane Lecture in Diplomacy. In: CSIS Issues and Insights Vol 11, N° 8, March 2011, https://www.files.ethz.ch/isn/154756/issuesinsights_vol11no08.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.

152 Nye, Joseph S.: The Future of Power. Public Affairs, New York 2011.

UNESCO, WTO oder IWF, 2. Nationalstaaten, und 3. NGOs und anderen nicht durch Wahlen legitimierten globalen Akteuren. Die großen Volksparteien der USA, Europas und des Westens sah er nicht darunter. Dazu kamen, was Nye zu wenig betonte, als immer einflussreichere Akteure 4. globale Firmen vor allem im Technologie- und Finanzbereich, die vor-, proto- und para-politischen Einfluss auf Wahlverhalten und Meinungsbildung entfalteten. Darunter war zum Beispiel zuletzt „Facebook“-Mutterkonzern „Meta“ mit Bestrebungen zu einer eigenen Weltwährung („Libra“) in einer Art technologischem Paralleluniversum. Ihr notorisches Verhaften an nationalstaatlichen Dimensionen sah die Volksparteien immer stärker randständig in Globalisierungsfragen, während die Gestaltungszuschreibung durch die Bürger von den Parteien wegrückte. Die Volksparteien ignorierten dies weitgehend.

Insgesamt versäumten die Volksparteien das Verlangen nach einer „Weltpartei“. Bereits im Juni 2011 – also zeitgleich mit der Beobachtung der Verlagerung der Macht durch Joseph S. Nye – ging der Globalisierungstheoretiker und Politologe Heiki Patomäki davon aus, dass

„heute nach neuen Formen der Vertretung gesucht wird, z. B. nach einer weltweiten politischen Partei. Verschiedene historische Vorläufer globaler politischer Parteien, real und imaginär, bieten konzeptionelle Ressourcen und nützliche Erfahrungen, um sich die Struktur und Funktion einer möglichen planetarischen Parteibildung vorzustellen... H.G. Wells... glaubte, dass nur eine Massenbewegung von wirklich engagierten Einzelpersonen und Gruppen die Macht haben könnte, die politische Organisation der Welt durch die Schaffung eines demokratischen Weltgemeinwesens zu verändern. In jüngster Zeit haben zum Beispiel Michael Hardt und Antonio Negri ähnliche Ideen formuliert. Ich behaupte, dass transformatives politisches Handeln ein gemeinsames Programm voraussetzt, das auf gemeinsamen Elementen einer umfassenderen und tieferen Weltanschauung beruht, und die Bereitschaft, sich auf Prozesse der kollektiven Willensbildung im Rahmen demokratischer Verfahren einzulassen... Es geht darum, auf die Kritik an den bestehenden Parteien zu reagieren und das kritisch-pluralistische Ethos der globalen Zivilgesellschaft zu kultivieren, aber im Sinne einer demokratischen Parteibildung.“¹⁵³

153 Patomäki, Heikki: Towards global political parties. In: Ethics & Global Politics, Vol. 4/2011, N° 2, pp. 81–102.

Andere Beobachter verwiesen ähnlich, aber in moderaterer Weise darauf, dass es darum gehe, Parteien „in die Globalisierung einzubringen“ und „globaler zusammenzuarbeiten“ – ein Trend, dem die Volksparteien mehr unbewusst als bewusst (und auch aus Unkenntnis) hartnäckig Widerstand leisteten:

„In nationalen politischen Diskussionen werden die Probleme der politischen Parteien als Krise der Demokratie diskutiert und beklagt, während auf globaler Ebene niemand über das Fehlen politischer Parteien besorgt zu sein scheint. Warum gibt es keine erfolgreichen Fusionen von politischen Parteien, und warum versuchen politische Parteien nicht, in andere Länder zu expandieren, um global zu agieren? Das Fehlen einer Volksvertretung auf globaler Ebene kann in organisatorischen Begriffen verstanden werden... Da politische Parteien als Organisationen... stark an den Nationalstaat gebunden sind, um Macht zu erlangen, gibt es kurzfristig wenig Anreize für diese Parteien, außerhalb des Nationalstaates zu agieren. Verbindungen zu Parteien in anderen Ländern könnten sogar die Legitimität einer nationalen Partei gefährden. Zugleich haben Organisationen der sozialen Bewegungen wenig Interesse daran, mit politischen Parteien in Verbindung zu treten. Obwohl viele politische Parteien ideologische Verbindungen und Ähnlichkeiten mit Parteien in anderen Ländern haben, wirken die Voraussetzungen für die Organisation von Parteien gegen die Verwirklichung ihrer potentiell globalen Zusammenarbeit.“¹⁵⁴

154 Ahrne, Göran / Rydgren, Jens / Sörbom, Adrienne: Politics and Globalization: Bringing Parties In. In: Penn State University Citeseerx 2005, <https://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.1071.9019&rep=rep1&type=pdf>, abgerufen am: 23.02.2022.

14. Die Globalisierungs-Chance: Die Neuverbindung von Kosmopolitismus mit Kommunitarismus

Aufs Ganze besehen hat sich der insgesamt geringe Globalisierungsgrad der Volksparteien, verbunden mit einer eher niedrigen Globalisierungs-kompetenz in innovativen Schlüsselsektoren, bisher eher zum Schaden der Volksparteien ausgewirkt. In Wirklichkeit ergeben sich aus der „Globalisierungs-falle“¹⁵⁵ jedoch auch völlig neue Chancen für die politische Mitte – eben just am Schnittpunkt zwischen global und lokal.

Diese Chancen haben, wie Wolfgang Merkel zu Recht hervorhob, in erster Linie mit dem sich verändernden Verhältnis zwischen „Kommunitarismus und Kosmopolitismus“¹⁵⁶ zu tun. Was die Jahrzehnte der „klassischen“ Globalisierung zwischen 1989–91 und 2010 prägte, war die Verbindung von *Neoliberalismus* – profitorientiert und pragmatisch, im Kern libertär, hierarchisch und systemkonservativ – mit *Kosmopolitismus* – menscheitsorientiert und idealistisch, im Kern emanzipativ, egalitaristisch und systemevolutionär. Beide pflegten zwischen 1990 und 2020 eine Art unheilige Allianz, um ihre globalistischen Ziele zu erreichen, die sich jedoch in Ideologie und Zielen diametral voneinander unterschieden. Dabei suchten sie sich gegenseitig zu vereinnahmen und zu benutzen.

Die daraus erwachsende ideologische und politische Paradoxie prägte die Globalisierung mindestens 20 Jahre lang – bis die Widersprüche ab den 2010er Jahren immer offensichtlicher wurden und immer öfters Brüche auftraten. Diese blieben bald nicht mehr auf die Anti-System-Proteste von „Globalisierungsgegnern“ wie anfangs der 2000er Jahre beschränkt. Die Widersprüche zwischen Trends in ökonomischem Neoliberalismus (Großindustrie, Finanzwesen, globale Internet-, Technologie- und Versicherungstrusts) und sozialem Kosmopolitismus (Klein- und Mittelbetriebe, Bildungsbereich, Alternativsektoren, grüne Technologien, Sozialwissenschaften, Intellektuelle) griffen auch auf das Selbstverständnis der

155 Schumann, Harald und Martin, Hans-Peter: Die Globalisierungsfälle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Rowohlt Verlag, Hamburg 1996.

156 Vgl. Merkel, Wolfgang: Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Harfst, Philipp / Kubbe, Ina / Poguntke, Thomas (Hrsg.): Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy, Springer, Wiesbaden 2017, S. 9–23.

europäischen Volksparteien über. Ab Anfang der 2010er Jahre begannen sie damit, die Volksparteien innerlich zu spalten – ebenso wie die Ideologien des „Globalismus“ selbst, die anfangs vereinigend zwischen Politik, Zivilgesellschaft und Industrie gewirkt hatten. Weil der neoliberale Kosmopolitismus, der auch ein kosmopolitischer Neoliberalismus war, aus der unheiligen Allianz zweier ungleicher Gesellen bestand, war sein Auseinanderbrechen nur eine Frage der Zeit. Die Folgen für die ehemals durchaus vielversprechende Verbindung neoliberaler (exportorientierter) und kosmopolitischer (entgrenzungsinteressierter) Tendenzen in den Mitte-Parteien waren verheerend: ihre eigene Mitte wurde geschwächt, weil die zwei Pole in ihrem Inneren zunehmend miteinander konkurrierten. Aus dieser Konkurrenz ging auch eine „Krise der Demokratie“¹⁵⁷ mit hervor.

Doch seit den wiederholten Systemkrisen der 2010er Jahre trat nach und nach an die Stelle des – inzwischen deutlich gealterten – Neoliberalismus das Bewußtsein für einen neuen Kommunitarismus¹⁵⁸. Es war ein Kommunitarismus, der „eine Stufe zurückschaltet“ und sich auf Gemeinschaftsbildungen nicht global, sondern ausdrücklich global und oft auch nur regional beschränkte. Das war keine Abkehr von der Globalisierung, aber der Versuch zu ihrer besseren Einordnung. Es war keine reine Regionalisierung, sondern ihre bessere Berücksichtigung in der globalen Vernetzung.

Dieser neue Kommunitarismus, der in Europa zuletzt auch durch die Covid-19 Pandemie und Russlands Ukraine Krieg gefördert wurde, verändert inzwischen nicht nur den Neoliberalismus, sondern auch den Kosmopolitismus: beide werden auf eine realistischere Ebene heruntergefahren, die sowohl größere Resilienz wie größere Nachhaltigkeit verspricht.¹⁵⁹ Das Ziel ist im Kern eine „nachhaltige Resilienz“ und eine „resiliente Nachhaltigkeit“ – was bisher beides in den Krisenjahren fehlte.¹⁶⁰

157 Merkel, Wolfgang: Schluss: Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Springer Verlag, Wiesbaden 2015, S. 473–498.

158 Ebda.

159 Vgl. dazu auch Benedikter, Roland: Putin's war in Ukraine shows the limits of authoritarianism. In: The London School of Economics and Political Science LSE EUROPP blog: European Politics and Policy. Evidence-based analysis and commentary on European politics, March 18th, 2022, <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2022/03/18/putins-war-in-ukraine-shows-the-limits-of-authoritarianism/>.

160 Benedikter, Roland: Sustainability and Resilience in Times of Re-Globalization. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (ZfAS), Springer (im Druck).

Da die Suche nach einem neuen „kapitalistisch-kosmopolitischen Kommunitarismus“ seit einigen Jahren das fehlende „dritte Glied“ zwischen Neoliberalismus und Kosmopolitismus darstellt, kann er in den kommenden Jahren eine wesentliche Chance für die Volksparteien darstellen – wenn diese den Ball rechtzeitig aufgreifen und vertieft adaptieren. Zu Recht stellte Michael Zürn für die sozialdemokratische Dimension dar, dass der entscheidende Punkt dabei ist,

„dass die neue Konfliktlinie nicht, wie alle bisherigen ‚cleavages‘ der Moderne, innerhalb des Gehäuses nationaler Gesellschaften auftritt, sondern es genau um die Grenzen zwischen den Gesellschaften geht... Die Suche nach einer Lösung des sozialdemokratischen Dilemmas muss aus dem Käfig der Suche nach den richtigen nationalen Politiken heraustreten. In einer de-nationalisierten Welt sind nämlich zum einen sozialintegrative Politiken auf der nationalen Ebene immer zugleich exkludierend; und zum anderen geht es nicht nur um die Wahl der richtigen policy, sondern auch um die der richtigen politischen Ebene (der richtigen polity). Das birgt ein... Dilemma, das eigentlich nur überwunden werden kann, wenn ein internationaler Rahmen angestrebt wird, der sozialintegrative Politiken möglich macht.“¹⁶¹

Vereinfachend ausgedrückt: Es gilt für den neuen kosmopolitischen Kommunitarismus, das Maß zwischen global und lokal im Sinne von „global“ zu nehmen.

Dabei gilt es allerdings vorab, überzogene Erwartungen (in beide Richtungen: sowohl hinsichtlich Internationalisierung wie Regionalisierung) auf einen neuen Realismus einzugrenzen. Wenn zum Beispiel Stefan Schlegel erwartet: „Eine direkte Demokratie wird [vorrangig] in der globalisierten Rechtsordnung erwachsen“¹⁶², ist das auf absehbare Zeit eher unrealistisch und kann kein strategisches Planungselement sich erneuernder Volksparteien sein. Auf der anderen Seite scheint Manfred Webers Hoffnung, dass „bis 2024 die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie im

161 Zürn, Michael: Zurück zur Sozialistischen Internationale? Replik auf Carsten Nickel, Floris Biskamp und Michael Hartmann. In: *Leviathan: Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Band 48/2020, Heft 2, S. 161–175.

162 Schlegel, Stefan: Eine direkte Demokratie wird in der globalisierten Rechtsordnung erwachsen: Die Schweiz nach der Selbstbestimmungsinitiative. In: *Verfassungsblog.de – On Matters Constitutional*, 03.12.2018, <https://verfassungsblog.de/eine-direkte-demokratie-wird-in-der-globalisierten-rechtsordnung-erwachsen-die-schweiz-nach-der-selbstbestimmungsinitiative/>, abgerufen am: 21.02.2022.

EU-Entscheidungsprozess¹⁶³ im Sinn bewußt integrativer Mitte-Politiken (wenn nicht gar „Vermittungs“-Politiken) „verankert“ sein werden, und dass damit die Volksparteien über transnationale Prozesse auch innenpolitisch neues Gewicht erhalten, schon etwas realistischer. Sicher scheint dagegen, dass im heutigen „Überlebenskampf der Volksparteien [als Volksparteien]“¹⁶⁴ (Norbert Seitz) die Wiedergewinnung des – seiner Natur nach – national-transnationalen Intellektuellen¹⁶⁵, der – in seiner Rolle notgedrungen – das „Glokale“ verwirklichen muss, für die Volksparteien mit ausschlaggeben sein wird.

Dagegen werden – ebenfalls in diesem Spannungsfeld geborene – Rezepte für einen „neuen Kommunitarismus“, wie: „die Volksparteien zu regionalen Ostparteien oder Westparteien“¹⁶⁶ zu machen, voraussichtlich ebenso scheitern wie ein „hilfloser Antipopulismus“¹⁶⁷, der sich mittels „neuer Moralisierung“ zu behaupten versucht. Schließlich wird auch eine weiterhin fortgeführte Selbststilisierung im Sinne eines Opferdiskurses als „letzte Volkspartei“¹⁶⁸ keiner der Volksparteien helfen, zeitgemäßer zu werden, um das heutige „System ohne Stabilität“¹⁶⁹ zumindest rhetorisch

163 Weber, Manfred: Die bayerische Identität der CSU im Zeitalter von Europäisierung und Globalisierung. Springer Verlag, Wiesbaden 2020.

164 Seitz, Norbert: Der Überlebenskampf der SPD als Volkspartei. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, Document library, o. D., https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=7a73a395-7633-4d19-528e-7a7ae14d8a94&groupId=252038, abgerufen am: 21.02.2022.

165 Vgl. Kießling, Friedrich: Lars Tschirschwitz, Kampf um Konsens. Intellektuelle in den Volksparteien der Bundesrepublik Deutschland. Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, Band 2: Rezension. In: Historische Zeitschrift, De Gruyter Verlag, June 5, 2019, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/hzhz-2019-1265/html>.

166 Crome, Erhard: Die PDS und das Volkspartei-Problem. Beitrag für den Reader der Konferenz „Die PDS – eine regionale Reformkraft?“ In: Rosa Luxemburg Stiftung, Dokumente, o. D., https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/RLS-Autoren/Crome/Crome_PDS_Volkspartei.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.

167 Lynen von Berg, Heinz: Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Vol. 47/2019, Nr. 1, S. 7–27, <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-0425-2019-1-7.pdf>.

168 Lau, Mariam: Die letzte Volkspartei: Angela Merkel und die Modernisierung der CDU, DVA, München 2009.

169 Nachtwey, Oliver: System ohne Stabilität: Der Niedergang der Volksparteien. In: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Februar 2019, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2019/februar/system-ohne-stabilitaet-der-niedergang-der-volksparteien>, abgerufen am: 21.02.2022.

zu stabilisieren. Denn mit alledem sind Grundsatzfragen wie: „Führt Denationalisierung zu einem Verlust an Demokratiequalität?“¹⁷⁰ noch nicht berührt – ebenso wenig wie die „Auswirkungen der Globalisierung auf Sicherheit und Sicherheitskultur“¹⁷¹, ein Thema, das Volksparteien-Wählern besonders wichtig ist, worauf im folgenden noch zurückzukommen sein wird. Auch die Entstehung „neuer Autonomiekulturen“,¹⁷² die sich der Idee von Volkspartei unter dem Gesichtspunkt der Autonomisierung von Teilgruppen entgegenstellen, ist damit nicht behandelt.

Insgesamt sollte für die Zukunftsdiskussion um die künftige Gestalt politischer Mitte im Rahmen der Re-Globalisierung gelten: aktuelle Herausforderungen sloganhaft auf die „Schwierigkeiten des Regierens in der Globalisierung“¹⁷³ zu reduzieren, hilft nicht weiter. Die praktischen Herausforderungen der hohen Komplexität der Globalisierung müssen angenommen werden – einschliesslich des dazu nötigen Strukturwandels. Sinnvoll scheint dazu, wie Pradeep Peiris anregt, zwischen „Parteiorganisation und Parteimobilisierung“¹⁷⁴ mittels „personaler Knotenpunkte vor Ort“ zu unterscheiden. Das könnte laut Peiris ein weiteres „Verlassen der Parteien“¹⁷⁵ verhindern. Kollektive und kommunitarische Identitäts- und Solidaritätsfragen werden dabei eine wichtige Rolle spielen.¹⁷⁶ Eine

170 Vgl. Heyne, Lea: *Globalisierung und Demokratie. Führt Denationalisierung zu einem Verlust an Demokratiequalität?* Springer Verlag, Wiesbaden 2014.

171 Washausen, Jens: *Auswirkungen der Globalisierung auf Sicherheit und Sicherheitskultur*. In: *Prosecurity.de*, 13.03.2017, abgerufen am: 21.02.2022.

172 Goossens, Melissa: *Autonomiebewegungen im Spiegel der Globalisierung. Analyse an den Beispielen Südtirol, Flandern und Quebec*, Tectum Verlag, Baden-Baden 2020.

173 Maull, Hans W.: *Megatrends? Von den Schwierigkeiten des Regierens in Zeiten der Globalisierung*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24.07.2015, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/209964/von-den-schwierigkeiten-des-regierens-in-zeiten-der-globalisierung/>, abgerufen am: 21.02.2022.

174 Peiris, Pradeep: *From Party Organization to Party Mobilization*. In: Peiris, Pradeep: *Catch-All Parties and Party-Voter Nexus in Sri Lanka*, Singapur, Palgrave Macmillan 2021, pp. 81–124.

175 Peiris, Pradeep: *Catch-All Parties and Party-Voter Nexus in Sri Lanka*, loc cit., pp. 221–241.

176 Vgl. Düpont, Nils / Berker Kavasoglu, Yaman / Lührmann, Anna / Reuter, Ora John: *A global perspective on party organizations. Validating the Varieties of Party Identity and Organization Dataset (V-Party)*. In: *Electoral Studies* Vol. 75, February 2022, w.p.

erneuerte „Kollektivwissenschaft“¹⁷⁷ könnte hier zudem ein Diskussionsforum auf wissenschaftlicher Grundlage bieten.¹⁷⁸ Auch die Diskussion um einen „eingebetteten Liberalismus“ versus einen „eingebetteten Nationalismus“¹⁷⁹ kann für die Volksparteien zukunftsproduktives Ideenmaterial hervorbringen, sofern sie dabei nicht in einen regressiven Kommunitarismus verfallen, den es heute auch gibt.

-
- 177 Vgl. Universität Regensburg, Fakultät für Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaft, Forschungsstelle Kultur- und Kollektivwissenschaft / Marschelke, Jan: Kollektivwissenschaft: Paradigma Kollektivität, 30.10.2020, <https://www.uni-regensburg.de/sprache-literatur-kultur/kultur-kollektivwissenschaft/kollektivwissenschaft/index.html>.
- 178 Vgl. dazu Benedikter, Roland: „Glokale“ Sozialwissenschaft und Zukunftsbildung. In: Europa Ethnica. Zeitschrift für Minderheitenfragen, Vol. 79, Issue 1–2/2022, Schwerpunktheft: 50 Jahre Südtirol-Autonomie als Modell Europas, Facultas Verlag Wien, Juni 2022, S. 120–127, <https://www.uibk.ac.at/italienisches-recht/pdf/ee-heft-1-2-2022-cover.pdf> und <https://www.nomos-elibrary.de/zeitschrift/0014-2492>.
- 179 Burgoon, Brian / Schakel, Wouter: Embedded liberalism or embedded nationalism? How welfare states affect anti-globalisation nationalism in party platforms. In: West European Politics Vol. 45/2022, pp. 50–76.

15. Neuer Kommunitarismus und Gender-Thematik

Ein wichtiger Teilbereich dieses neuen Kommunitarismus, der durch Globalisierung und Globalisierungswirkungen – gerade auch auf nationaler und lokaler Ebene – mit jedem Jahr mehr zum Themen-Knotenpunkt wird, ist die Thematik der Geschlechtergleichstellung.

Fakt ist: Frauen bleiben sowohl in den politischen Prozessen wie in den Parteimechanismen auch der entwickeltsten Gesellschaften unter-repräsentiert. Dies, obwohl die Globalisierung erweist, dass ihre Interessen sorgfältiger integriert werden müssten, weil sie von ein und denselben Prozessen unterschiedlich betroffen sind. So hat zum Beispiel die Covid-19 Pandemie gezeigt, dass Frauen und Männer unterschiedlich erkranken – und dadurch auch in ihren sozialen, ökonomischen und kulturellen Zusammenhängen anders als Männer betroffen sind, oft auch wegen der sozialen Voraussetzungen stärker.¹⁸⁰ Die Migrationskrise und in ihrem Gefolge die demographischen, religiösen und kulturellen Verschiebungen samt wachsender Vielfalt und oft auseinanderstrebenden Geschlechtervorstellungen haben zu weiteren Grundsatz-Fragen an das Geschlechterverhältnis und Geschlechterverständnis in offenen Gesellschaften geführt.¹⁸¹

Zudem haben auch technologische Entwicklungen, die zur Geschlechtererspaltung lokaler, regionaler und nationaler kommunikativer Ökosysteme führen, zu einem Aufstieg des Geschlechter-Themas geführt. So schreibt Imre Güney-Fram unter dem Titel „Schöne neue Welt: Der digitale Transformationsprozess aus Geschlechterperspektive“:

„Inwieweit fördert die Digitalisierung die Teilhabe am Arbeitsmarkt und an der Gesellschaft aus einer Genderperspektive? Wie kann Digitalisierung dazu beitragen, dass die unbezahlte Arbeit im Haushalt gerechter verteilt wird? Die verbreitete Verwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien und die nicht zuletzt mit der Co-

180 Tenzer, Eva und dpa: Geschlechterunterschiede bei Covid-19. In: Apotheken Umschau, 07.07.2021, <https://www.apotheken-umschau.de/krankheiten-symptome/infektionskrankheiten/coronavirus/covid-19-warum-es-maenner-haeufiger-trifft-724919.html>.

181 Vgl. für einen einführenden Grundsatzüberblick: Migrationsdatenportal: Das große Ganze: Geschlecht und Migration, 28. September 2021, <https://www.migrationsdatenportal.org/de/themes/geschlecht-und-migration>.

vid-19-Pandemie beschleunigte Digitalisierung verändern unsere Welt. Dieser gesellschaftliche Wandel wirkt sich je nach Geschlecht, sozialem Status, ethnischer Zugehörigkeit und/oder körperlicher und geistiger Gesundheit unterschiedlich auf die Menschen aus. Daher wird... eine geschlechter- und diversitätssensible Perspektive [wichtig, die]... die neuen Chancen und Herausforderungen betrachtet, die sich mit dem Transformationsprozess ergeben. Erleichtert zum Beispiel e-government den Zugang zum öffentlichen Leben für Frauen und Männer in gleichem Maße? Inwiefern fördern Online-Bildungsangebote aus Geschlechterperspektive die Teilnahmekancen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft? Wie kann Digitalisierung dazu beitragen, dass die unbezahlte Arbeit im Haushalt gerechter verteilt wird? [Wir müssen] diesen sozialen Wandel auf drei Ebenen konzipieren, der individuellen, gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Ebene [und] die geschlechtsbezogenen Veränderungen auf jeder einzelnen Ebene aufzeigen...“¹⁸²

Das sind pragmatische Fragen, die sich ihrer Natur nach eher an die gemässigt-fortschrittsorientierte Mitte als an die agitatorischen Flügel der Parteilandschaft stellen. Aus diesem Grund: dass Globalisierung an zentraler Stelle jeden funktionierenden Kommunitarismus immer abhängiger von Geschlechterfragen macht, entwickeln immer mehr Regionen zur Aufrechterhaltung und Stärkung bestehender – und zum Aufbau nachhaltigerer – kommunitarischer Bewußtseinsverhältnisse Geschlechtergleichstellungs-Strategien. Diese integrieren sich oft direkt mit „Glokalisierungs“-Strategien; und sie werden auch mit Nachhaltigkeits- und Resilienzrwegungen in Zusammenhang gesehen. Ein Beispiel dafür sind Entwicklungen in der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol, wo derartige Überlegungen seit den 2000er Jahren wandelbare Gesetzesformen annehmen, aber zunehmend auch direkt partei- und wählerpolitisch an Bedeutung gewinnen.¹⁸³

182 Güney-Frahm, Irem: Schöne neue Welt. Der digitale Transformationsprozess aus Gender-Perspektive. Öffentliche Vorlesung. In: Eurac Center for Advanced Studies, 23.06.2022, <https://archive.newsletter2go.com/?n2g=3kdn69j-my5q1db-r-13ew>.

183 Siehe Benedikter, Roland: Der harte Weg nach oben. Kann Südtirol Vorreiterin in Sachen Geschlechtergleichheit sein? In: Imagining Futures Blog. Herausgegeben vom Center for Advanced Studies, Eurac Research Bozen, 01.06.2022, <https://www.eurac.edu/de/blogs/imagining-futures/der-harte-weg-nach-oben-sud-tirol-als-vorreiterin-in-sachen-geschlechtergerechtgk>.

Trotz dieses wachsenden Einflusses scheint – etwa angesichts ihrer oben aufgewiesenen einseitigen Mitglieder- und Führungs-Zusammensetzung – die Geschlechtergleichstellung weiterhin eine Art Verdrängungsthema für Volksparteien zu bleiben. Gewisse Ausgleiche an der Spitze der Pyramide machen Ungleichgewichte an der Basis bislang nicht ausreichend wett.

Fazit?

Wer in den Parteien der politischen Mitte die volle Bedeutung des Geschlechter-Themas auch weiterhin in die zweite Reihe verschiebt, vertut die Chance auf Anziehung der jungen weiblichen Generation – und damit die Möglichkeit zur Inbeziehungsetzung zu einem epochalen Zeitthema, das gerade von den nachwachsenden Generationen als ein für jede wirklich kommunitarische Zukunft mit entscheidendes angesehen wird.

16. Die Herausforderung der ökonomischen Globalisierungswahrnehmung

Ein weiteres großes typologisches Grundmotiv im Spannungsfeld zwischen Volkspartei und Globalisierung ist die Herausforderung der ökonomischen Globalisierungswahrnehmung. Sie beruht darauf, dass die Globalisierung über ihre kapillaren Effekte immer direkter auf die Wirtschaft einwirkte, darunter auch die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Mittelstandes. Mit den daraus hervorgehenden Wahrnehmungen veränderte sie auch die inneren Gleichgewichte von Volksparteien.

Die dazu wirksamen Mechanismen waren vielfältig. Sie lagen einerseits darin, dass man seit den 1990er Jahren von Volkspartei-Regierungsseite mit großem Einsatz Deutschland zum Exportweltmeister – damit aber auch die deutsche Wirtschaft zum Teil überproportional abhängig von Globalisierungs-Mechanismen gemacht hatte. Das wurde auch im Rahmen des EU-Kontextes nicht nur vom IWF und anderen internationalen Steuerungs- und Beratungseinrichtungen spätestens seit Mitte der 2010er Jahre als Strukturproblem kritisiert. Denn der Exportfokus kurbelte nicht nur den Industriemotor an, sondern förderte auch Arbeitsauslagerungen, Ungleichheiten und Entkulturalisierung und vernachlässigte Binneninvestitionen in Infrastruktur und Bevölkerung.¹⁸⁴

Doch die großen Firmen drückten auch nach wiederholten Warnungen stark auf die Regierungsparteien, diese Situation zugunsten von Konjunktur und Innovation noch zu verstärken. Volksparteien-Regierungen und Industrie praktizierten gemeinsam öffentliche Expansions-Rhetoriken. Diese grenzten aus Sicht mancher Wähler nicht selten an unkritische Pro-Globalisierungspropaganda. Die Frage, wo genau die Profite für „das Volk“ liegen würden, blieb oft halb- oder unbeantwortet. Deshalb stellen Wähler zunehmend die Frage, inwiefern Volksparteien beim Exportfokus an das Volk dächten und also ihrem Wähler-Auftrag gerecht würden.

184 Vgl. Neuhaus, Carla: Kritik an deutscher Wirtschaftsbilanz: Warum ein hoher Exportüberschuss zum Problem werden kann. In: Der Tagesspiegel, 21.04.2017, <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/kritik-an-deutscher-wirtschaftsbilanz-warum-ein-hoher-exportueberschuss-zum-problem-werden-kann/19697406.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

Insgesamt hielten sich in der Wahrnehmung vieler Bürger Gewinne und Verluste durch globalisierungsbedingte Strukturveränderungen in Produktion und Handel in den zwei Jahrzehnten nach 1990 die Waage. Mitte der 2010er Jahre begann dieses Gleichgewicht zu kippen – und zwar in Richtung Verlust-Wahrnehmung. Einerseits hatte man sich mittels Einbindung in internationale Mechanismen stark transnational verpflichtet – unter anderem durch indirekte (später direkte) Beteiligung an europäischen Schuldgarantien sowie durch die Verflechtung des Bankenwesens mit in-neroeuropäischen Umverteilungsprozessen. Andererseits wurden Ungleichheitsmechanismen spürbarer; und die Propagierung der Migrationskrise als Chance zum Import von Arbeitskräften für die exportorientierte Industrie wurde zunehmend kritischer gesehen. Eine Kurskorrektur „in die Mitte“ zwischen globalen, europäischen und nationalen Interessen erschien vielen immer unwahrscheinlicher.

Zugleich hatte man sich – und das gilt vor allem für die deutschen Regierungs-Volksparteien – von den Investitions- und Schuldpraktiken der meisten anderen Länder abgekoppelt. In erster Linie das Merkel-Deutschland praktizierte nicht wie andere die klassische „Antizipationslogik“ von Infrastruktur-Investitionen mittels Schulden, die sich dann rückwirkend über Entwicklungsgewinne, damit verbundene höhere Steuern und Inflation selbst refinanzieren würden. Deutschland wählte stattdessen eine – der immanent konservativen Logik *beider* großen Volksparteien geschuldete – „Austeritätspolitik“. Diese versagte sich in der öffentlichen Wahrnehmung der „positiven Dynamisierung“ der Weltwirtschaft – und schien damit nicht zuletzt mangels ausreichender Infrastruktur- und Sozial-Investitionen (wie etwa Kindertagesstätten) zur Lähmung konkreter Entwicklungsgewinne für den „Mann von der Straße“ zu führen. Dass internationale Experten wie Paul Krugman diese Merkel-Ära-Politik öffentlich als „das Problem Deutschland“ bezeichneten¹⁸⁵ und darauf hinwiesen, dass das Land zwar spare und einen vergleichsweise geringen öffentlichen Schuldenstand aufweise, dabei aber grundlegende Dynamiken des modernen Kapitalismus nicht mitvollziehe, sorgte für Aufsehen. Krugman argumentierte, die Anomalie bestehe darin, dass Deutschland kaum antizipativ in sich selbst und seine Bevölkerung investiere – und dadurch seine infrastrukturellen, Know-how und letztlich Kompetenz-Grundlagen ruiniere.

185 Krugman, Paul: The World Has a Germany Problem. The debt obsession that ate the economy. In: The New York Times, August 19, 2019, <https://www.nytimes.com/2019/08/19/opinion/trump-germany-europe.html>.

Das kam bei manchen Wählern nicht gut an und wurde von Populisten ausgeschlachtet, die daraus einen neuen Klassenkampf derer „da unten“ gegen „die da oben“ konstruierten. Manches an der daraus resultierenden Debatte diskreditierte die Fähigkeit der regierenden Volksparteien, mit Zukunftsherausforderungen umzugehen, weiter. Der Verfall der Infrastruktur wurde in der Tat in den Jahren der großen Volkspartei-Koalitionsregierungen immer breiter sichtbar, etwa im öffentlichen Verkehrswesen. Seine Kompensation etwa durch die „Neue Seidenstraße“ Chinas, das heisst durch externe Investitionen bei Aufkauf von deutschem Know-How vor Ort, kamen beim Bürger ebenfalls nicht gut an. Obwohl die späte Merkel-Ära gegensteuerte und Gesetze erliess, die die Übernahme deutscher Firmen durch chinesische „Staatsprivateure“ deutlich erschwerten und damit eine Art anfängliche „Glokalisierung“ durchsetzten, änderte das am Negativbild der Bürger wenig.

Insgesamt bemerkten viele – und kreideten es den regierenden Volksparteien an –, was der Wirtschaftsweisen Hans-Werner Sinn immer wieder hervorhob: dass der bundesdeutsche Bürger gemessen an seiner volkswirtschaftlichen Leistung im Vergleich zu anderen EU-Bürgern einen tendenziell „zu niedrigen Lebensstandard“ genieße. Dazu äußerte Sinn bereits im Dezember 2017 als Warnsignal an die regierenden Parteien:

„So wie eine Firma zu billig oder zu teuer sein kann, kann es auch eine ganze Volkswirtschaft sein. Wenn man zu teuer ist, laufen die Kunden weg. Wenn man zu billig ist, macht man durch den Verkauf keine Gewinne. Deutschland braucht ein Preisniveau relativ zum Ausland, das so hoch ist, dass man noch ganz ordentlich verkaufen kann, aber eben nicht Exportweltmeister ist und umgekehrt für seine Exporte viele Importwaren eintauscht. Von diesem Punkt sind wir weit entfernt. Wir sind zu billig. Wir haben viel zu große Exporte, viel zu große Exportüberschüsse. Und einen viel zu niedrigen Lebensstandard relativ zu dem, was wir leisten.“¹⁸⁶

Sinn konstatierte also einen doppelten Boden der Exportpolitik zu Ungunsten des „kleinen Verbrauchers“ auf der Straße. Er traf damit die jahrzehntelange Wirtschaftspolitik der regierenden Volksparteien mitten ins Herz:

186 Sinn, Hans-Werner: „Flüchtlinge kosten 450 Milliarden Euro!“ In: The European, 29.12.2017, <https://www.theeuropean.de/hans-werner-sinn/13034-professor-hans-werner-sinn-warnt-eindringlich>, abgerufen am: 15.03.2022.

„Zum Risiko wird das dann, wenn aus dem Aufschwung eine Blase wird, die anschließend platzt. Das halte ich für sehr gefährlich. Exportüberschüsse sind nicht a priori falsch. Aber wenn sie so exzessiv sind, wie das in Deutschland der Fall ist, muss man sich fragen, was das soll. Zumal wir für diese Überschüsse ja auch häufig Schuldtitel bekommen, die man uns um die Ohren schlägt. Die Hälfte des durch die Exportüberschüsse akkumulierten Auslandsvermögens besteht aus bloßen Target-Forderungen der Bundesbank. Das heißt die Bundesbank hat einen Teil der Autos, die wir ins Ausland liefern, kreditiert. Sie bekommt dafür bloße unverzinsliche Buchforderungen gegen das Eurosystem, die sie nicht fällig stellen kann. Was sollen also Exporte, für die man eine nicht realisierbare Buch-Forderung als Austausch erhält?“¹⁸⁷

Solche und ähnliche Wahrnehmungen prägten am Ende der Merkel-Ära die Sichtweise vieler Bürger auf die Globalisierungsleistung der regierenden Volksparteien.

187 Ebda.

17. Folgen für die „Nach-Normal“-Phase, die zum Dauerzustand wird

In Kombination dieser Wahrnehmungen, die eben nicht nur von Experten, sondern auch von Bürgern geteilt wurden, darunter von vielen Vertretern des Mittelstandes, fand sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet ein Um- und Weiterdenken statt, das sich auf die Parteiwahrnehmung auswirkte. Es wandte sich im Instinkt der Wähler gegen die Volksparteien. Das hatte auch mit der Unzufriedenheit mit der „Normalisierung“ großer Koalitionen zu tun, die – ähnlich wie in Skandinavien – aus Sicht mancher Wähler faktisch a-priori-Gemeinschaften praktizierten und damit hart an der Grenze zu „Kartellparteien“ standen. Aus der Sicht vieler zementierte das eine Art Unbeweglichkeit im Zentrum eines hoch globalisierten Deutschland, das äußere Dynamiken nach innen erlebte, ohne sie bewältigen zu können. Denn die großen Koalitionen agierten nicht, sondern lähmten, um den status quo zu verteidigen.

Die Rechnung wurde mit den Ergebnissen der europäischen Wahljahre 2020 bis 2022 präsentiert. Mit den Landtagswahlen in Niedersachsen im Oktober 2022 kam die letzte große Koalition an ihr Ende.¹⁸⁸ Volksparteien wurden auf der EU-Hauptachse Frankreich-Deutschland, und darüber hinaus auch in Italien, Österreich und anderen zentraleuropäischen Staaten geschröpft.

Die Reaktion war unglücklich: die Personalisierung der Parteipolitik¹⁸⁹ im allgemeinen und der Volksparteien im besonderen nahm sowohl im Vor- wie im Nachfeld von Wahlen zu. Die Parteien reagierten mit Personalisierung zu Zwecken der Attraktivitätssteigerung von Politik – suchten doch die Bürger offenbar statt nach Parteien wenigstens nach vertrauenswürdigen Personen. Auch im Gefolge dieser Entwicklung hatten internationale Beobachter, beispielhaft für den größeren europäischen Trend,

188 Fränkischer Tag: Wahlanalyse: SPD klar stärkste Kraft in Niedersachsen, 09.10.2022, <https://www.fraenkischertag.de/ueberregional/politik/die-letzte-groko-ist-geschichte-art-190311>.

189 Vgl. Marino, Bruno / Martocchia Diodati, Nicola / Verzichelli, Luca (2021): The personalization of party politics in Western Europe (1985–2016): Evidence from an expert survey. In: *Acta Politica* 57/2022, pp. 571–596, Springer Open Access publishing, <https://link.springer.com/article/10.1057/s41269-021-00210-x>, abgerufen am: 21.02.2022.

nach den Wahlen im Gefolge der Bundestagswahl 2021 eine klare Meinung: Deutschlands Parteiensystem sei „zum Untergang verdammt.“¹⁹⁰

So konstatierte zum Beispiel Joel Day aus einer ungerührt britischen Post-Brexit-Perspektive:

„Deutschland steht vor einer Katastrophe, da das politische Parteiensystem dem Untergang geweiht ist. Deutschlands parteipolitisches System sei ‚dem Untergang geweiht‘, da die ‚seltsame‘ große Koalition in Deutschland zur Normalität geworden sei... Es wurde zwar viel von einem ‚neuen Aufbruch‘ und einem ‚Wechsel‘ nach dem Verlassen des Amtes durch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel gesprochen. Sie stand 16 Jahre lang an der Spitze der deutschen Politik und hat sowohl den Diskurs des Landes als auch den der EU geprägt. Seit seinem Wahlsieg [Ende September 2021] haben jedoch viele behauptet, dass Herr Scholz wahrscheinlich nicht weit von Frau Merkels Kurs abweichen wird. Das ist das Ergebnis von Meinungsverschiedenheiten innerhalb seiner eigenen Partei...“¹⁹¹

Und Alim Baluch von der – ebenfalls bewußt nicht mehr der EU zugehörigen – Universität Bath analysierte:

„Dr. Alim Baluch, Dozent für deutsche Politik an der Universität Bath, sieht in dem entstandenen Koalitionswirrwarr einen Beweis dafür, dass das deutsche Parteiensystem ‚dem Untergang geweiht‘ ist. Anders als im Vereinigten Königreich wird in Deutschland nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, bei dem sich das Wahlergebnis direkt darauf auswirkt, wie viele Sitze jede Partei erhält. Dr. Baluch erklärte, dass die Liste der Parteien immer größer wird: ‚Es ist wirklich bemerkenswert, dass man in Deutschland mit 25 Prozent der Stimmen die stärkste Partei sein kann. Das ist unerhört. Man hatte immer zwei sehr starke Parteien, eine viel stärker als die andere. Früher wäre man sehr enttäuscht gewesen, wenn man in den niedrigen 30 % gewesen wäre, also ist dies eine langfristige Entwicklung, bei der beide [ehemals großen Volks-]Parteien wirklich unglaublich geschrumpft sind. Und deshalb denke ich, dass das deutsche Parteiensystem dem Untergang geweiht ist, wenn man es auf lange Sicht betrachtet.‘ Die SPD erhielt [bei

190 Day, Joel: Germany facing disaster as political system ‘doomed’: ‘It’s remarkable’. In: Express.co.uk, 12 October 2021, <https://www.express.co.uk/news/world/1504007/germany-latest-olaf-scholz-angela-merkel-election-doomed-party-system-spt/amp>, abgerufen am: 20.05.2022.

191 Ebda.

den Bundestagswahlen 2021] nur 25,7 Prozent der Stimmen, während die bisher regierende Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU) 24,1 Prozent erreichten. Die Grünen konnten sich mit 14,8 Prozent gut behaupten.“¹⁹²

Andere Beobachter sahen das ähnlich:

„Justin Hugger schrieb, dass es in Deutschland zwar keine CDU/CSU-Koalition und keine Frau Merkel als Regierungschefin mehr geben wird, dass aber [Kanzler Olaf] Scholz ‚auf eine Regierung der Mitte im Stile Merkels zusteuert‘, obwohl er zuvor als Kandidat des linken Flügels galt. Dr. Baluch vermutete, dass dies an der Anzahl der Parteien liegen könnte... Er sagte: ‚Wenn man sich an die fünfziger, sechziger, siebziger und achtziger Jahre zurückerinnert, war es ein Drei-Parteien-System mit der FDP als der liberalen Partei in der Mitte, die oft die Koalitionsregierungen beeinflussen konnte. Dann kamen die Grünen und wurden belächelt, aber sie blieben. Und dann kam Die Linke in den Neunzigern und man sagte, sie würde nicht lange überleben; aber heute sind sie noch immer da, und auf einmal hatten wir in Deutschland ein Fünf-Parteien-System. Es gibt immer mehr Parteien, die eine Rolle im Parlament spielen, und das frisst die beiden großen Parteien auf. Wir haben jetzt eine Situation, in der die große Koalition normal geworden ist, was bemerkenswert ist.‘ [...] Auf die Frage..., ob dies bedeuten könnte, dass er [dadurch] der schwächste Kanzler seit Jahren wird, antwortete Scholz: ‚Nein, Machtpolitik allein reicht nicht. Es nützt nichts, wenn man nichts will. Ich bin Politiker geworden, weil ich die Welt besser machen will.‘“¹⁹³

Doch auch weniger pointierte und ausgewogenere Beobachter wie Andreas Kluth¹⁹⁴ waren bereits 2019 der Meinung, dass die nach außen demonstrierte Stabilität des deutschen Parteiensystems „trügerisch“ sei. Unter der Oberfläche lauernde Verschiebungen würden von der fortgesetzten Führungsrolle ein und derselben Person nur überdeckt. Yasmen Serhan¹⁹⁵ sah

192 Ebda.

193 Ebda.

194 Kluth, Andreas: The Changing Political Party Landscape in Germany. In: American Institute for Contemporary German Studies (AICGS), May 9, 2019, <https://www.aicgs.org/2019/05/the-changing-political-party-landscape-in-germany/>, abgerufen am: 21.02.2022.

195 Vgl. Serhan, Yasmen: What Germany says about Far-Right Politics. The Alternative for Germany is expected to fall short of its historic 2017 victory, but that doesn't mean it has failed. In: The Atlantic, September 23, 2021, <https://www.th>

durch die beschriebene Gesamtentwicklung Randparteien wie die AfD gestärkt. Andere wie Ulrike Franke¹⁹⁶ verwiesen auf von der Merkel-Ära zugunsten wirtschaftlicher Vernetzung unterbewertete Schlüsselthemen wie die Sicherheits-, Außen- und Verteidigungspolitik, die eine weit größere Rolle im Wählerverhalten spielten, als von der in der Sache oft oberflächlichen Rhetorik der Volksparteien zugestanden.

eatlantic.com/international/archive/2021/09/germany-election-afd-far-right/620114/, abgerufen am: 21.02.2022.

- 196 Vgl. Franke, Ulrike: European Power: Foreign and defence policy in the German election. The parties in Germany's next coalition government could find it hard to bridge their differences on foreign and defence policy. In: European Council on Foreign Relations (ECFR), 16 September 2021, <https://ecfr.eu/article/foreign-and-defence-policy-in-the-german-election/?amp>, abgerufen am: 21.02.2022.

18. Der beispiellose Aufstieg des Sicherheitsthemas

In der Tat gilt: Obwohl man im Zusammenhang mit Strategien für Stabilität und Anti-Populismus noch viel mehr Aspekte erwähnen müsste, wurde doch Sicherheit in den letzten Phasen der einseitig globalisierungseuphorischen Phase der Merkel-Ära zu einem der für das Wählerverhalten wichtigsten Themen. Die Merkel-Ära hat dieses Thema in ihrer Entgrenzungs-Begeisterung weitgehend vernachlässigt, zumindest in seiner geopolitischen Bedeutung. Das hat sich mit dem Beginn von Wladimir Putins Ukraine-Aggressions- und Landraubkrieg am 24. Februar 2022 unter Bundeskanzler Olaf Scholz verändert. Das Sicherheitsthema ist in bisher beispielloser Weise zur Kernpriorität aufgestiegen. Dass US-Präsident Joe Biden im Gefolge des Russland-Angriffs auf die Ukraine mittels militärischer Aufrüstung „Europa zur Festung macht“¹⁹⁷, kommt dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis vieler Bürger ebenso entgegen wie Deutschlands Investition von 100 Milliarden Euro in sein Militär – und verstärkt zugleich den Trend zur stärkeren Betonung von Sicherheitsfragen.

Der Aufstieg des Sicherheitsthemas kam aber keineswegs so plötzlich, wie manche in den Volksparteien nun tun, um ihre eigene Vernachlässigungspolitik rückwirkend zu rechtfertigen. Es wurde nur von den Volksparteien über 16 Jahre verdrängt – und zwar sowohl innen- wie außenpolitisch. Das hat innenpolitisch zu einer überzogen „liberalen“ Toleranz gegenüber rechtswidrigem Verhalten und außenpolitisch zu einer Zerrüttung des Sicherheits- und Militärapparats geführt. In der Post-Merkel-Ära hat das Sicherheitsthema, entgegen der Verhaltensweisen und Überzeugungen der ehemaligen Kanzlerin, jedoch den definitiven Durchbruch zum Kernmotiv von Wählerverhalten und Politikwahrnehmung erfahren. So schreibt etwa die Konrad Adenauer Stiftung:

„Sicherheit ist nicht erst seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Putins auf die Ukraine ein hohes Gut. [Es gibt] unterschiedliche Facetten von Sicherheit: Es geht um die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger

197 Piatov, Philipp: Um uns vor Putins Russland zu schützen: Jetzt macht Biden Europa zur Festung! Soldaten nach Deutschland – Hauptquartier in Polen – Jets nach England. In: Bild Zeitung, 29.06.2022, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/schutz-vor-putin-biden-macht-europa-zur-festung-80550408.bild.html>.

bezüglich ihres Sicherheitsempfindens. Es geht um Grenzschutz und Migration, aber auch wie Deutschland auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen national und international reagiert.“¹⁹⁸

Die Forderung nach einem „neuen, umfassenden Sicherheitskonzept“ beherrscht seit Februar 2022 allenthalben in Europa die politische Bühne – und fordert eine kritische Betrachtung bisheriger Versäumnisse heraus, die wiederum in erster Linie die regierenden Volksparteien trifft. So schreibt Fabian Scheler:

„Die CDU/CSU will die Sicherheitspolitik neu ausrichten. Weiß sie, wer in den vergangenen 16 Jahren das Verteidigungsministerium führte? Angesichts des Krieges in der Ukraine hat die Union ein neues Sicherheitskonzept für Deutschland gefordert... Es gehe um die ‚Anpassung an die neue Wirklichkeit‘, heißt es in dem Entwurf. Die Union fordert unter anderem eine Sicherheitsstrategie, die auch die Klimakrise, die Gefahr digitaler Angriffe und die Energiepolitik miteinbezieht. Zudem fordert sie einen nationalen Sicherheitsrat. Was genau erhofft sich die Union von dem Vorschlag? Und kommt darin auch Selbstkritik vor?“¹⁹⁹

Ähnliche Entwicklungen – allerdings ohne viel Selbstkritik – sind auch in den meisten anderen europäischen Regierungs- und Volksparteien im Gang. Die Sicherheitsfrage wird solcherart zum zentralen Prüfstein für die Fähigkeit (ehemals) regierender Volksparteien, sich selbst kritisch zu hinterfragen, sich an sich wandelnde Bedingungen anzupassen und für eine „staatliche Normalisierung“ im Sinne eines vernunftbegründeten Ausgleichs zwischen Solidarität und Sicherheit zu sorgen – was eines der vorrangigen Anliegen der Bürger ist.

Der Trend zur Sicherheit schreibt sich insgesamt in eine größere Entwicklung ein, die das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Solidarität

198 Konrad Adenauer Stiftung, Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, Büro Bundesstadt Bonn: Kommunalkongress 2022 | European. Green. Kommunal. Klimaresiliente Kommunen: Wie wirkt der European Green Deal vor Ort? 03. Juni 2022, <https://www.kas.de/de/web/bundesstadt-bonn/veranstaltung/n/detail/-/content/european-green-kommunal-br-klimaresiliente-kommunen-wie-wirkt-der-european-green-deal-vor-ort>.

199 Scheler, Fabian: So sieht die Zeitenwende aus, wenn die Union es sagt. Die CDU/CSU will die Sicherheitspolitik neu ausrichten. Weiß sie, wer in den vergangenen 16 Jahren das Verteidigungsministerium führte? In: Die Zeit, 2. Mai 2022, <https://www.zeit.de/politik/2022-05/ukraine-krieg-sicherheitspolitik-zeitenwende-nachrichtenpodcast>.

und Sicherheit auch auf internationaler Ebene neu definiert. Organisationen wie die OECD und andere legten in ihren Stellungnahmen zum Ukraine-Krieg Russlands relativ übereinstimmend dar, dass es in den kommenden Jahren wohl keine Solidarität ohne Sicherheit in den EU-Staaten und auch innerhalb der nationalen Bevölkerungen offener Gesellschaften werde geben können. Das ist eine diametrale Wende gegenüber vergangenen Jahrzehnten, als man in Europa eher vom Umgekehrten ausging: dass es ohne Solidarität keine Sicherheit gebe. Der finnische Präsident Sauli Niinistö drückte diese geistige Wende beim Abschluss eines bilateralen Sicherheitspakts mit Großbritannien und bei der Ankündigung des NATO-Beitrittsansuchens seines Landes im Mai 2022 als Reaktion auf Russlands Ukraine-Invasion so aus: Sicherheit verändert alles, weil es den „state of mind“ der Bürger verändert. Sicherheit

„handelt weniger von größeren Veränderungen in unserem täglichen Leben. Es ist mehr eine Frage des Geistes. Wenn Sie wissen, dass sie ein sicheres Land haben, in dem sie leben, in dem sie etwas aufbauen und in dem sie arbeiten können: dann hat das einen Einfluss auf ihr ganzes Verhalten, auch wenn sie sich nicht täglich daran erinnern. Es gibt ihnen eine Sicherheit des Bewußtseins. Und das hat zweifellos eine riesige Bedeutung.“²⁰⁰

Dieser Aufstieg des Sicherheitsbegriffs ins Zentrum europäischer Gesellschaften (und ihres „Geistes“) verschiebt auch das Grundparadigma dieser Gesellschaften: von Nachhaltigkeit zumindest vorübergehend eher auf Resilienz, womit ein schleichender Wertewandel verbunden ist. Der Sicherheitsbegriff fördert den Resilienzbegriff anstelle des Nachhaltigkeitsbegriffs. Der Grund: Nachhaltigkeit ist traditionell seit den 1990er Jahren eher dem ersten oben erwähnten Motto: „Ohne Solidarität keine Sicherheit“ gefolgt. Resilienz dagegen repräsentiert eher das zweite Motto: „Ohne Sicherheit keine Solidarität“. Sicherheit beeinflusst jedoch auch immer stärker die Wahrnehmung des Nachhaltigkeitsthemas – und Nachhaltigkeit und Resilienz werden immer öfters als Teile von Sicherheits- und Stabilitätsnarrativen gelesen. Nachhaltigkeit erscheint in diesem Sinne als ein Konstrukt, das nicht nur geschaffen wurde, um besser zu leben.

200 Sky News: Ukraine War: Finnish President confirms NATO bid. In: Youtube.com, May 15, 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=4-wzikE2oOU>. Cf. Sky News: Finnish President tells Russia ‘You caused this’ as he signs security pact with UK. In: Youtube.com, May 11, 2022, <https://www.youtube.com/watch?v=MhLNBxpo8zY>.

Es geht auch um ein stabiles Leben – genauer: um ein Leben im Gleichgewicht, das sich sicher fühlt. Der Trend geht heute dahin, dass Stabilität und Nachhaltigkeit als untrennbar verbunden verstanden werden – womit Sicherheit als ihre Voraussetzung zu den geradezu normativ verordneten Werten aufsteigt. Mit welcher Vielzahl an Verästelungen, werden erst die kommenden Jahre zeigen.

Die grundsätzliche Folge dieser Entwicklung ist jedoch heute schon klar. Während die einseitige, meist progressiv-anarchische Kritik an Europas „Sicherungsbedürfnis“, die etwa die Migrationskrise seit 2015 begleitete, seit Februar 2022 rapide verstummt ist, ändert sich das Verhältnis der drei europäischen Leitdimensionen Nachhaltigkeit, Resilienz und Sicherheit. Nachhaltigkeit wird vom bisherigen strategischen Kern eher zum Wertedach – das in der öffentlichen Debatte grundsätzlich wirkt. Resilienz dagegen wird eher zum Werkzeugkasten von Sicherheit, da sie erlaubt, unmittelbar auf emergente Sicherheitsanforderungen zu reagieren. Denn Resilienz verkörpert die Fähigkeit, mit Komplexität umzugehen und sie unter Sicherheitsgesichtspunkten auf bestimmte Handlungsformate zu reduzieren. Das ist auch an der Entwicklung des „Multi-Resilienz“-Konzepts ablesbar. „Multi-Resilienz“ ist eine übergeordnete Konzeptebene, die verschiedene Resilienztypen integriert und damit Stabilität und Sicherheit auch antizipativ erzeugt.

Die Frage ist, was diese Tendenz zur Multi-Resilienz im Zeichen des Aufstiegs des Sicherheitsbegriffs für die Zukunft der politischen Mitte-Parteien Europas bedeuten kann. Sicher ist: Nachhaltigkeit sollte nicht durch Resilienz ersetzt werden. Doch beide müssen stärker als bisher ineinander aufgenommen und umeinander ergänzt werden. Europa braucht eine resiliente Nachhaltigkeit und eine nachhaltige Resilienz, um sich sicher zu fühlen.

Insgesamt kann der Aufstieg des Sicherheits- und Stabilitätsdiskurses als Chance für die Volksparteien gewertet werden. Die Chance für das Format Volkspartei liegt in der glaubwürdigen Integration und Balance beider Konzepte. Denn andere Parteien, darunter Spezialisierungsparteien wie etwa die Grünen, setzen programmgemäss weiterhin stark auf einen der beiden Zugänge: Nachhaltigkeit. Andere, wie etwa die Rechtsparteien, setzen weiterhin stark einseitig auf Widerstandsfähigkeit und (oft militant interpretierte) Resilienz. Wer Einseitigkeiten vermeidet und beide Seiten vernünftig integriert, kann künftig beim Bürger stärker als bisher punkten.

19. Zusammenfassung: Fünf Gründe für die Krise des Formats „Volkspartei“

Die bis hierher beschriebenen „großen“ Verschiebungen in Mechanismen und Wahrnehmungen innen- und außenpolitischer Verhältnisse generierten sowohl ideologische wie alltagspolitische Gründe für die Ablehnung traditioneller Parteihabiti. Die Ablehnung wurde von den Wählern gegen beide Zentrums-Volksparteien gerichtet. Vor dem – offensichtlich historisch außergewöhnlich komplexen und in seiner heterogenen Zusammensetzung schwer kontrollierbaren – Hintergrund der jüngsten Entwicklungen haben zusammenfassend vor allem *fünf* Gründe die Glaubwürdigkeit von „Volkspartei“ untergraben:

1. *Ein allzu „liberaler“ Umgang mit dem Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung.* Die seit den 2010er Jahren zunehmend „universale“ Krisenwahrnehmung der Bevölkerung – sei sie nun faktisch gerechtfertigt oder nicht – wurde mit Konzentration auf Verhaltens-, Korrektheits-, Mikro- und Partikularpolitiken beantwortet. Ein „starker“ Kosmopolitismus und eine oft bigott wirkende Pauschaltoleranz der Volksparteien gegenüber unterschiedslos *allem* sozial, kulturell und religiös „Anderen“ wurde von schweigenden Mehrheiten zunehmend als Vernachlässigung empfunden.
2. *Ein übervorsichtiger Umgang mit Rechtsstaatlichkeit und Scheu vor klarer Durchsetzung gesetzlicher Normen.* Sie reichte von übertriebener „geistiger Offenheit“ ohne klare eigene Position bis hin zur Toleranz gegenüber der Intoleranz. Das ließ manche am Durchsetzungswillen von Recht und Ordnung zweifeln. Die Folge: manche Wähler sahen den von den Volksparteien regierten Rechtsstaat als ineffizient, politisch vereinnahmt und in manchen Fällen als nicht mehr „gleich“ und „neutral“ an. Das förderte die Zuwendung von Wählersegmenten zu den Radikalen.
3. *Ausufernde politische Korrektheit* führte zu einer „No-Speech“-Kultur und Floskelrhetorik. Man sagte im Zweifelsfall lieber nichts als anzuecken. Man „schwiegte“ durch Wahlkämpfe“, wie Markus Lanz für die Merkel-Ära konstatierte, aber auch durch den politischen Alltag. Statt klarer Worte und politischer Analysen spielte man lieber wohlmeinende und „stark liberale“ Landesmutter und Landesvater.

Man zelebrierte die „unpolitische Politik“ (Ferdinand Knauß). Die „No-Speech“-Kultur griff auf verschiedenste Bereiche über. Sogar im erdigen Fußballgeschäft griff in der „Merkel-Generation“ der No-Speech. Die Kritik an Bayern-Vorstandschef Oliver Kahn, er habe in seiner Funktion „keine Eier“, war nur ein emblematischer Fall für das Merkel-Erbe des „No-Speech“²⁰¹; für eine Generation politischer Korrektheit und Selbst-Neutralisierung, die jedem und allen dienen wollte, ohne wirklich zu dienen. In Merkels „Raute“-Handzeichen entstand dafür ein bleibendes Symbol. Die „No-Speech“-Kultur führte zum Selbstbild einer „Schneeflockendemokratie“ durch Wähler und Jugend. In ihr waren bewußt oberflächliches Reden, um nichts zu sagen, und rhetorisches „In-die-Leere-Laufen-Lassen“ des Anderen kombiniert mit einer Durchsetzungs-Schwäche des Staates und einer (auch rhetorischen) Indifferenz der Institutionen. Beides erfolgte unter dem Mantel eines „wohlmeinenden Liberalismus“, der zugleich jedoch medial Meinungsdruck ausübte und weniger Verstöße bestrafte als vielmehr Nichtangepasstheit unangemessen zu finden schien. Ergebnis war der Verlust an Glaubwürdigkeit des öffentlichen Diskurses – in erster Linie jenes der regierenden Volksparteien. Es entstand die Gewohnheitswahrnehmung: „die Politiker“ sprechen an sich leer. In solchem Umfeld wurde es dann umso interessanter, wenn jemand plötzlich spektakulär (angeblichen) „Klartext“ sprach und dabei auch extreme Positionen präsentierte. Denn dann, so der Eindruck des nach „klarer Kante“ hungrigen Bürgers, wollte wohl jemand „wirklich etwas sagen“, und „es geht endlich um was“. Das machte es den Populisten leicht. Das Bedürfnis nach Authentizität stieß sich zunehmend an politischer Korrektheit – ohne dass diese Entwicklung bislang, wie in den USA, auch in den deutschen Volksparteien einen Donald Trump hervorgebracht hätte. Was im Blick auf die kommenden Jahre – etwa angesichts der Wählerentwicklung in Frankreich – eine positive, aber fragile Differenz bleibt.

4. *Ein überzogener Populismus-Diskurs wirkte sich negativ auf die Volksparteien aus.* Die übertriebene Angst vor angeblich allgegenwärtigem „Populismus“ führte zu Skepsis gegen den „Volkswillen“ in Teilen der Volksparteien. Man meinte in deren Führungsriegen, durch sogar vor-

201 Althoff, Jörg, Niedderer, Heiko und Wurzenberger, Lena: Rummenigges Nachfolger: Kann Kahn wirklich Bayern? In: Bild Zeitung, 16.04.2022, <https://www.bild.de/sport/fussball/fussball/fc-bayern-muenchen-kann-oliver-kahn-wirklich-bayern-79794014.bild.html>.

beugende Distanz vor jeder zu starken Nähe oder gar Jovialität zum „Volk“ jeden eigenen Geruch von „Populismus“ vermeiden zu müssen. Je mehr die Angst davor, in den Dunstkreis der „Populisten“ gezogen zu werden, um sich griff, desto mehr übersah man, dass repräsentative Demokratie – gerade dort, wo sie nicht nur Republik ist – die mittels Institutionalisierung positiv kanalisierte Form eines „guten“ Populismus ist. Dessen fundamentale Ambivalenzen sind Demokratie noch eher als Republik eingeboren. Die grundlegende innere Ambiguität der Beziehung zwischen Demokratie und „Volkswille“ ist nicht zu lösen, sondern nur zu gestalten. Das lehrt exemplarisch bereits Platons Dialog „Gorgias“, der nicht zufällig seinen Autor wegen der treffenden Charakterisierung des demokratischen Dilemmas zwischen rhetorischer Volksverführung und Repräsentation des Volkswillens auf einen Schlag berühmt machte (geschrieben 386 v. Chr.).

5. Schließlich tendierte eine seit Jahren immer *stärker individualisierte Karriereorientierung* dazu, in den Volksparteien vermehrtes Taktieren politischer Führungspersönlichkeiten zu etablieren. Es ging nicht mehr ausschliesslich um die Partei, sondern gleichermassen um sich selbst. Das führte dazu, dass sich engere Gesichtskreise abbildeten und segmentierende Gruppenprozesse gefördert wurden. Diese tendierten in ihrer vor allem nach Innen gewandten Blickrichtung dazu, das Ganze des Umfeldes aus den Augen zu verlieren.

Diese fünf Gründe haben – zwar nicht je für sich, aber doch in ihrer Interaktion – dazu beigetragen, Volk und Volkspartei zusehends voneinander zu entfremden. Dabei bestand parteiintern zuweilen eine unheilige Allianz zwischen aktiver Ignoranz dieser Gründe aus Machterhaltsbestreben und übersteigter Individualisierung der Führungspersönlichkeiten. Letztere wurde oft als „Modernisierung“ ausgegeben, was bei den Wählern nie ganz durchdrang. Immer weniger gingen aus Sicht der Bürger aus den Volksparteien Persönlichkeiten hervor, denen man zutraute, das Ganze glaubhaft breit und über eigene Ansichten und Interessen hinaus zu tragen – notgedrungen auch zum eigenen Nachteil.

Ergebnis? Einzelkämpfer konnten vermehrt Debatten gegen die Mitte der Mehrheitsvernunft vom Zaun brechen, was in den Zeiten des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre. So etwa über Mietpreis-Festsetzungen oder gleich über das „Ende des Kapitalismus“, beides in offenem Kontrast zur sozialen Marktwirtschaft. Manche dieser Debatten, die zum Teil im Konflikt mit Verfassungsgrundsätzen standen, irritierten die Wähler, die

hier nun auch innerhalb der Volksparteien radikale Einzel-Stimmen vernahmen, die sich offenbar Gehör verschaffen konnten.

In Summe dieser Fehlentwicklungen könnte das Modell Volkspartei in den kommenden Jahren tatsächlich in die Phase eines grundlegenden Erneuerungsprozesses eintreten. Das könnte, positiv gesehen, der Beginn eines – möglicherweise sogar transnationalen – Neuaufbaus der politischen Mitte Europas aus der Besinnung auf das Grundsätzliche und Grundlegende heraus sein. Um nicht Populisten und Spezialisierungsparteien das Feld alleine zu überlassen, sondern die Vernunftmitte neu zur Geltung zu bringen: Worauf wäre zu achten? Und welche Perspektiven sind realistisch möglich?

Alle Antworten, wie unterschiedlich sie auch ausfallen, und wie genau differenziert sie auch diskutiert werden müssen, haben im Kern mit der *Wiederverbindung von Volkspartei und Volk* zu tun. Das wird angesichts des verbrauchten Rufs nicht einfach, ist aber möglich – wenn die Volksparteien nicht nur eine äußerlich-formale, sondern auch eine innere Trendwende herbeiführen. Diese muss konsequent, auf Dauer angelegt und auch menschlich – in den Persönlichkeiten – glaubwürdig sein.

Im Kern gilt es dazu an vorderster Stelle zwischen gesundem und ungesundem Populismus zu unterscheiden. Denn beide: das Format Demokratie und das Format Volkspartei als das „Laboratorium im Kleinen“ moderner Demokratie sind ihrer Natur nach „populistisch“ – es kommt jedoch darauf an, wie und in welcher Perspektive. Diese Aussage ist zweifellos heikel und bedarf einigen Unterbaus. Deshalb wollen wir an dieser Stelle kurz zurück zu den geistigen Ursprüngen von Volkspartei blicken – ohne dass dies gleich als „historische Rekonstruktion“ gelten will. Darauf aufbauend gilt es dann nach vorne zu schauen.

20. Neustart, oder: Alles von vorne. Es war einmal die Idee der Volkspartei: Als Garantin der Mitte und als Spiegel und Versuchslabor von Demokratie im Kleinen

Nach dem zweiten Weltkrieg – und in Vorläufern und wegweisenden Ansätzen auch schon davor – war einmal die *Idee der Volkspartei*. Sie war eine bestimmte typologische Ausprägung der Idee von politischem System²⁰² und Parteiensystem²⁰³. Sie implizierte die Wahl einer repräsentativen Demokratieordnung. Nach den Ereignissen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen war die Ausgangssituation: für den demokratischen Neubeginn möglichst viele Kräfte, Richtungen, Ideologien und Menschen in einer gemäßigten Mitte zusammenzuführen. Einer Mitte, die zwar gewisse Konturen mit Mehrheit und Opposition aufweisen musste – mitte-links versus mitte-rechts –, aber im Prinzip doch offen bleiben und sich dazu in einem möglichst dialogischen Prozess ständig neu bilden sollte. Es ging nicht um *die* Mitte, sondern um *eine* (je kontextuell-konstruktiv mögliche) Mitte; und auch nicht nur um *eine* Mitte, sondern um *mehrere Mitten gleichzeitig*: politische, soziale, ökonomische und letztlich auch Klassen- und kulturelle Mitten, die sich im Zentrum des politischen Systems miteinander auseinandersetzen sollten. Diese Auseinandersetzung sollte nach außen auf der Grundlage „wehrhafter Demokratie“, geschützt von einer bereits von sich aus auf die tolerante Mitte zielenden Verfassung, sowie gegründet auf Interessensausgleich, Gemeinschaft und Solidarität mit zusätzlicher Absicherung durch die Systeme von Wohlfahrtsstaat, Sozialpartnerschaft und sozialer Marktwirtschaft aufgebaut sein.

Die „Methode Volkspartei“ dazu war der Dialog der Flügel in einem politischen Zentrum, das zum Zweck der Integration möglichst breit, ja der Idee nach so breit als möglich aufgestellt sein sollte. Im Prinzip

202 Vgl. Schmid, Josef: Handwörterbuch des politischen Systems: Parteien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), o. D., <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202085/parteien/>, abgerufen am: 21.02.2022.

203 Vgl. Decker, Frank: Parteien in Deutschland. Politische Parteien: Begriff und Typologien. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 01.09.2020, <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/42045/politische-parteien-begriff-und-typologien/>, abgerufen am: 21.02.2022.

sollte jeder Zugang zu diesem Zentrum haben, der bereit war, sich auf Ausgleichs-, Mäßigungs- und Kompromissprozesse einzulassen – ernsthafte und auf einen minimalen Konsens hin orientierte. Die Flügel brauchte die Volkspartei aber dennoch wie das Brot zum Leben – nämlich, um die Wähler der Parteien links und rechts von ihnen ständig in Richtung Gravitationszentrum der Mitte anzuziehen, sie dadurch zu mäßigen und kompromissbereiter zu machen. Darin war das Modell Volkspartei konzipiert als der „kleine“ Spiegel der „großen“ Demokratie – zunächst eher indirekt, dann (vor allem seit 1968 und den Krisen der 1970er Jahre) immer direkter. Volkspartei sollte dasjenige parteiintern leisten, was Demokratie im Ganzen zwischen den größeren und kleineren gesellschaftlichen Parteien, Ideologien, Persönlichkeiten und Kräften leisten sollte.

Diese Idee von Volkspartei als ständige Erzeugerin, Statthalterin, Behaupterin, Bewahrerin und, wo sinnvoll, Erweitererin von Mitten – also: des unverzichtbaren Kerns von Demokratie, des Dialogzentrums – hat sich, weil sie von den Bürgern angenommen wurde, trotz zwischenzeitlicher Krisen über erstaunlich lange Zeit erhalten. Sie bildete, bewusst und unbewusst, den Kern kontinental-westeuropäischen Nachkriegs-Demokratieverständnisses. Und sie hat sich über Jahrzehnte als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Das hat in Deutschland nicht nur mit einem besonderen historischen Verantwortungsbewusstsein für Frieden zu tun, das sich auf ein selbstkritisches Geschichtsverständnis gründet. Es ist auch nicht nur dem Verfassungspatriotismus oder den Kommunikations- und Konsensbildungs-Theorien von Demokratie zu verdanken, wie sie etwa die Frankfurter Schule mit Jürgen Habermas und anderen für eine „reife“ Moderne ausarbeitete und seit Anfang der 1970er Jahre in der öffentlichen Rationalität durchsetzte, ohne damit allerdings auch europäische Nachbarn wie Frankreich oder Italien mit deren anders gelagerten Demokratiepraktiken nachhaltig zu erreichen.

Trotzdem war die Volkspartei im Nachkriegseuropa ein Erfolgsmodell aufgrund konkretem Praxisbezug: wegen ihres historischen Beitrags zu transnationalem Ausgleich und zur gelebten Realität sozialer Marktwirtschaft als ökonomischer Dimension des ständig offen und dabei durchaus auch kontrovers bleibenden Gesellschaftsdialogs im Westen. Volkspartei leistete damit einen – historisch erst noch vollends zu würdigenden – Beitrag zur Entwicklung einer ersten, zumindest anfänglich und in nuce trans-ideologischen politischen Gemeinschaftsbildung bei; ebenso wie zur Entstehung einer grundlegenden (post-)modernen Zivilordnung. Diese Zivilordnung wurde mittels internationaler Institutionen in Teilaspekten auch beispielgebend für die auf Initiative westlicher Demokratien entstan-

dene liberale Weltordnung. Diese ging nach 1945 entscheidend mit von den (sehr unterschiedlich gelagerten) Volksparteien des Westens aus, mit Zentraleuropa in einer durchaus nicht unwichtigen Rolle.

21. Die Umwertung eines historischen Erfolgsmodells durch Technologie: Die – im Prinzip humanistisch gemeinte – Integrationskultur moderner Volkspartei gegen die – im Prinzip anti-humanistisch wirksame – Blaskultur hyper-individualistischer post-moderner sozialer Medien

Selbstverständlich gab es trotzdem zu jedem Zeitpunkt widerstreitende Definitionen sowie unterschiedliche Ideen von Aufgabe und Methoden einer zentristisch-gemäßigten Volkspartei. Manche meinten spätestens seit Anbruch der „Postmoderne“ in den 1980er Jahren, das Modell Volkspartei sei zu breit angelegt gewesen; es tendiere auf Dauer zu diskursiver Langlebigkeit und biete zu wenig Aspekte für eine pointierte Rhetorik, die vor allem gegenüber der Jugend mobilisierungsfähig sei. Seit den 1990er Jahren lautete die Kritik dagegen, dass eine übertriebene Entideologisierung von Volkspartei in einem angeblich „postideologischen“ Zeitalter des „Endes der Geschichte“ und des „letzten Menschen“ stattfinde. Nur dass sich dieses bereits früh als weder postideologisch noch als Ende der Geschichte oder das eines neuen Menschen erwiesen hätte.

Doch der größte Umbruch kam mit dem Aufkommen der neuen sozialen Medien seit Ende der 1990er und seit Anfang der 2000er Jahre. Das Zeitalter neuer Technologien begünstigte eine radikale Vervielfältigung von Stimmen unterschiedlicher Qualität, Sprechweisen, Interessen und Intentionen im öffentlichen Raum, weit jenseits der (selbsternannten) „Qualitätsmedien“ und ihrer (selbst zugesprochenen) „Gatekeeper“-Funktion für die Unterscheidung von wahr und falsch. Die neuen Technologien unterliefen und veränderten mit ihrer radikalen Pluralisierung und Individualisierung öffentlicher Stimmen die traditionelle Einheitsbemühung von Volkspartei in Diskursen, Narrativen und Dialogformen.

Daher lautete die Diagnose früh: das Format Volkspartei sei vor allem wegen dem wachsenden Einfluss neuer sozialer Medien, der Konkurrenz von immer mehr Stimmen und der dadurch ausgelösten diskursiven Fragmentierung ohne fundamentale Anpassungen nicht zu halten – wenn sie denn überhaupt in dem neuen techno-sozialen Ökosystem überlebensfähig sei.

Diese Diagnose wird im Kern durch neuere wissenschaftliche Studien gestützt. So gibt es ein „Diskonnektivitätsgesetz“ hoch komplexer „post-

moderner“ Gesellschaften. Es besagt, dass hoch entwickelte Gesellschaften paradoxerweise ab einer gewissen technologischen Konnektivitätsstufe diskursiv und in der Folge auch sozial zerfallen können.²⁰⁴ Das unterminiert dann letztlich auch die demokratischen Institutionen und ihre „Einmieter“: die Parteien. So schrieb Florian Rötzer in Zusammenfassung ausgezeichneter Studien der Universität Wien:

„Wissenschaftler glauben mit einem Gesellschaftsmodell belegen zu können, dass mit steigender Konnektivität ab einem Kippunkt die Fragmentierung in feindliche Blasen zunimmt... Zwar haben das Internet oder die sogenannten sozialen Netzwerke den Zusammenhang von Menschen über die Telekommunikation enorm gesteigert. Sie haben gleichzeitig aber dazu beigetragen, dass die Kontakte im realen Raum weniger und auch weniger dauerhaft wurden. Umgekehrt ist es gleichzeitig richtig, dass die schrumpfenden Kontakte im realen Raum das Bedürfnis nach Kommunikation und Interaktion im virtuellen Raum verstärkt haben, was wiederum auf die Weise zurückwirkt, wie Zusammenleben stattfindet. Schon früh war beobachtet worden, dass Online-Kommunikation abweichende und minoritäre Positionen stärkt, weil sich Einzelne hier sehr viel leichter als im realen Raum mit Gleichgesinnten treffen und ihre Haltung bestätigen oder radikalisieren können (das ist die soziale Utopie des Neoliberalismus). Das führt zu einer Homogenisierung oder Balkanisierung – heutzutage: Blasen genannt –, die es auch im realen Raum gibt, wenn beispielsweise Einkommen, Herkunft oder Hautfarbe darüber entscheidet, wo man unter Gleichgestellten wohnt.“

Und Rötzer weiter im Detail:

„[Es gibt offenbar die] Notwendigkeit der Fragmentierung durch zu starke Konnektivität... Negative Beziehungen erzeugen Stress und werden vermieden, und homophile mit Gleichgesinnten gesucht. Es herrscht eine ‚soziale Temperatur‘, durch die sich Meinungen und Verbindungen langsamer oder schneller verändern, wobei die Tendenz vorherrscht, soziale Spannungen zu vermeiden... Als fragmentiert gilt eine Gesellschaft, in der viele Gruppen intern harmonisieren, aber feindlich gegenüber anderen Gruppen sind, es ‚positive Cluster‘ oder

204 Rötzer, Florian: Paradoxerweise können Gesellschaften ab einer gewissen Konnektivität zerfallen: In: Telepolis. Heise Online, 21.11.2022, <https://www.heise.de/tp/features/Paradoxerweise-koennen-Gesellschaften-ab-einer-gewissen-Konnektivitaet-zerfallen-4967504.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

„Echokammern“ gibt. Eine zusammenhängende Gesellschaft kennt hingegen eine „gewisse Dichte von positiven Beziehungen auch zwischen Gruppen, so dass jemand von einer Gruppe zu einer anderen reisen kann.“ Es gibt [in einer integrationsfähigen Gesellschaft] also wenige Blasen und viele offene Netzwerke, deren Mitglieder sich nicht feindlich gegenüberstehen.“²⁰⁵

Aus alledem folgt laut dieser Studie:

„Die Wissenschaftler glauben, mit ihrem... Gesellschaftsmodell belegen zu können, dass paradoxerweise mit steigender [technologischer] Konnektivität ab einem Kippunkt die Fragmentierung zunimmt. Sie gehen sogar so weit, dass ab einer bestimmten Konnektivität Fragmentierung eintreten muss. Das glauben sie, beobachten zu können und führen dies vor allem auf das Internet, die sozialen Netzwerke und die mobile Kommunikation zurück... Die Globalisierung kippt [heute] um nicht nur in Regionalisierung und homogene Gruppen, sondern auch in Netzwerke, die sich voneinander abkoppeln und abschotten. Die Individuen besitzen positive Verbindungen in ihren Clustern, die Homogenität und Uniformität verstärken, und haben negative Verbindungen zu anderen Gruppen außerhalb. Wenn alle in Blasen leben, um den sozialen Stress zu mindern, wächst die Abgrenzung zu anderen. Absprachen und Kompromisse werden nicht mehr möglich.“²⁰⁶

Diese Entwicklung ist für das Format Volkspartei – und darüber hinaus für die Zukunft politischer Mitte an sich – von höchster Bedeutung. Sie hat, vom Internet ausgehend, massive Realitäts-Auswirkungen auf Idee und Praxis von Volkspartei. Denn die Ergebnisse der genannten Studie bedeuten, dass neue soziale Medien und steigende technologische Konnektivität gemeinsam eher gegen das Modell Volkspartei arbeiten, weil sie Fragmentierung in homogene, einander feindlich gesinnte Gruppen begünstigen. Traditionelle Konnektivität mit möglichst breiter und transversaler Gemeinschaftsbildung zu verbinden ist „Volkspartei“. Die neuen sozialen Medien dagegen nutzen post-traditionelle Konnektivität zur Abspaltung in hoch diverse Teilkosmen, die ohne einander existieren können und meist auch wollen. Die Kombination von Re-Politisierung mit steigender Bereitschaft zur Selbstdurchsetzung bei Vereinzelung vor dem Computer und Rückzug in Kommunikations-, Argumentations- und

205 Ebda.

206 Ebda.

Fakten-Blasen ist eine Entwicklung, die durch die Corona-Pandemie noch verstärkt wurde. Sie hat in den 2000er Jahren das Ökosystem verändert, in dem Volkspartei operiert. Die Volksparteien haben dieser fundamentalen Veränderung in den vergangenen Jahren trotz zahlreicher Warnungen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dafür bezahlen sie nun einen hohen Preis.

22. Humanismus versus neuer technologischer Pragmatismus

Andere Kritiker sagen, die Volkspartei sei letztlich das Konstrukt eines politischen Idealismus, der einigungsbereiten und „zusammenrückenden“ Nachkriegsgesellschaften gut entsprochen habe. Doch die Welt der neuen technologischen Kommunikationsmittel sei pragmatisch. Ist Volkspartei humanistisch, so ist die neue Techno-Vermittlungswelt nüchtern utilitaristisch. Gemessen an der Realität der „stark“ pluralen und kommerzialisierten post-modernen Lebenswelten, die sich seit den 2000er Jahren entwickelt haben, seien deshalb Anspruch und Versuch eines „einigenden“ Humanismus nicht mehr zeitgemäß. Gründe seien nicht nur neue Technologien, die in ihrer ganzen Realitätswirkung vereinzeln, sondern auch kulturelle Interpenetrationen. Viele Teil- und Subkulturen in westlichen offenen Gesellschaften verstehen sich heute nicht mehr als humanistisch. Die fortschreitende Entgrenzung von Selbst („Du kannst alles“, wie es in der Werbekultur zynisch heißt), Raum (die Bedeutungsabnahme des physischen zugunsten des virtuellen Territoriums) und Zeit (das faktische Leben in einer globalisierten Realzeit, die nicht mit der geographischen Zeit übereinstimmt) kann, so diese Kritik, nicht mehr alle Menschen in einem Territorium einzuschließen begehren. Denn die Menschen leben dank der neuen Technologien längst gleichzeitig in verschiedenen Realitäten und Kulturen. Kompromisse werden ohne Grenzen und bei steigender Heterogenität und „Andersheit“ zwar nicht schwieriger, erscheinen den meisten aber unnötiger.

Schließlich sagen weitere Kritiker, das Modell Volkspartei könne seine humanistisch gefärbten Stabilitäts- und Kontinuitäts-Versprechen in Zeiten immer rascheren Wandels – der sogenannten „Gegenwartsschrumpfung“²⁰⁷, wie sie die Sozialphilosophen genannt haben – unmöglich mehr glaubwürdig in bisherigen Formen vertreten. Dies nicht nur aufgrund zunehmender Umbrüche, sondern wegen des Charakters der Gegenwartsmoderne selbst. Humanismus setze Kontinuität voraus, während die Gegen-

207 Lübke, Herrmann: Im Zug der Zeit. Verkürzter Aufenthalt in der Gegenwart. Springer Verlag, Wiesbaden 1994. Vgl. dazu Benedikter, Roland: 15 Zukunftsentwürfe der Geisteswissenschaften am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Neoheicon, No. 29/September 2002, Springer, S. 261–276, <https://link.springer.com/article/10.1023/A:1020398510139>.

wart durch die Zunahme von Diskontinuität geprägt sei. Disruptive Entwicklungen stehen ihrer Natur nach dem Humanismus entgegen. Bereits die – nüchtern profitorientierte – neoliberale „Risikogesellschaft“²⁰⁸ (Ulrich Beck) hatte Wirklichkeit unberechenbarer und inhumaner gemacht, wobei diskutiert wurde, ob dies ein Naturgesetz des Kapitalismus oder nur eine westliche Entwicklung sei. Die Lügenkultur von Werbung und „fake news“ ist nur ihre Fortsetzung. Unter Globalisierungsbedingungen, wo nun „alles mit allem verbunden“ ist und tatsächlich das Schlagen eines Schmetterlingsflügels in einem Teil der Welt einen Sturm in einem anderen auslösen kann, ist Stabilität zu einem immer unsichereren Kriterium für politische Pragmatik geworden. Parteien wie die Volksparteien, die von Stabilitätsversprechen statt Innovationsdrang leben, haben seit der Durchsetzung dieser Bedingungen einen schweren Stand.

208 Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1986.

23. Gegenargumente gegen die angebliche Krise der politischen Mitte: Nur eine historische Phase der Kompression?

Alle diese Kritiker haben gute Argumente. Sie treffen wesentliche Aspekte des Wandlungsprozesses, dem die politische Mitte unterliegt. Allerdings ist das, was sie aufweisen, nur eine Seite der Medaille – wie stets bei historischen Veränderungsprozessen. Die Verteidiger meinen, es gebe noch eine andere Seite: das Modell Volkspartei durchlaufe nur eine historische Phase der Kompression, aus der sie sogar gestärkt – nämlich um Fehler bereinigt – hervorgehen könne. Sowohl die Kommunikationsgewohnheiten wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für typische Mitte-Themen würden sich weiter verändern. Das könne das Umfeld in den kommenden Jahren wieder günstiger machen. Zudem laufen organisatorische Anpassungsprozesse der Parteien, die auch in eine personelle Erneuerung münden. Schliesslich kommen zu alledem drei Trends, die für ein „Comeback“ des Formats Volkspartei sprechen könnten.

So ist, *erstens*, die Blasenkultur individualisierter Diskonnektivität einer Regellosigkeit sozialer Medien mit geschuldet. Das hat Meinungsbildung im Internet in den vergangenen Jahren zu einem Wilden Westen gemacht und Desinformation beziehungsweise der Auflösung der faktenbasierten Vernunft in großem Stil Tür und Tor geöffnet. Das war in anderen Bereichen so nicht der Fall. Die Bestrebungen zur Neuregulierung dieser – besonders für Demokratien hoch einflussreichen – Dimension medialer Wirklichkeitserzeugung haben sowohl auf EU- wie auf nationalen Ebenen begonnen. Damit hat eine gesellschaftspolitische Ordnungsbewegung begonnen. Sie könnte mittel- bis langfristig Diskonnektivität und Fragmentierung zurückschrauben und damit das Umfeld für Volksparteien wieder günstiger machen.

Zweitens findet – grundsätzlicher – jene Entgrenzungs-Ideologie, die den neuen sozialen Medien zugrunde liegt, inzwischen selbst Grenzen. Entgrenzung wurde von den Globalisten der vergangenen Jahre öffentlich als „neue Vernunft“ etabliert und von Medien und Werbung in jedem Winkel der Alltagskultur durchgesetzt. Doch viele fühlen sich inzwischen von den Lebenswelten auf Facebook und Twitter, von Informationsüberfluss und „vielen Leben zugleich leben“ gehetzt, überfordert und ermüdet. Bei vielen schlägt das Pendel wieder zurück zu „gesunder“ Selbstgren-

zung, lokaler Einbindung, Leben vor Ort, interpersonaler Ideenpflege und aktiver Selbstsorge. Das kommt dem klassischen Grundangebot des Formats Volkspartei entgegen. Wo ein wieder „angebundener“ Idealismus seine „losgelöste“ Variante ablöst, kann Volkspartei wieder Fuß fassen.

Drittens kehrt, gerade dort, wo alles schneller und wandelbarer wurde, das Bedürfnis nach „Normalität“ heute mächtig zurück ins Zentrum gesellschaftlicher Bedürfnisse. Studien zeigen, dass die „schweigende Mehrheit“ sich eine Rückkehr in eine Mitte wünscht, wo eine gewisse Grundnormierung und die Betonung von „Andersheit“ ausbalanciert werden. Standen die vergangenen Jahre im Zeichen von Minderheiten- und Sonderpolitiken, die einen immer größeren Raum der öffentlichen Debatte einnahmen, so kehrt nun der Wunsch nach einer gewissen Integration und Betonung von „großen gemeinsamen Erzählungen“ zurück. Das muss keineswegs Nationalismus sein, als der der Trend von Populisten im eigenen Interesse ausgelegt wird. Es kann auch die Betonung von allgemeinen Bedürfnissen wie Zusammengehörigkeit in einem solidarischen „Verfassungspatriotismus“, der niemanden zurücklässt; Orientierungs-Hilfe bei der täglichen Komplexitätsbewältigung; oder Sicherung gegen existentielle Risiken wie Altersarmut oder schrumpfende Renten sein. Der Brot- und Butterthemen sind am Ende des Tages stets mehr als der Identitäts- und Ideologiethemen, weil erstere dem Bürger noch näher als letztere sind. Mit ihrer vernünftigen Vergemeinschaftung kann Volkspartei dem Bürger wieder „normalisierend“ entgegenkommen und ihn aus überzogenen Identitäts-Spannungen herauslösen.

Die Voraussetzung dafür, dass aus diesen – oft noch zu wenig diskutierten – Trends ein Momentum für die Erneuerung von Volkspartei entsteht, liegt allerdings darin, dass die Volksparteien sie auch als Chance erkennen – und sie ins Zentrum ihrer Selbst-Neufindung stellen.

24. Die innere Natur von Volkspartei: Produktiver Konflikt, der mit sich selbst leben will

Auch wegen dieser – der Veränderung inhärenten – durchaus weiterbestehenden Chancen auf Mitte hielt sich die Volkspartei sehr viel länger, als viele annahmen. Dazu kam ein allgemeinerer Mechanismus, der ihr im Grundansatz ebenfalls entgegenkam. Die Bürger offener Gesellschaften tendieren, wenn die Wirtschaft einigermaßen reüssiert, stets in die Mitte: hin zu Maß, Ausgleich und (vorbeugendem) Selbstschutz. Das scheint in den USA und anderen demokratischen Gesellschaften ähnlich der Fall zu sein wie in europäischen. Das meiste dieser Mechanik scheint anthropologisch begründet: es dient der Absicherung und Zukunftssicherung. Vernünftiger Interessensausgleich wird als Teil von Kontinuitätssicherung erkannt. Darin besteht ein Kernaspekt der zivilen Dimension offener Gesellschaft selbst: Krisen treiben die Bürger eher an die Ränder; „normale“ Zeiten lassen sie in die Mitte zurückwandern. Konjunktur-Zyklen wirken also nicht grundsätzlich gegen, sondern eher für Volkspartei, wenn auch in einem zyklischen Auf und Ab. Phasen der Kompression geben darauf folgende Phasen der Entspannung frei, wenn nicht Krisenwiederholung oder – psychologische, rhetorische, politische – Krisenfixierung dafür zum Hindernis wird.

Zudem schien trotz widerstreitender Ausformungen zumindest über einen Punkt innerhalb der Volksparteien Einigkeit zu herrschen. „Volkspartei“ galt sich selbst, ob links oder rechts, als eine Partei, die verschiedene Weltanschauungen und die Mehrheit gesellschaftlicher Klassen, Schichten und Generationen in sich zu versöhnen sucht, soweit diese das zulassen. Dazu muss sie sich im Zentrum positionieren, Verschiedenheit anziehen und daraus folgende zivile Konflikte in sich zulassen, ja als ihren eigenen inneren Dauerzustand akzeptieren. Eine stramme „Schließung der Reihen“ ist bei einer Volkspartei nicht möglich. Sie braucht intelligentere Mechanismen innerer Auseinandersetzung und Solidarisierung. Die Mitte soll verschiedenen Kräfte anziehen. Sie vereint und bindet sie mittels Kompromiss, ohne ihre Diversität aufheben zu können. Das ist ein Dauerprozess, kein je auf völlige Konsistenz hin abschließbares „Projekt“.

Jede einzelne Kompromissfindung ist dabei jedoch kontext- und personenabhängig – sowohl in der täglichen politischen Praxis wie in den Methoden. Das wissen die Führungen von Volksparteien, unabhängig davon,

ob sie links oder rechts stehen. Jede von ihnen muss im Spannungsfeld der Elemente ihren je eigenen Stil finden, der zudem von historischen Passagen abhängig ist. Man kann die These wagen, dass die umgebende Geschichte für die Kompromissbereitschaft innerhalb einer Volkspartei eine größere Rolle spielt als bei Spezialisierungs- oder Themenparteien. Bei Volksparteien wirkt Geschichte komplizierend, bei Spezialisierungs- und Themenparteien zusammenschweisend und zuspitzend. Beides hat seine Vor- und Nachteile.

Die Lehre: Volkspartei geht ständig durch verschiedene Phasen von Kompression und De-Kompression, Kontraktion und Expansion, Zerfall und Selbstneuordnung hindurch, und zwar sowohl als Ganze wie führungstechnisch. Wenn sie sich *während dieses Prozesses* dessen bewusst ist, ist sie trotz ihrer breiten – und darin im Prinzip auch breit angreifbaren – Aufstellung selbstbehauptungs- und wachstumsfähig.

25. Neun aktuelle Herausforderungen an das Format Volkspartei

Wer vor diesen Hintergründen die Zukunft nicht nur spekulativ, sondern mit einem gewissen Realismus absehen will, ist gut beraten, es in Besinnung auf die Grundideen tun. Ein Basiskonsens in den großen Volksparteien war über Jahrzehnte: Volkspartei dünnt die politischen Ränder aus und zieht die Wähler in den gemäßigten Dialog. Dies erfolgt gegen den Willen der „Radikalen“ auf allen Seiten, stets auch unvermeidlich im Inneren der Volksparteien selbst. Volkspartei muss einen gewissen demokratiepolitischen Anziehungswirbel erzeugen – einen historischen Prozeß, dem man sich, um in den öffentlichen Diskurs einer grundsätzlich konsens- und inklusionsorientierten Gesellschaft zu passen, nur schwer entziehen kann. Das funktionierte bis in die ersten 2010er Jahre hinein relativ gut, hatte aber stets Vor- und Nachteile. Neben den Vorteilen sind vor allem auch die Nachteile des Modells Volkspartei in den letzten Jahren verstärkt an die Oberfläche getreten – und stellen heute, wie gesehen, die großen Herausforderungen dar. Wir wollen sie hier noch einmal abschliessend auflisten – in neun typologischen Punkten, um dann endgültig zu den Perspektiven weiterzugehen.

Erstens gilt für Volkspartei mit ihrem prinzipiell weiten Radius mehr als für andere Parteien: Kontextaufmerksamkeit ist – in jedem Augenblick – die Grundlage für alles. In den vergangenen Jahren hatte man aber oft das Gefühl, dass größere Umfeld- und Stimmungsveränderungen verschlafen wurden: bei Themen wie Ungleichheit, Migration, Renten- und Sparsicherheit, Umgang mit Gefährdern, Clan-Kriminalität, steigende Übergriffe im öffentlichen Raum²⁰⁹, Rechts- und Strafsicherheit, kulturelle Diversifizierung und religiöser Dialog. Wenn inzwischen von Deutschland als „Clan-Republik“²¹⁰ die Rede ist, in der das organisierte Verbrechen

209 Huber, Torsten und Mihai, Eva-Marie: Frau in Schwäbisch Gmünd mit giftiger Flüssigkeit attackiert. Gift-Alarm! War es eine Beziehungstat? Szenen wie im Thriller „Outbreak“. In: Bild Zeitung, 20.06.2022, <https://www.bild.de/regional/stuttgart/stuttgart-aktuell/gift-alarm-in-schwaebish-gmuend-eine-person-verletzt-und-eine-festnahme-80453014.bild.html>.

210 Boie, Johannes: Kommentar zu organisiertem Verbrechen: Clan-Republik Deutschland. In: Bild Zeitung, 16.06.2022, <https://www.bild.de/politik/kolu>

„machen kann, was es will“²¹¹; aber auch, wenn eine amtierende Kanzlerin – so wie Angela Merkel im Februar 2020 – öffentlich die Rückgängigmachung einer Landtagswahl wegen des „falschen“ Ergebnisses fordert, damit ihre Neutralitätspflicht verletzt und letztlich die institutionelle Ordnung in Frage stellt²¹², aber dafür erst ein halbes Jahr nach Amtsabschied lauwarm „verwarnt“ wird²¹³, versteht der Bürger nicht, inwieweit er sich auf die Prinzipien rechtsstaatlicher und institutioneller Ordnung verlassen kann.

Zweitens muss sich die integrative Grundidee von Volkspartei immer wieder aktiv in ihren öffentlichen Diskursen widerspiegeln, um sich zu behaupten. Die dazugehörige Rhetorik ist ihrer Natur nach jedoch repetitiv. Sie kann auf Dauer bieder oder langweilig wirken. Deshalb ist sie deutlich schwieriger zu bewerkstelligen als jene von Spezialisierungs- und Ideologieparteien oder Parteien am linken und rechten Rand. Die Sprechensart einer Volkspartei muss bis zu einem gewissen Grad „neutral“ sein, damit sie eine Grundlage für alle bildet. Sie darf dabei aber nicht in Inhaltsleere verfallen, weil sie damit Biss und Ausrichtung verliert und auf die Wähler Leere ausstrahlt. Darin liegt die ständige Herausforderung einer Quadratur des Kreises, die Volkspartei als Strukturmerkmal eigen ist. In ihr besteht der vielleicht schwierigste Spagat einer Volkspartei in Zeiten medialer Zuspitzung des öffentlichen Gesprächs zum Zweck von Einschaltquoten: in der Sprache allen zu dienen und doch Profil zu zeigen. Nicht erst der Bundestagswahlkampf 2021 hat die Schwierigkeiten dieses Unterfangens vor Augen geführt. Wenn Medienuntersuchungen von schwindenden Aufmerksamkeitsspannen berichten und das Internet den Bürger an das Verhalten gewöhnt, nach wenigen Sekunden über „ja“ oder „nein“ zu einem Inhalt zu entscheiden – wobei angesichts zahlloser Alternativen, die auf Knopfdruck verfügbar sind, meist das „nein“ gewinnt –, wird Sprache sich unweigerlich zuspitzen, um den Hörer bei der Stange zu halten. Volkspar-

mnen/kolumne/kommentar-organisiertem-verbrechen-clan-republik-deutschland-80414188.bild.html.

211 Ebda.

212 Schuler, Ralf: Kommentar zur Gerichtsklatsche: Spätes Stoppschild für Merkel. In: Bild Zeitung, 15.06.2022, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-spaetes-stoppschild-fuer-merkel-80408430.bild.html>.

213 Harbusch, Nikolaus, und Schuler, Ralf: Die Kanzlerin und ihre Richter: Viel zu gute Freunde. In: Bild Zeitung, 16.06.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/verfassungsgericht-bewahrten-richter-merkel-vor-frueherem-urteil-80414340.bild.html>.

teien müssen ihre Sprache, wenn sie sich den Populisten nicht angleichen wollen, für ihre Sache erst noch an diese neuen Umstände anpassen.

Gezeigt hat sich in jüngeren Wahlkämpfen *drittens*: Volkspartei kann wegen ihrer Verortung zwischen Gruppen nur glaubwürdig Profil zeigen, wenn sie sich besonders aktiv den schwierigsten Fragen der Zeit stellt – und auch eigenen Versäumnissen dabei: den Fehlern bei der Flutkatastrophe²¹⁴, dem Gefühl vieler Bürger, sich im eigenen Land nicht mehr zuhause zu fühlen²¹⁵, dem Kampf gegen den Islamismus²¹⁶ wie auch der unzureichenden Standortentwicklung bei Infrastruktur und Spitzen- und Innovationstechnologien. Eine besondere Warnung sollte die Wahrnehmung einer Mehrheit der Deutschen sein, sie könnten ihre Meinung wegen des Drucks politischer Korrektheit nicht mehr offen äußern, wie es die oben erwähnte Allensbach-Umfrage zur Meinungsfreiheit vom Juni 2021 ergab – mit den schlechtesten Werten für Meinungsfreiheit seit dem zweiten Weltkrieg.²¹⁷ Das Ansprechen der schwierigsten, brennendsten Themen wurde in der Merkel-Ära eher vermieden – obwohl gerade es einer Mittepartei Profil hätte geben können. Es wurde ersetzt durch eine Beschwichtigungsrhetorik, die oft nichts sagte und – mehr oder weniger bewusst, um bei niemandem anzuecken – an den heikelsten Herausforderungen vorbeischlich. Das ist etwas, was die Wähler, die den direkten Druck dieser Themen erfahren, irgendwann nicht mehr gut finden. Sie nehmen das einer Volkspartei, die ohnehin im Dauerverdacht der „Neutralität“ steht, besonders übel.

Eine *vierte* Herausforderung an die Parteien des politischen Zentrums ist es, jene prinzipielle Liberalität nach allen Seiten, die allein Mitte garantieren kann, mit der klaren und kompromisslosen Durchsetzung von

214 Vgl. Wernicke, Christian: Nordrhein-Westfalen: Fehler in der Flut. In: Süddeutsche Zeitung, 23.08.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/nordrhein-westfalen-hochwasser-landesregierung-armin-laschet-flutkatastrophe-1.5390270>, abgerufen am: 21.02.2022.

215 Vgl. Thimm, Katja: Warum fühlen sich manche Menschen in Deutschland nicht mehr zu Hause? In: Der Spiegel, 15.04.2018, <https://www.spiegel.de/spiegel/deutschland-warum-fuehlen-sich-viele-menschen-nicht-mehr-zu-hause-a-1202880.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

216 Vgl. Deutscher Bundestag: Experten: Vorhandene Strukturen im Kampf gegen Islamismus stärken, 21.06.2021, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-pa-innen-islamismus-847766>, abgerufen am: 21.02.2022.

217 Vgl. Petersen, Thomas: Allensbach-Umfrage: Eine Mehrheit fühlt sich gegängelt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.06.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-viele-zweifeln-an-meinungsfreiheit-in-deutschland-17390954.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

Normen zu verbinden, so wie es der Rechtsstaat als Exekutiv- und Strafsicherheit verlangt – wenn nötig auch mit „harter“ Hand. Die Durchsetzung des Rechtsstaats, die keine Zweifel an seiner Entschlossenheit zur Selbstbehauptung offenlässt, ist gerade in Zeiten „neuer Wandelbarkeit“ die Voraussetzung für eine ausreichend breite Wahrnehmung von Stabilität und Sicherheit. Die Geschichte der Nachkriegsdemokratien seit den 1970er Jahren hat gezeigt: „breitestmögliche“ Liberalität und „strenge“ Normentreue vertragen sich in der Praxis offener Gemeinwesen zuweilen nicht gut. Wer etwa die Normendurchsetzung in heiklen Fragen wie der Polygamie bei Flüchtlingen und Migranten²¹⁸, dem kulturellen Brauch von Schlüssen bei Hochzeiten²¹⁹, der Entsolidarisierung und Verfassungsfeindlichkeit einzelner Gruppen, der religiösen Intoleranz mit Besitznahme des öffentlichen Raums, der Hetze gegen Minderheiten, der bedrohten Redefreiheit an Universitäten wie zum Beispiel im sogenannten Kopftuchstreit an der Universität Frankfurt²²⁰, der Bildung von Parallel- und Gegengesellschaften und des deutlich ausufernden Rechts- und Linksaktivismus nicht Ernst genug nimmt, sondern mit Abwiegung antwortet, verspielt das Vertrauen der Mitte-Wähler. Wer von Seiten der Politik Tendenzen von Vorzeige-Universitäten wie der Humboldt-Universität Berlin zur drohenden Revision der Meinungsfreiheit nach Gesichtspunkten politischer Korrektheit²²¹ unter dem Druck kleiner aktivistischer Mobs²²² nicht entschieden entge-

218 Vgl. Anneser, Christine: Zwei Frauen, 13 Kinder: Mehrfach-Ehe darf fortgesetzt werden. In: Nordbayern Online, 20.03.2018, <https://www.nordbayern.de/region/zwei-frauen-13-kinder-mehrfach-ehe-darf-fortgesetzt-werden-1.7369834>, abgerufen am: 21.02.2022.

219 Vgl. Mühlbach, Robin / Prengel, Sebastian / Baumann, Sascha: Warum untersagt die Polizei nicht die Hochzeits-Ballerei? Mit verbotenen Schüssen in die Ehe. In: Bild Zeitung, 09.09.2019, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/hochzeits-ballerei-mit-verbotenen-schuessen-in-die-ehe-64526498,view=conversionToLogin.bild.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

220 Der Spiegel: Uni Frankfurt: Proteste gegen Kopftuchkonferenz, 26.04.2019, <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/universitaet-frankfurt-proteste-gegen-kopftuchkonferenz-a-1264595.html>. Vgl. auch noch neun Monate später: Frankfurter Rundschau: Protest und Ausschreitung bei Podiumsdiskussion über Kopftuchverbot, 27.02.202, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-polizeieinsatz-kopftuch-diskussion-goethe-universitaet-zr-13448525.html>.

221 Vgl. Both, Maximilian: Vortrag über biologisches Geschlecht abgesagt: So redet sich der Präsident der Humboldt-Uni raus. In: Bild Zeitung, 04.07.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/franz-josef-wagner/absage-von-vortrag-so-verteidigt-sich-der-praesident-der-humboldt-uni-80601690.bild.html>.

222 Böhm, Julius: Nach Absage von Geschlechter-Vortrag: Wissenschaftsministerin rügt Humboldt-Universität. In: Bild Zeitung, 03.07.2022, <https://www.bild.de/p>

genwirkt, sondern nur „Unverständnis äussert“ oder „protestiert“, verlässt die politische Verantwortung und wird zum passiven Mittäter am Niedergang der Demokratie. Wer aus falsch verstandener „Toleranz“ – andere sagen: aktiver Indifferenz – auf Kunstveranstaltungen wie der Documenta 2022 offenen Antisemitismus zulässt und dies mit der „Freiheit der Kunst“ rechtfertigt, verwirkt den moralischen Anspruch der vor- und nach-politischen Institutionen.²²³ Rücktritte allein können den Eindruck fehlender Balance nicht wettmachen. Das Selbstverständnis und die Praxis mancher Einstellungen muss reformiert werden.²²⁴ Wer demokratisch gewählte Politik und privaten Aktivismus im öffentlichen Raum nicht ausbalanciert, unterminiert das gesellschaftliche Vertrauen in das offene System.²²⁵ Der Eindruck vieler Deutscher, der Rechtsstaat zeige „keine Zähne“²²⁶, hat die Volksparteien in den vergangenen Jahren grundlegendes Kapital verspielen lassen.

olitik/2022/politik/nach-absage-von-geschlechter-vortrag-wissenschaftsministerin-ruegt-humboldt-uni-80586950.bild.html.

- 223 Siehe Documenta 15: <https://documenta-fifteen.de/>. Vgl. Marshall, Alex: Head of Documenta Resigns Amid Antisemitism Scandal. A crisis at one of the world's most important art events, in Germany, has deepened with the resignation of its director general. In: The New York Times, July 16, 2022, <https://www.nytimes.com/2022/07/16/arts/design/documenta-resignation.html>; sowie Berins, Lisa: documenta 15: Claudia Roth begrüßt Rücktritt von Sabine Schormann. In: Frankfurter Rundschau, 16.07.2022, <https://www.fr.de/kultur/kunst/documenta-antisemitismus-kassel-direktorin-ruecktritt-claudia-roth-news-91671309.html>.
- 224 Vgl. Austrian Press Agency (APA) via ORF Teletext: Dokumenta-Chefin zurückgetreten, 16.07.2022. Siehe dazu auch Ossowski, Maria: Kommentar: documenta-Chefin Sabine Schormann muss gehen. In: NDR Kultur, 21.06.2022, <https://www.ndr.de/kultur/kunst/Kommentar-documenta-Chefin-Sabine-Schormann-muss-gehen-,documenta210.html>; sowie Trauner, Sandra: documenta-Chefin gibt Posten auf: Weltkunstschau vor Reform. In: Saarbrücker Zeitung, 17. Juli 2022, https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/kultur/documenta-chefin-gibt-posten-auf-weltkunstschau-vor-reform_aid-73018909.
- 225 Vehlewald, Hans-Hörg, Böhm, Julius, Harbusch, Nikolaus, Both, Maximilian, Hormess, Ismael und Bender, Oskar Luis: Bei Klima, Sprache, Essen Wissenschaft: So wollen uns Aktivisten umerziehen. In: Bild Zeitung, 04.07.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/abgesagter-geschlechter-vortrag-humboldt-uni-widerspricht-sich-selbst-80591080.bild.html>.
- 226 Böhm, Julius: Empörung über Terror in Hanau. Ex-Landrat spricht Klartext: Der Rechtsstaat zeigt keine Zähne. In: Bild Zeitung, 22.02.2020, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/terror-anschlag-hanau/terror-in-hanau-ex-landrat-pipa-der-rechtsstaat-zeigt-keine-zaehne-68957032,view=conversionToLogin.bild.html>, 21.02.2022.

In diesem Zusammenhang spielen *fünftens* auch die öffentlichen und privaten Medien eine wichtige Rolle. Sie haben in den vergangenen Jahren hinsichtlich aufwühlender, emotional aufgeladener Ereignisse im Grundton mehrheitlich „Mitte“ mit „Abwiegung“ identifiziert. Sie haben sich stattdessen, willentlich oder unwillentlich, einer innenpolitischen Kultur der „Ich bin erschüttert“-Rhetorik angepasst. Zugleich stellten die Medien manchmal „Duldung“ über strikte Rechtsstaatlichkeit, ohne das so zu deklarieren – und nahmen dabei zuweilen Positionen ein, die hart an der Grenze zu ihrem eigenen Auftrag im institutionellen Gefüge standen.

Es ist längst Gegenstand von Studien²²⁷, dass die Mehrheit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland im allgemeinen eher einseitig progressiv orientiert operiert²²⁸ und dabei auch ein eher progressives Publikum bedient – zuletzt weniger die gesamte Gesellschaft. Das hat dazu geführt, dass sich Konservative vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk vernachlässigt fühlen. Die Folge war unter anderem eine Diskussion über das „Ende des Fernsehens“.²²⁹

Auf der anderen Seite ist es eine Tatsache, dass konstruktive Selbstkritik seit einiger Zeit institutionalisierter Gegenstand der öffentlich-rechtlichen Mediensphäre ist²³⁰, und dass es dieser damit Ernst ist. Doch wenn zum Beispiel Mitglieder des ZDF-Fernsehrats 2019 öffentlich kritisierten, eine bestimmte im Parlament vertretene Partei – und nur sie – werde „nicht hart genug angegangen“²³¹, während der Rat andere Parteien nicht erwähnte, geriet politische Ausgewogenheit an ihre Grenzen. Wenn der „Deutschlandfunk“ öffentlich kritisierte, dass die Vertreter einer bestimm-

227 Vgl. Hermann, Jonas: ARD und ZDF links der Mitte beliebter. In: Neue Zürcher Zeitung, 21.09.2019, <https://www.nzz.ch/amp/international/ard-und-zdf-haben-laut-studie-ein-linkes-publikum-ld.1508430>, abgerufen am: 21.02.2022.

228 Vgl. Meier, Christian: Wie die Öffentlich-Rechtlichen ihre eigene Relevanz riskieren. In: Die Welt, 10.09.2019, <https://www.welt.de/kultur/medien/plus200021362/ARD-und-ZDF-Wie-die-Oeffentlich-Rechtlichen-ihre-eigene-Relevanz-riskieren.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

229 Benedikter, Roland: Abschied vom Fernsehen? Warum dieses Medium niemand mehr braucht (3 Teile). In: Telepolis, a.a.O.

230 Vgl. Hanfeld, Michael: WDR-Rundfunkrat rügt Talkshows. Populistisch und zugespitzt? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.11.2017, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/wdr-rundfunkrat-kritisiert-maischberger-und-plasberg-15308511.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

231 Tagesspiegel: AfD in den Medien: Kritik im ZDF-Fernsehrat an Wahlberichterstattung, 14.09.2019, <https://www.tagesspiegel.de/politik/afd-in-den-medien-kritik-im-zdf-fernsehrat-an-wahlberichterstattung/25015568.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

ten Partei „ihre Agenda mehr oder weniger widerspruchslös verbreiten können“²³², dann ist die Frage, ob das denn nicht der Fall sein sollte, und ob Journalisten grundsätzlich die Aufgabe haben, von ihnen interviewten Politikern je nach Parteirichtung zu „widersprechen“. Zu den ambivalenten Medienthemen gehören auch Vorwahlberichterstattungen und Wahlumfragen. Auch dass im Zuge von „paradigmenorientierten Meinungsbildungsprozessen“ unliebsame Parteien am Rande des Parteienspektrums neuerdings faktisch mittels Verfahrensänderungen von demokratisch definierten Rundfunkräten ausgeschlossen werden²³³, ergibt Streitfälle, die sich an den Grenzen der Demokratie bewegen. Das sagt nichts über einzelne Parteien oder Ideologien aus, wohl aber über die politische Ausgewogenheit der Medienanstalten und ihrer Berichterstattung.

Ähnliches gilt, wenn Journalisten auf öffentlichen Rundfunkseiten wie dem NDR eine „klare Positionierung“²³⁴ in politischen Fragen fordern – und dafür auch noch Zuspruch erhalten. Hier wird übersehen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk allen Bürgern zu dienen hat, daher das gesamte Spektrum der Demokratie zu repräsentieren und also eben keine „klare Positionierung“ hinsichtlich politischer Verortungen aufweisen sollte. Die alte Frage: „Wem gehört der Rundfunk?“ verlangt verstärkt nach „gesellschaftlicher Teilhabe und Kontrolle“²³⁵, wie es die historische Kommission der ARD 2018 selbst hervorhob. Eine „Profilschärfung und eine Fokussierung auf den Grundversorgungsauftrag und die Kernkompetenzen“²³⁶ sind in der Tat für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den kommenden Jahren essentiell. Ansonsten verliert er bei weiteren Segmen-

232 Borgers, Michael: Wahlberichterstattung: Sachsen-Anhalt und die Lehren für Medien. In: Deutschlandfunk, 07.06.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/wahl-berichterstattung-sachsen-anhalt-und-die-lehren-fuer-100.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

233 Vgl. Moritz, Alexander: Medienpolitik-Debatte in Sachsen: AfD nicht mehr im MDR-Rundfunkrat. In: Deutschlandfunk, 22.11.2021, <https://www.deutschlandfunk.de/gehoert-die-afd-in-den-mdr-rundfunkrat-100.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

234 Gümüşay, Kübra: Wir müssen uns empören – die AfD und der Islam. In: NDR, 22.04.2016, <https://www.ndr.de/kultur/sendungen/freitagsforum/Wir-muessen-uns-empoenen-Die-AfD-und-der-Islam,freitagsforum216.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

235 Glässgen, Heinz (Hrsg.): Wem gehört der Rundfunk? Gesellschaftliche Teilhabe und Kontrolle, Vistas Verlag, Leipzig 2018.

236 Wolter, Daphne: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Zukunft. In: The European, 17.09.2019, <https://www.theeuropean.de/daphne-wolter/legitimation-in-digitalen-zeiten/>, abgerufen am: 21.02.2022.

ten der Wählerschaft seine Glaubwürdigkeit – was im Gefolge zunehmenden „demokratiepolitischen Engagements“ der Berichterstattung bereits teilweise geschehen ist. Sogar die – selbst unübersehbar nach progressiv tendierende „Bundeszentrale für Politische Bildung“ (bpb) – sieht deshalb den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „in seiner womöglich größten Legitimationskrise“.²³⁷

Diese Krise ist nicht nur, aber vor allem selbstverschuldet. Die politische Inklinaton des öffentlichen Rundfunks hat den Nebeneffekt, mit „der Mitte“ von Information indirekt auch die politische Mitte zu verlassen. Deshalb muss die Objektivität und allgemeine politische Ausgewogenheit des öffentlichen Rundfunks eines der Hauptthemen der Volksparteien sein – schon aus Eigeninteresse.

Denn neben Skandalen und Korruptionsverdacht²³⁸ zeigt sich der latente Größenwahn der Öffentlich-Rechtlichen inzwischen auch an weiteren, meist weniger beachteten Symptomen – die sich häufen. So etwa, dass Politiker im Kontext von Wahlen geradezu zu den Sendern pilgern müssen, nicht umgekehrt. Die Sender benehmen sich wie großindustrielle Unternehmen, denen Politiker im öffentlichen Auftrag zu dienen haben. Zu Recht weigert sich die Politik immer öfters, diese implizite Hierarchie anzuerkennen.²³⁹ Es ist symptomatisch, dass immer mehr Politiker vor allem der Volksparteien „starke“ Reformen von den öffentlich rechtlichen Sender fordern – wie etwa im August 2022 CDU-Chef Friedrich Merz:

„Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an. Der CDU-Chef fordert Reformen, ‚weniger politische Gesinnung‘ und ein Aus für die ‚Gendersprache‘ bei den Sendern. CDU-Chef Friedrich Merz mahnt dringend Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk an – er könne

237 Karidi, Maria: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Schusslinie. Eine Differenzierung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 28.09.2018, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/276555/oeffentlich-rechtlicher-rundfunk-in-der-schusslinie/>, abgerufen am: 21.02.2022.

238 Vehlwald, Hans-Jörg, Harbusch, Nikolaus, Bassewitz, Michael, Weimer, Benedikt, Both, Maximilian, Wachs, Carl-Victor, Kain, Florian und Böhning, Sabine: Luxus-Intendantin, Geldverschwendung, verdrehte Fakten: So kaputt sind die Öffentlich-Rechtlichen. 84 Prozent der Deutschen wollen Zwangsgebühr abschaffen. In: Bild Zeitung, 06.08.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/luxus-intendantin-geldverschwendung-verdrehte-fakten-so-kaputt-sind-die-oeffentl-80921474.bild.html>.

239 Puskepeleitis, Daniel: Für die Niedersachsen-Wahl: NDR mietet Messegelände – für 9 Tage! Landtag angeblich zu klein. In: Bild Zeitung, 05.10.2022, <https://www.bild.de/regional/hannover/hannover-aktuell/fuer-die-landtagswahl-in-niedersachsen-ndr-mietet-messegelaende-fuer-9-tage-81513412.bild.html>.

sonst ‚endgültig‘ seine Legitimation verlieren. Der CDU-Chef erwartet jetzt Reformen von den öffentlich-rechtlichen Sendern. Merz warnte mit Blick auf die Affäre um die zurückgetretene RBB-Intendantin Patricia Schlesinger: ‚Die Schlesinger-Affäre hat das Potenzial, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland endgültig die Legitimationsgrundlage und öffentliche Akzeptanz zu entziehen.‘ [...] ARD und ZDF hätten jetzt eine der vielleicht letzten Gelegenheiten, zu zeigen, dass sie in der Lage seien, Fehler aus eigener Kraft zu korrigieren und Veränderungen auf den Weg zu bringen. Merz verlangte auch eine vollständige Aufklärung der Schlesinger-Affäre und eine Überprüfung der Kontrollinstanzen. Die Sender müssten Transparenz zeigen und die Gehälter der führenden Verantwortlichen sowie die Zahlungsströme an die zahlreichen Produktionsgesellschaften offenlegen. ‚Das gilt auch und besonders für die Moderatoren der bekannten Talkshows und Unterhaltungssendungen.‘ Auch mahnte der CDU-Chef Ausgewogenheit in der Berichterstattung an. Dazu gehöre eine klare Trennung zwischen Nachricht und Kommentar. Merz knallhart: ‚Hier bräuchte es mehr journalistische Verantwortung und weniger politische Gesinnung.‘²⁴⁰

Diese recht harte und unmissverständliche Kritik hatte ihre Ursachen. So hatten „namhafte Staatsrechtsprofessoren die zunehmende politische Unausgewogenheit der ARD kritisiert“²⁴¹ – und darauf hingewiesen, dass Sender Regierungslinien unkritisch übernehmen, zum Teil sogar noch eigenständig verstärken. Auch deshalb forderte Merz

„als Oppositionsführer im Bundestag die Anstalten dazu auf, sich wieder auf ihren Informationsauftrag zu konzentrieren. Die Stärke des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seien Dokumentationen und Serien, die bei den Privaten nicht zu finden seien. ‚Dazu braucht es aber nicht zwei konkurrierende Fernsehanstalten, die bei allen Ereignissen zugleich vertreten sind. Die Gebührenzahler können zumindest eine engere Kooperation von ARD und ZDF verlangen, vor allem bei kost-

240 Geisler, Sebastian: „Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an. In: Bild Zeitung, 13.08.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/letzte-gelegenheit-merz-zaehlt-ard-und-zdf-an-80995796.bild.html>.

241 Harbusch, Nikolaus: Top-Juristen kritisieren ARD: „Sender übernehmen Regierungslinien!“ In: Bild Zeitung, 08.08.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik/ard-top-juristen-kritisieren-sender-uebernehmen-regierungslinien-80948272.bild.html>.

spieligen Sportevents.⁴ Klartext: Merz stellte das Nebeneinander von ARD und ZDF infrage.²⁴²

Trotzdem sind „Bestrafungs“-Drohungen wie die von Merz mittel- bis langfristig weniger das geeignete Mittel, um die Öffentlich-Rechtlichen wieder in die Mitte zu rücken. Nötig ist vielmehr eine Erneuerung der politischen Medienkultur. Darunter muss auch eine kritische Hinterfragung der „Inszenierungsgesellschaft“²⁴³ sein.

Bei alledem ist jedoch abschwächend einzubeziehen, dass Medien in offenen Gesellschaften (im Unterschied zu Medien in geschlossenen, illiberalen und autoritären Gesellschaften) sich allgemeinen gesellschaftlichen Dynamiken nicht völlig entziehen können. Sie tragen stets die Doppelnatur in sich, sowohl Spiegel wie Motor, sowohl Ausdruck wie Miterzeuger dieser Dynamiken zu sein. Über – in der Moderne unvermeidliche – hermeneutische Zirkelprozesse sind sie mittels ihrer Schilderung von Fakten stets auch (willentliche und unwillentliche) Miterzeuger politischer Einstellungen und Realitäten. Diese – letztlich schon wegen der Natur der Medien nicht völlig lösbare – Problematik entbindet jedoch nicht von ethischer Verantwortung für das Ganze.

Eine *sechste* Herausforderung an das Format Volkspartei ist, „adäquate Repräsentation des Volkswillens“ und „Populismus“ auseinanderzuhalten – und doch letzteren im Sinne angewandter Demokratie ständig mäßigend an ersteren zu binden. Dieser (von vielen zu Recht schwer für möglich gehaltene) Balanceakt setzt voraus, dass das Format Volkspartei beide: „guten“ und „schlechten“ „Populismus“ nicht einfach in einen Topf wirft, sondern sorgfältig voneinander unterscheidet – und zwar nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Wogegen sie beim Irrtum, der meist in begrifflicher Vereinfachung liegt: Populismus und Volkswille seien in vielen Situationen „dasselbe“, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Die Debatte über „produktiven“ versus „destruktiven“ Populismus zu intensivieren, ja ins Zentrum der Zukunftsdebatte zu rücken – das ist ein ebenso grundlegender wie heikler Überlebensaspekt des Formats Volkspartei. Nur vertiefte historisch-kritische Bildung zu den verschiedenen Facetten des Überschneidungsbereichs zwischen Populismus und Demokratie in Kombination mit gesundem Menschenverstand (*common sense*) können dabei

242 Geisler, Sebastian: „Letzte Gelegenheit“. Merz zählt ARD und ZDF an, a.a.O.

243 Meyer, Thomas: Die Theatralität der Politik in der Mediendemokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 53/29. Dezember 2003, S. 12–19, <https://www.bpb.de/system/files/pdf/L25M9Y.pdf>.

helfen. Sicher ist, dass das Ringen um einen „guten Populismus“ in der zeitgenössischen Demokratie-Debatte noch ganz am Anfang steht. Hier muss angewandte, politisch ausgewogene Sozialwissenschaft²⁴⁴ jetzt und in Zukunft mehr beitragen – und der Politik bei der Entwicklung eines genaueren Blicks helfen.

Siebtens erweckten Führungspersönlichkeiten von Volksparteien in den letzten Jahren öfters den Anschein, eine elitäre Sprache zu sprechen, die auf angebliche „Selbstverständlichkeiten“ verwies, mit der das Volk erzo-gen werden müsse. Zugleich schienen diese Persönlichkeiten aber stärker als vorhergehende Generationen auf ihre eigene Karriere zu schauen – und sich zum Beispiel ständig zu fragen: nützt es mir, diese Partei zu führen oder nicht? Das war ein abschreckendes Schauspiel für viele Mitte-Wähler. Es erzeugte, wie Politiker wie Sigmar Gabriel konstatieren, eine „Führungskrise“ aktueller Volksparteien.²⁴⁵ Der „Mangel an Selbstlosigkeit“ im Management des Formats Volkspartei ist inzwischen sprichwörtlich – und eine größere Herausforderung zur Veränderung interner Karriere-Mechanismen, als die Parteien es sich bislang eingestehen.

Achtens ist die ständige Signalisierung eigener Unsicherheit zu angeblichen „Transparenzzwecken“ in Kernfragen Gift für jede Volkspartei. Manche vermuten, „Transparenzen“ zu internen Meinungsverschiedenheiten seien in Wirklichkeit weniger Aufklärungsinteresse als vielmehr internen Machtkämpfen geschuldet. Ein Beispiel für „Transparenz“ als mitgeteilte Unentschlossenheit war zuletzt etwa der Umgang mit dem „Globalen Migrationspakt“ der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im Umfeld der Unterzeichnung durch Deutschland im Dezember 2018 in Marrakesch. Dort hatte die deutsche Bundeskanzlerin als einzige namhafte Staatsvertreterin einen Werbe-Alleingang durchgeführt, der vielen Konservativen in der eigenen Partei extravagant und manchen im Licht von Industrieinteressen erschien. Bereits vorher erfolgte jedoch die – maßgeblich von der Regierungskoalition ausgehende – Resolution des deutschen

244 Vgl. Benedikter, Roland: Die Zukunft der Sozialwissenschaft. Worauf der deutsche Sprachraum sich einstellen sollte, Nomos Verlag, Baden-Baden 2023, <https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/die-zukunft-der-sozialwissenschaft-id-68677/>.

245 Süddeutsche Zeitung: Gabriel wirft SPD kollektives Führungsversagen vor, 02.03.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/parteien-gabriel-wirft-spd-kollektives-fuehrungsversagen-vor-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200302-99-148630>.

Bundestages bei der Annahme des Pakts²⁴⁶, wo in einer eigenen Erklärung gefordert wurde, dass durch den Pakt deutsches Recht und Souveränität in der Migrationsfrage nicht eingeschränkt werden dürfe. Dieses Vorgehen offenbarte die gemischten Gefühle auch innerhalb der Volksparteien, die den Pakt offiziell befürworteten. Kritiker sahen diese „Absicherungs“-Resolution mit Häme: warum europa- und weltweit für den Pakt werben, nur um gleichzeitig eine so große Sorge über ihn zu offenbaren, dass anscheinend zusätzliche Vorsichtsmaßnahmen nötig waren? Viele Wähler sahen dies als fundamentale Unsicherheit in großen Zukunftsfragen, die sich nicht nur in diesem einen Fall manifestierte. Was bezogen auf Regierungsparteien normalerweise mittelfristig abgestraft wird.

Schließlich besteht *neuntens* das Grundsatzproblem der Verwandlung von Volksparteien von „Sesshaftigkeits“- oder politischen „Orts“-Parteien zu Bewegungsparteien. Volksparteien sind ihrem Mitte-Charakter nach sesshafte Parteien, die ihren zentralen Ort im Parteienspektrum behaupten, nicht verschieben oder gar wechseln. Wer Volksparteien von ihrem angestammten Platz an einen anderen führt, wie zum Beispiel von der mitte-konservativen in eine stärker mitte-links-Richtung, wie das unter Kanzlerin Angela Merkel mit der CDU geschah, dünnt die dort im Spektrum angesiedelte Volkspartei – die SPD – aus, treibt sie weiter nach links und öffnet gleichzeitig den eigenen Platz in der Mitte für Kräfte, die von den rechten Rändern nachrücken. Der Ortswechsel verändert zugleich auch die eigene Volkspartei. Das diesbezügliche Phänomen war in der Merkel-Ära, was Kritiker die „Sozialdemokratisierung der CDU“²⁴⁷ nannten. Das entfremdete viele Stammwähler – letztlich beider Volksparteien. Viele begannen, sich heimatlos zu fühlen. Sie begannen, sich als Dissidenten der eigenen Volkspartei zu begreifen. Nicht zufällig schrieben italienische Tageszeitungen nach der Bundestagswahl 2021, mit Angela Merkel verabschiedete sich eine Politikerin von ihrer Partei, der sie nie wirklich angehört habe. Wer jedoch, wie Teile der SPD, als Reaktion auf das Phänomen der

246 Vgl. Deutscher Bundestag 2018: Koalitionsantrag zum Globalen Migrationspakt angenommen. In: Textarchiv Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw48-de-migrationspakt-580712>, abgerufen am: 21.02.2022.

247 Hellemann, Angelika: Die Sozialdemokratisierung der CDU. In: Bild Zeitung, 08.02.2020, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-die-ge-faehrliche-sozial-demokratisierung-der-cdu-68686556.bild.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

„Bewegungsparteien“ künftig allein definieren will, was „Mitte“ ist²⁴⁸, geht in eine gleichermassen problematische Richtung.

248 Vgl. Schuler, Ralf: Die SPD hat nichts begriffen. In: Bild Zeitung, 24.02.2020, <https://www.bild.de/politik/kolumnen/kolumne/kommentar-die-spd-hat-nichts-begriffen-69016140.bild.html>, abgerufen am: 15.03.2022.

26. Die heutige Übergangsphase und ihre Perspektive: Bisherige Selbstverständnisse verschwinden – und neue kommen auf

Aus alledem lässt sich nun ein Schluss ziehen. Das „Format Volkspartei“ war und ist – der Idee nach, und bei allen anzuerkennenden externen und inhärenten Problematiken des Begriffs – ein Format der Zentrums-Stabilität. Volkspartei ist eine Sammelpartei, die sich eher passiv an ihrem Ort im politischen Spektrum behauptet. Sie ist insofern eine „Orts“- oder „territoriale“ Partei, als ihr wichtigstes Ziel nicht Expansion, sondern Selbstbehauptung in der Breite ist. „Volkspartei“ steht ihrem historischem „Gründungswillen“ nach für verschiedene Strömungen und Richtungen, die erst gemeinsam Stabilität und Kontinuität garantieren. Sie steht für eine Verschiedenheit, die insgesamt – wenn auch manchmal zähneknirschend – in *eine* Richtung tendiert.

Volkspartei baut dazu notgedrungen auf Personen, die das Ganze über sich selbst stellen. Daher ist eine Volkspartei eine „Partei der integrierenden Mitte“ (Kurt Georg Kiesinger). Sie grenzt niemanden aus und bringt die Kraft zur Sammlung eines möglichst breiten politischen Spektrums auf. Einschluss statt Ausschluss ist nicht nur ihr Motto, sondern ihr Gütesiegel – im Gegensatz zu Interessens- oder Ideologieparteien.

Deshalb war und ist Volkspartei letztlich immer eher Wunsch als Realität. Volkspartei ist keine Tatsache, sondern ein Ideal. Es gibt sie deshalb auch nur in idealistisch geprägten Republiken – in autoritären Systemen dagegen nur bei Verfälschung des Namens, wie etwa in China. Wenn chinesische Parteitheoretiker sich neuerdings auf Jürgen Habermas' Ideen moderner Volkspartei berufen, um die Alleinherrschaft einer Kommunistischen Einheitspartei zu rechtfertigen, die in Wahrheit eine vertikale Familien- und Clanpartei ist, dann braucht kaum bemerkt zu werden, dass das eine bewußte Umdeutung und Verfälschung dessen ist, was in offenen Systemen mit Volkspartei gemeint ist.²⁴⁹

249 Davis, Gloria: Habermas in China: Theory as Catalyst. In: The China Journal, edited by The University of Chicago Press, No. 57, January 2007, pp. 61–85, <https://www.jstor.org/stable/20066241>. Vgl. Brown, Kerry: China and Habermas's Public Sphere. In: Open Democracy, 4 July 2014, <https://www.opendemocracy.net/en/china-and-habermass-public-sphere/>.

Doch das „Format Volkspartei“ ist wie gesehen auch in offenen Systemen im Umbruch. Zum Beispiel die Wahlen zum Europa-Parlament im Mai 2019 haben gezeigt: die Selbstverständnisse der Wähler werden ebenso beweglicher und individualistischer wie die Selbstverständnisse, die sie an die Parteien herantragen. Identitätsbindungen an Parteien werden geringer, Medieneinflüsse grösser. Wähler spezialisieren sich eher auf konkrete Probleme, die sie im besonderen betreffen, und gehen weniger im Sinn eines umfassenderen Ganzen auf „große“ Kompromissfindung über Gruppen hinweg ein. Viele wählen zudem „stark“ spezifische Politiken – nicht mehr vorrangig die persönliche Integrität von Politikern wie noch in den 1970er bis frühen 2000er Jahren. Die Unterscheidung von Politik und Person wird stärker. Das hat zum Beispiel in den USA die Wahl Donald Trumps 2016 gezeigt. Trump war den meisten seiner Wähler als Person unsympathisch, verwirklichte aber die gewünschten Politiken sofort, direkt und 1:1. Er brach aus dem politischen Jargon aus und sprach „Klartext“. Man kann das Auseinanderhalten von Politik und Person durch die US-Wähler sowohl als Zeichen der Reife wie als populistische Verfallserscheinung des moralisch-personalen Fundaments der Demokratie interpretieren.²⁵⁰

Dazu kommt zuguterletzt: Wähler privilegieren in einer unsichereren und instabileren Welt schnelle Lösungen, nicht langwierige Prozesse. Damit wächst die Ungeduld mit der Demokratie, und in deren Zentrum stellvertretend auch mit ihrem „Kleinmodell“ Volkspartei. Der „Wutbürger“ ist seit Anfang der 2010er Jahre eine Folge des sich – in schneller werdenden Zeiten – wandelnden Verständnisses „guter Politik“.²⁵¹ Der „Wutbürger“ wählt vieles, nur nicht die moderate und integrierende – und in seiner Wahrnehmung deshalb viel zu langsame – Mittepartei.²⁵²

250 Siehe dazu ausführlicher Benedikter, Roland: Joe Bidens Amerika. Einführung in ein gespaltenes Land, a.a.O.

251 Kurbjuweit, Dirk: Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren. In: Der Spiegel, 11.10.2010, <https://www.spiegel.de/spiegel/a-724587.html>.

252 Zukunftsinstitut.de: Die Skandalokratie der Wutbürger. Trendreport 2011, <https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/medien/die-skandalokratie-der-wut-buerger/>.

27. Schädiger des Formats Volkspartei: Drei Anti-Mitte-Kräfte

Im Rückblick war in den vergangenen Jahren – wie gesehen – der Aufstieg von *drei* ebenso schwer „festmachbaren“ wie umwandlungsstarken Anti-Mitte-Kräften zu beobachten:

- des *agitorischen Populismus*. Er förderte ein „Wir gegen sie“-Selbstverständnis zum Teil auch innerhalb der ehemaligen Großparteien.
- Der *Blaseninformation sozialer Medien*. Sie förderte die Segregation von Gleichgesinnten in eindimensionalen Welten, die sich voneinander isolieren.
- Der *politischen Korrektheit*. Sie übte über Medien und Sprache indirekt Macht aus, indem sie Moral und Wahrheit für sich in Anspruch nahm und all jene aus dem Gespräch ausschloss, die nicht derselben Grundanschauung waren.

Diese drei Kräfte wurden von den großen Volksparteien über Jahre zu wenig Ernst genommen. Sie haben politische Biotope geschaffen, die mit den „klassischen“ Integrations- und Ausgleichsprozessen von Volkspartei nur schwer vereinbar sind. Alle drei Kräfte dienen der Vereinfachung jener Komplexität und Vielfalt, mit der Volksparteien zu leben versuchen. Und sie dienen der Durchsetzung des Eigenen, nicht der Integration des Anderen. Alle drei Kräfte befeuern das Gegeneinander, ja die emotionale Unversöhnlichkeit – nicht wie die Volksparteien die Errichtung von Plattformen, an denen man sich treffen und miteinander im Rahmen einer Diskursethik auseinandersetzen kann.²⁵³

Die drei Anti-Mitte-Kräfte sind Gründe, warum sich Wähler vom Format Volkspartei entfernt haben. Die Veränderung hat aber auch noch

253 Siehe dazu ausführlicher meinen Beitrag: Miteinander reden – aber wie? Diskursethik in „tief gespaltenen“ Gesellschaften. In: Die Politische Meinung. Zeitschrift für Politik, Gesellschaft, Religion und Kultur, herausgegeben von der Konrad Adenauer Stiftung, 64. Jahrgang, Nr. 557, Ausgabe Juli/August 2019 (30. Juli 2019), Schwerpunktthema: Entgleist? Wandel der Sprach- und Debattenkultur, S. 67–73, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/miteinander-reden-aber-wie> und https://www.kas.de/documents/258927/6506398/67_IMPULSE_Benedikter.pdf/2f0ccd95-3276-e231-b495-e8310f6fe17a?version=1.0&t=1561992294129.

eine weitere, letzte Dimension: nämlich *Kompetenz-Defizit-Gründe*. Wir wollen diese – letzten hier zu betrachtenden – Gründe abschließend in ihren gegenseitigen Verstärkungseffekten betrachten, um dann geeignete Antworten ins Auge zu fassen.

28. Kompetenz-Defizite: Narrativ-, Kultur- und Technologiekompetenz-Schwächen als Ursachenkomplexe für die Instabilität der politischen Mitte

Ein *erstes* Kompetenzdefizit war in den vergangenen Jahren die *Narrativ-Schwäche* der Volksparteien. Sie entwickelte sich im Rahmen der allgemeinen Reduktion gesamtgesellschaftlicher Stabilität – und damit auch des Volkspartei-Kern-Narrativs von Kontinuität. Gesellschaft wurde dynamischer, Prozesse disruptiver und volatiler. Die Geltungsdauer „großer Erzählungen“ nahm ab. Spezialisierungsparteien vereinnahmten die Narrative von Umwelt, Technologie und Freiheit. Die Volksparteien versäumten es, Arbeit, Wirtschaft und „normales Leben“ dagegen zu halten.

Diese Narrativ-Schwäche hatte besonders weit verzweigte Folgen. Sie ging mit einer Entmystifizierung einher. Volksparteien stehen, anders als Aktivismus- oder Ideologieparteien, mit ihrer Existenz für das Weitergebare, das „sozial Tradierbare“ (Johannes Heinrichs). Das ist ihr Mythos. Dazu sind sie im Gegensatz zu Spezialisierungsparteien, die rasch auf neue und kurzfristige Narrativ-Chancen reagieren können, in besonderer Weise auf starke und überdauernde Narrative angewiesen, weil Narrative ebenso wie Mythen Stabilität schaffen. Doch im Zuge eines Säkularismus, der nicht selten den eigenen historischen Kern ignorierte, auf den er aufbaute – nämlich jene christliche Tradition, die zuletzt sogar Vordenker wie Jürgen Habermas rehabilitiert haben²⁵⁴ –, haben die Volksparteien in Europa den Bezug zu ihren geistigen Grundlagen vernachlässigt. Deshalb ging ihnen die Glaubwürdigkeit des Überdauerns aus, die sie von Spezialisierungsparteien positiv unterscheiden.

Einer der vielleicht größten Fehler vor allem der Volksparteien in Deutschland war es in dieser Sichtweise auch, sich zu keiner Leitkultur zu bekennen – und stattdessen so zu tun, als sei Deutschland ein kulturell „neutraler“ Raum, in den sich prinzipiell alle Kulturen hineinstellen können, so wie sie es wollen. Das war ein Liberalismus, der es nach und nach mit Säkularisierung und Entkulturalisierung übertrieb – und den öf-

254 Vgl. Calhoun, Craig, Jackson, Mendieta, Eduardo and Antwerpen, Jonathan (eds.): Habermas and Religion, Cambridge, Polity Press 2013.

fentlichen Raum in der Wahrnehmung des Volkes neutralisierte. Ergebnis war eine Schwammigkeit in Leitmotiven und Überzeugungen, die viele Wähler vertrieb. Die Reaktion: viele Wähler begannen, aus der Mitte zu den Polen abzuwandern. Die Betonung (und oft Übersteigerung) der individuell-„moralischen“ Narrative auf Kosten gemeinschaftlich-„ethischer“ „großer Erzählungen“ einer wünschenswerten Gesellschaft tat ein Übriges.

Als *zweites* Kompetenzdefizit grassierte eine Vernachlässigung eigener politischer und sozialer Kultur. Coronavirus-Krise und veränderte Gesellschaftsformen der Jugend, die sich stärker ins Internet verlagerten, unterminierten den Austausch von Mensch zu Mensch. Das beschädigte nicht nur die Jugendorganisationen der Volksparteien, die in den Hintergrund traten, sondern auch die traditionelle soziale Anziehungskraft von Volkspartei. Es griff den sozialen Habitus an, den das Format Volkspartei braucht, um die Mitglieder in aktiver Gemeinschaft zusammenzubinden. Eben weil diese Mitglieder ein breites Meinungsspektrum repräsentieren, ist es wichtig, dass sie zusammenkommen und sich austauschen. Das war über Jahre nur unzureichend der Fall. Der übersteigerte rhetorische „Wir“-Stil, der diesen Verlust an sozialer Kompetenz kompensieren sollte, erschien den Mitgliedern als das, was er war: eben Kompensation. Statt eingebunden fühlten sich viele von der „Wir“-Rhetorik eher vereinnahmt. Viele Mitglieder verstanden, dass ohne ausreichende Pflege des sozialen Zusammenhalts Ortslosigkeit das Ergebnis ist – und Interessensgemeinschaft zwecks Machterhalt an die Stelle der Kulturfunktion von Volkspartei tritt.

Als *dritten* folgenreichen Kompetenzverlust gab es im Laufe der Merkel-Ära eine fortschreitende Entfremdung zwischen Wirtschaftsstandort und „Volk“. Wie erwähnt kamen Fragen auf, ob die Konzentration einer Volkswirtschaft auf eine Exportwirtschaft nicht ebenso Volkspartei unterminieren kann. Denn eine Exportwirtschaft ist an der ganzen Welt interessiert, vernachlässigt aber tendenziell die eigene Bevölkerung. Sie sieht die Nation hauptsächlich als Standort, nicht aber als „Volk“. Das kann zu einer gewissen Abkopplung der Wirtschaft aus dem Umfeld führen. In den USA hat genau dieser Mechanismus zur Entfremdung zwischen den exportorientierten Globalfirmen der Küsten (*coastlines*) von der Bevölkerung der inneren Landesgebiete (*heartlands*) geführt – mit der Folge der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016.²⁵⁵ Die Frage ist, ob eine bessere Balance zwischen Export- und Binnenwirtschaft das Format Volks-

255 Vgl. Benedikter, Roland: Joe Bidens Amerika. Einführung in ein gespaltenes Land, a.a.O.

partei stärken und Populisten den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Dazu wären allerdings komplexe und langfristige Weichenstellungen in Zusammenarbeit zwischen Politik und Sozialpartnern vorzunehmen.

Vierter Kompetenzverlust: der Aufstieg neuer Technologien, darunter insbesondere Künstlicher Intelligenz (KI) und Blockchain, wurde wie erwähnt verschlafen – und damit der Anschluss an den bevorstehenden nächsten großen technologischen Entwicklungssprung verabsäumt. Das ist ein Problem nicht nur für die Parteien, sondern für den deutschen Sprachraum insgesamt. Technologie war schon bisher eine der großen Zukunftsherausforderungen für die Zukunft von Parteiensystem und Parteien. Sie könnte bei unzureichender Kompetenz sogar zum noch größeren Problem für traditionelle soziale Integrationsmechanismen von Volkspartei werden. KI ermöglicht immer schnellere vorpolitische Entscheidungsprozesse und künftig wohl auch zunehmend Aspekte direkter politischer Entscheidungsfindungen. Sie begünstigt auf mathematischer Grundlage die Kombination automatisierter, linearer, quantitativer und binärlogischer (ja-nein) Entscheidungsfindungen gegenüber mühsamen und zeitaufwändigen Dialog- und Integrationsprozessen. Damit arbeitet sie nach Meinung vieler Experten tendenziell hin auf eine „Algorithokratie“: eine Herrschaft der Algorithmen, die sich an logischen Probabilitäts- und Mehrheitskriterien orientieren, nicht an sozialen Balance- oder Ausgleichsbemühungen. Algorithokratie arbeitet damit im Grundansatz gegen das offene demokratische Gespräch, das viel länger braucht als logisches Entscheiden auf Datenbasis.

Das Problem neuer „intelligenter“ Technologien im vorpolitischen – und in den kommenden Jahren sicherlich auch politischen – Feld betrifft deshalb das gesamte demokratische Spektrum und System. Es berührt jedoch insbesondere die großen Volksparteien, die bereits nach innen einen langen Anlaufdialog zwischen vielen verschiedenen Gruppen brauchen, um eine Position dann nach außen zu vertreten. Volksparteien sind demnach doppelt von der KI-Revolution betroffen: erstens als Mitglieder des demokratischen Gesprächs zwischen Parteien und zweitens als Integrationsmotoren in deren Mitte. Die Frage ist weniger, ob Demokratie den Aufstieg Künstlicher Intelligenz – und damit auch die Stärkung der global aufsteigenden Autokratien wie China oder Russland – überleben kann. Die Frage ist vielmehr, ob Volksparteien wie andere Parteien lernen werden, mit ihren Beschleunigungs- und Entdialogisierungs-Wirkungen zu leben, und wenn ja, wie. Die Antwort wird ausschlaggebend sein, um die dialogische Mitte, in der sie angesiedelt sind, zu erhalten.

Möglichkeiten dazu bestehen. Es gilt sie allerdings gezielter und in einer wohlherwogen konzentrierten Gemeinschaftsstrategie einzusetzen. KI kann

auf staatlicher Ebene bei der Entrümpelung des Gesetzesdschungels helfen und Bürokratie reduzieren. Sie kann, indem sie aus Daten „höhere“ Daten produziert, die Präzisions- und Gendermedizin vorantragen. Sie kann auf parteilicher Ebene zur besseren Organisation, Automatisierung der Informationssammlung und -integration zu Schlüsselthemen sowie zur Mitgliedervernetzung genutzt werden. Blockchain kann im Jahrzehnt bis 2030 zum entscheidenden Instrument der Dezentralisierung und damit zur Bewältigung wachsender individueller Datenmengen bei Aufrechterhaltung der Privatsphäre werden. Sie kann wie erwähnt auf der Grundlage der bereits bestehenden Europäischen Datenschutzrichtlinien ein bedingungsloses Grundeinkommen jedes Bürgers im Internet ermöglichen – und damit für größere Einkommensgerechtigkeit sorgen. Während Kryptowährungen wegen ihres Spekulationscharakters kaum sinnvoll genutzt werden können, sind Regionalwährungen auf Blockchain-Basis zur zusätzlichen Ankurbelung konkreter Wirtschaftskreisläufe jedoch sehr wohl ein Zukunftsinstrument, wie erfolgreiche Beispiele etwa aus Sardinien (Sardex) und anderen Regionen zeigen.²⁵⁶

Wenn Volkspartei frühzeitig und konsequent in diesen Themenbereichen Kompetenz bildet, kann sie die Führungsrolle in Sach- und Innovationsdiskursen zurückgewinnen. Das könnte angesichts der deutlich veralteten Technologie-Diskurse von Themenparteien wie den Grünen (zum Beispiel hinsichtlich Atomenergie) eine Trumpfkarte werden – wie es ehemals in der Zusammenarbeit mit der (inzwischen eher im Abstieg befindlichen) deutschen Autoindustrie der Fall war.

Schließlich *fünftens*: Volkspartei hat – gerade weil sie eine Dialogplattform ist – vom Trend hin zur „Verrechtlichung von Politik“ wenig zu gewinnen. Verrechtlichung von Politik, oft vorangetrieben von ausserparlamentarischen Kräften und privaten Gruppen, dominierte die vergangenen Jahre – auch wegen der notorischen Diskursschwäche der politischen Parteien. Volkspartei braucht demgegenüber die Wiedergewinnung des Primats des politischen Gesprächs gegen die zunehmenden Versuche, eine „Verrechtlichung“ der Politik hin zum „Vorrang des Rechts“ vorzunehmen. Die Verrechtlichung von Politik wird vor allem von außerparlamentarischen Interessensgruppen wie NGOs vorangetrieben. Diese betonen sie meist sloganartig dort, wo es ihnen ins Konzept passt: Die Politik müsse sich „an das Recht halten“. In den vergangenen Jahren hatte man das Gefühl, die Volksparteien unterwarfen sich neben medialer Meinungsho-

256 Vgl. Benedikter, Roland (Hrsg.): Landtagshearing Technologiezukunft Südtirol 2030, a.a.O.

heit und politischer Korrektheit auch diesem „Diktat des Rechts“. Das kam beim Mitte-Wähler eher schlecht an, weil dieser die Politik als die Rechtsgeberin ansieht, die zwar dem Recht zu folgen hat, aber ihm formal vorgeordnet ist und es auch jederzeit ändern kann. Volksparteien müssen das Verhältnis zwischen Politik und Recht wieder auch öffentlich allgemeinverständlicher erklären, um den Eindruck des „gelähmten Staates“ zu vermeiden, der unbeweglich geworden ist, weil er sich selbst Fesseln angelegt hat. Politik muss die Kompetenzzuschreibung wiedergewinnen, Recht zu schaffen, nicht, ihm zu unterliegen.

Alle fünf Kompetenzschwächen wirkten in den vergangenen Jahren zusammen. Narrativ-Schwächen und Vernachlässigung der eigenen politischen Kultur verstärkten sich gegenseitig. Konzentration auf Exportwirtschaft und Technologie-Revolutionen führten gemeinsam zur Deterritorialisierung. Der Trend zur Verrechtlichung von Politik leitete eine Pejorisation politischer Dynamik in den Volksparteien ein. Wer diese fünf Ursachenkomplexe an der Wurzel und vor allem auch in ihrer Interdependenz angeht, kann das Ruder zugunsten der politischen Mitte herumreißen.

29. Ansatzpunkte für Erneuerung 1: Kontrollverlust-Psychologien verstehen

Das Ruder herumreißen heisst, im Überschneidungs- und Kernbereich der Problematik ansetzen. Dieser Bereich ist die Kontrollverlust-Psychologie. Der sogenannte „Kontrollverlust-Diskurs“ hat in den zentraleuropäischen offenen Gesellschaften mittlerweile eine längere Geschichte. Er wurde nach zahlreichen anderen Krisen wie der Migrationskrise seit 2015 und wiederholten Terroranschlägen in Europa durch die Coronavirus-Krise seit Ende 2019 und Russlands Ukraine-Invasion seit Februar 2022 nochmals verstärkt. Wahrnehmungsmuster fehlender Vorwegnahme- und Kontrollfähigkeiten im Zentrum des Systems offener Gesellschaft verbreiterten sich in der Bevölkerung. Nicht zufällig schrieb der DGB-Bundeskongress bereits im Mai 2018:

„Teile der Bevölkerung nehmen offene Grenzen, Zuwanderung und zunehmende gesellschaftliche Vielfalt als Kontrollverlust des (National-)Staates durch Globalisierung und europäische Integration wahr. In der Arbeitswelt fühlen sich viele Erwerbstätige fremdbestimmt. Und von ‚der Politik‘ fühlen sich Teile der Bevölkerung immer weniger vertreten. Entsprechend brüchig ist das Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Die populistischen Vereinfacher nutzen diese Verunsicherung, um mit ihren nationalistischen Rufen nach neuen Grenzen und Abschottung, [mit] ihren extremistischen... Parolen die gesellschaftliche und politische Spaltung in Deutschland und Europa zu vertiefen... [Wir sind] gefordert..., die großen Umbrüche, vor denen wir stehen, aktiv mitzugestalten. [Wir] betrachten den tiefgreifenden Wandel durch Globalisierung und europäische Integration, Klimawandel, Digitalisierung, Migration, gesellschaftlichen Wertewandel und demographische Entwicklung nicht nur als Bedrohung, sondern vor allem als Herausforderung. [Wir können] den Transformationsprozess als Gestaltungschance nutzen für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, für eine Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft, in der die Menschen sichere Zukunftsperspektiven haben, ihr Leben verlässlich und selbstbestimmt planen können, wo es sozial gerecht zugeht

und das Zusammenleben durch Weltoffenheit, Vielfalt und Solidarität geprägt ist.“²⁵⁷

Eine dieser Einsicht folgende – und potentiell auch parteiintegrative – Anstrengung in diese Richtung geschah in der Folge aber in den Volksparteien zu wenig. Die Rezepte, was gegen die Kontrollverlust-Wahrnehmung vieler Bürger zu tun sei, waren ebenso vielfältig wie systemlos und beliebig. Sie reichten von Ratschlägen, durch „neue Erzählweisen“ zu einem „kontrollierten Kontrollverlust“²⁵⁸ zu gelangen bis hin zur ultra-liberale „Maxime für eine politische Bildung 2.0“²⁵⁹, „mehr Kontrollverlust zu wagen“. Sie reichten vom Rat, einen „kritischen Blick“²⁶⁰ auf die tendenziell pejorative – das heisst vorwiegend mit negativen Nachrichten arbeitende – Vermittlungsrolle von Medien und Technologie zu entwickeln, bis hin zu Jugendstudien wie „Gutes Aussehen gegen Kontrollverlust“²⁶¹. Vieles an diesen Ratschlägen passte nicht zusammen. Weitgehend übereinstimmend war den meisten Beobachtungen jedoch die Diagnose, dass

„zu den zuletzt häufig verwendeten Redewendungen die salopp geäußerte Feststellung einer [gesellschaftlichen] Überforderung gehört... Zuletzt war kaum etwas so bestimmend wie die wiederholt gemachte Erfahrung des Kontrollverlusts. Die sozialen Verheerungen der An-

257 DGB-Bundeskongress: 21. Parlament der Arbeit: Beschlussantrag A001: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa, Berlin, 13.-17. Mai 2018, <https://www.dgb.de/++co++9ccb058a-6978-11e8-80b2-52540088cada/Beschluss-A001-Gesellschaftlicher-Zusammenhalt-und-Demokratie-in-Deutschland-und-Europa.pdf?file:///C:/Users/roland1/Downloads/Beschluss-A001-Gesellschaftlicher-Zusammenhalt-und-Demokratie-in-Deutschland-und-Europa-2.pdf>, S. 4.

258 Fischer, Alexander: Kontrollierter Kontrollverlust. In: Universität Basel, <https://www.unibas.ch/de/Aktuell/Uni-Nova/Uni-Nova-133/Uni-Nova-133-Kontrollierter-Kontrollverlust.html>, abgerufen am: 25.01.2022.

259 Bundeszentrale für Arbeit: Politische Bildung 2.0 – Neue gesellschaftliche Beteiligungsformen durch neue Medien – Herausforderungen für die Institutionen. Keynote zur Tagung „Mitmachen ohne dabei zu sein“ der Landeszentrale Sachsen, 23.09.2010, <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/51099/politische-bildung-2-0-neue-gesellschaftliche-beteiligungsformen-durch-neue-medien-herausforderungen-fuer-die-institutionen/>, abgerufen am: 15.03.2022.

260 Cypionka, Arne: Ein kritischer Blick kann zu mehr Sorgfalt führen. In: Goethe Institut, Juni 2010, <https://www.goethe.de/ins/it/de/kul/leb/mvm/21890502.html>, abgerufen am: 12.02.2022.

261 IKW: Studien: Jugend ungeschminkt – gutes Aussehen gegen den Kontrollverlust, o. D., <https://www.ikw.org/schoenheitspflege/presse/jugend-ungeschminkt-gutes-aussehen-gegen-den-kontrollverlust>, abgerufen am: 21.02.2022.

schläge von Paris [im November 2015] sind inzwischen in unseren Alltag eingesickert. Terrorwarnungen wie in München [im Juli 2016] sind von nun an Bestandteil unserer fragilen Normalität. Es ist kaum mehr zu unterscheiden, ob der alerte Umgang mit Gefahrenlagen Ausdruck neuer Sicherheitsroutinen ist oder doch nur Vorzeichen einer unbehaglichen Panikkultur. Angesichts der allgemeinen Verunsicherung erscheint es geradezu verständlich, aber auch hilflos, dass Touristenströme eine Zeit lang jene Orte meiden, an denen die Katastrophe geschah – und später doch wieder dorthin zurückkehren. Unser Bewusstsein ist eben auch damit überfordert, gleichzeitig gegenüber allen Gefahren wachsam zu sein. Eine beachtliche Karriere hat die Formel von der Überforderung zuletzt vor allem auch in der politischen Diskussion gemacht. Ein Gespräch über Flüchtlinge war ohne sie kaum zu denken. Die Zuwanderungskrise hat die Verwaltungsroutinen verunsichert, das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich dabei als nur bedingt sattelfest erwiesen. Die Gesellschaft, die viel auf sich hält, gefestigt aus der Kriegskatastrophe [des zweiten Weltkrieges, Anmerkung des Autors] hervorgegangen zu sein, zweifelt und verzweifelt an ihren Fähigkeiten zum Krisenmanagement. Verwaltungsversagen kreuzt sich dabei auf ungute Weise mit den Versuchen, die bevorstehenden Herausforderungen allein mit administrativen Anordnungen bewältigen zu wollen.²⁶²

Auffällig viele Diagnosen bezogen sich in den letzten Jahren auf den Wahrnehmungs-Zusammenhang zwischen Versagensängsten in den sozialen Medien, Entmündigung durch politische Korrektheit, rückläufiger Technologieakzeptanz²⁶³, Entprivatisierung durch die neue Datenextraktionswirtschaft²⁶⁴ und allgemeiner Veränderung „gesellschaftlicher Informationsverarbeitung“²⁶⁵ mit der Folge einer nur mehr schwer individuell

262 Nutt, Harry: Überfordert – na und? In: Frankfurter Rundschau, 03.01.2016, <https://www.fr.de/meinung/ueberfordert-und-11252826.html>.

263 Vgl. Ortiz, Michael: Kontrollverlust und Technologieakzeptanz in der (digitalen) Transformation. Akzeptanz- und Gestaltungsfaktoren eines heuristischen Modells, Springer, Wiesbaden 2021.

264 Vgl. Mayer-Schönberger, Viktor: Kontrollverlust oder Aufklärung 2.0? In: Die Politische Meinung, Ausgabe 546, 27. Oktober 2017, hrsg. von der Konrad Adenauer Stiftung, <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/kontrollverlust-oder-aufklaerung-2.0->, abgerufen am: 21.02.2022.

265 Vgl. Pohle, Jörg: Transparenz und Berechenbarkeit vs. Autonomie- und Kontrollverlust: Die Industrialisierung der gesellschaftlichen Informationsverarbeitung und ihre Folgen. In: Alexander von Humboldt Institut für Internet und

bewältigbaren Komplexitätssteigerung. Die Gleichzeitigkeit dieser Wahrnehmungen seitens des Bürgers scheinen die Volksparteien verschlafen zu haben – was zum Empfinden eines „dreifachen Kontrollverlusts“ geführt hat, den die Populisten ausnutzen konnten:

„Die subjektive Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern, die anfällig für Rechtspopulismus sind, ist geprägt durch... einen dreifachen Kontrollverlust:

- a) In persönlicher Hinsicht – mit Blick auf den technologischen Wandel, unter anderem am Arbeitsplatz, der einen empfundenen Kontrollverlust, etwa durch digitalisierungsgetriebene Überwachung, auslöst;
- b) in politischer Hinsicht – Politik und Institutionen werden als abgehoben empfunden und enttäuschen das Bedürfnis, gehört zu werden;
- c) in nationalstaatlicher Hinsicht – der Staat käme seiner Aufgabe nicht ausreichend nach, die eigene Bevölkerung zu schützen, wie zum Beispiel bei der Aufnahme von Geflüchteten.“²⁶⁶

Und das bedeutet zusammenfassend:

„Menschen, die Rechtspopulismus in Erwägung ziehen, fühlen sich vor möglichen Krisen in der Zukunft nicht ausreichend geschützt. Sie misstrauen Institutionen und repräsentativen Verfahren stark und befürworten stattdessen direktdemokratische Verfahren. Der Abbau staatlicher Versorgungsstrukturen, insbesondere im ländlichen Raum, die Verlagerung nationalstaatlicher Handlungskompetenzen auf supranationale Ebenen und die Teilprivatisierung und Ökonomisierung von Lebensbereichen wie Gesundheit, Rente oder Bildung verstärken dabei das Gefühl, über das eigene Leben werde fernab der eigenen Lebenswelt – ‚irgendwo da draußen‘ – bestimmt. Der Sozialstaat, der dafür sorgt, dass sich Menschen trotz sozial ungleicher Ausgangslage auf Augenhöhe begegnen können, sei heute nicht mehr in der Lage, dieses Sicherheitsgefühl zu vermitteln... Erschwerend kommt hinzu, dass die Verhandlung von Fragen der sozialen Mobilität aktuell auf

Gesellschaft 2016, <https://www.hiig.de/publication/transparenz-und-berechenbarkeit-vs-autonomie-und-kontrollverlust-die-industrialisierung-der-gesellschaftlichen-informationsverarbeitung-und-ihre-folgen/>, abgerufen am: 21.02.2022.

- 266 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Keynote „Demokratie – Was kann, darf, muss politische Bildung für Erwachsene?“ (Siegburg, 12. Dezember 2017), 05.04.2018, <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/267374/keynote-demokratie-was-kann-darf-muss-politische-bildung-fuer-erwachsene-siegburg-12-dezember-2017/>, abgerufen am: 19.05.2022.

Feldern geführt wird, die aufhören lassen müssen: ein ethnohomogener Solidaritäts- und Einheitsdiskurs bricht sich Bahn.“²⁶⁷

Unabhängig davon, dass diese Analyse – wie das meiste der Bundeszentrale für politische Bildung – wiederum weitgehend einseitig aus einem progressiven Gesichtspunkt kommt: der „dreifache Kontrollverlust“ zeitigt politische Folgen. Es ist die Abwendung von Institutionen und Parteien und die Hinwendung zu einer „Direktdemokratie“, die keine „direkte Demokratie“ sein will. Das löste in den vergangenen Jahren ganze Debatten aus wie jene um den amerikanisch-deutschen Harvard-Gelehrten Yascha Mounk, ob Demokratie sich nicht zeitweise auf eher republikanische Formen zurückziehen soll, um den gesellschaftlichen Einschlag der neuen Technologien zu überstehen – also zumindest temporär wieder eher repräsentationale Formen ins Zentrum stellen soll.²⁶⁸ Das würde die Parteien indirekt wieder stärker ins Spiel bringen – vor allem jene, in denen verschiedenartige Diskurse möglich oder sogar gewünscht sind.

Forscher wie Matthias Quent orteten die Kontrollverlust-Psychologie als Ursprung der in letzter Zeit vielerorts populären „Verschwörungstheorien“, die vor allem während – und im Gefolge – der Coronavirus-Krise Konjunktur hatten:

„Das Gefühl des Kontrollverlusts ist nach Auffassung des Jenaer Rechtsextremismusforschers Matthias Quent ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von Verschwörungstheorien während der Corona-Krise. ‚Verschwörungstheorien tauchen immer dann auf, wenn es um gesellschaftliche Großereignisse geht‘, sagte Quent. Insofern sei es nicht überraschend, dass im Zusammenhang mit der weltweiten Corona-Pandemie vermehrt Verschwörungstheorien kursierten. Sie dienten dazu, den von manchen Menschen empfundenen Kontrollverlust zu kompensieren. ‚Verschwörungstheorien bieten Klarheit, Kohärenz, Eindeutigkeit, wo Durcheinander und Komplexität ist‘, stellte der Gründungsdirektor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena fest.“²⁶⁹

267 Ebda.

268 Vgl. Yascha Mounk: *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, Droemer Knaur Verlag 2019.

269 Epd-Landesdienst West, Nr. 115: *Forscher: Angst vor Kontrollverlust erzeugt Verschwörungstheorien*, 18.06.2020, <https://kirche-gesellschaft-zusammenhalt.ekir.de/inhalt/forscher-angst-vor-kontrollverlust-erzeugt-verschwoerungstheorien/>, abgerufen am: 21.02.2022.

Auch andere Forscher wie Jakob Guhl und Lea Gerster verwiesen auf den Zusammenhang zwischen Krise, Kontrollverlust-Empfinden und „digitalem Extremismus“, darunter Haßsprache, etwa im Rahmen der Coronavirus-Krise.²⁷⁰

Großkrisen haben jedoch, auch ohne Verschwörungstheorien zu erzeugen, die Psychologie des Kontrollverlusts bereits seit den 2010er Jahren geprägt – unter anderem stark zunehmend seit dem Beginn der Flüchtlings- und Migrationskrise 2015. So beschrieb das Institut für Demoskopie Allensbach bereits 2015 Kontrollverlust als „wachsende Sorge der Bürger“²⁷¹. Kontrollverlust und „Kontrollphantasmen“ wurden sowohl in öffentlichen wie in „jugendkulturellen Digitalisierungsdiagnosen“²⁷² festgestellt. Die Lösungsansätze waren auch hier unterschiedlich, und sie wurden kaum in inter- und trans-disziplinär koordinierten Strategien zusammengeführt, wie es sich viele wünschten. Eine Reihe von Kommentatoren machten die Perspektive davon abhängig, inwieweit die „gesellschaftliche Kontrolle von digitalen Räumen“²⁷³ gelingen könne – etwa durch Künstliche Intelligenz (KI), was allerdings wie erwähnt ein zweischneidiges Schwert ist, weil die Grenze zur Überwachung fließend ist. Andere hoben das Paradoxon hervor, dass gerade mit der Verfügbarkeit von immer mehr „Massenmedien“-Information in Echtzeit Kontrollverlust-Erfahrung zunehme.²⁷⁴

-
- 270 Guhl, Jakob / Gerster, Lea: Krise und Kontrollverlust. Digitaler Extremismus im Kontext der Corona-Pandemie. In: Institute for Strategic Dialogue, London et. al 2020, <https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2020/11/ISD-Krise-und-Kontrollverlust-German-2.pdf>, abgerufen am: 21.02.2022.
- 271 Köcher, Renate: Kontrollverlust. Die Besorgnis der Bürger wächst. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) Nr. 244 vom 21.10.2015, https://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/kurzberichte_dokumentationen/FAZ_Oktober_Flu__chtlinge.pdf, abgerufen am: 21.02.2022.
- 272 Engel, Juliane / Jörissen, Benjamin: Unsichtbare Sichtbarkeiten. Kontrollverlust und Kontrollphantasmen in öffentlichen und jugendkulturellen Digitalisierungsdiagnosen. In: Alkemeyer, Thomas / Buschmann, Nikolaus / Etzemüller, Thomas (Hrsg.): Gegenwartsdiagnosen. Kulturelle Formen gesellschaftlicher Selbstproblematierung in der Moderne, transcript Verlag, Bielefeld 2019, S. 549-570.
- 273 Deutscher Bundesjugendring: Wie gesellschaftliche Kontrolle von Online-Räumen gelingen kann, 15.07.2021, <https://www.dbjr.de/artikel/wie-gesellschaftlich-e-kontrolle-von-online-raeumen-gelingen-kann>, abgerufen am: 16.06.2022.
- 274 Steen, Pamela: Diskurs der Daten: Wie verändern Massenmedien unsere Gesellschaft? In: Soziopolis: Gesellschaft beobachten, 17.03.2016, <https://www.sozio.polis.de/diskurs-der-daten-wie-veraendern-massendaten-unsere-gesellschaft.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

Ein weiteres Paradoxon der Kontrollverlust-Debatte bleibt, dass die Zuwendung zu „Netzwerken im Netz“²⁷⁵ individuelle Kontrolle eher vermindert – das heißt, dass größere Vernetzung etwa in sozialen Medien persönliche Handlungsspielräume eher kollektiviert und homogenisiert und damit in ihrer personalen Freiheit eher beschneidet als steigert. Andere Studien schrieben die Zunahme der Kontrollverlust-Psychologie einer allgemeinen „Erosion des Fortschrittsgefühls“ zu:

„In den Industriegesellschaften wird zunehmend die Skepsis am Fortschreiten der Lebensqualität geäußert. Langzeitstudien zeigen, dass sich auch in Deutschland eine stetig wachsende Anzahl von Menschen vor sozialem Abstieg und Armut fürchtet. Kernüberzeugungen – wie zum Beispiel, dass harte Arbeit angemessenen Lohn erbringt oder die Zuversicht, dass man besser situiert ist als seine Eltern und es die eigenen Kinder wiederum besser haben werden als man selbst – nehmen in Europa und vielen OECD-Ländern gerade auch in höheren Einkommensschichten ab. Die möglichen Ursachen der ‚Entsicherung‘ sind vielschichtig. Mehrere Studien konstatieren eine zunehmende Kluft zwischen der tatsächlichen Statusbedrohung und der wahrgenommenen Unsicherheit. Dies deutet darauf hin, dass es sich um eine ‚grundlegende Veränderung im Lebensgefühl der Moderne in den westlichen Industrieländern‘ handelt und dass die Erfahrung, dass sich trotz aller Anstrengung und Beschleunigung Rückschritt einstellt, zur typischen Erfahrung der *Spätmoderne* wird. Soziologen unterscheiden zwischen einem schleichenden Prozess der ‚Entsicherung‘ und Schüben durch Signalereignisse (Anschläge des 11. September, die europäische Finanzkrise) und vermuten als Ursache für die kontinuierliche ‚gefühlte Entsicherung‘ eine Verschiebung der Kontrolle von der Politik zum Kapital. Diese hat Erfahrungen von Kontrollverlust, Undurchschaubarkeit, Entmachtung und Unkontrollierbarkeit mit sich gebracht. Eine weitere Einflussgröße ist möglicherweise die zunehmende Auffassung, dass viele Ressourcen sich dem Ende zuneigen (‚Peak Everything‘), und weiteres Wachstum keine Zunahme an Lebensqualität mehr bringen kann.“²⁷⁶

275 Koldehoff, Stefan: Kontrollverlust im Netz: „Der Netzwerk-Effekt erschwert den Facebook-Ausstieg“. In: Deutschlandfunk, 20.08.2014, <https://www.deutschlandfunk.de/kontrollverlust-im-netz-der-netzwerkeffekt-erschwert-den-100.html>, abgerufen am: 21.02.2022.

276 VDI Technologiezentrum (2020): Gesellschaftliche Veränderungen 2030. Ergebnisband 1 zur Suchphase von BMBF-Foresight Zyklus II, <https://www.bmbf.de/>

Neben der jahrelangen Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) enteignet die Inflationskrise in Folge von Pandemie und Russlands Ukraine-Krieg seit 2022 mit Teuerung des alltäglichen Lebens faktisch um die 10 % den Mittelstand sowie die Arbeiterklasse weiter. Damit nimmt die Ungleichheit spürbar zu. Das ist ein weiteres praktisches Element in der Gesamtempfindung von Stagnation und Rückschritt, das die Kontrollverlust- und Abstiegsbedrohungs-Psychologien zusammenführt – diesmal nicht im Sinne einer Verschwörungstheorie, sondern empirisch nachweisbar.

bmbf/shareddocs/downloads/files/vdi_band_100_c1.pdf?__blob=publicationFile
&cv=1, abgerufen am: 21.02.2022.

30. Ansatzpunkte für Erneuerung 2: Im Gegenzug „Vermittungs“- , Stabilitäts-, Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse der Wähler neu bewerten

Im Rückblick auf die vergangenen Jahre gingen Wahrnehmungen eines „Kontrollverlusts“ des Staates, der Institutionen und der Parteien einher mit Befürchtungen eines umfassenderen „Kontrollverlusts der Gesellschaft“²⁷⁷ – seien sie nun berechtigt oder nicht. Diese Wahrnehmungen erzeugten ihrerseits politische Realitäten. Tatsächlich waren die Volksparteien von den sehr unterschiedlichen Aspekten der Kontrollverlust-Psychologien durchaus direkt und stark betroffen. Weit diesseits philosophischer Diagnosen eines „Schlafs der Moderne“²⁷⁸ haben Volksparteien in den vergangenen Jahren einen historischen Prozess erlebt, der einen ihrer Grundpfeiler im Volk unglaublicher machte: eben die Frage der Kontrolle, und damit zusammenhängend von Entwicklungsantizipation, Schutz und Sicherheit. Es ist die Folge auch dieser Entwicklung, dass die Volkspartei als Zentrumskraft in der Wählerakzeptanz in den Grundfesten erschüttert wurde. Denn sie verlor mit den Narrativen von Stabilität, Schutz und Sicherheit ihren Verlässlichkeits- und Vertrauens-Kern.

In der Tat war es vor allem das Vertrauen in die Garantien auf Kontrolle, Schutz und Sicherheit, was in den vergangenen Jahren beim Bürger zunehmend in Zweifel geriet. Dieses Vertrauen nahm nicht plötzlich ab, sondern wurde durch die wiederholten Terrorkrisen, die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007–08, die darauffolgende europäische Schuldenkrise, die Migrationskrise und zuletzt die Covid-19-Krise und die unsicheren Reaktionen auf Russlands Ukraine-Krieg immer wieder – und in der Summe letztlich zu oft – auf die Probe gestellt. Immer wieder hatten Bürger das Gefühl, dass die regierenden Parteien die Kontrolle verloren hatten, oder den Ereignissen nur „aufräumend“ hinterherliefen. Das Misstrauen in die politischen Fähigkeiten betraf nach und nach auch den politischen

277 Konrad-Adenauer-Stiftung: Kontrollverlust des Staates? Kontrollverlust der Gesellschaft?, 21.03.2021, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=4d375b4a-61df-3da6-e7c2-7a8728868d4d&groupId=269099, abgerufen am: 21.02.2022.

278 Ahlheim, Hannah (Hrsg.): Kontrollgewinn – Kontrollverlust: Die Geschichte des Schlafs der Moderne, Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2014.

Willen. Dieses Misstrauen gegen die Willensstärke traf die Volksparteien am stärksten. Es führte in eine grundsätzliche Vertrauenskrise in Parteien und Eliten der liberalen Demokratie, wie etwa Alexander Betts und Paul Collier am Beispiel der Migrationskrise und der aus ihr hervorgehenden Erschütterung des Status der politischen Systemrepräsentanten analysierten.²⁷⁹

Beispiele für Vertrauensverlust-Praktiken gab es über die Jahre zuhauf. Darunter waren, um nur einige zu nennen, die leichtfertige Vergabe örtlicher Unternehmenslizenzen an undurchsichtige Gruppen aus dem Ausland, die diese primär zur Abrufung von Sozialbeiträgen nutzten (Elmar Brok); die Wahrnehmung allgemein wachsender Unsicherheit und Gewalt im öffentlichen Raum; die Wahrnehmung einer unzureichenden Kontrolle von Gefährdern, zu denen man der Regierung nach wiederholten spektakulären Fällen die nötige Umsicht und Vorausplanung absprach.²⁸⁰ Organisierter Betrug des Sozialstaatsystems durch immigrierte Clans, offenbar ohne ausreichende Sanktions- und Gegensteuerungsmöglichkeiten trotz öffentlicher Herausforderung des Rechtsstaates²⁸¹, sorgten für kollektive Verärgerung über die Zahnlosigkeit der Politik²⁸² – wobei nicht die Clans im Zentrum des Ärgers standen, sondern die Schwäche des Systems. Symbolversagen wie das von Polizei und Institutionen bei den sexuellen Übergriffen in der Kölner Silvesternacht 2016 wirkte sich emotional aus. Medien wie der „Kölner Stadtanzeiger“ berichteten von „Chaos

279 Betts, Alexander, and Collier, Paul: How Europe Can Reform Its Migration Policy. The Importance of Being Sustainable. In: Foreign Affairs, October 10, 2018, <https://www.foreignaffairs.com/articles/europe/2018-10-05/how-europe-can-reform-its-migration-policy>, abgerufen am: 21.02.2022.

280 Vgl. ARD Tagesschau: Bundesregierung: Immer mehr rechte Gefährder, 26.06.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/rechte-gefaehrder-103.html>.

281 Schneider, Frank: PS-Giganten, Goldene Uhren, XXL-Villen: Der Luxus der Clans. Die Groß-Familien protzen ungeniert mit ihrem Reichtum. In: Bild Zeitung, 20.06.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/news/inland/news-inland/ps-giganten-goldene-uhren-xxl-villen-der-luxus-der-clans-80461050,view=conversionToLogin.bild.html>.

282 Wojtuschk, Uwe: Luxus-Leben mit Sozialhilfe: Clan-Chef (47) lässt sich vor Gericht feiern. In: Bild Zeitung, 19.06.2022, <https://www.bild.de/bild-plus/news/ausland/news-ausland/duesseldorf-prozess-warum-buddy-aus-beirut-deutschland-wirklich-mag-80439832,view=conversionToLogin.bild.html>.

und Widersprüchen²⁸³ bei Polizei und „Versagen beim Ordnungsamt“²⁸⁴ und konstatierten Vertuschungsstrategien: „Die Wahrheit wurde der politischen Korrektheit geopfert“.²⁸⁵ So schrieb etwa Detlef Schmalenberg:

„Vor dem Kölner Hauptbahnhof kam es in der Silvesternacht massenhaft zu sexuellen Übergriffen. Geheime Dokumente... haben das Versagen von Polizei und Ordnungsamt offenbart. Eine Entschuldigung eines Verantwortlichen der Stadtverwaltung wäre längst fällig gewesen. Der NRW-Innenminister opferte die Wahrheit über die Herkunft der Täter einer falsch verstandenen ‚Political Correctness‘... Eines aber ist längst klar geworden im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Silvesterausschreitungen: Die Staatsmacht hat versagt an jenem Abend, als Hunderte Frauen von einem arabisch sprechenden Mob junger Männer begripscht, misshandelt, sexuell bedrängt und bestohlen wurden... Auch der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger hält sich für nicht zuständig, wenn es um Schuld geht. In Wahrheit aber hat er die Zustände in Köln mit zu verantworten... Nach der aus dem Ruder gelaufenen Hogesa-Demonstration im Oktober 2014, als sich enthemmte Hooligans durch das Kölner Zentrum prügeln und ein Trümmerfeld hinterließen, sprach Jäger sogar von einem gelungenen Einsatzkonzept.“²⁸⁶

Die offenbaren Versäumnisse führten Schmalenberg, stellvertretend für den konservativen Teil seiner Leser, zu schwerwiegenden Vorwürfen:

„Auch an Silvester war die Öffentlichkeit schutzlos einer entfesselten Horde von Kriminellen ausgesetzt – mitten in der Stadt und unter den Augen der Polizei. Das Versagen wie bei Hogesa noch zum Erfolg umzudeuten, ging hier nicht mehr. Sollten die Ereignisse deshalb ver-

283 Klask, Fabian: Geheime Silvester-Dokumente: Chaos und Widersprüche bei der Kölner Polizei. In: Kölner Stadtanzeiger, 30.04.2016, <https://www.ksta.de/koeln/geheime-silvester-dokumente-chaos-und-widersprueche-bei-der-koelner-polizei-23978530>.

284 Klask, Fabian und Stinauer, Tim: Geheime Silvester-Dokumente. Wie das Ordnungsamt in der Silvester Nacht versagt hat. In: Kölner Stadtanzeiger, 30.04.2016, <https://www.ksta.de/koeln/geheime-silvester-dokumente-wie-das-ordnungsamt-in-der-silvesternacht-versagt-hat-23978532>.

285 Schmalenberg, Detlef: Kommentar zu Silvester: Die Wahrheit wurde der „Political Correctness“ geopfert. In: Kölner Stadtanzeiger, 30.04.2016, <https://www.ksta.de/koeln/kommentar-zu-silvester-die-wahrheit-wurde-der-political-correctness-geopfert-23982666>.

286 Ebda.

tuscht oder zumindest heruntergespielt werden? Auch wenn es mehrere Tage dauerte, bis das wahre Ausmaß des Skandals deutlich wurde: Schon am Nachmittag des 1. Januar war den Verantwortlichen der Polizei zumindest klar, welche Brisanz die Übergriffe haben könnten. Dies belegt ein Schreiben... Anstatt abzutauchen, hätten sich die Institutionen des Rechtsstaates... äußern müssen. Ob dies aus Überforderung oder aus politischem Kalkül nicht geschehen ist, muss der Untersuchungsausschuss klären... Was in den internen Papieren... immer deutlicher wird, ist eine bestimmte Haltung: Dass besser nicht sein sollte, was nicht sein durfte. Im vorauseilenden Gehorsam einer falsch verstandenen ‚Political Correctness‘ blieb die Wahrheit auf der Strecke. So war es etwa dem Verfasser der ersten internen Polizeimeldung zu ‚heikel‘, die Täter als ‚Migranten‘ oder ‚Flüchtlinge‘ zu bezeichnen. Wer anders als der Innenminister hätte eine solche Mentalität in den ihm unterstehenden Behörden zu verantworten? Jägers Mitarbeiter jedenfalls waren schon früh damit beschäftigt, die Schuldigen alleine in Köln zu suchen.“²⁸⁷

Doch politische Korrektheit, die zum Wahrheitsverlust führt, war nicht die einzige Ursache für die Ausbreitung der Kontrollverlust-Wahrnehmung. Diese wurde bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch im Rahmen des Übergangs von der Mensch-Maschine-Interaktion zur Mensch-Maschine-Konvergenz²⁸⁸ (Karim Fathi, Wolfgang Müller-Pietralla), die zur „Selbstverwandlung“²⁸⁹ zwingt, zur Wahrnehmungslinse. Zum Teil schrieb man den Kontrollverlust auch der schlichten „Abwesenheit“ des Rechtsstaates oder gar seiner Umgehung durch die Regierungsparteien zu. Oder wie es Alexander Betts und Paul Collier 2018 am Beispiel der Migrationskrise auf den Punkt brachten:

„Das Fehlen von Rechtsstaatlichkeit bei der Aufnahme [von Flüchtlingen]..., gepaart mit einer eher willkürlichen Integrationspolitik, untergrub das Vertrauen der Öffentlichkeit, was wiederum eine populistische Gegenreaktion mit verheerenden Folgen... für die europäi-

287 Ebda.

288 Vgl. Benedikter, Roland, and Fathi, Karim: The Future of the Human Mind: Techno-Anthropological Hybridization? In: Challenge. The Magazine of Economic Affairs, Vol. 62/2019, Issue 1, pp. 77–95, <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/05775132.2018.1560943>.

289 Vgl. Kovec, Philip / Priddat, Birger P. (Hrsg.): Selbstverwandlung. Das Ende des Menschen und seine Zukunft. Anthropologische Perspektiven von Digitalisierung und Individualisierung, Metropolis Verlag, Weimar 2021.

sche Demokratie hervorrief. Vom Brexit bis zum Aufstieg der populistischen Partei ‚Alternative für Deutschland‘ haben die Spaltungen im Zusammenhang mit der Migration die Politik vergiftet... Die Hauptquelle der öffentlichen Ängste ist der wirtschaftliche Strukturwandel, insbesondere der Zusammenbruch der arbeitsintensiven Produktion. Doch selbst wenn die Migration nicht die Hauptursache für die Unzufriedenheit ist, muss die Migrationspolitik demokratisch legitimiert sein, wenn sie nachhaltig sein soll. Die europäischen Politiker verfügen jedoch weder über eine wirksame Politik noch über eine vereinheitlichende Darstellung, die notwendig wäre, um das Vertrauen der Wähler zurückzugewinnen... Um mit den Reformen zu beginnen, müssen sich die europäischen Politiker und Entscheidungsträger auf den gewünschten Endpunkt einigen.“²⁹⁰

Es braucht demnach eine ganzheitlicher als bisher kommunizierte Strategie, die gemeinschaftlich umgesetzt wird, um der Kontrollverlust-Psychologie entgegenzuwirken. Damit würde zweifellos zugleich auch die Malaise der politischen Mitte bekämpft. Eine Vernunft-orientierte Volkspartei, gleich welcher Couleur, muss Psychologien ernster als bisher nehmen und durch Taten korrigieren. Sie muss – unter anderem – die Wahrnehmung einer „penetrierten Demokratie“ und einer „Wehrlosigkeit“ gegen äußere Kräfte bei den Bürgern reparieren. Das gilt auch für die Wahrnehmung des Ausgesetztseins an „Penetrationen“ und „Infiltrationen“ durch immer aggressivere autoritäre Regime – wie etwa 2021 in der durch Belarus und Russland mittels einer „hybriden Kriegsführung“²⁹¹, wie das die EU nannte, künstlich und willentlich heraufbeschworenen Migrationskrise an der EU-Ostgrenze in Polen, mit Zielpunkten Deutschland und Frankreich. Um diese Ängste glaubwürdig zu beseitigen, muss Volkspartei, erneut: gleich welcher Couleur, das Prinzip der Sicherheit als solches grundlegend neu bewerten – und an der weit verbreiteten Wahrnehmung von „Kontrollverlust“ auch ihre eigenen Fehler bei diesem Basis-Thema messen.

Das hat inzwischen auch die EU verstanden. Sie versucht seit einigen Jahren zumindest entsprechende rhetorische Schwerpunkte zu setzen. So hat es bereits der EU-Gipfel von Sibiu kurz vor den Wahlen zum Europa-

290 Betts, Alexander and Collier, Paul: How Europe Can Reform Its Migration Policy. The Importance of Being Sustainable, a.a.O.

291 Keating, Dave: The EU Scrambles to Respond to ‘Hybrid Warfare’ on the Poland-Belarus Border. In: World Politics Review, November 11, 2021, <https://www.worldpoliticsreview.com/trend-lines/30113/for-the-eu-belarus-border-crisis-is-hybrid-warfare>.

parlament im Mai 2019²⁹² hervorgehoben: Schutz- und Sicherheitsbedürfnisse der EU-Bevölkerungen sollten von Regierungen und Parteien neu bewertet werden, um das Vertrauen in das demokratische System und seine Institutionen wiederherzustellen. Dass diese EU-Empfehlung auch als Wahlstrategie diene, um Nicht-Mitte-Kräfte an den europäischen Urnen in Schach zu halten, tut ihrer Sinnhaftigkeit keinen Abbruch.

292 Europäischer Rat: Die Erklärung von Sibiu, 09. Mai 2019, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/05/09/the-sibiu-declaration/>, abgerufen am: 25.03.2022.

31. Wege zur Rettung des politischen Zentrums: Das „Neue Nordische Modell“. Weg von übertriebener Neutralität, No-Speech-Rhetorik, politischer Korrektheit und überzogener „Toleranz“, die eigentlich Indifferenz ist

Wo liegen angesichts dieser Situation Wege, Elemente, Bausteine für die Zukunft?

Vieles wurde bereits angesprochen. Das Ergebnis der Versäumnisse der vergangenen Jahre war die Wahrnehmung vieler Wähler, sie würden in einer „Schneeflockendemokratie“ leben – verbunden mit einem zusehends aktivismuserorientierten, anti-Parteien- und außerparlamentarischen Verständnis von Demokratie.²⁹³ Die Folge war ein Vertrauensverlust in die Institutionen der Demokratie – und damit auch in ihre Hauptwahrer, die Zentrumskräfte. Im April 2022 äusserten in Österreich nur 6 % der Jugendlichen, dass sie „Vertrauen“ in das Parteiensystem und ihre Vertreter hätten.²⁹⁴ Dass dies begleitet wurde von wachsenden Abhängigkeiten: darunter der Energie-Abhängigkeit von Russland²⁹⁵, der Handels- und Investitionsabhängigkeit von China²⁹⁶, und der „Migrationsabhängigkeit“²⁹⁷ von der Türkei, war dem Vertrauens- und Stabilitätsempfinden ebenfalls nicht förderlich.

293 Vgl. Mills, Stephen: Not so grassroots: how the snowflake model is transforming political campaigns. In: The Conversation, March 14, 2016, <https://theconversation.com/not-so-grassroots-how-the-snowflake-model-is-transforming-political-campaigns-54166>, abgerufen am: 21.05.2022.

294 Austrian Press Agency via ORF Teletext: Jugend-Vertrauen in Parteien gering, 05.04.2022.

295 Vgl. Kornelius, Stefan: Nord Stream 2: Putins Absicht. In: Sueddeutsche Zeitung, 09.11.2021, <https://www.sueddeutsche.de/meinung/deutschland-russland-nord-stream-2-eu-1.5459322>, abgerufen am: 15.06.2022.

296 Statistisches Bundesamt: Außenhandel: Die Volksrepublik China ist erneut Deutschlands wichtigster Handelspartner, o.D., <https://www.destatis.de/DE/Temen/Wirtschaft/Aussenhandel/handelspartner-jahr.html>.

297 Government of the Republic of Lithuania: Prime Minister: Illegal migration from Belarus is a tool of hybrid aggression, July 06, 2021, <https://lr.lt/en/news/prime-minister-illegal-migration-from-belarus-is-a-tool-of-hybrid-aggression>, abgerufen am: 21.02.2022.

Ein falscher Ansatz wäre es in dieser Lage, dem Rat falscher Propheten zu folgen und eine (Re-)Ideologisierung von Volkspartei zu versuchen, um eine Zuspitzung zu erreichen und durch die Erzeugung stärkerer äußerer Konfrontation einen „neuen Geist der Einheit“ nach innen anzustreben. Das war der Ansatz der Trump- und seit 2021 auch der Biden-Präsidentschaft in den USA, um ihre Partei gegen die jeweils andere zusammenzuschweißen. Beide haben als Effekt die gesellschaftliche Spaltung der Gesellschaft weiter vertieft. Diesem Beispiel sollte Europa nicht folgen. Auch der Ansatz, die großen Volksparteien an einen „moderaten Populismus“ anzunähern, wie dies seit einigen Jahren vor allem von der europäischen Linken im Gefolge der Ideen des italienischen Politikphilosophen Antonio Gramsci (1891–1937) diskutiert wird, ist ein Irrweg.²⁹⁸ Ein Hebel für die Zukunft kann es jedoch – deutlich abgeschwächer – sein, „guten“ und „schlechten“ Populismus zu unterscheiden.

Dabei könnte das sogenannte „Neue Nordische Modell“ für die europäischen Volksparteien zum Vorbild werden. Dieses Modell besteht in der „Vereinbarkeit von freiem Handel, Patriotismus und Inklusivität“²⁹⁹. Unter anderen hat es der Präsident des Weltwirtschaftsforums (WEF) und ehemalige norwegische Handelsminister Børge Brende im Januar 2020 in der Zeitschrift *Foreign Affairs* vorgeschlagen. Worum geht es?

Studien haben bereits seit einiger Zeit darauf hingewiesen, dass ein Ursprung des Erfolgsmodells nordischer Länder der vergangenen Jahrzehnte in Anregungen der Verbindung von Kollektivismus mit Individualismus durch den Deutschen Idealismus liegt.³⁰⁰ Daher scheinen hier gewisse Querverbindungen zwischen verschiedenen europäischen Regionen zu bestehen – mit hohem Gewinnpotential für das Ganze Europas, weil dadurch auch Unterschiede fruchtbarer gemacht werden können. Wie Brende schreibt, steht beim „Neuen Nordischen Modell“ die Idee eines „guten Populismus“ mittels Dreifach-Kombination von „starkem Liberalismus“

298 Benedikter, Roland: Gramsci is Not the Answer. In: *Global-e. A Global Studies Journal*, edited by the Global Dynamics Initiative (GDI) at the University of California at Santa Barbara, April 11, 2017, <https://globalejournal.org/global-e/april-2017/gramsci-not-answer>, abgerufen am: 30.03.2022.

299 Brende, Børge: The New Nordic Model. How to Reconcile Free Trade, Patriotism, and Inclusivity. In: *Foreign Affairs*, January 2, 2020, <https://www.foreignaffairs.com/articles/europe/2020-01-02/new-nordic-model>, abgerufen am: 15.04.2022.

300 Vgl. Andersen, Lene Rachel and Björkman, Tomas: *The Nordic Secret. A European Story of Beauty and Freedom* (2016), <https://www.nordicsecret.org/>, abgerufen am: 10.02.2022.

mit „partizipativem Kollektivismus“ und einem „konstruktiven Nationalismus“ im Zentrum:

„Alle Länder stehen [heute] vor gewaltigen sozio-ökonomischen Herausforderungen. Die Ungleichheit nimmt zu. Der Zusammenhalt der Gesellschaften wird durch Identitätskrisen geschwächt. Und wie Demonstrationen... zeigen, schwindet das Vertrauen in die Regierungen. Auf der Suche nach Schuldigen geben viele Wähler... dem Handel, der Technologie und der Migration die Schuld. Dies führt jedoch zu einem scheinbar unlösbaren Rätsel. Wenn die Menschen zunehmend wütend sind, weil sie glauben, dass Handel, Technologie oder Migration nichts Gutes bewirken können, und wenn sie ihren Regierungen oder Mitbürgern nicht zutrauen, eine Lösung zu finden, was kann dann getan werden? Die nordischen Länder – Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden – zeigen, dass es einen Weg gibt. Das nordische Modell, mit dem sie seit Jahrzehnten Pionierarbeit geleistet haben, besteht aus einigen wenigen grundlegenden Komponenten: einem Wohlfahrtsstaat mit kostenloser, hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung; einem ‚Flexicurity‘-Beschäftigungsmodell, das flexible Einstellungen und Entlassungen mit einer starken sozialen Absicherung kombiniert; und aus offenen Märkten mit niedrigen Zöllen und minimalen Handelsschranken. Doch neben diesen bekannten Attributen hat das nordische Modell noch ein weiteres, meist weniger geschätztes Element: einen konstruktiven Nationalismus. Dieser Nationalismus definiert sich nicht über den Herkunftsort oder die Hautfarbe, sondern über den eigenen Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft. Unterstützt durch die positive wirtschaftliche Entwicklung hat diese besondere Mischung von Elementen zu einem Sozial- und Regierungsmodell geführt, das Wachstum und Dynamik mit Gleichheit und sozialem Frieden in Einklang bringt. Richtig verstanden, bietet das nordische Modell wichtige Lehren.“³⁰¹

Zum „konstruktiven Nationalismus“ im besonderen schreibt Brende:

„Der weniger gefeierte Teil des nordischen Modells ist sein starker, aber konstruktiver Nationalismus. Dänisch, finnisch, norwegisch oder schwedisch zu sein, bedeutet vor allem, sich für positive soziale Werte einzusetzen. Im Mittelpunkt des nordischen Patriotismus steht das

301 Brende, Børge: The New Nordic Model. How to Reconcile Free Trade, Patriotism, and Inclusivity, a.a.O.

Bekenntnis zu einem sozio-ökonomischen Modell, das das Vertrauen zwischen den Bürgern, dem privaten Sektor und der Regierung fördert und Anreize für den Einzelnen schafft, einen Beitrag zum Wohlergehen der Gesellschaft zu leisten – sei es in finanzieller Hinsicht oder bei der Wahl der beruflichen Laufbahn und ehrenamtlichen Tätigkeit. Das Vertrauen, das die nordischen Bürgerinnen und Bürger einander entgegenbringen, und die gemeinsame nationale Identität, die dieses Vertrauen untermauert, bringen starke Vorteile mit sich. Sie ermöglichen Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmen, zusammenzuarbeiten, anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen. Das stellt sicher, dass die Regierungen hohe Integritäts- und Transparenzstandards einhalten und effektive Dienstleistungen erbringen – einschließlich eines Gesundheitssystems von Weltklasse, das wesentlich kostengünstiger ist als das anderer Industrieländer. Vor allem hat der nordische Nationalismus in der Vergangenheit die Integration von Neuankömmlingen ermöglicht.”³⁰²

Letzteres allerdings auch – was Brende nicht erwähnt – mittels starkem Assimilationsdruck, wie etwa die Einstellungs-, Arbeits- und Immigrationsmodelle Dänemarks zeigen. In Dänemark zu arbeiten, heisst faktisch, Däne zu werden. Man muss in den meisten qualifizierten Berufen die Sprache fast auf Muttersprachenniveau sprechen, und man muss sich in Habiti und Kultur bedingungslos eingliedern, will man nicht schnell aus dem neuen Umfeld herausfallen. Das bedeutet: Dänemark akzeptiert das EU-Prinzip der freien Mobilität der EU-Bürger, nationalisiert es faktisch aber. Dies ist keineswegs in allen EU-Ländern der Fall, am wenigsten (auch aus historischen Gründen) in Deutschland – ebensowenig wie die Tatsache, dass Dänemark im Gefolge der europäischen Migrationskrise 2015 eines der restriktivsten Immigrationsmodelle der Welt implementiert hat. Es lässt faktisch keine Flüchtlinge mehr ins Land, sondern bezahlt Drittländer dafür, eigene Flüchtlinge aufzunehmen, und auch das nur in Ausnahmefällen. Damit hat sich Dänemark zu einer Insel in der EU gemacht, wobei auch andere „nordische“ Länder Signale geben, diesem Modell tendenziell zu folgen – denn auch das ist Teil ihres „neuen“ Nationalismus (Maarten Jan Wensink). Wie „neu“ und konstruktiv dies andere EU-Staaten und -Bürger erleben, ist eine andere Sache.

302 Brende, Børge: The New Nordic Model. How to Reconcile Free Trade, Patriotism, and Inclusivity, a.a.O.

Es bestehen also aus objektiver Sicht klare Einschränkungen gegenüber der Darstellung Brendes, die vor allem im Punkt der Durchlässigkeit des Modells korrigiert werden müssen. Doch da der „konstruktive Nationalismus“ aus verschiedenen Bestandteilen besteht und als Modell ohnehin nicht einfach übertragen werden, sondern nur als Anregung herangezogen werden kann, kann aus ihm Inspiration für die Selbsterneuerung einer vernunftorientierter Mitte auch anderer europäischer Staaten hervorgehen. Aus seinen Erfahrungen zieht Brende den Schluss:

„Das nordische Modell ist aktueller als je zuvor. Es bietet einen Weg für Gesellschaften, wirtschaftlich, sozial und technologisch zu gedeihen, und zwar nicht aufgrund einer Ideologie, sondern aufgrund der pragmatischen Einsicht, dass Wirtschaft nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle Beteiligten mit ins Boot geholt werden. Indem die nordischen Länder ihren Bürgern gleiche Chancen bieten, haben sie die Legitimität der sozialen Marktwirtschaft gestärkt... Andere Länder täten gut daran, diese Lehren zu übernehmen. Auch sie können Vertrauen zwischen den Bürgern aufbauen. Auch sie können wirtschaftliche Dynamik und Wettbewerb fördern und gleichzeitig die Sicherheit der Arbeitnehmer gewährleisten und sich gegen Protektionismus und Isolationismus wehren. Auch sie können offene Märkte und wettbewerbsfähige Unternehmen haben und gleichzeitig genügend Steuern erheben, um wirksame staatliche Dienstleistungen zu erbringen und einen ausgedehnten Wohlfahrtsstaat zu finanzieren. Kurz gesagt, das nordische Modell bietet eine hoffnungsvolle Botschaft für eine Zeit des Aufruhrs.“³⁰³

Man mag diese Schlußfolgerung aus zentraleuropäischer Sicht unterschiedlich bewerten. Da aber die skandinavischen Staaten auch wegen des Entschlusses zum NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands im Gefolge von Russlands Ukraine-Invasion 2022 Europa noch näher rücken, sind die Volksparteien gut beraten, die Kernelemente dieses Modells offen und inklusiv zu diskutieren, um „schlechtem“ Populismus und Polarisierung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die vielleicht noch wichtigere Frage in längerfristiger Blickrichtung wäre zudem, wie ein solch konstruktiver Nationalismus auf die unter Glokalisierungsbedingungen notwendige, ja unausweichliche grössere Gemeinschaftsbildung zu übertragen bzw. auszuweiten wäre – also auf transnationale Zusammenarbeit, die EU und die globale Gemeinschaft von Staaten.

303 Ebda.

Könnte aus dem „konstruktiven Nationalismus“ auch ein „konstruktiver Meta-Nationalismus“ oder gar „konstruktiver Kooperativismus“ hervorgehen, zumindest unter demokratischen Nationen – und wenn ja, unter welchen Bedingungen?

Da sich heute eine neue Blockbildung zwischen einer globalen Allianz der Demokratien und einer ebensolchen Allianz der Autokratien abzeichnet, die am Ukraine-Krieg seit Februar 2022 einen starken Hebel der Polarisierung, Lagerbildung und „Schliessung der Reihen“ auf beiden Seiten findet³⁰⁴, sind zumindest die offenen Gesellschaften gut beraten, den „konstruktiven Nationalismus“ nicht auf „die Nation“ zu beschränken, sondern ihn zu teilen und ihn gemeinsam zu entwickeln, so gut es geht – wie es auf seine Weise ja auch Brende mit seiner Modell-Behauptung letztlich indirekt vorschlägt. Wie aber könnte das genau aussehen? Ist es nicht die Quadratur des Kreises, den „Nationalismus“, und sei er auch noch so „konstruktiv“, transnational teilen zu wollen?

Zentrumsparteien, die sich weiterentwickeln wollen, sollten sich diesen überaus spannenden Fragen stellen. Denn in diesen Fragen dürfte nicht nur die Zukunft der „guten Nation“, sondern auch ein guter Teil des Konundrums jener künftigen Weltentwicklung enthalten sein, die die Globalisierung nicht aufgeben, sondern im Gegenteil menschlicher, präziser und teilhabender weiterführen will.

304 Vgl. Benedikter, Roland: The New Global Direction: From “One Globalization” to “Two Globalizations”? Russia’s War in Ukraine in Global Perspective. In: New Global Studies, Fall Issue 2022, De Gruyter, online first publication: 15 September 2022, pp. 1–34, <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/ngs-2022-0038/html>, DOI: <https://doi.org/10.1515/ngs-2022-0038>.

32. Eine Seitenlösung: Abkehr von der Berufspolitik? Die Debatte „Jeder Politiker sollte einen Beruf haben“

Die Zukunftsdebatte weist neben solch großen Dimensionen aber auch noch sehr viel alltäglichere und pragmatischere auf. Letztere mögen manchem banal erscheinen. Sie sollten aber nicht unterschätzt werden und könnten beim Bürger durchaus Sympathie hervorrufen.

So stieß Deutschlands Innenministerin Nancy Faeser im Sommer 2022 eine durchaus nicht uninteressante Praxis- und Berufs-Debatte für Politiker an:

„Kann eigentlich *jeder* Politik? Innenministerin Nancy Faeser (SPD): ‚Grundsätzlich finde ich, dass jeder Politiker eine Ausbildung haben sollte‘. Die Innenministerin forderte..., ‚dass jeder Politiker eine Ausbildung haben sollte, in die er oder sie zurückkann. Das macht unabhängig und freier in den Entscheidungen.‘ Die studierte Juristin Faeser (zwei Staatsexamen, danach jahrelang als Anwältin tätig) weiß: davon kann in der Realität leider keine Rede sein. Der Bundestag ist voller Studienabbrecher und Politiker ohne Ausbildung – vor allem in der Ampel-Regierung. Ist Politik oft so schlecht, weil unsere Volksvertreter nichts gelernt haben? Fakt ist: Die beiden Grünen-Chefs Ricarda Lang (28, Grüne) und Omid Nouripour (47, Grüne) blieben ohne Abschluss, ebenso SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert (33, SPD) und Sevim Dagdelen (47, Linke). Auch in der Unionsfraktion gibt es mit dem ehemaligen CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak (37) einen bekannten Kandidaten (fiel zweimal durchs Jura-Examen, studierte dann Unternehmenskommunikation ohne Abschluss). Ebenfalls ohne Abschluss sind die Abgeordneten Jens Teutrine (28, FDP) und Markus Frohnmaier (31, AfD).“³⁰⁵

Das an sich wäre nicht das Problem. Das Problem ist vielmehr, dass für Politiker ohne Berufsabschluss nichts anderes als Politik übrigbleibt – und damit das Kleben an Sesseln und die Zementierung von Verhältnissen, die

305 Schuler, Ralf, Bassewitz, Michael, und Both, Maximilian: Innenministerin Faeser (SPD) stößt Debatte an: Kann eigentlich *jeder* Politik? In: Bild Zeitung, 08.10.2022, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/innenministerin-faeser-stoesst-debatte-an-kann-eigentlich-jeder-politik-81552416.bild.html>.

oft unbewußt im eigenen Interesse erfolgt. Das ist menschlich nachvollziehbar, leistet aber dem Ruf der Politik und Parteien keinen guten Dienst.

Ein zweites Problem ist auch die Berufsverteilung der Politiker, wo die Gesellschaft nicht ausreichend repräsentiert ist, weil bestimmte Berufsgruppen – gerade in den Volksparteien – einen deutlichen Überhang aufweisen. So waren 2022 im deutschen Bundestag (20. Legislaturperiode 2021–2025) von den 735 Abgeordneten laut Bundestag und Statista Research 14,8 % Rechtsanwälte, 4,6 % Politikwissenschaftler, 3,1 % Lehrer, 2,2 % Bankkaufmann, 1,8 % Unternehmensberater, 1,8 % Arzt, 1,4 % Unternehmer, 1,1 % Steuerberater, 0,7 % Krankenpfleger, 0,5 % Erzieher und 0,5 % Landwirte.³⁰⁶ Dass diese Verteilung keineswegs die Verteilung im Volk wiedergibt, ist kein kleines Hindernis für Volksnähe.

Daher sagt auch

„Ex-Bildungsministerin Johanna Wanka (CDU), gelernte Agrar-Technikerin und studierte Mathematikerin: ‚Es kann Parlamenten und Ministerien nur guttun, wenn dort mehr Menschen mit Berufserfahrung, erlebten Höhen und Tiefen im Arbeitsalltag und im Umgang mit Kollegen sitzen. Das Trio Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal bildet nicht das ganze Leben ab.‘ Die Vizepräsidentin des Bundestags, Katrin Göring-Eckardt (Grüne), studierte für vier Jahre evangelische Theologie. Doch fertig wurde sie nie (Abbruch 1988). Unvergessen sind ihre Äußerungen zur Flüchtlingskrise 2015, als sie angesichts der offenen Grenzen bei ‚Anne Will‘ schwärmte: ‚Die Arbeitgeber scharren längst mit den Füßen und sagen: Wir brauchen diese Leute.‘ Der Generalsekretär der SPD, Kevin Kühnert, klagte sich in ein Studium der Kommunikationswissenschaft – aber brach es nur ein Jahr später ab. Dann arbeitete er immerhin vier Jahre in einem Callcenter. Seither: nur noch Politik. Als Juso-Chef träumte er mit DDR-Kampfbegriffen von der ‚Überwindung des Kapitalismus‘, selbst ‚private Vermietungen‘ solle es im ‚Optimalfall‘ nicht mehr geben. Ricarda Lang studierte sieben Jahre lang Rechtswissenschaften – einen Abschluss machte sie nicht, stattdessen nur noch: Politik. Dennoch fabulierte Lang: ‚Ich weiß, was es bedeutet, wenn man trotz Überstunden und gesellschaftlicher Relevanz nur schwer über die Runden kommt.‘ Damit gemeint hatte

306 Statista Research Department: Anteil der beruflichen Hintergründe der Abgeordneten im 20. Deutschen Bundestag 2021 (Auswahl), 17.08.2022, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1266512/umfrage/berufliche-hintergruende-der-abgeordneten-im-20-deutschen-bundestag/>.

die Grünen-Chefin allerdings nicht sich selbst. Sondern ihre Mutter (alleinerziehende Sozialarbeiterin).³⁰⁷

Die Lehre: Politiker mit Beruf könnten die Volksnähe der Volksparteien stärken. Daher sollten sie auch bei innerparteilichen Karrieren grundsätzlich einen Vorteil haben.

307 Ebda.

33. Schlussfolgerung: Perspektiven

Wer die Perspektiven aus all dem, was hier geschildert wurde, entwickeln will, sollte vor allem eines bedenken: Wir sind als offene Gesellschaften aus der Phase heraus, wo hinsichtlich gesellschaftlicher Verantwortung der Politiker auf den Bürger zeigte und der Bürger auf den Politiker. Beide müssen nun gleichermaßen Verantwortung für die Bewahrung und Entwicklung des politischen Zentrums und damit der Grundstabilität übernehmen. Das schliesst eine Beziehung auf Augenhöhe ein. Volkspartei kann nur mehr in dieser Beziehung existieren. In der gleichberechtigten, aber auch in die Pflicht nehmenden Interaktion zwischen beiden besteht die Wiederanknüpfung der Politik an den Bürger, und des Bürgers an die Politik. Sie muss von beiden Seiten ausgehen.

In dieser Blickrichtung schreibt der Leiter des „Instituts für Zukunftspolitik“ in Berlin, Daniel Dettling, zu den Perspektiven des politischen Systems und seiner Parteien:

„Der Staatsrechtler Florian Meinel stellt... eine Krise der Repräsentation fest. Die Parteiendemokratie hat nur [mehr] im Rahmen einer Netzwerkdemokratie Zukunft. In dieser gelten drei Prinzipien: Personen sind wichtiger als Parteien, Projekte sind wichtiger als Programme, und Profil ist wichtiger als Proporz. In der Netzwerkdemokratie geht es um neue gesellschaftliche Bündnisse. In der neuen Netzwerkdemokratie löst das Konnektiv das Kollektiv ab. Es geht um eine Politik der Bedürfnisse statt der Ideologien. Gefragt sind ein Mix aus liberalen, konservativen und sozialen Rezepten und das gemeinsame, kollaborative und konstruktive Lösen von Problemen in Projekten. Es geht um die Rückeroberung von Handlungsfähigkeit in einer sich blockierenden Welt. Politik ist in der Netzwerkgesellschaft nicht mehr eine moralische Glaubensfrage, sondern eine Frage des Stils und der Methode: spielerisch und pragmatisch. Gute Performer und Politunternehmer werden belohnt, Populisten und Unsympathen bestraft.“³⁰⁸

308 Dettling, Daniel: Historischer Absturz der großen Volksparteien. In: Die Presse, 10.07.2019, <https://www.diepresse.com/5657532/historischer-absturz-der-grossen-volksparteien>, abgerufen am: 01.07.2022.

In gewisser Weise nimmt Dettling hier eine Definition des „guten“ versus des „schlechten“ Populismus vor. Während, wie wir uns erinnern, laut Gergana Dimova der „schlechte“ Populismus aus den „3Ps“ Personifizierung, Popularitätsorientierung und Provokation besteht, stehen hier im „guten Populismus“ Personen, Projekte und Profil im Zentrum. Damit wird statt Personifizierung die Person selbst wichtig; Provokation fällt weg; und Popularitätsorientierung wird mittels Projekten in Profil umgeformt. Mit einem solchen Programm hätte es Donald Trump, der den „schlechten Populismus“ repräsentiert, wohl nicht ins Weiße Haus geschafft – und auch nicht der „europäische Donald Trump“, Victor Orbán³⁰⁹, der zu Unrecht vorgibt, den Stil „neuer Volksparteien“ in Europa vorzugeben. Im Gegensatz zur Polarisierung dieser Populisten geht es laut Dettling für die Zukunft des Parteienstaates im Kern um die Entwicklung einer neuen „Politik des Und“:

„Wenn Parteien überleben wollen, müssen sie sich selbst ‚zerstören‘, neu erfinden und zu offenen und vernetzten Plattformen werden. Sie müssen jünger, kreativer, freundlicher und digitaler sein. Auf zwei Kompetenzen kommt es dabei vor allem an: Zukunftskompetenz – ein Denken und Handeln aus der Zeit, die noch vor uns liegt. Eine Zeit ohne Klimazerstörung, Armut und Hunger können dann möglich sein, wenn sie zum Projekt möglichst vieler Akteure werden. Das zweite Erfordernis ist Netzwerkkompetenz. Gemeint sind attraktive Formen der Mitbestimmung und des Mitmachens. Emmanuel Macrons [Volkspartei] *En Marche* macht es vor: Jenseits von links und rechts geht es um neue Formen der politischen Teilhabe und des Engagements. Auf Mitgliedsbeiträge verzichtet die Bewegung des heutigen Präsidenten. Wende oder Ende? Das haben die früheren Koalitionäre selbst in der Hand. Die Zukunft gehört einer ‚Politik des Und‘: Ökonomie und Ökologie, Zusammenhalt und Vielfalt, Fortschritt und Humanität, Nation und Europa, wirtschaftliche Dynamik und sozialer Ausgleich. Die Gesellschaft ist längst in Bewegung.“³¹⁰

309 Vgl. Benedikter, Roland and Karolewski, Ireneusz Pawel: Europe's New Rogue States, Poland and Hungary: A Narrative and Its Perspectives. In: Chinese Political Science Review, Springer International, June 2017, Volume 2, Issue 2, pp. 179–200, http://link.springer.com/article/10.1007/s41111-016-0048-5?wt_mc=Internal.Event.1.SEM.ArticleAuthorAssignedToIssue.

310 Dettling, Daniel: Historischer Absturz der großen Volksparteien, a.a.O.

Dettlings Beschreibung ist in vielerlei Hinsicht nichts anderes als die zentraleuropäische, vielleicht auch die gesamteuropäische Variation und Beschreibung eines neuen „konstruktiven Nationalismus“. Dieser ist kein Gegensatz, sondern ein Fundament und eine Aufbaustufe der Stärke der Europäischen Union. Dieser mehr zentraleuropäische Zugang steht zwar in einigen Punkten im Gegensatz zum Konzept Brendes, aber genau die Diskussion darüber kann entscheidende Impulse für die Erneuerung des Formats Volkspartei geben. Klar ist bei allen Unterschieden aber doch, dass beide: Dettlings und Brendes Erneuerungskonzepte in eine ähnliche Richtung zielen – eine Richtung, die nun auch von den verbleibenden Parteien des politischen Zentrums in Deutschland, Österreich, Frankreich und Europa aufgegriffen und einer vertieften Auseinandersetzung zugeführt werden sollte.

Denn: Wäre nicht genau eine „Politik des Und“ die ureigentlichste Politik von „Volkspartei“? Sie hat sich ja als „Catch-All-Party“ nach dem zweiten Weltkrieg selbst so entworfen und entwickelt. Nur die Art und Weise müsste sich anpassen – das Prinzip des „Und“ ist ihr im Kern bereits kongenial. Entscheidend ist, dass die neuen Führungen den zeitgenössischen Zusammenhang zwischen „Und“-Politik, neuen Generationen und Rettung der politischen Mitte verstehen. Die neuen Generationen werden nicht zu den Volksparteien zurückkehren, wenn diese das von Dettling beschriebene „Und“ nicht glaubwürdig praktizieren.

Dazu kommt, und damit schliesst sich der Kreis zur Jugendkultur, den wir am Anfang thematisierten: Es gab und gibt durchaus zwei Reaktionen der Jugend auf die wiederholten Krisenbündel, nicht nur eine. Die zweite, positive neben dem Pessimismus, ist ein neuer, idealistischer Werte-Substantialismus über Parteien hinweg, in dessen Dienst sich beide Volksparteien stellen können. Dieser Idealismus ist – parteiübergreifend – im Unterschied zu Dettlings Ausführungen sehr wohl und vor allem auf Stabilität angelegt. Er will weniger bestimmte Verfahren oder Richtungsentscheidungen in der Politik vorwegnehmen, als vielmehr, genereller, eine „staatspolitische Normalisierung“ (Joachim Gauck) auch im Sinne einer Balance der Werte.³¹¹ Das kann den Parteien der Mitte Zustimmung vonseiten der Jugend zurückbringen.

311 Vgl. Schnetzer, Simon: Trendstudie Sommer 2022: Deutschlands Jugend im Dauerkrisen-Modus. Wegen der Kriegsgefahr bröckelt die optimistische Grundstimmung, März 2022, <https://simon-schnetzer.com/blog/pressemitteilung-zur-trendstudie-sommer-2022/>. Vgl. auch Pressenetzwerk für Jugendthemen: Weil die

Der wichtigste Punkt an Dettlings Rezept für die Zukunft mit Blick auf die Wiedergewinnung der Jugend ist aber ganz klar die „Zukunfts-kompetenz“. Dazu brauchen die Parteien Zukunftsbildung – oder, um in einer pluralistischen Gesellschaft genauer zu sein, „Zukünftebildung“. UNESCO „Futures Literacy“ und „glokale“ Sozialwissenschaft als Nachhaltigkeits- und Resilienzwissenschaften können einen Beitrag dazu leisten – wenn das Format Volkspartei sie frühzeitig und grundlegend in die Erneuerung einbindet.³¹²

Gesellschaft das wert ist: WerteJahre, 21.03.2022, <https://jugendhilfeportal.de/artikel/weil-die-gesellschaft-das-wert-ist-wertejahre>.

312 Vgl. Benedikter, Roland: „Glokale“ Sozialwissenschaft und Zukunftsbildung, a.a.O.

34. Der unverzichtbare Unterbau der Erneuerung: Zukunftsbildung und Antizipation als Katalysatoren der Jugend-Integration

Tatsächlich ist in der Perspektive eine der wichtigsten Einsichten für die kommenden Jahre, dass junge Menschen nicht einer Ideologie folgen, sondern das Richtige tun wollen – und zwar in einem „glokalen“ Zusammenhang von Denken, Vorwegnehmen und Handeln. Das bedeutet, dass ein „Zukunftsansatz“ notwendig ist, der die heute gängigen Diskurse von Nachhaltigkeit und Resilienz mit Antizipation und Partizipation verbindet. Ein solcher Ansatz muss Grundwerte, Arbeit mit neuer systemischer Unsicherheit und Effizienz miteinander verbinden; und er muss verschiedene Sichtweisen und Argumentationen zueinander in Beziehung setzen, wobei gerade letzteres der Jugend besonders wichtig ist, wie wir eingangs gesehen haben. Erst dann kann „Zukunftskompetenz“ zur Katalysatorin von Jugend-Integration werden. Staaten beginnen im Gefolge der jüngsten Krisen damit, sich einen solchen Ansatz in verschiedenen Ausprägungen anzueignen oder zumindest mit Zukunftsbildungs-Modellen zu experimentieren.³¹³ Demgegenüber sind die Parteien eher noch davon entfernt, obwohl sich im Prinzip viele der Notwendigkeit bewusst sind:

„Politische Entscheidungsträger sind sich der Herausforderung einer raum- und zeitübergreifenden Problemanalyse und der damit verbundenen Unsicherheiten durchaus bewusst. Die Herausforderung liegt in der begrenzten Kapazität, ein breiteres Spektrum von Diskursen und politischen Problemen gleichzeitig zu entwickeln. Wir stehen vor der zutiefst politischen Frage, wie die übergeordneten Ziele von Regierung oder Gesellschaft [einschließlich Nachhaltigkeit und Resilienz, Anmerkung des Verfassers] überhaupt ausgewählt werden. Was braucht es, um zu einem antizipatorischen Ansatz zu gelangen, bei dem die Handlungsfähigkeit des Einzelnen in Governance-Systeme eingebunden wird, die tatsächlich effektive sozial-ökologische Ergeb-

313 Vgl. Deutsches Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Forschung: Mit Foresight in die Zukunft schauen, 05.09.2019, <https://www.bmbf.de/bmbf/de/forschung/soziale-innovationen-und-zukunftsanalyse/foresight/mit-foresight-in-die-zukunft-schauen.html>.

nisse hervorbringen? Letztlich besteht die Herausforderung darin, die ‚Enklaven‘ der Vergangenheit und der Zukunft miteinander zu versöhnen, das heisst den gesellschaftlichen Widerstand gegen Veränderungen zu überwinden und Mechanismen zu finden, die es Gesellschaften ermöglichen, sich von nicht nachhaltigen Traditionen zu lösen, zu lernen und Entscheidungshilfen zu entwickeln, die sich mit ungewissen Zukünften auseinandersetzen. Dies könnte eine Revolution in der Art und Weise erfordern, wie wir unsere gesellschaftlichen Ziele formulieren.“³¹⁴

Den derzeit verfügbaren antizipatorischen Ansätzen sind jedoch enge Grenzen inhärent, weshalb neue, inter- und trans-disziplinäre Ansätze gefunden werden müssen. Doch dabei ist

„das größte Hindernis das der Realpolitik... In Bezug auf die Herausforderungen... hinkt die antizipative Analyse hinterher. Antizipatorische Governance, die eine Vision entwickelt, erfordert ein ausreichend starkes Mandat, damit die Akteure sich koordinieren können. Dies könnte eine der schwierigsten Komponenten beim Aufbau einer antizipatorischen Governance sein, da viele Akteure zwar bereit sind, an den Themen zu arbeiten; aber es gibt nur wenige Anreize, sich auszutauschen und auf eine gemeinsame Vision hinzuarbeiten... Diese Herausforderung könnte mit Hilfe von ergänzenden Ansätzen erleichtert werden..., einschließlich etablierter theoretischer Ansätze und neuer Zukunftsmethoden und antizipatorischer Maßnahmen.“³¹⁵

Zu Recht unterstreichen die Autoren aktueller Experimentalversuche zu inter- und trans-disziplinärer Zukunftskompetenz, dass

„Antizipation in einer Reihe von verschiedenen Bereichen untersucht worden ist, und die Forschungsbasis befindet sich im Aufbau, ist jedoch fragmentiert... Antizipation wird je nach Bereich unterschiedlich definiert... In der Praxis gibt es Anzeichen dafür, dass antizipatorische Governance innerhalb bestehender Strukturen funktioniert; aber es gibt auch Grenzen, wie zum Beispiel den Wunsch, Komplexität zu reduzieren, das Fehlen effektiver Koordinationsmechanismen und die

314 Boyd, Emily, Nykvist, Björn, Borgström, Sara & Stacewicz, Izabela A.: Anticipatory governance for social-ecological resilience. In: AMBIO. A Journal of Environment and Society, edited by the Royal Swedish Academy of the Sciences, Volume 44/2015, Springer, pp. 149-161, <https://link.springer.com/article/10.1007/s13280-014-0604-x>.

315 Ebda.

Realpolitik. Es bedarf der Weiterentwicklung von Instrumenten und Methoden aus verschiedenen Bereichen, um diese Grenzen zu überwinden und Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie [Zukunfts-]Vorwagnahme in einer Weise geschehen kann, die Politik, Komplexität sowie individuelles und kollektives Handeln gleichermassen berücksichtigt.“³¹⁶

316 Ebda.

35. Eine Methode zur Entwicklung partizipativer Zukunftskompetenz auf breitestmöglicher Basis: UNESCO Futures Literacy

Hier kommt nun definitiv die Notwendigkeit ins Spiel, mit der Zukunft so zu arbeiten, dass dabei eine systematischere und umfassendere Arbeit unter Einbeziehung von Wählerbasis und Jugend ermöglicht wird, als sie bisher von – und in – den Parteiensystemen des Westens geleistet wurde. Die UNESCO Futures Literacy (FL) Methode könnte der ebenso innovative wie integrative Ansatz – unter mehreren möglichen – sein, nach dem lokale, regionale und nationale Entscheidungsträger suchen. Sie ermöglicht es, antizipatorischen Governance entsprechend sehr unterschiedlicher Kontexte, Entwicklungsbedürfnisse und -perspektiven unter Einbeziehung von Bevölkerung und Stakeholdern zu entwickeln.

UNESCO Futures Literacy ist der inzwischen weltweit ausstrahlende Ansatz der UNESCO, mit *Zukunft in der Gegenwart* zu arbeiten. Dieser Ansatz kann, neben vielen anderen, eine Inspiration auch für die demokratischen Zentrums-Parteien Europas sein. Das globale Netzwerk der UNITWIN/UNESCO-Lehrstühle, das 1992 gegründet und in den letzten Jahren ausgebaut wurde, kann als Referenzpunkt für „futuristische“ und doch allgemein und voraussetzungslos zugängliche Breitenbildung in Zukunftsfähigkeit dienen. Sie ist aber in der Praxis auch ein idealer Ort, um die Versöhnung und Integration von Resilienz und Nachhaltigkeit mit Zukunftskompetenz zu fördern. Das liegt daran, dass Futures Literacy direkt mit den Nachhaltigkeitszielen (SDGs) der Vereinten Nationen zusammenhängt, die aus „demselben Stall“ stammen.

Wie die UNESCO schreibt, geht es bei Futures Literacy (wörtlich: „Zukünftebildung“ oder „Bildung für mögliche Zukünfte“) um

„eine wesentliche Kompetenz für das 21. Jahrhundert. Zukünftebildung ist... eine allgemein zugängliche Fähigkeit, die auf der angeborenen menschlichen Fähigkeit, sich die Zukunft vorzustellen, aufbaut. Sie bietet eine klare, praxiserprobte Lösung für die weit verbreitete Armut der Vorstellungskraft. Es ist die Fähigkeit, die es den Menschen ermöglicht, die bereits vorhandene Rolle der Zukunft in ihrem Sehen und Handeln besser zu verstehen. Zukunftskompetenz stärkt die Vorstellungskraft und verbessert unsere Fähigkeit, uns vorzubereiten,

zu erholen und zu erfinden, wenn Veränderungen eintreten. Der Begriff ‚Zukunftskompetenz‘ ähnelt der Idee der Lese- und Schreibkompetenz. Denn es handelt sich um eine Fähigkeit, die jeder erwerben kann und sollte. Es ist eine Fähigkeit, die auch tatsächlich für jeden erreichbar ist. Die Menschen können aufgrund zweier Tatsachen besser darin werden, ‚die Zukunft zu nutzen‘, oder ‚zukunftskompetenter‘ zu werden. Erstens gibt es die Zukunft noch nicht, man kann sie sich nur vorstellen. Zweitens haben die Menschen die Fähigkeit, sich die Zukunft vorzustellen. Folglich können Menschen lernen, sich die Zukunft aus verschiedenen Gründen und auf verschiedene Weisen vorzustellen. Dadurch werden sie ‚zukunftskompetent‘.³¹⁷

Zu diesem Zweck kann die UNESCO-„Wissenschaft der Zukünfte“ mit spielerischen und unterhaltsamen Lernmethoden aufwarten. So stellte zum Beispiel das „Global Futures Literacy Design Forum“ im Jahr 2019 fest:

„Obwohl der Mensch nicht die einzige Spezies ist, die spielt, sind Spiele und Simulationen ein wesentlicher Bestandteil unserer Menschwerdung. Als bewährte Instrumente zur Förderung der Zukunftskompetenz bieten spielerische Ansätze eine erfahrungsbegründete Möglichkeit, Antizipation zu betreiben und sich mit Unsicherheit auseinanderzusetzen. Der ‚Umgang mit der Zukunft‘ [kann im UNESCO-Ansatz der Zukünftebildung] über zwei Spielansätze praktiziert werden... Nach einem kurzen Einführungsvortrag, der die Überschneidung von Zukunftskompetenz und Spielen beleuchtet, spielen die TeilnehmerInnen ‚Das Ding aus der Zukunft‘, ein preisgekröntes Zukunfts-Vorstellungsspiel, das die SpielerInnen herausfordert, Objekte aus einer Reihe von alternativen Zukünften gemeinschaftlich und wettbewerbsorientiert zu beschreiben. Als nächstes werden die Teilnehmer das Spiel ‚Teilhabende Zukünfte‘ ausprobieren, das Fälle und Rahmenbedingungen präsentiert, die als Teil eines ‚Benutzerhandbuchs‘ für partizipative Zukünfte entwickelt wurden.“³¹⁸

Schließlich hat Riel Miller, der Theoretiker und Entwickler der UNESCO Futures Literacy, wiederholt darauf hingewiesen, dass

317 UNESCO: Futures Literacy: An essential competency for the 21st Century, o. D., <https://en.unesco.org/futuresliteracy/about>.

318 UNESCO: Global Literacy Design Forum: Catalogue of learning-by-doing labs, UNESCO Paris 2019, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000372250>.

„der UNESCO [Futures Literacy] Ansatz Pionierarbeit leistet, um die Menschheit mit der Komplexität zu versöhnen, indem sie die Fortschritte der Sozial- und Geisteswissenschaften in den Dienst komplexer gesellschaftlicher Veränderungen stellt. Bilder von der Zukunft wecken Hoffnung und schüren Verzweiflung. Quellen des Friedens oder des Krieges, Hoffnungen, Erwartungen, Motivationen – sie alle haben ihren Ursprung in den Bildern der Menschen von der Zukunft. Doch obwohl die Zukunft eine so mächtige Quelle für unser Gefühl der Erfüllung oder Enttäuschung ist, denken wir nicht sehr viel darüber nach, warum und wie wir sie nutzen. Seit 2012 sammelt die UNESCO Daten über die vielen verschiedenen Gründe und Methoden, die Menschen verwenden, wenn sie sich die Zukunft vorstellen. Im Fachjargon sind dies die ‚antizipatorischen Systeme und Methoden‘ der Menschen. Die Antizipation ist sehr vielfältig und tief in der lokalen Geschichte und Kultur verwurzelt. Sie ist die Art und Weise, wie die Zukunft in der Gegenwart existiert. Die Verbesserung der Fähigkeit der Menschen, die Zukunft zu nutzen, stärkt die Grundlagen der Hoffnung und unsere Fähigkeit, Ungewissheit in eine Quelle der Inspiration und gegen die Angst zu verwandeln. Auf praktischer Ebene, vor Ort in Gemeinden auf der ganzen Welt, hat die UNESCO Futures-Literacy-Laboratorien organisiert, die Aktionslernen (action learning) und kollektive Intelligenz einsetzen, um die Bedeutung von Nachhaltigkeit, Frieden und Integration dort mitzugestalten, wo die Menschen leben und arbeiten.“³¹⁹

Miller kommt daher zum Schluss, dass die Entwicklung und Mitgestaltung von Zukunftskompetenz mittels Gemeinschafts-Experimenten erfolgen sollte:

„Die UNESCO ist die Spezialorganisation der Vereinten Nationen, die für die Förderung der Schaffung und den Austausch von Wissen zuständig ist. Dieses Mandat beruht auf der Annahme, dass Aktivitäten wie Bildung, Wissenschaft und Kultur das für die Erhaltung des Friedens erforderliche Wissen schaffen. Im Einklang mit ihrem Mandat muss sich die UNESCO heute weiterhin für Fortschritte im menschlichen Verständnis von Wissen einsetzen und diese berücksichtigen: das Was, Warum und Wie der Schaffung und Nutzung von Wissen. Im Bereich der Zukunftsforschung ist man sich einig, dass die Zukunft

319 Miller, Riel (ed.): *Futures literacy: Anticipation in the 21st Century*, UNESCO Paris 2019, <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000372349>.

nur als antizipatorischer Prozess in der Gegenwart existiert... Mit Futures Literacy lenkt die UNESCO die Aufmerksamkeit auf Entdeckungen, die unsere Fähigkeit verändern, zu sehen und zu handeln. Die Zusammenarbeit mit Menschen in allen Teilen der Welt, die gemeinsam Handlungswissen über die Zukunft schaffen, hat die UNESCO in die Lage versetzt, ihre Rolle als ‚globales Laboratorium der Ideen‘ zu spielen.“³²⁰

In diesem Sinn kann die „Zukünftebildung“ der UNESCO als ein Ausdruck – und vielleicht als einer der derzeit zuverlässigsten weltweit geteilten Ansätze – angesehen werden, die Forderung nach einer expliziteren, stärker partizipativen Verbindung von Nachhaltigkeit, Resilienz und Zukunftsbildung und -wissen zu verwirklichen.

320 Ebda.

36. Die Aufgabe: Resilienz, Nachhaltigkeit und Zukunftsbildung integrieren, um einen neuen Mitte-Diskurs hervorzubringen

Auf dieser Basis wird ein neuer Mitte-Diskurs zur Entkräftung von Populismus und Polarisierung, der die Jugend glaubwürdig einzubeziehen vermag, konkret möglich. Er hängt zusammenfassend entscheidend vom zukünftigen Verhältnis von Nachhaltigkeit, Resilienz und Zukunftskompetenz ab. Zukunftskompetenz sollte sorgfältig in den Schmelztiegel von Nachhaltigkeit und Resilienz eingebracht werden, um eine starke Fähigkeit zu entwickeln, Zukünfte für den Aufbau resilienter Nachhaltigkeit und nachhaltiger Resilienz zu generieren. Dies kann vor allem in Form der Disziplin der Futures Literacy geschehen, die verschiedene Arten des Umgangs mit der Zukunft wie Prognose, Vorausschau und Vorwegnahme zusammenführt. Resilienz und Nachhaltigkeit sind nicht automatisch miteinander verbunden, sondern müssen über Zukunftskompetenz integriert werden. Das bedeutet unter anderem, dass jeder vernunftorientierte Mitte-Diskurs der kommenden Jahre einsehen (und mit vertreten) muss, dass

„menschliche Entwicklung und menschliches Wohlergehen nicht erreicht werden können, ohne gleichzeitig die Natur zu schützen und in sie zu investieren. Andernfalls werden die Entwicklungsgewinne nur von kurzer Dauer und ungleich verteilt sein. Der Verlust der biologischen Vielfalt, die Verschlechterung der Boden- und Waldqualität, der Klimawandel und häufigere und intensivere Naturkatastrophen bedrohen den Planeten, das Leben und das Wohlergehen der Menschen. Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung müssen sich mit diesen Bedrohungen befassen und die Widerstandsfähigkeit stärken, unter anderem durch nachhaltige Konsum- und Produktionspraktiken... Das vergangene Jahrzehnt – einschließlich der Covid-19-Krise – hat den systemischen Charakter von Risiken und die kaskadenartigen Auswirkungen von Katastrophen offenbart, die die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen der Entwicklung betreffen und Länder in allen Teilen der Welt in Mitleidenschaft ziehen. Die natürliche Umwelt ist die erste Verteidigungslinie der Menschheit gegen Gefahren aller Art, und naturbasierte Lösungen ermöglichen es uns, die Natur zu schützen und mit ihr

zusammenzuarbeiten, um Widerstandsfähigkeit aufzubauen und Risiken auf allen Ebenen zu verringern. Diese Anliegen werden in den UNO-Nachhaltigkeitszielen 12, 13, 14 und 15 direkt angesprochen. Sie sind aber auch Grundlage der gesamten internationalen Agenda, einschließlich Gesundheit, Ernährungssicherheit, Wirtschaftswachstum und Existenzsicherung.“³²¹

Zentrums-Parteien, die künftig bei der Jugend glaubwürdig sein wollen, müssen, gleich welcher ideologischen Couleur, auf entsprechende Bildung wie Futures Literacy setzen – und sie als Mittel zu dialogischer Innovation nutzen. Wenn Volkspartei sich künftig als Partei versteht, die einen „konstruktiven Nationalismus“, wie er von Brede vorgeschlagen und von Dettling auf Zentraleuropa angepasst wurde, mit einer nachhaltigen und in den Personen glaubhaften „Zukunftskompetenz“ verbindet, die die Motive von Resilienz und Nachhaltigkeit in sich aufnimmt, dann ist sie auf einem Weg der Selbsterneuerung, der ihr neue Akzeptanz sichern kann. Dies vor allem in den neuen Generationen, auf die es ankommt.

321 United Nations Sustainable Development Goals Knowledge Platform: Protecting the planet and building resilience, o. D., <https://sustainabledevelopment.un.org/index.php?page=view&type=20000&nr=6855&menu=2993>.

37. Die Herausforderung der Stunde: Das politische Zentrum der Demokratien gegen Polarisierung und Populismus behaupten. Der Weg: Hin zu Mitte-Positionen im Dienst von Aufklärung, Transparenz, Praxisnähe und Modernisierung

Man mag bei alledem im deutschen Sprachraum vom oben Ausgeführten vor allem den perspektivischen Begriff „konstruktiver Nationalismus“ als abschreckend empfinden – auch noch in seiner Dettling’schen Uminterpretation. Zweifellos ist er in Zentraleuropa gerade für historisch bewusste Volksparteien nicht weit entfernt von einem Reizbegriff. Es gilt ihn mit größter Vorsicht zu handhaben, weil seine Begleittöne hier, wie anderswo, auch entgleiten können. Auch gilt es, die andersartige geographische, geopolitische, sozio-kulturelle und ökonomische Situation des deutschsprachigen Raums im Vergleich sowohl zu „nordischem“ wie anglophonem Raum anzuerkennen. Dadurch fallen direkte Übertragbarkeiten von Modellen weg. Aber die Anregung, die vom „nordischen Modell“ für eine Erneuerung der Ausrichtung von Volksparteien im deutschsprachigen Raum ausgeht, ist gegeben. Sie kann sowohl progressiv wie konservativ ausgestaltet werden, und sie bietet dabei viele Spielräume zwischen beiden Optionen. Deshalb sollte sie als Teil der Erneuerungsdebatte begriffen werden.

Darüber hinaus benötigt die Selbsterneuerungsdebatte für ein zukunftsfähiges Format Volkspartei jedoch einige weitere Zutaten, die wir in diesem Text ansatzweise zu identifizieren versucht haben. Darunter ist an erster Stelle die Abkehr von Übertreibungen von „Bewegungspartei“-Dynamik – und die Rückkehr des politischen Zentrums zu seinen eigentlichen Aufgaben an seinem angestammten Ort im politischen Spektrum.

Und: Volksparteien sollten wieder bewußt „Volksparteien“ sein. Dazu müssen sie die zuletzt übertriebene Angst davor ablegen, „populistisch“ zu sein – und auch in ihrer eigenen Sprache wieder näher ans Volk rücken. „Populismus“, im euphemistischen Sinn verstanden, ist in einer Demokratie etwas prinzipiell Gutes; es kommt aber alles auf das Wie an. Um den „guten“ Populismus zu pflegen, müssen die Politiker einer Volkspartei, vielleicht mehr als andere, wieder Position „mit Kante“ beziehen, ohne auszugrenzen – auch und gerade gegen den „schlechten“ Populismus.

Sie müssen die Neutralisierung der eigenen historischen Herkunft und kulturellen Heimat, die Abkehr von Leitkultur im Sinn einer „Dekulturalisierung“ und eine zuweilen übertriebene politische Korrektheit und „Toleranz gegen die Intoleranz“ im eigenen Einflussbereich ablegen.

Volksparteien müssen vor allem eines verstehen: es geht gar nicht um „Volkspartei“ – weder um den Begriff noch um das Format, letztlich nicht einmal um den Ort im Parteiensystem. Sondern es geht um die Erneuerung der politischen Mitte. Vielleicht können diese Rolle künftig auch andere ausfüllen. Dann wäre die eigene Aufgabe erfüllt, der Zenit gut überschritten – und weitergegeben. Bislang gibt es allerdings wenig Hinweise darauf. Deshalb ist der sicherere Weg: Mitte-Parteien sollten von „schwachen“ wieder zu „starken“ Parteien werden. Und wenn auch nur, um sich zu verändern.

Aber: Solange eine erhebliche Anzahl der Bürger das Gefühl hat, dass die „starke“ Mitte fehlt, wird das Format „Volkspartei“ nicht glaubwürdig zu einem historischen Momentum zurückkehren können. Volksparteien in Europa müssen zukunftsgerichtete Ideen diskutieren, die verschiedene Meinungen zu schwierigen Themen für alle öffnen: so zum Beispiel auch David Millers „Schwachen Kosmopolitismus“ mit „Bürgervorrang“³²², der – wenn auch vielleicht abgeschwächt – ein Teil eines „konstruktiven Nationalismus“ sein kann, auch wenn die Bürger Zentraleuropas Teile davon an ihre eigenen Anforderungen anpassen mögen.

Erneuerte Volksparteien müssen jedenfalls progressive Ideen besser integrieren als bisher. Das sollte nach Möglichkeit in stärkerem institutionellen Austausch mit Ansätzen und Methoden internationaler Organisationen wie UNESCO, UNO oder OECD erfolgen – darunter mit den methodischen Ansätzen der „Futures Literacy“ oder „Zukunftsbildung“. Internationale Kontakte mit globalen Institutionen sollten nicht nur Regierungen überlassen werden, sondern verstärkt auch durch Stiftungen und Wissenschaft im Sinne einer Wissenschaftsdiplomatie erfolgen. Schließlich sollten die Volksparteien in ihrer außenpolitischen Ausrichtung auch die neue multipolare Weltordnung als Realität anerkennen – und Europa realistischer als bisher darin verorten. Dabei sollten sie in Übergangs- und Krisenzeiten insbesondere auf das gesteigerte Normalitäts-, Schutz- und Stabilitätsbedürfnis der EU-Bürgerinnen und Bürger eingehen, die

322 Bertoncin, Barbara: *Cosmopolitismo debole e “Compatriot partiality”*. Intervista a David Miller. In: *Una città*, no. 252/ottobre 2018, <https://www.unacitta.it/it/intervista/2657-cosmopolitismo-debole-e-compatriot-partiality>, abgerufen am: 21.06.2022.

letztlich weniger als 7 % der Weltbevölkerung ausmachen und also ihre Ansprüche reduzieren und in einen grösseren globalen Kontext stellen werden müssen.

Insgesamt benötigt die Selbsterneuerung des Formats „Volkspartei“ den Ausgleich

- *innenpolitisch*: Stärkung des Zentrums der Demokratie durch Verteidigung und Geltendmachung des Gesprächs zwischen dem gesamten politischen Spektrum, nicht nur eines „salonfähigen“ Teils davon;
- *außenpolitisch*: mittels Beiträgen zu verändertem Selbstverständnis und Rolle der offenen Gesellschaften Europas in der Welt. Das schliesst eine „neue Demut“ ebenso ein wie eine neue Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit gegen die Feinde der offenen Gesellschaft, die zahlreicher werden, immer wagemutiger auftreten und in Europa wieder Kriege entfesseln.

Im globalen Zusammenhang werden vor allem Werte – nach Ansicht vieler, darunter der NATO im Juni 2022³²³ – angesichts von Krisen und Kriegen in den kommenden Jahren noch deutlich wichtiger für gesellschafts-politische Vereinbarungen zu Veränderungen. Werte waren seit jeher ein Heimspiel für die politische Mitte. Unter den Werten, um die es in den kommenden Jahren geht, sind individuelle Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte. Das sind ureigenste Themen des politischen Ausgleichs und der kompromissorientierten Konsensfindung, die in der Praxis über die Zukunft der Demokratie mitentscheiden. Die Art und Weise der Betonung dieser Werte ist es letztlich, was Europa zusammenbindet. Deshalb gilt es sie in den Programmen der Mitte noch stärker zu betonen und zu kommunizieren.

Zu alledem sollten stärkere Investitionen in parteieigene Forschungen zur Zukunft politischer Systeme unter Hochtechnologie-Bedingungen sowie zu den Optionen einer neuen Gemeinschaftsorientierung der Parteien unter Einbeziehung der Besonderheiten heutiger Jugend und von Generationendialogen und Geschlechtergerechtigkeit kommen. Besonders letztere beide liegen seit der Coronavirus-Krise brach und bedürfen dringend der Neubelebung.

323 Plaumann, Jeanne: Nato-Klartext über Rußland: Können Angriff auf Alliierte nicht mehr ausschließen. In: Bild Zeitung, 30.06.2022, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/nato-klartext-ueber-russland-koennen-angriff-auf-alliierte-nicht-mehr-ausschlies-80553696.bild.html>.

Was Europa und auch der deutschsprachige Bereich offener Gesellschaften nun brauchen, ist aber auch eine partei- und vielleicht auch nationenübergreifende neue Einigkeit der politischen Mitte. Ein Haupt-Problem der Post-Merkel-Ära ist, dass sich an nicht wenigen Stellen Radikale für Mitte ausgeben können. Und dass sie, über ihre Vereinnahmung der Mitte, Karriere machen können anstelle derer, die diese Mitte tatsächlich wollen, sie neu mit Leben füllen und verteidigen wollen. Eine Allianz der Mitte-Parteien gegen die Extremen ist schon lange überfällig. Öffentliche Plattformen dafür gilt es zu schaffen. Es geht um eine Solidarisierung der Gemäßigten gegen jene, die gegen Mässigung aufrufen. Inter- und trans-parteiliche Foren sind dafür eine geeignete Form. Die Jugendorganisationen der Parteien können hier vorangehen. Sie können auf diesen Foren die Diskussion darüber führen, wie die politische Mitte unter den heutigen Zeitbedingungen neu zu definieren ist.

38. Ausblick

Dass all dies nicht nur wünschenswert, sondern notwendig ist, haben die Wahlergebnisse der jüngeren Jahre gezeigt – darunter, als letzte gesamteuropäische Richtungswahl vor Pandemie und Krieg, die Europawahl vom Mai 2019.³²⁴ Gegnerschaft und Zersplitterung zwischen den Volksparteien führen, wie die neuere Erfahrung zeigt, letztlich zur Zuspitzung des öffentlichen Gesprächs auf die „3Ps“ des Populismus: namentlich zur „Personalisierung“ von Politik statt zur Aufwertung von Personen. Das verringert im Trend das Vertrauen in das europäische Einigungsprojekt. Wer – auf allen Seiten des politischen Spektrums, mitte-links oder mitte-rechts – gemeinsam Pluralität anerkennt, der zieht Grenzen zwischen diesen Pluralitäten im gegenseitigen Austausch, gemeinsam und mit Bedacht. Gemeinsam gepflegte Unterschiede und Abgrenzungen ermöglichen demokratische Verbundenheit, ohne das „Kleinod der Unterscheidung“ zwischen unterschiedlichen Richtungsvisionen zu beschädigen.

Wenn man diese Grundeinsichten annimmt, ist der Ausblick einfach. Wer Innovation will, für den sind Reformen in der strategischen und personalen Ausrichtung aller Zentrumsparteien unausweichlich. Wenn sich ihre Vertreterinnen und Vertreter von den zwei typologischen Optionen moderner Politik: Idealismus oder Realismus einseitig für eine der beiden Seiten entscheiden, muss das in der Wahrnehmung der Bürger für Unausgewogenheit sorgen. Die Mitte, deren Kern nicht nur in der Verfassung, sondern auch im Grad der Genauigkeit der Verfassungstreue, ja des „Verfassungspatriotismus“ (Jürgen Habermas) besteht, muss auch im Detail behauptet werden, weil sie ansonsten – wie in den USA Donald Trumps und Joe Bidens – ersetzt wird durch die Allgegenwart von Identitätsthemen, die in offenen Gesellschaften spaltend wirken. Wenn heute Kräfte zwischen links und rechts seit einiger Zeit auch innerhalb der Volksparteien die Verdrängung der gemäßigten Mitte betreiben, dann ist das keine gute Entwicklung. Volkspartei heißt, auch intern ein möglichst breites Spektrum ausgewogen am Leben zu erhalten, um zunächst nach

324 Europäisches Parlament, Verbindungsbüro in Deutschland: Europawahl 2019, o. D., <https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europ%C3%A4isches-parlament/europawahl>.

innen vorzumachen, was Mitte der Vernunft heißt. Nur in dieser Mitte kann Demokratie – auch nach außen – dauerhaft existieren.

Zur Behauptung und kritischen Selbsterneuerung der Mitte muss das Format Volkspartei den Intellektuellen zurückgewinnen, der ihr – in Figur und Wertschätzung – in der inhaltsschwachen Jovialität der Merkel-Jahre verloren gegangen ist. Intellektuelle Analysen wurden in der Merkel-Ära zu oft durch summarische Statements ohne Ecken und Kanten ersetzt. Ohne den Intellektuellen ist aber die Figur des modern-selbstbestimmten, verantwortungsvoll teilhabenden und frei denkenden Bürgers nicht glaubwürdig zu besetzen. Diese Figur Rand- oder Spezialisierungsparteien und Parteidissidenten zu überlassen, war über Jahre hinweg einer der größten Fehler des Formats Volkspartei. Denn damit wandert auch die Aufklärungsidee von der Mitte weg, wo sie in Wirklichkeit aber stehen muss – in der heutigen Zeitlage mehr denn je. Wenn die wenigen verbleibenden Intellektuellen in Volksparteien heute de facto Nicht-Mitte-Ideen wie den Umfang der Einschränkung persönlicher Freiheiten, Verhaltens-Überwachung etwa in Fragen der Klima- und Energiekrise oder Toleranz gegen Kriegstreiber diskutieren, braucht es nicht die Vertreter des globalisierten Hyperkapitalismus, die widersprechen. Sondern es braucht ein junges, energisches und zentrumsorientiertes Gegengewicht auf Augenhöhe im Sinn einer vernunftorientierten, politisch mit vertretenen Gemeinschaft der Sozialpartner.

Was bringt die Zukunft?

Die politische Mitte muss sich klar darüber sein, dass sie mit ihren Analysen Realitäten nicht nur abbildet, sondern auch erschafft. Die Art und Weise des Blicks und der Sprache wird wichtig. Das Auseinanderbrechen offener Gesellschaft sollte von Politik, Medien und Sozialwissenschaften nicht einfach als ein Faktum beschrieben werden, sondern eher als eine ständig präsente Option, die durch neue Mitte-Allianzen vermieden werden muss – und kann. Dass die Drohung des Auseinanderbrechens offener Gesellschaft nicht rasch Geschichte sein wird, zeigen alle Symptome. So schreibt etwa die bereits zitierte Stanford-Forschungsgruppe zur Polarisierung Spaltungstendenzen eine weiterhin prägende Kraft in Demokratien weltweit zu. Sie stellt fest, dass deren Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen in den kommenden Jahren kaum nachlassen wird:

„Die Forscher... gehen nicht davon aus, dass die Auswirkungen der parteipolitischen Spaltung in den Demokratien in absehbarer Zeit nachlassen werden... Frühere Untersuchungen zeigen sogar, dass sich die Kluft zwischen den gegnerischen Parteien in den letzten 30 Jahren vergrößert hat. „Definiert als Affekt, scheint das Gefühl der Wähler,

einer Partei anzugehören, eine dominante Kluft in modernen Demokratien und die stärkste Grundlage für Gruppenpolarisierung zu sein', schreiben die Forscher.³²⁵

Diese Tendenz hat zunehmend mit Identitäten und Werten zu tun. Wenn diese sich einmal gebildet und gefestigt haben, sind sie nur schwer zu verändern. Trotzdem ist eine Weiterentwicklung der Verhältnisse in Richtung einer neuen Vernunftmitte möglich. Dazu muss die politische Mitte neu aufgestellt werden. Ohne eine Selbsterneuerung des Formats Volkspartei wird das schwer werden. Aber sind jene, die sich bisher Volkspartei nennen, dazu bereit? Und, noch viel wichtiger: Sind sie darauf vorbereitet?

Der Weg nach vorne ist für das Format Volkspartei möglich. Er ist unabdingbar, denn ein Zurück ist nicht möglich. Die Ideen von Zentrum und Mitte haben nicht ausgedient. Sie sind im Gegenteil in „gebündelten“ Krisen- und Übergangsphasen wichtiger denn je. Wenn das Format Volkspartei erneuerbar ist, dann sind es auch die Volksparteien. Sie müssen in der Lage sein, sich dazu aufzuraffen – oder sie werden von neuen Volksparteien abgelöst.

Das Rezept? Weg von Trägheiten, die sich aufgrund allzu langer Kontinuitäten und Machtgewohnheiten eingeschlichen haben. Hin zu neuen Kanten, hin zu jüngeren Visionen von Mitte und Vernunft, die sich trauen, auch unbequeme Wege aufzuzeigen. Wenn das Modell Volkspartei wieder aktiv „für“ etwas steht und mittels innerer Schulterschlüsse um Zukunft zu kämpfen beginnt – dann können die Parteien des politischen Zentrums in den kommenden Jahren die Trendwende hin zu einer neuen „Vermittlung“ der Gesellschaft schaffen.

325 Martinovich, Milenko: American's partisan identities are stronger than race and ethnicity, Stanford scholar finds. In: Stanford News, August 31, 2017, <https://news.stanford.edu/2017/08/31/political-party-identities-stronger-race-religion/>.

Nachwort

von Ursula Münch

An politikwissenschaftlichen und journalistischen Abgesängen auf die Volksparteien mangelt es nicht. Kein Wunder: Die sichtbaren Veränderungen im bundesdeutschen Parteiensystem seit der Bundestagswahl 1972, als sich 91,1 % der Wahlberechtigten an der Bundestagswahl beteiligten und mehr als 90 % der abgegebenen Stimmen auf die Volksparteien CDU/CSU und SPD entfielen, sind eklatant: Bei der letzten Bundestagswahl am 26. September 2021 ließen sich nur 76,6 % der Wahlberechtigten mobilisieren, und die beiden Volksparteien erreichten zusammen nur noch den bislang niedrigsten jemals bei einer Bundestagswahl gemessenen Zuspruch: 49,8 % der Zweitstimmen (bei der Wahl 2017 waren es noch 53,5 %). Zweifelsohne: Diese Veränderungen lassen sich unterschiedlich interpretieren. Nahe liegt es, die große Anpassungsfähigkeit von Parteien und Parteiendemokratie an gesellschaftliche Veränderungsprozesse herauszustellen. Man kann jedoch auch darauf verweisen, dass das wahrgenommene Repräsentationsdefizit durch den Einzug der AfD in die deutschen Parlamente kleiner wurde.

Der Volksparteienstatus von Union und SPD bröckelte bereits vor der Unterminierung ihrer repräsentativ-demokratischen Verfasstheit. Ihr auf Wohltaten und der Bündelung von Partikularinteressen beruhendes Politikmodell geriet infolge der Auswirkungen der Banken- und Finanzkrise und des demographischen Wandels unter Druck. Volksparteien, so stellte Elmar Wiesendahl schon im Jahr 2011 fest, sind auf „ein Mehr und eine bessere Zukunft abonniert, und nicht auf die Verwaltung des Mangels und eine Politik der Zumutungen“.³²⁶ Jahrzehnte lang hatten die Volksparteien darauf gebaut, ihre Versprechen auf individuelle Aufstiegschancen, aber auch die Wohltaten eines finanzierbaren fürsorglichen Sozialstaats an die insgesamt vertrauensvoll eingestellten Wählerinnen und Wähler bringen zu können. Aber, so führt Roland Benedikter unter Verweis auf die Folgen von sowohl Globalisierung als auch technischen Transformationen überzeugend aus: Die internationalen, ökonomischen und gesellschaftli-

326 Wiesendahl, Elmar: Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft. Barbara Budrich Verlag, Opladen, Berlin, Farmington Hills 2011, S. 225.

chen Rahmenbedingungen seit Beginn der Nuller Jahre hatten längst eine neue Grundlage geschaffen. Und mit diesem Fokus auf die Orte und die technisch bedingte Beschleunigung von Politik sowie der gesellschaftlichen Debatten über Politik gelingt es Benedikter tatsächlich, sich den Ursachen der Entfremdung von Volksparteien und Volk auf ungewohnte und anregende Weise zu nähern („Fünf Gründe für die Krise des Formats ‚Volkspartei‘“). Zusätzlich und darauf aufbauend hält er Ausschau, welche erfolgsversprechenden Konzepte es gibt, um diesem Trend und damit den „Drei-Anti-Mitte-Kräften“ Einhalt zu gebieten.

Man kann es nicht oft genug erläutern: Sich für die Wiederbelebung von Volksparteien zu interessieren und aufzuzeigen, welche Veränderungen dafür notwendig wären, hat nichts mit einer verzerrenden Parteienahme zugunsten der ehemals großen und damit gegen die seit einiger Zeit nicht mehr so kleinen Parteien zu tun. Man muss – was sich auch außerhalb politikwissenschaftlicher Seminare ohnehin immer lohnt – die Funktionen der politischen Parteien im Allgemeinen betrachten und sich außerdem vergegenwärtigen, dass Volksparteien aufgrund ihrer spezifischen Eigenarten und Arbeitsweise eine Leistung erbringen, auf die unsere Parlamente angewiesen sind. Allen Parteien kommt die Aufgabe zu, gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und zu aggregieren. Die breite Reichweite der Volksparteien hinein in alle gesellschaftlichen Milieus hat zur Folge, dass selbst große gesellschaftliche Konflikte innerhalb der Volksparteien entschärft werden und damit für die parlamentarische Debatte aufbereitet werden. Und zwar nicht nur Sprachregelungen oder gar Redeverbote, sondern durch innerparteilichen Streit. Da aus der Notwendigkeit einer Funktion noch lange nicht folgt, dass sie auch tatsächlich erbracht wird, sind Ideen und Konzepte für die Überwindung der strukturell bedingten Schwächen der Volksparteien vor allem aus Sicht der Parteizentralen notwendig. Roland Benedikter bemängelt, dass die Volksparteien den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung nach Schutz und Sicherheit in der jüngeren Vergangenheit immer weniger gerecht geworden seien. Seine Suche nach Abhilfe und nach Wegen zur „Rettung von Volksparteien“ führt ihn nicht in die USA, sondern nach Skandinavien. Nicht die Reideologisierung nach dem Vorbild Trumps, sondern das „Neue Nordische Modell“ eines „konstruktiven Nationalismus“ in Kombination mit einem starken Liberalismus und einem partizipativen Kollektivismus könnten ihm zufolge die richtigen Vorbilder sein.

Der Autor antizipiert jedoch das innere Zusammenzucken seiner deutschen Leserschaft beim Leitbild eines „konstruktiven Nationalismus“ ebenso wie den unvermeidlichen Verweis auf existierende Pfadabhängig-

keiten. Nicht als Ersatz für den eigenen Lösungsvorschlag, wohl aber als realistischere Ergänzung, verweist er darauf, wie das Volk und seine Volksparteien wieder besser zueinander finden könnten: Sprache, klare Positionierungen, die Integration „progressiver Ideen“ sowie die Einbindung von Personen und Positionen mit Intellekt seien unverzichtbar.

Die Art und Weise, wie die CDU ihr Debakel bei der Bundestagswahl 2021 aufzuarbeiten versucht, weist darauf hin, dass sich ihre Parteizentrale genau mit den Themen befasst, die Benedikter benennt. Ob diese Reform tatsächlich gelingen wird, ist angesichts der Gesetzmäßigkeiten unserer medial und digital getriebenen Stimmungsdemokratie zwar offen. Löhnen würde sie sich – und zwar nicht nur für die gebeutelten Volksparteien.

Prof. Dr. Ursula Münch

Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing – Wissenschaftliche Einrichtung des Freistaats Bayern, die unabhängig und überparteilich die politische Bildung fördert

Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr München

2009–11 Dekanin der Fakultät für Staats- und Sozialwissenschaften

Forschungsschwerpunkte: Föderalismus-, Parteien- und Parlamentarismusforschung sowie Politikfeldanalysen und Fragen der gesellschaftspolitischen Auswirkungen der Digitalen Transformation

English Summary

The Renewal of the Political Center. The Fracturing of Society, the Catch-All Party Format and the Future of Democracy

This essay discusses the renewability of the political center in contemporary European democracies, particularly in its German-speaking areas. In the recent social environment of repeated “bundled crises”, new communication technologies, cultural individualization, and the rise of populism and polarization, socio-psychological upheaval has shaken the centrist parties of Europe. As a logical consequence, the political center of open societies – the moderate middle ground – has been thinned out at the ballot box. This has led to the questions: How might the political center of liberal democracies be revived to preserve and further develop “democracy within democracy” in the form of dialogic moderation, community building, common sense, and public reason? Is the traditionally designated format of the “Catch-All Party” coming to an end – or does it have a future? Are there any models available?

In the present historical framework of socio-political change caused by “glocalization” and attempts towards re-globalization, further questions arise: How should the political center be safeguarded against populism? What exactly could be the role of the so-called “Catch-All Party” or – in German-speaking Central Europe – “People’s Party” in such endeavor? Do Europe’s democracies still need the format of “People’s Party” at all in times of advanced individualization, combined with new social technologies?

The idea of “Catch-All Party” or “People’s Party” was a founding factor of Central European democracies after WWII and a stabilizing force during most of the second half of the 20th century. In Germany, “People’s Parties” were the answer to two dictatorships from the right and the left within one century, such as in no other Western-democratic nation. Over 50 years, the format of “People’s Party” served Germany well: politically, economically and socially. Yet today it seems in the midst of its deepest crisis in decades. The question is: Is “People’s Party” a phase-out model due to the ravages of the times? Or has the “People’s Party” idea just gradually lost contact with the people – so that nowadays it remains just a *party*, with few *people* remaining?

Five main reasons may have undermined the credibility of the “Catch-All Party” among the voters in German-speaking Central Europe since the 2010s, providing space to populists and their simplifying messages:

1. An all too “liberal” dealing with the need for the “normal middle ground”, too often substituted by an accentuated preference for micro-politics which has increasingly been seen skeptical by self-perceived majorities;
2. an over-cautious application of the rule of law and the enforcement of legal norms because of a sometimes exaggerated “tolerance against intolerance” and the intermingling of factual issues with identity and cultural politics;
3. political correctness and related “no-speech” and “empty rhetoric”, which in the Angela Merkel era (2005–2021) preferred to say nothing instead of something that could evoke criticism or adversities, causing the coming-into-existence of a public perception of “unpolitical politics” or “snowflake democracy”;
4. an excessive fear of – supposedly omnipresent – “populism”, which has led to skepticism against the notion of “popular will” by parts of the People’s Parties’ leaderships, thus harming the connection between “People’s Party” and “the people”; and
5. an increasingly individualized career orientation and tactical self-positioning of leaders and groups within the “People’s Parties”, which has weakened attempts towards a more encompassing community building.

The main contradiction within “People’s Parties” in Germany and Austria over the past years has been between the emptying of political discourse due to exaggerated political correctness on the one hand and the growing individualization of their leadership on the other hand, without credible “statesmen” or “stateswomen” recognized by the greater public anymore. Which answers are possible?

The key to a potential path forward is the re-connection of the basic idea of “People’s Party” and the people. This will not be easy, but it is possible – if Central Europe’s moderate center parties modernize and evolve their politics and policies. One aspect which will be crucial is to distinguish between healthy and unhealthy populism. Both democracy and the “People’s Party” format as its “laboratory on a small scale” are “populist” by their very nature. Yet the reality of this notion decisively depends on how

precisely it is conceived, and in which perspective it is contextualized and enacted. There are practical examples to consider.

Der Autor

Roland Benedikter ist Co-Leiter des Center for Advanced Studies von Eurac Research Bozen, Forschungsprofessor für Multidisziplinäre Politikanalyse in residence am Willy Brandt Zentrum der Universität Wrocław, Mitglied des Zukunftskreises des deutschen Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) für die deutsche Bundesregierung und Ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste. Er ist UNESCO Chair in Interdisciplinary Anticipation and Global-Local Transformation am Center for Advanced Studies von Eurac Research in Bozen und gehört dem wissenschaftlichen Beirat der Brill-Buchreihe „Global Populisms“ sowie der Zeitschriften „Harvard International Review“, „WeltTrends. Das außenpolitische Journal“ (Potsdam), „New Global Studies“ (De Gruyter), „Journal of Sustainable Finance and Investment“ (Routledge) und „Global-e“ (Universität von Kalifornien in Santa Barbara) an.

Homepage: <https://www.eurac.edu/it/people/roland-benedikter>.

Kontakt: roland.benedikter@eurac.edu.

